

19/KOMM XXIII. GP

Kommuniké**des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)****Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 19. Sitzung/ Tag 1 – öffentlicher Teil**

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL**Untersuchungsausschuss
betreffend****Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister****19. Sitzung/ Tag 1 – öffentlicher Teil****Freitag, 16. März 2007****Gesamtdauer der 19. Sitzung/ Tag 1:****10.18 Uhr – 21.04 Uhr**

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 04 02

Mag. Melitta Trunk

Schriftführerin

Mag. Dr. Martin Graf

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

19. Sitzung/ Tag 1 – öffentlicher Teil

Freitag, 16. März 2007

Gesamtdauer der 19. Sitzung/ Tag 1:
10.18 Uhr – 21.04 Uhr

Lokal VI

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister beginnen um 10.18 Uhr und finden bis 10.33 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt. (s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“**.)

10.34

Obmann Mag. Dr. Martin Graf leitet – um 10.34 Uhr – zum **öffentlichen** Teil der Sitzung über und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Bundesminister a.D. Dr. Dieter Böhmdorfer** sowie die Medienvertreter in den Saal zu bitten.

(Die **Auskunftsperson Dr. Dieter Böhmdorfer** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann dankt **Bundesminister a.D. Dr. Böhmdorfer** für sein Erscheinen als **Auskunftsperson**, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Angabe der Personalien.

Bundesminister a.D. Dr. Dieter Böhmdorfer gibt diese an wie folgt: Dr. Dieter Böhmdorfer; geboren 11.5.1943; wohnhaft 1040 Wien; Beruf Rechtsanwalt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie im Untersuchungszeitraum, das ist 1994 bis dato, allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ja, von Ende Februar 2000 bis Mitte Juni 2004 war ich Justizminister.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist nicht der klassisch öffentlich Bedienstete, aber ...

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich glaube schon; „klassisch“ zwar nicht, aber ich wüsste sonst nicht, wie ich sonst in dieser Zeit ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf setzt fort mit der Rechtsbelehrung:

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das kann ich mir nicht vorstellen, weil ich in meiner Eigenschaft als früherer Minister aussage und da ohne jede Einschränkung dem Parlament und insbesondere dem Untersuchungsausschuss verantwortlich bin.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsache. Wollen Sie davon Gebrauch machen oder sogleich in die Fragerunde einsteigen?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich mache davon nur Gebrauch, wenn das ausdrücklich gewünscht wird.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist ein **Recht**.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Es wird nicht gewünscht von mir.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dann kommen wir zur Befragung. Ich darf die Fraktion der Sozialdemokraten ersuchen, zu beginnen.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Herr Dr. Böhmdorfer, darf ich Sie ersuchen, uns mitzuteilen, inwieweit und in welchem Zeitraum Sie mit **Atomic** zu tun hatten.

BM a.D. Dr. Dieter Böhmdorfer: Auf meiner Ladung steht der Causen-Komplex BAWAG/Atomic. Ich muss vorausschicken: Um mich an diesen Causen-Komplex irgendwie besser erinnern zu können, war ich vor zwei Tagen im Justizministerium und habe diesbezüglich ein Gespräch geführt und dabei festgestellt – das war unmittelbar nach der Aussage des Herrn Mag. Hadler, der hier offensichtlich ausgesagt hat –, dass die wesentlichen Akten offenkundig dem Ausschuss bereits vorliegen. Ich wollte mich eigentlich erkundigen, welche Akten das sind, und wollte sie Ihnen namhaft machen und habe dabei diese für mich positive Feststellung getroffen: Sie haben diese Akten bereits.

In meiner Tätigkeit als Justizminister bin ich auf diese Causa aufmerksam geworden durch eine Intervention, durch ein Gespräch mit Rechtsanwalt Dr. Masser, der damals Herrn Rohrmoser vertreten und sich bitter beklagt hat, dass die von ihm eingebrachte Strafanzeige nicht so, wie er das gewünscht hat, verfolgt wird.

Ich habe daraufhin in der Sektion – in der zuständigen Sektion IV – gebeten, auf diese Causa besonders sorgfältig zu achten, damit Herr Dr. Masser nicht in dem Gefühl bestärkt wird, es würde da oberflächlich oder zu wenig gearbeitet werden. Ich habe in weiterer Folge den zuständigen Staatsanwalt in Steyr gebeten, mit mir ein Gespräch darüber zu führen. Der hat sich da aber inhaltlich mehr oder minder zurückgezogen und kein offenes Gespräch mit mir geführt – und dagegen kann man eigentlich auch als Ressortchef nichts unternehmen. Ich habe aber in der Folge jeder weiteren Bemühung des Herrn Rohrmoser – da mir seine Erzählungen sehr plausibel und sehr bedrückend vorgekommen sind – jede weitere Unterstützung gegeben, damit Herr Rohrmoser zu seinem Recht kommt.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Haben Sie irgendwelche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Atomic-Konkursverfahrens?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Na ja, insofern meine Zweifel eine Tatsache sind, kann ich nur sagen: Die Tatsache, dass ich Zweifel gehabt habe, ist unbestreitbar, denn sonst hätte ich ja nicht diese Unterstützung auch so offenkundig im Ministerium und gegenüber der Staatsanwaltschaft zum Ausdruck gebracht, auch gegenüber Herrn Dr. Masser und Herrn Rohrmoser, der bei einigen Interventionen dabei war.

Die Zweifel haben sich vor allem darauf gegründet, dass eine Quote in diesem österreichischen Herzeige-Unternehmen, wie ich es empfunden habe, feststellbar war, die aus konkurs- oder insolvenzrechtlicher Sicht astronomische Höhen erreicht hat und die mich natürlich zu dem Gedanken gebracht haben, ob da nicht unnötig ein Konkurs eröffnet wurde und so ein österreichisches Unternehmen und damit auch Arbeitsplätze zerstört worden sind.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Wir haben hier im Ausschuss schon einiges über die Person Rohrmoser erfahren können. Können Sie uns Ihren Eindruck schildern: von der Person Rohrmoser und auch vom Unternehmer Rohrmoser?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Herr Rohrmoser hat sicherlich persönlich einen sehr guten Eindruck gemacht. Es waren da Leute, die mit weniger Widerstand zu kämpfen hatten und sozusagen aufgeregter waren. Herr Rohrmoser war eigentlich immer sachlich, nie

aufbrausend, nicht resignativ, aber irgendwie von Resignation gefährdet. Ich habe eigentlich schon aus diesem Grunde, eben wegen seines für mich persönlich guten Eindrucks, Herrn Rohrmoser in seinem Anliegen unterstützt.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Gelegentlich entsteht der Eindruck, dass die Person Rohrmoser vollkommen fehlerfrei wäre, alles andere rundherum wäre schlecht. Glauben Sie persönlich auch, dass Rohrmoser keinerlei Fehler begangen hat auf dem gesamten Weg?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das kann ich überhaupt nicht beurteilen. Für mich ist es gleichgültig, wenn einer sein Recht sucht, ob er selbst Fehler begangen hat. Es kommt nur darauf an, ob er in einem Rechtsstaat **sein Recht findet**. Und diesen Eindruck habe ich nicht überzeugend gehabt, sodass ich Herrn Rohrmoser persönlich und sein Anliegen, das mir gerechtfertigt erschien, unterstützt habe.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Sie haben selbst Alois Rohrmoser dann ein Vergleichsangebot in der Höhe von 4 Millionen Schilling erstellt. Sagen Sie uns, wann das genau war. Können Sie uns zudem auch die genauen Umstände und Gründe erläutern und auch, mit wem Sie diesbezüglich zusammengearbeitet haben?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Bitte, helfen Sie mir, wann das Vergleichsangebot war. Ich weiß es wirklich nicht auswendig.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Das wollte ich von Ihnen hören.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): 2002?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich weiß nur, dass ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.*) Danke. Ich habe nicht gewusst, ob es überhaupt noch in meiner Amtszeit war, deswegen habe ich gefragt. Ich weiß nur, dass sein Anwalt aus seiner Sicht alles unternommen hat, um Herrn Rohrmoser zu helfen – und dass unter anderem auch eine Amtshaftungsklage eingebracht wurde. Und damit ist die Sache dann eigentlich materiell aus dem Justizressort „weggehoben“, weil ja diese Sache von der Finanzprokurator vertreten wird und budgetmäßig für Beträge in dieser Größenordnung grundsätzlich keine Bedeckung da war, sodass ein Vergleich ohne Zustimmung des Finanzministeriums nie – oder eher nicht möglich war. Wenn es ein Vergleichsangebot gegeben und das die Zustimmung des Herrn Rohrmoser gefunden hat und das nach den Referenten der Finanzprokurator sachlich gerechtfertigt war, habe ich es sicherlich unterstützt. Aber näher kann ich mich daran nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Sie wissen auch nicht, mit wem Sie da zusammengearbeitet haben?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nicht auswendig. Es kann nur ein Beamter der Finanzprokurator gewesen sein. Im Haus kann es nur die Budgetsektion gewesen sein und allenfalls ... – Nein, schon eher die Budgetsektion.

Abgeordneter Ing. Erwin Kaipel (SPÖ): Danke vorläufig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es weitere Fragen seitens der sozialdemokratischen Fraktion? – Derzeit nein. – ÖVP bitte.

Abgeordneter Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Die bisherigen Befragen hier im Untersuchungsausschuss haben für mich – und wahrscheinlich für viele andere auch – eigentlich Abgründe im Bereich der Justizverwaltung aufgezeigt. Offensichtlich gibt es da Netzwerke, wo ich mir gar nicht sicher bin, ob der jeweilige Justizminister – egal, wer das ist – überhaupt davon weiß, was da an Netzwerken besteht.

Wir haben vorgestern zum Beispiel erfahren, da gibt es Bekanntschaften, Freundschaften zwischen Rechtsanwalt der BAWAG, zwischen dem Konkursrichter, zwischen Masseverwalter und, und, und. Der Anwalt wird rechtzeitig ausgetauscht, weil man weiß, er ist mit dem Konkursrichter befreundet, und, und, und.

Herr Dr. Böhmdorfer, du warst der erste Justizminister, der sich – dankenswerterweise – persönlich im Fall Atomic engagiert hat. Trotz eigentlich all diese Ungereimtheiten – Strafverfahren ohne Ermittlungen eingestellt, Strafverfahren ständig verlagert von Innsbruck nach Salzburg, nach Steyr, zum Horngacher nach Wien – wird deutlich, dass es offensichtlich gewisse Grenzen auch für einen Minister gibt, da nach dem Rechten zu schauen. Für uns als Parlamentarier ist es natürlich enorm wichtig, das zu sehen, denn so kann es bitte nicht sein: Wir leben in einem Rechtsstaat – und dann bilden sich allenfalls, sage ich jetzt einmal, Netzwerke, wo niemand durchsieht, wo auch der Justizminister vielleicht sagen muss: Was soll ich tun; ich kann nicht alle Freundschaften, ich kann nicht alle Einzelfälle überprüfen!

Daher meine Frage: Woran, glaubst du, bist du als engagierter Justizminister insofern gescheitert, als du dich zwar sehr bemüht hast, da Licht ins Dunkel zu bringen, nach dem Rechten zu schauen – und trotzdem eigentlich im Ergebnis nichts herausgekommen ist?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Zunächst einmal zu „Abgründen“ in der Justizverwaltung: Dagegen muss ich mich ex post ein bisserl wehren, denn Justizverwaltung, das hieße, das wäre im Bereich des Ministeriums, und da würde ich mich verantwortlich fühlen, aber ich kann da – auch nachträglich – **keine Abgründe** sehen.

Abgeordneter Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich habe nicht das Ministerium gemeint.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ja, verstehe, nur: Man muss trennen zwischen **Justizverwaltung** und **gerichtlicher Tätigkeit**. Im Rahmen der Konkursinsolvenzverfahren geht es um gerichtliche Entscheidungen. Das Insolvenzgesetz sieht genug Bestimmungen vor, dass Befangenheiten oder Einseitigkeiten, welcher Art auch immer, von Masseverwaltern **nicht** wirksam werden dürfen. Ob sie wirksam werden, sind ausschließlich gerichtliche Entscheidungen, wo der Justizminister nicht einmal anrufen sollte – und es auch nicht tut –, was da geschehen könnte oder bereits geschehen ist. Das ist in Österreich nicht möglich.

Wenn im Bereiche dieser gerichtlichen Entscheidungen – also Freundschaften von Masseverwaltern mit Anwälten, Banken und so weiter – etwas passiert ist, so ist das ausschließlich eine **gerichtliche Entscheidung**, und im gerichtlichen Bereich kann auch die aufmerksamste Justizverwaltung nichts erreichen, weil Disziplinarrecht, Befangenheitsfragen und gerichtliche Entscheidungen ausschließlich von Richtern beurteilt wird.

Es ist das vielleicht das weitere Problem – das steht zwar nicht auf meiner Ladung, aber einen Satz möchte ich schon dazu sagen –, dass die Justiz allgemein in Angelegenheiten, die sie selbst betreffen und die Befangenheitsfragen sind, in Österreich eher so umgeht – wie es übrigens der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nicht immer gern sieht –, dass dem Anschein der Befangenheit eher zu wenig Rechnung getragen und dann auch in Befangenheitsfragen inhaltlich nicht ausreichend konsequent vorgegangen wird. – Das ist, glaube ich, eine Antwort. Das Gesetz gibt jedenfalls genug Möglichkeiten.

Wenn es Freundschaften gegeben hat in diesem Kreis, sollte das nicht sein. Das sieht die Konkursordnung, ausgehend von § 32, vor.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Welche Abteilung im Justizministerium war mit dem Fall Atomic befasst?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Mit der strafrechtlichen Seite die Sektion IV, die Budgetsektion – das ist, glaube ich, die Sektion III – für den Vergleich, und die Sektion I ist für Insolvenzverfahren legistisch zuständig. Eine Abteilung, die die inhaltliche Tätigkeit von Insolvenzscheidungen anlangt, gibt es der Natur der Sache entsprechend nicht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Kann man es vereinfacht so formulieren, dass ein noch so engagierter Justizminister, wenn er solche Verdachtsmomente selber hat, wie du ja auch gesagt hast, letztlich an sich an der Unabhängigkeit der Gerichte scheitern kann?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ja, das ist so richtig ausgedrückt: an der Unabhängigkeit der Gerichte und einem mangelnden Bestreben, Befangenheitsfragen und Ungereimtheiten im eigenen Bereich durch die Richterschaft aufzuarbeiten. Ich sage es einmal deutlicher, weil das sozusagen eine akademische Diskussion durchaus wert wäre.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Böhmdorfer! Nur zu meiner eigenen Orientierung noch einmal, was die Abfolgen betrifft. Letztlich war Ihre Involvierung dadurch gegeben – als Frage jetzt einmal –, dass Sie angesichts des drohenden Amtshaftungsverfahrens ein Angebot gemacht haben, worauf sich beide Seiten in dem Konflikt verständigen konnten? Ist das richtig?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das kann ich nur formal bestätigen. Ich kann mich an eine inhaltliche Prüfung eines Angebotes nicht erinnern. Sie müssen sich das so vorstellen: Da bringt einer, der einen Amtshaftungsanspruch behauptet, eine Amtshaftungsklage ein. Diese Klage wird vor einem Gericht verhandelt, und die beklagte Partei ist der Bund, nehme ich an. Dort entscheidet die **Finanzprokurator** als Anwalt der Republik Österreich, ob diesem Vergleichsangebot nähergetreten wird oder nicht. Die prüfen das inhaltlich.

Ich kann nur klimatisch unterstützen, ob ein solches Angebot angenommen wird oder nicht, und das habe ich sicherlich – ich kann nur sagen: sicherlich – getan.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie sind Sie in Befassung mit diesen Dingen gekommen? Das muss ja noch in ihrer aktiven Zeit als Minister gewesen sein.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Offensichtlich, wenn es 2002 war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau. – Und die Zielsetzung war, dass man da eine Art Rechtsfrieden herstellt?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Also mir ist als Anwalt – darf ich hinzufügen, ohne dass es unverschämte wäre: als **erfahrener Anwalt** – war klar, dass, wenn ein Anspruch geleistet wird, dieser die ganzen materiellen und auch psychischen Nachteile für einen Vollblutunternehmer wie Rohrmoser nur in bescheidenstem Ausmaße aufarbeiten kann. Das ist bedauerlich. Das war mir aber klar. Deswegen habe ich jede Regelung unterstützt, wenn sie rechtlich akzeptabel war – und diese rechtliche Akzeptanz war von der Finanzprokurator zu entscheiden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist nachvollziehbar. – Frage: Welche Rolle hat bei diesem Versuch die frühere Frau Vizekanzlerin Dr. Riess-Passer gespielt?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Für mich keine erkennbare. Ich kann aber nicht ausschließen, dass mich Frau Dr. Riess-Passer das eine oder andere Mal – Entschuldigung, aber das wäre logisch gewesen – als für den Sport zuständige Ressortleiterin gefragt hat, was mit dieser Causa ist – das ist ganz normal –, und ich ihr dann im Rahmen unserer gemeinsamen Mitgliedschaft in der Bundesregierung die eine oder andere zulässige

Auskunft gegeben habe. – Aber für mich hat erinnerlich die Frau Vizekanzlerin da keine Rolle gespielt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und der Herr Dr. Passer?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ebenso nicht. Ich meine, es gibt dann oft irrsinnig viele Leute, wenn jemand sein Recht sucht und nicht wunschgemäß findet; da haben manche Leute die Art, ihren Beraterkreis auszuweiten. Ich kann nicht ausschließen und weiß nicht, wie das beim Herrn Rohmoser gelaufen ist. – Die primäre Ansprechperson war aber immer Rechtsanwalt Dr. Masser senior.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Böhmdorfer, uns beschäftigt zunehmend hier herinnen – wie Kollege Stummvoll ja schon angedeutet hat – der Zustand des Justizwesens im Einzugsgebiet Salzburg. Jetzt aus der Befassung mit dem Fall aus Ihrer Sicht: Wie würden Sie die Rolle des Konkursrichters auf Grund Ihrer Kenntnislage – ex post natürlich – beurteilen?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich kann das wirklich schwer beurteilen. Ich weiß nur, dass man sich immer über ihn beschwert hat, aber ich habe keine Kompetenz gehabt, und es hat auch jetzt, glaube ich, niemand die Kompetenz, den Konkursrichter inhaltlich zu überprüfen – es sei denn, die zuständigen richterlichen Instanzen. Das ist das System.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist das System; so ist es.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ja, aber ich war als Ressortleiter außerhalb dieses Systems und kann in richterliche Entscheidungen *nicht* eingreifen, darf es nicht und will es auch nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist unbestritten. Möglicherweise gibt es – da kenne ich mich nicht so genau aus – auch da verschiedene Verfahren in der Rechtsordnung, die die entsprechenden Möglichkeiten vorsehen, wie da die checks and balances laufen. Ich frage Sie ja nicht nach Ihren Wahrnehmungen als Bundesminister, sondern als Dr. Böhmdorfer, weil sie sich offensichtlich noch länger darum gekümmert haben.

Haben Sie – ich frage Sie ganz direkt – jemals vernommen, dass Dr. Sieber in Salzburg den seltsamen Beinamen „Die Hand“ hat?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nein, ist mir nicht erinnerlich. Ich habe Ihnen aber schon gesagt: Man hat sich in dieser Causa häufig über ihn beschwert. Und da gibt es dann immer auch prinzipielle, sozusagen illustrative Äußerungen dazu; aber diese Äußerung ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sind Ihnen die Naheverhältnisse des Dr. Sieber und der Masseverwalter in dem zugrundeliegenden ursprünglichen Konkursverfahren, das ja Anlass für alles war, sind Ihnen diese freundschaftlichen Verhältnisse – die sind ja hier schon unbestritten im Ausschuss – bekannt?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nein, aber es ist darüber geredet worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): In welcher Form ist darüber geredet worden?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Dass eben diese Freundschaften bestehen. Und ich muss Ihnen sagen, ohne dass ich da jetzt falsch gewichten möchte – und das ist jetzt keine Floskel –, das ist eine unglaublich verantwortungsvolle Tätigkeit der Richter, die in bewundernswerter Weise arbeiten, obwohl ich von der Regierung keine Unterstützung für mehr Personal bekommen habe, um die ich ausdrücklich in diesen Fragen eingekommen bin. Weiteres Personal wurde mir ausdrücklich verwehrt, obwohl durch

diese Konkursprobleme unglaublich viel unnötiges volkswirtschaftliches Potential vernichtet wird.

Durch eine Verkürzung der Verfahren, die dem Konkurs vorangelernt sind, könnte man sehr viel Vermögensvernichtung in Konkursen vermeiden. Dazu braucht man aber richterliches Personal. Darum habe ich ausdrücklich in der Regierung gebeten. Das war ganz heftig zum Beispiel im Herbst 2003 – dieses Personal habe ich aber ausdrücklich **nicht** bekommen. Da können Sie mit einem Geldeinsatz von 15 Millionen € – so war damals die Rechnung – 1 Milliarde € im Jahr ersparen. Ich habe also **vergeblich** um dieses Personal gebeten. – Das ist das eine.

Ich möchte jedenfalls hier nicht den Eindruck entstehen lassen, dass dort sozusagen prinzipiell ein Sumpf ist. Aber: Gute Bekanntschaften und auch Freundschaften zwischen Konkursrichtern, Masseverwaltern und beteiligten Personen sind in der Justiz nicht vermeidbar; die ergeben sich! Die ergeben sich auch am Strafgericht, oder überall, mit den Verteidigern. Die **sind** eben bekannt! – Das heißt noch nicht, dass dort sozusagen die Unkorrektheit zum System gehört.

Aber: **Wenn** es zu Ungerechtigkeiten kommt, gibt es nur richterliche Entscheidungen, die das abstellen können – und nur diese.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eben. – Ist Ihnen bekannt geworden, wie sich die Dinge im Jahre 1994 am Tag der Konkursöffnung zugetragen haben?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nein, nur aus Berichten, und ich glaube, in den Medien ist es auch irgendwie gestanden. (*Abg. Mag. Kogler: Bitte?*) – Aus den Medien und aus anderen Berichten kenne ich das – was aber auch nicht zu kommentieren ist von mir, denn ich war nicht dabei. Und wenn eine Entscheidung so schnell rechtskräftig wird, kann es nicht ohne Untätigkeit des Betroffenen gehen. – Ich war nicht in der Lage, zu hinterfragen, warum er allenfalls untätig geblieben ist und wer untätig geblieben ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. Da werden möglicherweise noch andere interessiert sein.

Können Sie noch auf dieses Angebot, auf die Eckdaten dieses Angebotes an Rohrmoser zurückkommen?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich weiß es nicht. Herr Abgeordneter, ich weiß es wirklich nicht, und ich bitte, sich das zu vergegenwärtigen: Diese Entscheidungen treffen Gerichte oder Parteienvertreter vor Gerichten. Das Ministerium kann höchstens sagen: einverstanden oder nicht einverstanden – das war ich sicher, wenn auch Rohrmoser einverstanden war, weil es ja seinem Wunsch entsprochen hat –, und in zweiter Linie kann das Ministerium sagen: Wer bezahlt das? Ist das in unserem Budget – das relativ klein war –?

Für Amtshaftungsfälle hatte die Justiz normalerweise – damals – ein Budget von 6 Millionen Schilling, soweit ich mich erinnere. Wenn einer mit einem Amtshaftungsfall von 4 Millionen Schilling kommt, muss man automatisch versuchen, zumindest mit dem Finanzminister zu reden. – Da hat es einmal einen zweiten Fall gegeben, das war eine Strafsache auch in Salzburg, da musste man mit dem Finanzminister zum Beispiel sprechen, ob das akzeptiert werden kann, weil wir es aus dem Budget wegen der Budgetierungsfrage nicht ohne Weiteres zusagen konnten.

Es ist also **keine inhaltliche** Entscheidung zu treffen gewesen vom Justizministerium. Man konnte höchstens sagen: Wenn Herr Rohrmoser einverstanden ist, wenn es die Prokuratur für akzeptabel hält, dann ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Und das würden Sie, diese letzte Zusammenfassung – dann erspare ich mir nämlich, die Frage so noch einmal neu zu

stellen –, im Wesentlichen auch als Ihren Beitrag sehen, die Zusammenführung dieser Rechtsmeinung der Finanzprokurator und der Position Rohrmoser, dass auf diese Art und Weise am Schluss irgendeine Art von „Befriedung“ zustande kommt?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Bitte klären Sie mich auf, ob das Verfahren anders gelaufen ist! Ich habe keine direkte Erinnerung mehr daran, sondern: Es kann nur so gewesen sein. Ein Amtshaftungsanspruch gegen die Republik wird für die Republik von der Finanzprokurator vertreten. – Wenn es anders war, sagen Sie es mir, denn ich ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nein, gar nicht. Ich versuche ja selber zu ergründen, warum welche Fraktionen so darauf gedrängt haben, dass Sie als Auskunftsperson hier sind. Mir ist das ja auch nicht immer nachvollziehbar, aber das wäre jedenfalls eine plausible Rollenbeschreibung. Mir ist das ja durchaus nachvollziehbar, wie Sie das beschreiben. Ich hege, was Ihre Rolle betrifft, überhaupt keinen Argwohn.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nein, nein, nicht Argwohn, sondern es könnte ja zufällig einmal unüblicherweise *anders* gewesen sein, aber ich kann mir das einfach nicht vorstellen. Und ein Vergleich, den beide Parteien wollen und den die Budgetsektion regeln kann, der ist eigentlich beim Minister kein wirkliches Thema mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Danke.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Darf ich noch eine ergänzende Frage an Sie stellen, Herr Dr. Böhmdorfer: Sie haben gesagt, über Sieber hat es in dieser Causa immer wieder Beschwerden gegeben.

Welcher Art waren diese Beschwerden und woher sind diese Beschwerden gekommen?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Beschwerden in die Richtung, dass es Probleme mit seinem Verhalten in Insolvenzen gibt. Und da können Sie als Ressortleiter eigentlich nur sagen, es soll jemand im Haus prüfen, ob das im üblichen Rahmen liegt, disziplinarrechtliche Schritte anzuregen; dann soll das irgendjemand vorbereiten. – Das gibt es: manchmal gegen Rechtsanwälte, gegen Notare, auch gegen Richter. – Mehr können Sie da aber nicht machen. Sie können nicht das selbst überprüfen, weil es absolut nicht in Ihrer Entscheidung, außerhalb des eben Beschriebenen liegt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, schon, aber: Welcher Art waren die Probleme in Insolvenzen, um die es da konkret gegangen ist? Können Sie uns das ein bisschen mehr im Detail schildern?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich sage es Ihnen noch einmal: Eben das hier Beschriebene, dass es zu enge Verbindungen, Freundschaften und eben Verbindungen zu Masseverwaltern sind und das bereits ins Unsachliche gehen könnte – wobei ich unter „sachlich“ verstehe, dass ja das Gericht – unabhängig von allen Vor- und Nachteilen – eine nur objektiven Kriterien folgende Entscheidung treffen muss.

Wenn solche Vorwürfe kommen – das steht ja in vielen Briefen drinnen, die Sie als Minister bekommen, dass der oder das unsachlich ist –, dann müssen Sie halt sagen: Geht dem nach! – Wenn das Hand und Fuß hat, muss man halt prüfen, wie es weiter im üblichen Bereich liegt. Aber Sie werden nicht selber hergehen – Sie können es auch nicht: es ist nicht vorgesehen, nicht üblich und nicht einmal denkbar – und an irgendjemanden einen Vorwurf formulieren. – Das wird geprüft. Dazu hat man ja eine Zentralstelle.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ja, aber *ist* das jemals geprüft worden?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ja sicher!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und mit welchem Ergebnis?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das weiß ich nicht. – Ich weiß es nicht! Es ist undenkbar, dass ich das noch in Erinnerung habe!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Danke. Das war´s vorerst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Böhmdorfer, wir halten es hier im Ausschuss so, dass wir das „Du“ vermeiden. Deswegen müssen wir beim „Sie“ bleiben – fürs Protokoll.

Wenn ich Sie frage nach Ihrer Erfahrung als langjähriger, erfahrener Rechtsanwalt, als Justizminister: Wenn ein Konkursrichter Taufpate der Kinder des Rechtsvertreters des Gemeinschuldners ist, wenn der Konkursrichter der langjährige und enge Freund – laut eigener Aussage! – des Masseverwalters Vavrovsky ist, wenn der Richter eine schöne Wohnung in bester Salzburger Stadtlage beim Masseverwalter des Privatkonkurses bekommt, in dessen Kanzlei aus- und eingeht und angeblich sogar Schriftsätze dort drinnen formuliert, zum Teil sogar gegen sich selber, wenn dieser Richter bei der BAWAG auf Empfängen auftaucht, bei der BAWAG auf der Geschenkliste steht, auf Flugkosten der BAWAG zu Verhandlungen mit einem Käufer für die Masse aufkreuzt, dort für die BAWAG einen Zinsvorteil verhandelt, und wenn dieser Richter dann auch noch, sozusagen als „Draufgabe“, ein Pfadfinder-Jugendfreund des Rechtsvertreters der BAWAG ist, ist das nicht alles schon so dicht, dass man davon ausgehen kann, dass ein solcher Richter nicht mehr unbefangen wäre?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ja, aber die Frage ... – Ich habe mich da sehr eindeutig festgelegt: Die Frage ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, eine Einschätzungsfrage! Nicht, wer es dann zu operieren hätte, sondern: Einschätzungsfrage.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich würde als Parteienvertreter nicht zögern, das zum Gegenstand einer **Befangenheitsanzeige** zu machen, nur: Ob sie berechtigt ist, darüber entscheiden ausdrücklich allein die **Gerichte!**

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist korrekt. Aber das Justizministerium hätte ja die Möglichkeit gehabt, und zwar schon Ihre Vorgänger, dafür zu sorgen, dass sich Visitatoren um diesen Akt kümmern.

Haben Visitatoren – diese sind weisungsgebundene Organe der Justizverwaltung – beim Herrn Sieber diesen Akt geprüft?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das weiß ich nicht. Die Visitatoren sind auch, ich **glaube** – bitte mich nicht festzunageln –, von den Oberlandesgerichten eingerichtet, sind **auch** Richter, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber sie sind Justizverwaltungsorgane.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das Phänomen, oder die Tatsache, ist: Richter kontrollieren sich in allen Bereichen selbst. In allen! Ich kenne keinen – ich denke primär an meinen Berufsstand – vergleichbaren Berufsstand, wo das so ausgeprägt ist wie bei den Richtern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe es überprüft: Die Visitatoren sind rechtsdogmatisch Organe der **Justizverwaltung**, weil sie nämlich als solche der Kontrolle der Volksanwaltschaft unterliegen. Daher ist das – vom Rechtsdogmatischen her – durchgeprüft. – Nachzulesen bei Antonioli.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Man kann aber nur den Visitor prüfen; man kann ihn nicht an der Hand führen und sagen: Ich gehe jetzt mit prüfen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, aber der Visitor hätte die Möglichkeit, von einem vorgesetzten Dienstorgan, von einem weisungsberechtigten Dienstorgan den Auftrag zu bekommen, diesen Akt genauestens zu überprüfen. – Ist das geschehen im Fall des Herrn Dr. Sieber?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das weiß ich nicht. Aber es würde im System liegen, dass alle Akten genauestens geprüft werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will damit nur für den Ausschuss – in Bezug auf die Conclusio und auf die Schlüsse, die wir dann am Schluss aus diesem Fall ziehen müssen – sagen, dass das System der Visitatoren viel zu wenig eingesetzt wird, um den Disziplinarsenaten zur Hand zu gehen – um es einmal vorsichtig auszudrücken.

Nun kommen wir zur Frage des Amtshaftungsverfahrens Rohrmoser gegen die Republik Österreich wegen der Tätigkeit und Untätigkeit des Konkursrichters. Erinnern Sie sich an eine Besprechung, die uns Herr Mag. Masser junior hier im Ausschuss vor zwei Tagen geschildert und über die er berichtet hat, dass der Referent der Finanzprokuratur in dieser Besprechung gesagt hätte – sinngemäß –, die Republik hätte keine Chance, meritorisch dieses Verfahren gegen Rohrmoser zu gewinnen, aber die Republik hat große Chancen, aus formalrechtlichen Gründen, insbesondere wegen der Verjährungsproblematik, dieses Verfahren zu gewinnen? Erinnern Sie sich daran?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nicht wirklich, tut mir leid. Nicht wirklich. Ich kann nur sagen: Es wird sicherlich keinen Zeugen von Besprechungen geben, wo ich nicht Sympathie für das menschliche, moralische und rechtliche Anliegen des Herrn Rohrmoser gehabt hätte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das stimmt. Ihre Sympathie ging nämlich auch so weit, dass eine Mitarbeiterin des Kabinetts Herrn Dipl.-Vw. Passer den Rat gegeben hat, der Klient Rohrmoser möge sich an die Kanzlei Dr. Johannes Patzak wenden. – Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das mag sein. Herr Dr. Patzak hat einige Tätigkeiten auch für das Justizressort entwickelt, und von dem weiß ich, dass er zum Beispiel Amtshaftungssachen sehr sauber und anwaltlich korrekt und richtig erledigt. Es kann schon sein, wenn gefragt wurde: Sollen wir zum Anwalt gehen?, dass ich gesagt habe: Ja, durchaus!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieses Gespräch ist nach den Schilderungen des Dipl.-Vw. Passer am 9. Juli 2002 gewesen.

Dipl.-Vw. Passer hat daraufhin ein Gutachten erstellt, augenscheinlich im Auftrag von Rohrmoser, und er kommt zu einem Schadensbetrag von 4,7 Milliarden Schilling – in Euro umgerechnet: 343 233 796 € – Erinnern Sie sich an dieses Gutachten?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nein. – Ich meine, ich kann nicht ausschließen, dass es mir jemand einmal gesagt hat, aber ich kann mich an das nicht erinnern.

Noch einmal: Ich bin vielleicht auch kraft meines Berufes zu konsequent – für manche vielleicht nicht ganz verständlich – einprogrammiert auf die Frage: Was ist richterliche Entscheidung und was nicht? – Wenn das ein Amtshaftungsanspruch ist, entscheiden darüber die Gerichte. Und wenn im Urteil steht: 4,2 Milliarden, dann hat das die Republik zu bezahlen. – So ist das. Und deswegen habe ich mich nicht in einem Stadium eingeschaltet, wo ich sozusagen die gerichtliche Entscheidung hätte

dominieren können. Aber nachdem dann gesagt wurde, wir wollen vergleichen, habe ich gesagt: Ja, macht es! – So war es, glaube ich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Gutachter Dipl.-Vw. Michael Passer bezieht sich da auch auf ein Gutachten des Prof. Krejci. Ich zitiere aus diesem Gutachten von Passer:

„Da jedoch auf Grund von Rechtsgutachten des Univ. Prof. Dr. Heinz Krejci festgestellt wurde, dass es in diesem Fall ein bemerkenswertes Zusammentreffen von einer ganzen Reihe von Ungereimtheiten gibt,“ – das hat auch Kollege Stummvoll schon erwähnt – „die erhebliche Verdachtsmomente für privatrechtliche Rechtswidrigkeiten aufwerfen, die für Erwägungen strafrechtlicher Art von Bedeutung sein können und die Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos Salzburg eindeutig den Konkursrichter Dr. Gregor Sieber und den MV Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky dafür verantwortlich macht, wird die Republik Österreich aufgefordert, mit Herrn KR Alois Rohrmoser eine Einigung über nachstehenden Schaden zu erzielen, ...“

Diese Vorwürfe, die von Prof. Krejci erhoben wurden, hätten zumindest einmal den **Disziplinarsenat** beschäftigen müssen. – Ist der Disziplinarsenat mit diesen Vorwürfen des Prof. Krejci konfrontiert worden?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Wenn er es hingeschickt hat, nehme ich an, dass das den normalen Weg gegangen ist. Da gibt es einen Disziplinaranwalt – das sind meistens die Leitenden Oberstaatsanwälte –, und dann wird entschieden, ob ein Verfahren eingeleitet wird. Es ist aber typischer und richtiger, wenn das der **Parteienvertreter** macht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir werden noch untersuchen, ob das der Parteienvertreter gemacht hat. Ich wollte nur wissen, ob das Ministerium sozusagen ein Verfahren veranlasst hat. Das hätte mich interessiert. Wir haben in den Unterlagen diesbezüglich nichts gefunden. Ich sage aber gleich dazu: Die Unterlagen aus dem Justizministerium – das betrifft jetzt nicht Ihre Verantwortung, sondern die Verantwortung der jetzigen Ministerin – sind in einer derart wirren Zusammenstellung übermittelt worden, dass wir damit kaum etwas anfangen können. Wir müssen uns hier fast schon mit detektivischer Kleinarbeit durchwühlen.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Wenn ich richtig informiert bin – der Herr Verfahrensanwalt möge mich korrigieren –, verjähren Disziplinarvergehen von Richtern nicht. Es ist da also die Verjährungsfrage nicht von Bedeutung. – Nur, damit wir nicht ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig klar. – Aber im Amtshaftungsverfahren! Ich habe die Verjährungsproblematik jetzt nur im Amtshaftungsverfahren erwähnt, denn dort hat der Vertreter der Finanzprokuratur ... – Ich sage es gleich dazu, ich weiß das auch aus eigener Erfahrung aus Gesprächen mit Vertretern der Finanzprokuratur, die mir gesagt haben: Wenn wir das verlören, würden Milliardenforderungen auf die Republik zukommen. Das können wir nicht riskieren, das „derreiten“ wir im Budget nicht. Wir haben gute Chancen, das in formeller Hinsicht, insbesondere wegen der Verjährungsproblematik, zu gewinnen, daher wollen wir uns nicht vergleichen.

Nun bin ich bei dem Vergleichsangebot: Herr Dr. Patzak hat sich mehrmals um ein Gespräch mit Ihnen bemüht, und es hat offensichtlich auch Gespräche gegeben – es bezieht sich jedenfalls er in seinen Schriftsätzen an Herrn Kommerzialrat Rohrmoser auf Gespräche und Gesprächsbemühungen. Ein Gespräch erwähnt Dr. Patzak dann sehr konkret, nämlich eine Besprechung, die in Ihrem Beisein am 5. April 2004 stattgefunden habe. – erinnern Sie sich an dieses Gespräch?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Am 5. April 2004? – Wo war das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So, wie er es schildert, muss es im Justizministerium gewesen sein.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das wird schon stimmen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rohrmoser war nicht dabei, sondern es waren dabei: Dipl.-Vw. Michael Passer und offensichtlich Sie.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich kann mich nicht wirklich erinnern, aber es gibt wahrscheinlich, wenn sie aufgehoben sind, darüber Aufzeichnungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In diesem Gespräch soll sozusagen als Vergleichsangebot Herrn Kommerzialrat Rohrmoser angeboten worden sein, dass er einen Gegenwert von 4 Millionen Schilling als Abgeltungsbetrag dafür bekomme, wenn er die Amtshaftungsklage zurückzieht.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich wiederhole – ich kann nur aus meiner prinzipiellen Erinnerung antworten: Wenn das der Wille des Herrn Rohrmoser war, ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Rohrmoser hat das abgelehnt. (*Dr. Böhmdorfer: Ach so!*) Er hat das definitiv abgelehnt. Er hat diesen Betrag eher für lächerlich erachtet – das sage ich gleich dazu.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich kann nur sagen: Ich habe alles unterstützt, was ihm recht gewesen ist, weil mir der Mann menschlich und überhaupt leidgetan hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kann aber auch nicht ausschließen, dass Rohrmoser selbst bei dem Gespräch dabei war. Ich lese Ihnen einmal den Text des Schreibens Patzak an Rohrmoser vor – das Schreiben ist vom 13. April 2004 –:

„Sehr geehrter Herr Kommerzialrat!

Herr Dipl.-Vw. Passer hat Ihnen – wie Sie mir am Telefon mitteilten – über das Ergebnis der Besprechung vom 5.4.2004, das im Beisein des Herrn Bundesministers für Justiz stattfand, berichtet.“

Und dann heißt es weiter:

„Ich gestehe gerne zu, dass dieser Vorschlag“, den er da nicht weiter beziffert – es ist vielleicht vernünftiger, wenn ich den Absatz nicht überspringe, sondern auch diesen Text vorlese:

„Wir haben unlängst telefoniert und ich bat Sie, über diesen Vorschlag mit uns (Kollege Dr. Masser, Dipl.-Vw. Passer und mir) alsbald zusammen zu kommen, um zu besprechen, ob dieser Vorschlag für Sie überhaupt akzeptabel ist.

Ich gestehe gerne zu, dass dieser Vorschlag meilenweit von Ihren Vorstellungen, welchen Schaden Sie erlitten haben könnten, entfernt ist, ich darf Sie aber dringend darauf aufmerksam machen, dass das gegenständliche Amtshaftungsverfahren sehr riskant ist, weil vor allem folgende Einwendungen der Gegenseite tatsächlich Gewicht haben

- die Vernachlässigung der Rettungspflicht
- der Einwand der Verjährung.“

Das ist der Haupteinwand der Finanzprokuratur gewesen.

Ich zitiere weiter: „Ich habe mich zu diesen zu erwartenden Einwendungen bereits in den bisherigen Schriftsätzen geäußert und verweise auf die dort gepflogene Argumentation. Damit habe ich versucht, ein entsprechendes Gegengewicht zu schaffen, ich bitte Sie aber, zu bedenken, dass hier die Republik Österreich auf der

Gegenseite ist, was den gegnerischen Einwendungen natürlich einen gewissen Nachdruck zu verleihen vermag.“

Dr. Patzak wollte also haben, dass dieses 4-Millionen-Schilling-Angebot angenommen wird. – Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat das dezidiert abgelehnt, indem er gesagt hat: Das ist ein Bettel im Vergleich zu dem Schaden, den ich erlitten habe!

Erinnern Sie sich jetzt an diesen Vorgang?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ungefähr, ja. Aber, noch einmal: Es war – entschuldigen Sie, dass ich das jetzt so sage – nicht bedeutend, denn es wurde mir eben nur berichtet, wie die Situation ist. Hätte er gesagt, er *will* das Geld, hätte ich mich dafür verwendet, dass er es bekommt – in dieser Größenordnung war es denkbar.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf diese Berichte möchte ich mich jetzt stützen: Was wurde Ihnen aus dem eigenen Ministerium über die Gestion des Konkursrichters in diesem Zusammenhang berichtet? – Ich sage Ihnen gleich den Hintergrund: ...

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das war anders: Begonnen hat die Auffälligkeit dieser Sache durch Vorsprachen des Dr. Masser. Damit war das Ministerium sozusagen nicht mehr verhalten, aus Eigenem zu berichten, sondern es wurde gebeten, sich die Sache auf Grund dieses Gespráches anzuschauen. – So ist es gelaufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe nämlich den Eindruck gehabt, dass bei Herrn Mag. Hadler, der am Montag hier war, ein wesentlich höheres Problembewusstsein, was die Gestion dieses Konkursrichters anlangt, jetzt vorhanden ist, als es meinerwegen damals im Ministerium vorhanden war. (*Dr. Böhmdorfer: Jetzt mehr als damals?*) Jetzt, ja, vor drei Tagen. Diesen Eindruck hatte ich, dass man sich jetzt im Klaren ist. Er hat allerdings das Gleiche gesagt: Was sollen wir tun, wenn die Disziplinarsenate nichts tun?! (*Dr. Böhmdorfer: Das ist so!*) Es ist wichtig, dass das noch einmal bei Protokoll ist, dass Herr Dr. Böhmdorfer sagt: Das ist so! Das ist wirklich so, und das muss das Haus beschäftigen, wie dieses Problem zu lösen ist.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nicht das Haus, sondern das Parlament!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede jetzt vom Parlament, *dieses Haus* muss das beschäftigen!

Dr. Dieter Böhmdorfer: Jetzt bin ich Opfer meines Egoismus geworden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nicht das Justizministerium, sondern *dieses Haus* muss es beschäftigen, wie wir hier dafür sorgen, dass die Disziplinarsenate anders agieren.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich will nicht dagegen reden, aber es gibt Rechtsgrundlagen, und die kann man sich einmal anschauen. Es ist tatsächlich ein in sich geschlossener Kreis. Ich muss wieder hinzufügen, es gibt so viele tolle Richterpersönlichkeiten, aber das kommt durch diese Fokussierung dann schlecht durch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie haben diese Berichte dann gelautet, nachdem Sie gesagt haben, Masser ist bei mir vorstellig geworden? Was ist da dran? Was war dann der Succus ressortintern?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Noch einmal: Ich weiß es nicht. Bei allem menschlichen Verständnis für Rohrmoser: Es war die Sache sozusagen am Rechtsweg, und ich habe jede Lösung unterstützt, von der Herr Rohrmoser gesagt hat oder hätte, ich will sie gerade noch oder überhaupt. Mir war das alles zunehmend ein menschliches Problem gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir auf zwei Spezialprobleme dieses Falles ein. Das eine ist das Strafverfahren, das gegen Rohrmoser geführt wurde, das rein willkürlich war – das sage ich gleich dazu. Es wurde unter Ihrer Nachfolgerin im Jänner oder Februar 2005, kurz vor Herrn Rohrmosers Tod, zu Ende gebracht, wo sich herausgestellt hat, dass Herr Rohrmoser zu Unrecht über zehn Jahre lang Gegenstand von strafrechtlichen Ermittlungen war mit dem haltlosen – seit Jahren bekannt haltlosen – Vorwurf, er hätte 100 000 Paar Schier gestohlen, 24 LKW-Ladungen voll. Das Verfahren wurde kurz vor seinem Tod eingestellt – **endlich**, muss ich sagen.

Der zweite Bereich war – der mir allerdings wichtiger erscheint – der Umstand, dass die **strafrechtlichen Ermittlungen** insbesondere bei der Staatsanwaltschaft Steyr, immer gegen Richter und weitere Verdächtige, **auffallend rasch** eingestellt wurden.

Haben Sie diesbezüglich noch Wahrnehmungen gehabt, was die Gründe waren, warum das die Staatsanwaltschaft gemacht hat?

Dr. Dieter Böhmendorfer: Das war der einzige Fall, wo ich einen Staatsanwalt gebeten habe, ins Ministerium zu kommen. Ich bin aber in dem Gespräch mit ihm auf keinen grünen Zweig gekommen, wo ich sagen hätte können, da ist etwas für mich erkennbar falsch gelaufen. Der Herr Staatsanwalt war sehr verschlossen, muss ich sagen. Ich habe ihn dann auch weitergereicht, dass auch andere mit ihm reden, aber ich kann nicht als Außenstehender Verfahrenseinstellungen besser beurteilen als dieser selbst. Irgendwo endet auch die Macht einer übergeordneten Behörde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Staatsanwalt war sehr verschlossen, haben Sie gesagt. (*Dr. Böhmendorfer: Ja!*) Haben Sie daraufhin weitere Veranlassungen getätigt, dieser Sache auf den Grund zu gehen?

Dr. Dieter Böhmendorfer: Ich habe bei jeder Gelegenheit im Haus darauf hingewiesen, dass mir die Sache wichtig ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es ist ergebnislos geblieben?

Dr. Dieter Böhmendorfer: Ja; heute weiß man offenkundig mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie würden Sie dieses rasche Einstellen der Staatsanwaltschaft heute einschätzen?

Dr. Dieter Böhmendorfer: Ich kann es nicht, ich habe keine Quellen. Wie gesagt: Ich war im Ministerium, wollte mich erkundigen, da gieß es, die Akten sind schon da – daher habe ich die Akten nicht studiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gibt nämlich einen auffallenden Vorgang, wo die Staatsanwaltschaft Steyr ein umfangreiches Gutachten, insbesondere von Ernst & Young, bekommen hat, das eigentlich die Malversationen ziemlich sachlich auf den Punkt bringt. Dieses Konvolut wurde der Staatsanwaltschaft übermittelt, und innerhalb von wenigen Tagen hat die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, dass nach § 90 StPO eingestellt wird, also **keine** weiteren Verfahrensschritte stattfinden. – Dieses Konvolut konnte aber nicht einmal durchstudiert worden sein, denn das geht sich anhand der zeitlichen Fristen mit den Postläufen nicht aus.

Haben Sie eine Erinnerung daran, wie das war?

Dr. Dieter Böhmendorfer: Nein, das kann ich nicht sagen, aber man soll nicht unterschätzen, wie schnell kundige Behördenleiter – und der Staatsanwalt hat einen sehr guten Ruf gehabt, er ist mittlerweile in Pension – das beurteilen können. Man müsste ins Tagebuch schauen, **warum** eingestellt wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mit der lapidaren Begründung, dass es keine Verdachtsmomente gibt.

Dr. Dieter Böhmendorfer: Dann muss man es überprüfen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diesem Vorgang wollen wir eben noch auf den Grund gehen.

Danke, ich habe momentan keine weiteren Fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da mir keine Wortmeldungen vorliegen, ein paar Fragen, die ich noch stellen möchte.

Ich frage jetzt – ich lasse auch das „Du“ weg – nach einem Sachverhalt, ob Ihnen so etwas in Ihrer langjährigen beruflichen Praxis und auch als Justizminister, der ja einen Überblick hat, schon je vorgekommen ist:

Am Donnerstag wird ein Anwalt von der BAWAG neu beauftragt – man könnte es auch anonymisieren –, ein neuer Anwalt geholt, sich einen Fall anzusehen, nämlich die Causa Atomic, wie man weiter vorgeht.

Am Montag gibt es eine Besprechung mit den Entscheidungsträgern zwischen diesem Anwalt, Rechtsanwalt Gehmacher, und den zuständigen Personen innerhalb der BAWAG. Dort wird empfohlen, Wechselzahlungsauftrag einzubringen gegen Rohmoser persönlich. Das wird dann auch am darauffolgenden Tag gemacht.

Die Konkursentscheidung fällt, die -beantragung fällt nicht, sondern diese wird dem Vorstand vorbehalten. Die Entscheidung kann nicht vor Mittwoch gefallen sein. Am Donnerstag oder Freitag bringt man den Konkursantrag der Gläubigervertreter ein. Am Mittwoch bringt er ihn ein, am Mittwochvormittag ist die Entscheidung gefallen.

Am Montag fährt der Anwalt des Gläubigers, der den Antrag gestellt hat, zum zuständigen Konkursgericht und Konkursrichter, um ihm auf der einen Seite die Dringlichkeit klarzumachen und auf der anderen Seite auch darauf hinzuweisen, man werde entsprechende Geldsummen zur Verfügung stellen, dass der Fortbetrieb gewährleistet ist – namentlich 175 Millionen Schilling.

Zufälligerweise ist der noch nicht bestellte – weil ja der Konkurs noch nicht eröffnet ist – Herr Vavrovsky, der Masseverwalter, zugegen. Man beschließt dann vor Ort in Salzburg, nach Wagrain oder wo auch immer zur Firma hinzufahren, und man fährt mit dem Auto gemeinsam: das „Triumvirat“ Konkursrichter, Gläubigervertreter der BAWAG plus präsumtiver oder noch nicht bestellter Masseverwalter, dorthin, um Pilotto, der Prokurist gewesen ist, anzutreffen.

Es waren zwei Geschäftsführer bestellt, die nur gemeinsam Erklärungen abgeben können; einer wurde abberufen, aber im Firmenbuch noch nicht gelöscht, und der eine Geschäftsführer hat bereits dem Konkursverfahren zugestimmt. Eine Zustimmung in diesem Konkursverfahren kann ja nur als Rechtsmittelverzicht ausgelegt werden.

Man fährt dorthin und bespricht das mit dem Prokuristen, der dann eine zweite Unterschrift leistet, die rechtlich an sich keine Relevanz hätte, weil ein Prokurist diesbezüglich gar keine Erklärungen abgeben, keine Zustimmung geben kann im Konkursverfahren; das überschreitet die Prokura.

Daraufhin telefoniert der Richter mit seinen Bediensteten – vielleicht Rechtspraktikanten – und sagt: Hängt das Konkursedikt, das schon vorbereitet ist, auf! Rückwirkend mit null Uhr wird dann der Konkurs – am Montag war das – eröffnet. „Zufälligerweise“ ist der Masseverwalter auch gleich dort, der das alles begleitet, und schon bestellt.

Jetzt sagt man immer – Sie kennen das sicher aus Ihrer beruflichen Erfahrung –, die Gerichte arbeiten so langsam.

Daher meine Frage: Ist Ihnen je ein derart blitzartiger Fall einer Konkureröffnung in Ihrer beruflichen Praxis oder als Justizminister vorgekommen?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das einzige Gebiet, wo ich *nicht* tätig bin, sind Masseverwalter-Tätigkeiten, das sage ich ganz offen. Ich habe noch nie eine Masse als Masseverwalter abgewickelt; ich werde das auch nie tun. Es schaut ungewöhnlich schnell aus, aber ich bin nicht der Experte. Man müsste einen erfahrenen Präsidenten eines Handelsgerichtes – wenn man das ganz genau wissen will – über die Usancen fragen. Es schaut irrsinnig schnell aus, aber auch die Justiz arbeitet, wenn es sein muss, manchmal sehr schnell. Aber ich will jetzt keine Wertung abgeben; es schaut irrsinnig schnell aus, und in Verbindung mit dem, was hier gesagt wurde ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zumal gegen die Atomic for Sports GmbH keine titelmäßig ausgewiesene Forderung vorliegend ist.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Das ist ja offenkundig nur mit Zustimmung des designierten Gemeinschuldners möglich gewesen. – Ich weiß es nicht!

Ich bitte, meine Antwort, wenn es nach mir geht, nicht zu werten, denn ich bin *kein* Experte in Rechtsangelegenheiten Schnelligkeit von Konkureröffnungen. Das bin ich einfach nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie das je in Ihrer Praxis erlebt, dass ein Masseverwalter schon als Masseverwalter agiert, ohne dass die Ediktstafel – damals noch Ediktstafel – ausgehängt ist, der Konkurs?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Auf meine Äußerung kann man hier wirklich keine vernichtende oder entlastende Äußerung aufbauen, da muss man einen Betroffenen oder jemanden fragen, der täglich damit zu tun hat.

Es schaut irrsinnig schnell aus – diese Auffassung teile ich –, aber ich maße mir nicht an, das so dramatisch zu bewerten, dass man darauf im Ausschuss etwas Besonderes aufbaut.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist Ihnen in Ihrer Amtszeit je das Amtshaftungsverfahren BAWAG – angestrengt gegen die Republik Österreich in der Causa Staatsanwalt Spitzer, Innsbruck – bekannt geworden? (*Dr. Böhmdorfer: Nein!*)

Letzte Frage: Haben Sie eigene Wahrnehmungen in der Causa BAWAG, in diesem Komplex?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ist nicht auf meiner Ladung, und insoweit ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage nur, denn dann ersparen wir uns vielleicht eine Ladung beim nächsten Mal, wenn Sie jetzt nein sagen.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Ich sage nein. – Soweit ich es beurteilen kann, kann ich hier keine verwertbaren ... – aber soweit hier verwertbar, habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine Frage noch: Herr Dr. Böhmdorfer, kennen Sie die Rechtsfigur des „fiktiven Masseverwalters“? – Mir ist das noch nie untergekommen.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nein. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennt irgendjemand im Ausschuss die Rechtsfigur des „fiktiven Masseverwalters“?

Dr. Dieter Böhmdorfer: Es kommt darauf an, in welchem Zusammenhang das verwendet worden ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das stammt aus einer Zeugenaussage des Konkursrichters vom 23.5.2006, wo er versucht, die Rolle des Herrn Vavrovsky so zu rechtfertigen, dass er sagt, er war „fiktiver Masseverwalter“.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Hat er gemeint: **designierter** – oder wie?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, er meint hier wirklich **fiktiv!** Also es gab die Fiktion einer Masseverwaltung, und daher ist er plötzlich zum **fiktiven** Masseverwalter geworden. So kann ich auch einen fiktiven Justizminister erfinden und Sie immer noch als Justizminister betrachten, verstehen Sie? Da bin ich der „fiktive Papst“, wenn ich das zu Ende denke. (*Heiterkeit.*)

Dr. Dieter Böhmdorfer: Jetzt verstehen wir, was gemeint ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich frage jetzt nicht, ob Ihnen schon je die Bezeichnung „antiquarischer Edeltrödel“ vorgekommen ist.

Dr. Dieter Böhmdorfer: Nein, aber ich kann mir vorstellen, was gemeint ist: Klumpert! Auf Wienerisch übersetzt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau, das ist gut beschrieben! Sie würden sich vorstellen, „antiquarischer Edeltrödel“ ist Klumpert.

Dr. Dieter Böhmdorfer: So übersetze ich es einmal spontan auf Wienerisch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gibt es noch weitere Fragen an die Auskunftsperson? – Das ist nicht der Fall.

Dann bedanke ich mich für Ihr Kommen! Sie sind für heute auf jeden Fall einmal entlassen. – Danke.

11.33

(Die **Auskunftsperson Dr. Böhmdorfer** verlässt den Sitzungssaal.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf **unterbricht** die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 11.34 Uhr **unterbrochen**, um 12.29 Uhr **wieder aufgenommen** und unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit fortgesetzt; s. **Auszugsweise Darstellung; nichtöffentlicher Teil.**)

12.34

Obmann Mag. Dr. Martin Graf leitet – um 12.34 Uhr – wieder zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dipl.-Ing. Stefan Pierer** und in den Saal zu bitten sowie auch den Medienvertretern wieder Zugang zu gewähren.

(Die **Auskunftsperson Dipl.-Ing. Stefan Pierer** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann dankt Herrn **Dipl.-Ing. Pierer** für dessen Erscheinen als **Auskunftsperson**, weist diesen auf die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage hin – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem

Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer (KTM-Sportmotorcycle AG): Stefan Pierer; geboren 25. 11. 1956; Unternehmer; wohnhaft in 4600 Wels.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Waren Sie im Untersuchungszeitraum allenfalls zeitweise öffentlich Bediensteter? – Der Untersuchungszeitraum ist 1994 bis dato. (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. – Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. Wollen Sie davon Gebrauch machen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, davon möchte ich Gebrauch machen. (*Obmann Dr. Graf: Bitte!*) Nur eine kurze Einführung, wie ich zu dieser Causa überhaupt gekommen bin.

Ich habe Herrn Alois Rohrmoser 1989 persönlich kennen gelernt, und zwar im Zuge der Kaufabwicklung einer Schischuhfabrik in der Steiermark; das ist die Koflach-Schischuhfabrik gewesen, da war ich im Auftrag des Vorkäufers mittätig. Im Zuge dieser Abwicklung habe ich Herrn Rohrmoser persönlich kennen gelernt, ihn auch schätzen gelernt. Er war ein sehr professioneller, aber sehr zuverlässiger Geschäftspartner.

Wir haben diesen Kontakt aus dem Jahr 1989 weitergehalten, da ich in den nachfolgenden Jahren einige Projekte in der österreichischen Schiindustrie durchgeführt habe. So war ich in den Jahren 1989 bis ungefähr 1992 über ein Schibindungsprojekt mit den österreichischen Unternehmen in Kontakt. Ich kannte also alle diese Teilnehmer zu diesem Zeitpunkt persönlich: Herrn Arnsteiner, dessen Schwiegersohn Schenner, Herrn Fischer, Herrn Rohrmoser. Ich kannte also die österreichische Schiindustrie relativ gut.

Ich habe in diesen Jahren immer Kontakt zu Herrn Rohrmoser gehalten, und im Juli 1994 habe ich einen Anruf von ihm bekommen. Da hat er zu mir gesagt: Bitte kommen Sie schnell nach Salzburg, ich habe Probleme!

Ich habe ihn dann im Juli – meines Wissens Mitte Juli – erstmals in Salzburg besucht, in seinem damaligen Haus in der Neutorgasse, und da hat mir Herr Rohrmoser geschildert, was er so alles in den letzten Monaten vor diesem Treffen erfahren musste. Das Unternehmen selbst ist zu diesem Zeitpunkt bereits zur Nummer zwei der Welt in der Schibranche geworden – natürlich nach einem sehr harten Winter 1993/1994 und notwendigen Technologieumstellungen sicher in einer Situation, in der das Eigenkapital nahezu aufgebraucht war.

Das Unternehmen Atomic war zu diesem Zeitpunkt in der Situation, dass die Hausbank BAWAG Herrn Rohrmoser zunehmend bedrängte, einerseits seine Nachfolge zu regeln, und andererseits war sie ihm intensivst nahe getreten, zur Abtretung der Anteile ein ***unwiderrufliches Abtretungsanbot*** zu unterschreiben. Herr Kommerzialrat

Rohrmoser war beauftragt, einen Geschäftsführer neu einzustellen. Es wurden ihm verschiedenste Personen – abenteuerliche bis bekanntere – vorgeschlagen.

Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat mir zum Beispiel die Geschichte erzählt, dass ihm im Frühjahr 1994 der unglückliche Verstaatlichten-Manager Dr. Sekyra aufgedrückt wurde, der mit ihm ein Unternehmenskonzept erarbeiten sollte. Im Zuge dieser Unternehmensanalyse ist Herr Rohrmoser draufgekommen, dass Sekyra eigentlich die Unternehmung Atomic übernehmen wollte. Rohrmoser hat mir erzählt, dass damals 500 Millionen Euro zugeführt worden wären, von Sekyra aus der BAWAG (*Abg. Krainer: Entschuldigung: Schilling oder Euro?*), damals aus Übersee, und solche Dinge.

Ich habe sie zu diesem Zeitpunkt, muss ich ganz ehrlich sagen, noch nicht im vollen Ausmaß ... (*Abg. Krainer: 500 Millionen Schilling?*) – 500 Millionen Schilling. Wir sind in der Zeit des Schillings, bitte, all die Beträge, die ich in der Erinnerung habe ... (*Abg. Krainer: Sie haben „Euro“ gesagt, deswegen habe ich gefragt!*) – Entschuldigung! 1994 ist ein Schilling-Thema!

Zu diesem Zeitpunkt – das muss ich dazusagen – habe ich all diese Aussagen zwar zur Kenntnis genommen, sie haben mir aber damals eigentlich fast abenteuerlich geklungen, sodass ich anfangs nicht so viel Wert darauf gelegt habe, sondern mich auf die Aufgabenstellung konzentriert habe. Ich habe mir das Unternehmen einmal angeschaut und habe Herrn Rohrmoser damals empfohlen: Herr Rohrmoser, es ist sicherlich notwendig, Eigenkapital zuzuführen und auch einen strategischen Partner hinzuzuholen!

Ich hatte bis zu diesem Zeitpunkt weder einen Geschäftskontakt mit der BAWAG noch sonst irgendetwas mit ihr zu tun, ich hatte also keine Vorurteile. Ich war zu diesem Zeitpunkt immerhin schon so bekannt, dass ich mir zugetraut habe, die Kontakte und die Gespräche so zu führen, dass man als Mediator zwischen der Bank und dem Unternehmer eine Lösung finden sollte.

Auf Grund meiner ausgezeichneten Kontakte in der österreichischen Schiindustrie habe ich Herrn Rohrmoser vorgeschlagen, dass man Atomic als zentrale Stelle oder als zentrale Lösung für eine **österreichische Schilösung** heranziehen sollte. Ich habe daraufhin Kontakt mit dem Management von **Head** aufgebaut, das damals im Besitz der **Austria Tabak** war – also auch mit Herrn Beppo Mauhart –, ich habe mit **Blizzard** Kontakt hergestellt. Als kleinen Spieler habe ich damals noch die Firma **Hagan** hinzugeholt, und ich habe von Mitte Juli bis Anfang August im Hintergrund versucht, diese einzelnen Spieler an einen Tisch zu bringen und ihnen zu erklären, dass das eigentlich die letzte Chance wäre, eine österreichische Schilösung zu machen.

Es sind diesem Vorschlag eigentlich alle gefolgt, und so bin ich dann im Anschluss mit meinen Beratern zur **BAWAG** gegangen. Ich habe damals mit Herrn **Partik** gesprochen, der meines Wissens im Vorstand war, und mit einem gewissen Herrn **Schwarzecker**, der erst später in den Vorstand kam. Der Rechtsvertreter seitens der BAWAG war damals Herr Dr. Frotz.

Wir haben den Leuten Folgendes vorgeschlagen: Das wäre doch eine optimale, tolle Lösung, einerseits zur Erhaltung des österreichischen Industriestandortes, das nächste Thema, auch eine Bereinigung der österreichischen Schiindustrie vornehmen zu können, und all diese Spieler würden mittun. Auf dieser Basis haben wir ständig mit der BAWAG – auch in Abstimmung mit Herrn Rohrmoser – in den nachfolgenden Tagen, bis ungefähr Mitte/Ende August 1994, die Sache vorangetrieben.

Die ganze Sache hat sich dann Anfang September dramatisch ... – Im Zuge dieser Verhandlungen haben wir auch die BAWAG ständig eingebunden und haben die

Konstruktion einer so genannten **Treuhandlösung** entwickelt – dies deshalb, um auch den abgebenden Unternehmer Rohrmoser in eine gewisse fixe Vereinbarung zu bekommen, damit nicht, wenn alles verhandelt ist, letztendlich der Eigentümer selbst nicht zustimmt.

Das Zweite war eine Bedingung in dieser Treuhandkonstruktion, dass Alois Rohrmoser bereit gewesen wäre, mindestens 51 Prozent, maximal 85 Prozent seines Unternehmens abzugeben – unter der Bedingung, dass der Käufer pro Prozentpunkt ungefähr, glaube ich, 4,3 oder 4,7 Millionen Schilling an Eigenkapital zuführt; das wären also beim vollen Ausmaß rund 350 Millionen Schilling gewesen. Das wäre jener Betrag gewesen, der dafür notwendig gewesen wäre, das Unternehmen langfristig nachhaltig auszurichten.

Die Treuhandkonstruktion war auch so konzipiert, dass ein Vertreter der BAWAG mit an Bord gewesen wäre, und **ohne** Zustimmung dieses einen Vertreters wäre überhaupt nichts möglich gewesen. Es wäre also wirklich eine dem österreichischen Industriestandort gemäße und volkswirtschaftlich ausgezeichnete Lösung gewesen.

Es ist dann Ende August, Anfang September geworden, und dann kam ... Damals hat man uns mitgeteilt, Herr Elsner weile auf Urlaub in Übersee; damals habe ich dem Begriff „Übersee“ noch nicht jene Bedeutung beigemessen. Herr Elsner ist Anfang September aufgetaucht, hat diese Lösung von heute auf morgen gekippt und hat – wie später ja überall zu lesen und zu erleben war –, das Unternehmen Atomic **vorsätzlich** in die Insolvenz getrieben.

Das war also die Zeit davor. Ich hatte von Mitte Juli bis zur Insolvenzeröffnung – das war, glaube ich, der 15. oder 16. September – eine sehr intensive Zeit. Ich hatte in dieser Zeit die Möglichkeit, das Unternehmen genau zu analysieren, und hatte auch den Kontakt mit den Mitarbeitern. Ich habe auch sehr intensiven Kontakt mit Herrn Rohrmoser gepflegt, der natürlich in dieser Situation bereits unter schwerstem psychischem Druck stand.

Das war die Geschichte von dem Zeitpunkt, zu dem ich dazugekommen bin, bis zur Insolvenzeröffnung. Ich glaube, danach wird es eine Vielzahl von Fragestellungen geben; aber das war die Wahrnehmung.

Es ist eigentlich auch viel zu wenig herausgekommen, dass Atomic die Kernlösung einer österreichischen Schilösung gewesen wäre, die nicht nur die BAWAG gekannt hat, sondern ich habe diese Information auch an die **öffentliche Seite** gebracht. Ich habe damals dem Sekretär von Herrn Dr. Vranitzky die Information gegeben, dass mit dem gut investierten Standort Atomic die Chance auf eine **österreichische Schilösung** bestehen würde, und zwar mit Head, das damals bereits im Besitz der Austria Tabak war.

Wenn man sich die Bilanz von Atomic im Verhältnis zu anderen angeschaut hat, hat sie nicht anders ausgesehen als die von Blizzard oder von Head. Das ist ein typisches Branchenbild der österreichischen Schiindustrie zu diesem Zeitpunkt gewesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir kommen nunmehr zur Befragung. – Herr Kollege Krainer, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gemeint, die persönliche Wahrnehmung geht bis zur Insolvenzeröffnung. Und danach?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Danach geht sie natürlich intensiv weiter. Denn Sie können sich vorstellen – und das ist die Erfahrung –, dass ein Unternehmer, der mehr oder weniger, ich sage es einmal übertragen, nahezu enteignet wird, in dieser ersten Phase natürlich stark suizidgefährdet ist. Am Tage der Konkursöffnung habe ich bis 22 Uhr

mit seiner Familie bei ihm ausgeharrt, um über diese schwierige Zeit hinwegzukommen. Ich habe ihn in den nachfolgenden Wochen und Monaten sehr häufig besucht, sehr häufig betreut. Bis zu seinem Tode habe ich sehr intensiven Kontakt mit Herrn Rohmoser gepflegt.

Ich habe ihm auch in seinen schwierigen Situationen geholfen. Ich habe ihm auch bei der seinerzeitigen Erfüllung seines Zwangsausgleiches geholfen, indem ich ihm eine Finanzierung für die Freistellung seiner Liegenschaften aufgestellt habe – all das. Ich habe also sehr intensiv mitbekommen, was in diesen zehn, zwölf Jahren Herrn Rohmoser widerfahren ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch sagen – das wird vielleicht noch zur Sprache kommen –, dass durch diese intensive Betreuung des Herrn Rohmoser auch ein tief freundschaftliches Verhältnis entstanden ist. Das hat auch dazu geführt, dass ich insgesamt **zwei Hausdurchsuchungen** in dieser Causa erfahren musste, obwohl ich mehr oder weniger Zeuge war und am Rande stand.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, zu denen kommen wir dann noch. (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Aber nur wegen der Chronologie: Als Sie nach dem Juli 1994 – nach diesem Hilferuf, nach diesem ersten Gespräch und nach den Gesprächen mit Blizzard, Head, BAWAG und so weiter – das Unternehmen analysiert haben: Wie hat sich das Unternehmen Atomic für Sie dargestellt? – Sie haben gesagt, das Eigenkapital war fast aufgebraucht. War das Unternehmen ...?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Dieses Unternehmen hat sich dargestellt wie alle anderen Schihersteller in Österreich zu diesem Zeitpunkt. Das Unternehmen Atomic war zu diesem Zeitpunkt nicht insolvent; es hat sich innerhalb seiner genehmigten Kreditrahmen gegenüber der BAWAG bewegt. Es hat auch einen sehr hohen Auftragsstand gehabt. Es war auf Grund eines vorangegangenen milden Winters der Absatz des letzten Jahres nicht in dem Maße gegeben; Herr Rohmoser hatte aber auf Grund einer Technologieumstellung den größten Auftragsstand im Hause, den er bis zu diesem Zeitpunkt im Unternehmen überhaupt hatte.

Das Unternehmen Atomic war also strategisch, von der Investition her, hervorragend aufgestellt. Es fehlte ihm eben Eigenkapital. Diese Zuführung von Eigenkapital war einer der wesentlichen, zentralen Punkte, die ich mir vorgenommen hatte. Das wäre eben diese österreichische Schilösung gewesen, wodurch dem Unternehmen bis zu 350 Millionen Schilling zugeführt worden wären.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Gehmacher war vor zwei Tagen hier und hat gemeint, die Firma Atomic for Sports hätte ab 1988 Verluste geschrieben: zunächst noch in der Höhe von 2 Millionen €, und dann im Geschäftsjahr 2003, glaube ich, bereits über 300 Millionen Schilling, quasi kontinuierlich steigend. – Stimmt das?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das Unternehmen Atomic hatte Jahre mit Verlusten, es hatte aber nicht Jahre in diesem Ausmaß. Sie müssen natürlich auch beachten, von welchem Standpunkt aus Sie es betrachten: Wenn Sie ein Unternehmen vom Standpunkt der **Zerschlagung** aus beurteilen, ist ein Verlust anders zu sehen, als wenn das Unternehmen **weitergeht**. Es gibt da also sicher eine hohe Bandbreite der Beurteilung.

Das Unternehmen Atomic hatte zu dem Zeitpunkt, als ich gekommen war, die Notwendigkeit, Eigenkapital zu bekommen, aber das Unternehmen war **nicht insolvent**, das Unternehmen hat sich in seinem genehmigten Kreditrahmen bewegt und hat keinen Anlass ... – Sie wissen selbst, dass es zwei Tatbestände gibt, die zur Insolvenz führen: Das eine ist die Überschuldung – die ist aber die relativ seltenste –

eines Unternehmens, das andere ist die Zahlungsunfähigkeit. **Zahlungsunfähigkeit** war **nicht im Geringsten** bei Atomic gegeben! Es war bis **zum Zeitpunkt der Konkursöffnung** die Zahlungsfähigkeit **voll gegeben**.

Sie sehen ja auch aus dem Konkursantrag und aus der Argumentation, dass die Fälligestellung der Wechsel und der Kredite **zwingend** vorgenommen wurde, um **überhaupt** eine **Zahlungsunfähigkeit** herbeizuführen. Das ist **reiner Vorsatz!**

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Gehmacher hat hier gemeint, dass zum Zeitpunkt der Konkursöffnung – er selbst wäre erst zirka eine Woche vorher eingebunden gewesen, hätte die Unterlagen bekommen und hätte dies in der Woche davor festgestellt – die Kreditlinien um 100 Millionen Schilling überzogen waren und dass, in der Vorausschau, für den Betrieb bis Dezember weitere 200 Millionen bis 300 Millionen Schilling notwendig gewesen wären.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich möchte dazu Folgendes sagen: Sie sagen richtigerweise, eine Woche vor Konkursöffnung ist dieser Dr. Gehmacher ins Spiel gekommen; der war vorher nicht dabei. Das war genau der Zeitpunkt, als Elsner aus dem Urlaub zurückkam – woher auch immer – und die Sache an sich gerissen hat. Dr. Frotz war nach meinen Informationen persönlich nicht mehr in der Lage, diesen Weg zu gehen, und hat deshalb dieses Mandat nicht mehr weiterverfolgt. Deshalb wurde **Dr. Gehmacher** beauftragt, die Interessen der **BAWAG** wahrzunehmen.

Ich möchte die Kompetenz eines Anwaltes nicht in Abrede stellen. Aber ich glaube nicht, dass Dr. Gehmacher in drei, vier Tagen die Problemstellung in der Atomic selbst erkannt hätte. Das spreche ich ihm ab. (*Abg. Krainer: Ja, aber wahrscheinlich ...!*)

Das Unternehmen hat einen vollen Auftragsstand gehabt, und die Saison hatte begonnen. Das heißt, es ist ja branchenüblich – und das ist auch klar bekannt –, dass die höchste Liquiditätsschwäche im Bereich August/Anfang September gegeben ist, dass ab Mitte September die Auslieferungen in der Skiindustrie beginnen und damit über die Kundenforderungen und den Rückfluss der Gelder wieder die Refinanzierung stattfindet.

Zu dem Zeitpunkt, als ich im Unternehmen war – und das war bis zum Zeitpunkt der Konkursöffnung –, hat sich das Unternehmen im **genehmigten Kreditrahmen** bewegt! Dazu stehe ich; ich habe auch diese Unterlagen noch immer bei mir.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Können Sie diese Unterlagen dem Ausschuss zur Verfügung stellen? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja, kann ich!*) – Denn das steht doch in einem gewissen Widerspruch zu dem, was Dr. Gehmacher hier vor zwei Tagen gesagt hat.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, das kann ich zur Verfügung stellen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Gehmacher hat hier dargelegt, dass es eben eine Überziehung um 100 Millionen gegenüber dem genehmigten Rahmen gegeben hätte und bis Jahresende 200 bis 300 Millionen gebraucht worden wären. Es hat sich dann wahrscheinlich nicht so entwickelt, da die Zeit bis Dezember, glaube ich, relativ ausgeglichen verlaufen ist – also in Bezug auf Aufwand und Ertrag der AfS –, daher war diese Vorausschau nicht hundertprozentig in Übereinstimmung mit der Realität, zumindest über den gesamten Zeitraum betrachtet.

Die Frage, ob zu dem Zeitpunkt die Kreditlinien überschritten waren oder nicht, ist sicher ein nicht unwesentlicher Punkt. Denn wenn sie **nicht** überschritten waren, dann ist die Argumentation von Dr. Gehmacher hier auf ziemlich wackligen Beinen.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich weiß nicht, wer die Vorausschau gemacht hat. Ich kann nur darauf hinweisen: Trotz Insolvenz hat der Masseverwalter in der Weiterführung für den Zeitraum danach, den Sie ansprechen, ein **sehr positives Betriebsergebnis**

erwirtschaftet. Ich gehe einmal davon aus, dass ein mindestens gleich hohes Betriebsergebnis auch ohne Konkurs möglich ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die nächste Frage, die ich habe, ist: Bei der Frage des Konkurses geht es auch darum, dass dieser so wahnsinnig schnell eröffnet wurde und dass bei Konkurseröffnung Masseverwalter, Anwalt der BAWAG und so weiter quasi sofort, noch am selben Tag, zur Atomic-Zentrale gefahren sind. – Was wissen Sie darüber?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich war an diesem Tag, als der **Konkursantrag** **zugestellt** wurde, im Unternehmen. Am Vormittag dieses Tages sind zwei Beamte zum Hauptstandort in Altenmarkt gekommen: mit dem Anliegen, Herrn Rohrmoser zur Zustellung des Konkursantrages zu treffen. Herr Rohrmoser war nicht anwesend; er war in Wagrain.

Ich habe also dafür Sorge getragen, dass Herr Rohrmoser am Nachmittag verfügbar war, und der Konkursantrag wurde ihm dann am Nachmittag – nehme ich an –, in der Kanzlei von Rechtsanwalt Dr. Maschke, damals zugestellt. Das wurde also unmittelbar, noch am selben Tag, durchgeführt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Gehmacher hat – nicht aus persönlicher Wahrnehmung, aber aus der Korrespondenz – ähnlich wie Sie erzählt, dass es vom Frühjahr, als Sie auch noch nicht dabei waren, bis zur Konkurseröffnung intensive Verhandlungen gegeben hätte, vor allem durch den damaligen Rechtsanwalt Dr. Frotz mit dem Eigentümer Rohrmoser, in allen möglichen Varianten, wie man diese Situation bereinigen kann. Er hat es so dargestellt, dass er zirka eine Woche vor der Konkurseröffnung zusätzlich damit beauftragt wurde, sich das anzuschauen.

Es hätte dann am Montag vor der Konkurseröffnung eine Besprechung in der BAWAG gegeben, in der er, Dr. Frotz, Vorstände et cetera anwesend gewesen wären. **Er** hätte ebendiese Vorgangsweise vorgeschlagen und wäre auch damit beauftragt worden, das einmal vorzubereiten. Am Mittwoch wäre dann ein formeller Beschluss gefasst worden, in irgendwelchen Gremien, die er nicht näher benennen konnte – er nahm an, im Vorstand, aber er wusste es nicht genau –, eben dann diesen Konkursantrag zu stellen. – Das ist jetzt noch kein großer Unterschied zu dem, was Sie hier sagen.

Der große Unterschied ist, dass Dr. Gehmacher gemeint hat: Die hätten die Kreditlinien überschritten, wären zahlungsunfähig gewesen, und es hätte keine positive Fortführung gegeben. Er hat auch gemeint – was die Angebote oder die Möglichkeiten betrifft, die von Ihrer Seite gekommen sind –, dass Sie **nicht** über ausreichendes Kapital verfügt hätten, um das einzuschließen.

Sie haben selbst gesagt, dass 200 bis 300 Millionen notwendig gewesen wären. – Haben Sie konkrete Financiers gehabt, die bereit gewesen wären, dieses Geld zu investieren?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die österreichische Schilösung hätte darauf basiert, dass die Gruppen **HTM** – Head, Tyrolia, Mares –, **Blizzard** und **Atomic** diese Schilösung gebildet hätten.

Ich komme aber vorher noch einmal auf Folgendes zurück. Ich **widerspreche** Ihnen hier, denn auch der Konkursrichter selbst gibt in seinen Aussagen ganz klar bekannt, dass die Zielsetzung der Konkurseröffnung ausschließlich die gewesen war, den **Rechtszustand** wiederherzustellen, sodass die **BAWAG** die **Kontrolle** über das Unternehmen hat. Das können Sie in Aussagen des Richters lesen; das liegt mir auch in Kopie vor.

Es ging also **nie** um die **Zahlungsunfähigkeit** des Unternehmens davor oder um eine negative Fortbestehungsprognose. – Ich kann Ihnen gerne Kopien davon geben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie widersprechen nicht mir. Sie widersprechen Herrn Gehmacher, der nicht hier ist.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, aber Sie haben jetzt, und ich weiß ja nicht, ob ... – Ich widerspreche jedenfalls dieser Aussage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich versuche hier nur, die Teile der – unter Anführungszeichen – „Geschichte“ oder die Wahrnehmungen, die hier die einzelnen Auskunftspersonen darbringen, gegenüberzustellen. Insoweit sie sich decken, interessieren sie mich nicht, denn da gehe ich davon aus, dass das okay ist. Ich versuche nur, die **Unterschiede** herauszuarbeiten.

Deswegen halte ich hier Sachen, die in einem gewissen Widerspruch stehen zu dem, was Sie sagen – oder von denen ich mir denke, dass es da einen Widerspruch geben könnte –, Ihnen vor und ersuche Sie um Ihre Auskunft dazu. Aber Sie sind dann in keinem Widerspruch zu **mir**. – Das wollte ich nur sagen.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Dann ist das in Ordnung. – Das Unternehmen Atomic hatte eine **positive Fortbestehungsprognose**. Das Unternehmen hat es letztlich auch **trotz** einer vorsätzlich herbeigeführten Insolvenz in seinen Unternehmensfortführungszahlen bewiesen. Und das Unternehmen hat sich bis zu diesem Zeitpunkt in seinen Kreditlinien bewegt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Frage war aber, inwiefern Sie damals Kapital bereitstellen konnten oder wollten.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es war nicht die Frage, ob ich es persönlich bereitstellte, sondern meine Aufgabe war es, als Beauftragter von Herrn Rohmoser Eigenkapitalgeber aus dem Bereich der österreichischen Schiindustrie in diese Gruppe hereinzubringen, nach Maßgabe dieser Größenordnung, die ich genannt habe: 1 Prozentpunkt entspricht 4,7 Millionen Schilling.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und hatten Sie die auch?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Angesichts der Teilnehmer, die sich in der österreichischen Schi-Lösung bewegt haben, können Sie davon ausgehen, dass diese Größenordnung möglich gewesen wäre. Ich glaube, eine Austria Tabak – und sie hat es später auch bewiesen, auch wenn es viel Geld gekostet hat; ich spreche von der Head-Sache – steht da sicher außer Zweifel.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich muss nur konkret nachfragen, weil es geheißen hat, es gab keine ... – Ganz konkret wurde die Übertragung der Anteile an Ihr Konsortium abgelehnt. Am 7.9. oder so, sagt Herr Gehmacher, ist das der BAWAG per Fax ohne Ihr Wissen mitgeteilt worden. Es wurde hier auch ausgesagt, dass Sie nicht in der Lage gewesen wären, die Fortführung dieser Firma ordentlich zu gewährleisten.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das ist eine einseitige Aussage; das entspricht **nicht** meiner Wahrnehmung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, abgesehen von ... – Diese Übertragung der Anteile am 7.9.: War das Teil dieser österreichischen Schi-Lösung oder war das ein Notprogramm?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Richtig, das war ein Teil dieser österreichischen Schi-Lösung, und diese Treuhand-Lösung ist – noch einmal! – von Beginn an mit der **BAWAG abgestimmt** gewesen. Von Beginn an! Ich kann Ihnen auch diese Unterlagen zur Verfügung stellen. (*Abg. Mag. Stadler: Das wäre interessant!*) Ich stelle Ihnen den

gesamten Schriftverkehr von Beginn an zur Verfügung: den Schriftwechsel zwischen dem Hause Atomic oder Herrn Rohrmoser und der BAWAG.

Bis zu diesem Zeitpunkt hat es auch, muss ich dazusagen, ein sehr konstruktives Gesprächsklima gegeben. Es war ja völlig unlogisch: Was spricht gegen eine österreichische Schi-Lösung? Dagegen, dass Eigenkapital zugeführt wird, dass man sicher sehr kantige, starke Unternehmerpersönlichkeiten der österreichischen Schi-Industrie, einen Arnsteiner, einen Rohrmoser – das steht außer Zweifel –, an einen Tisch bringt und eine Lösung hätte – und das auch noch unter Einbindung der **Austria Tabak**, die damals ja mit **Head** auch keinen einfachen Fall hatte? – Also das war total logisch! Was ist daran schlecht?

Das hat sich mit dem Tage des Eintreffens von Elsner zu 100 Prozent umgedreht! Es gab keine Gesprächsbasis mehr, nichts mehr. – Das hat dann am Schluss dazu geführt, dass Herr Rohrmoser einen Tag vor oder am Tag der Eröffnung der Insolvenz der BAWAG sogar angeboten hat: Nehmt es um 1 Schilling, nur damit kein Konkurs stattfindet! – Auch das wurde abgelehnt; **schriftlich** abgelehnt. Ich habe alle Unterlagen und werde alle Unterlagen in Kopie zur Verfügung stellen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dieses Angebot bestreitet ja auch niemand, Dr. Gehmacher argumentiert hier, dass 1 Schilling für die Firma zu zahlen **zu viel** gewesen wäre, weil es ein überschuldetes insolventes Unternehmen ist, und da ist 1 Schilling zu zahlen **zu viel**. – Das sagte Dr. Gehmacher hier am Mittwoch.

Wir versuchen ohnehin, diese Sachen herauszuarbeiten, diese unterschiedlichen ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich versuche, mit Ihnen weiter zu denken. Die nächsten drei Monate, die Insolvenz, die Quote und all das widerspricht leider diametral dem, was Sie von Herrn Gehmacher hier gehört haben.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herr Dipl.-Ing. Pierer, wir haben in den letzten Tagen sehr, sehr vieles über Atomic gehört. Für uns stellt sich jetzt auch die Frage – Sie sagen, es hat eine positive Fortführungsprognose gegeben –: Wie lange haben Sie gebraucht, das Unternehmen zu prüfen, damit Sie gewusst haben, dass es eine positive Fortführung gibt? Wie lange waren Sie damit beschäftigt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wie ich erwähnt habe, bin ich Mitte Juli dazu gekommen und habe rund eineinhalb Monate Zeit gehabt, in dem Unternehmen wirklich sehr genau nachzusehen. – Also eineinhalb Monate: von Mitte Juli bis Ende August.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Aber Herr Dr. Gehmacher hat uns erklärt, er habe innerhalb einer Woche feststellen können, dass das Unternehmen verschuldet ist. (*Rufe bei der ÖVP: Ein Wochenende!*) An einem **Wochenende!** Und – was sich jetzt für mich überhaupt nicht deckt – es gibt auch die Aussage von ihm, es habe nur Chaos im Unternehmen gegeben.

Können Sie uns vielleicht sagen, der Sie so lange im Unternehmen gewesen sind, wie sich das für Sie dargestellt hat – noch dazu, wo Sie ja selbst zu diesem Zeitpunkt auch ein Unternehmen geführt haben und wissen, wie eine Betriebsführung ablaufen soll.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich konnte von „Chaos“ während meiner Anwesenheit **nichts feststellen**.

Zur Verstärkung der Geschäftsführung wurde für diesen Zeitraum der damals operativ tätige Geschäftsführer der Koflach Schischuhfabrik, Herr Walter Wittmann, zusätzlich zu Atomic berufen, der ein sehr erfahrener Manager war, der aus dem Hause kam, und das Unternehmen hatte bis zu diesem Zeitpunkt – also bevor die Insolvenz-Turbulenzen begannen – einen ganz klaren Kurs in die richtige Richtung.

Ich kann das nicht widerspiegeln wie Herr Gehmacher. – Aber vielleicht können Sie aus der Entfernung an einem Wochenende ... – Sie wissen! Ich kann zumindest sagen – ich bin 20 Jahre lang im Geschäft, ich habe ein bisschen etwas zusammengebracht –, wie ein Unternehmen funktioniert, und da hat sich eigentlich nichts geändert.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben jetzt gesagt, Sie waren an dem Tag der Konkureröffnung im Unternehmen, und zwei Beamte haben das Edikt überbracht. – Waren Sie jetzt in Wagrain oder in Altenmarkt? Wo waren Sie?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Der Hauptsitz des Unternehmens war in Altenmarkt. Herr Rohrmoser hatte als in Wagrain Geborener sein eigentliches Büro in Wagrain, und er hat sich in Wagrain aufgehalten. Aber der Hauptsitz des Unternehmens war in **Altenmarkt**.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Und wo waren Sie?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich war in Altenmarkt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es hat unter anderem auch die Information gegeben, dass Herr Dr. Gehmacher, Herr Dr. Sieber und Herr Dr. Vavrovsky **gemeinsam** in Altenmarkt gewesen sind. – Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das war im Anschluss, nach mir. Nachdem am Vormittag dieses Tages der Zustellungsversuch erfolgt ist, bin ich nach Wagrain zu Herrn Rohrmoser, um ihn darüber zu informieren. – Ich nehme an, der Besuch muss nach mir gewesen sein. Also ich selbst habe die drei Herren nie persönlich im Unternehmen angetroffen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie sagen, Sie haben das Ganze auch über den Konkurs hinaus betreut. Es wurde auch immer wieder davon gesprochen, dass es mehrere Anbieter gegeben hat. – Wissen Sie irgendetwas darüber?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es hat mehrere Anbieter gegeben. Ich wurde auch von Herrn Rohrmoser informiert, dass die BAWAG bereits im Vorfeld einen Interessenten für die Atomic hatte, nämlich die Firma **Scott**; die war bereits im Frühjahr/Sommer mehr oder weniger fast abschlussreif, soweit mir mitgeteilt wurde; das ist dann aber offensichtlich nichts geworden.

Weiters die Firma **Amer**, das ist amtsbekannt; sie ist ja heute noch einer der Eigentümer.

Es hat darüber hinaus noch eine Lösung gegeben, die von uns auch unterstützt wurde – ich habe versucht, Kontakte herzustellen –, nämlich **Tiroler Schilift-Betreiber** aus dem Zillertal, Ötztal, Pitztal und so weiter, die **Atomic** im Namen der österreichischen Schi-Industrie retten wollten.

Es hat also **mehrere Interessenten** für die insolvente Atomic for Sport gegeben.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie sagen, Sie waren sehr lange Zeit im Unternehmen, und Sie kennen auch die anderen Schi-Lösungen. – Hat es in der Produktion irgendeine Abweichung gegeben, oder wie war das im Vorfeld, im ersten Halbjahr oder Dreivierteljahr? Bis September zirka war die Produktion, ab September hat die Auslieferung begonnen.

Wie hat sich das zu diesem Zeitpunkt dargestellt? Waren die Lager voll gefüllt? Wie war das?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es ist jedes Jahr dasselbe in der Schi-Industrie: dass sie letztendlich im ersten Halbjahr des Jahres ihren Rohstoff, ihre Produkte vorproduzieren muss, ohne genau zu wissen, in welchem Ausmaß der Winter kommt – wir haben gerade so einen Winter, unter dem die österreichische Schi-Industrie, wem auch immer sie gehört, gehörig leidet –, und das ist sicher ein **hoher Risikofaktor**. So war es auch dort. Das Unternehmen hatte für den bevorstehenden Winter alles anproduziert. – Man muss dazusagen, dass dieses Unternehmen damals im ersten Jahr die **Schalen-Schi-Technologie** produziert hatte. Damals war ein französischer Mitbewerber, der alle mehr oder weniger in die Ecke gedrängt hat, Schalen-Schi zu produzieren, und Rohrmoser war der erste und einzige Österreicher zu diesem Zeitpunkt, der die Produktion umgestellt hat. – Das waren auch zusätzliche Investitionen, die natürlich aus der Vorphase stammen, und er war voll lieferbereit für den Herbst.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir haben von Ihnen auch gehört, dass die BAWAG immer eingebunden gewesen ist, dass die ganzen Gespräche gemeinsam mit der BAWAG stattgefunden haben.

Wie war das dann, als Herr Dr. Gehmacher ins Unternehmen gekommen ist?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Da war kein Gespräch, da gab es nur die Konkureröffnung – aus. Da war **keine Kommunikation** mehr, nur mehr Fälligkeit von Krediten, Wechselklagen und Insolvenzeröffnung. Keine Kommunikation, sondern Vollzug hat da stattgefunden.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Haben Sie Herrn Dr. Gehmacher in der Woche vor der Konkureröffnung einmal im Unternehmen gesehen (*Dipl.-Ing. Pierer: Nein!*), wo er gesagt hat, er hat ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, ich habe ihn nie gesehen. Ich habe ihn auch, muss ich sagen, bis dato nicht persönlich getroffen. – Ich weiß nicht, ob mir da etwas fehlt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie waren aber in dieser Zeit verstärkt im Unternehmen und mit Herrn Rohrmoser unterwegs. (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Danke schön.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben mehrfach erwähnt, dass Sie uns Unterlagen zur Verfügung stellen könnten. (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) Wenn Sie diese Unterlagen bei sich haben und Sie sie uns heute zur Verfügung stellen könnten, dann könnten wir sie kopieren und dann an die Fraktionen verteilen lassen. – Oder ist das ein ungeordnetes Paket?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Na ja, es ist etwas chronologisch aufgeteilt, aber ich habe schon ein erhebliches Ausmaß mit. Das stelle ich gerne zur Verfügung zur Kopie. Vor allem der Zeitraum meines Eintretens von Mitte Juli bis zur Insolvenzeröffnung, diese Phase ist exakt dokumentiert. Die Kommunikation, der Briefverkehr, die Abwicklung mit der BAWAG – all das habe ich mit; das stelle ich gerne zur Verfügung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Im Anschluss an Ihre Anhörung werden Sie uns das dann übergeben? – Danke.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Herr Diplomingenieur, Sie sagen, 1994 war das Unternehmen aus Ihrer Sicht wirtschaftlich hervorragend aufgestellt. – Herr Dr. Gehmacher hat gesagt, es gab diese Situation nicht, sondern es sah ganz anders aus: Die finanziellen Verpflichtungen konnten nicht mehr erfüllt werden, daher dieser Konkursantrag.

Gab es Ihrer Meinung nach seitens der BAWAG dahinter stehend Motive für diesen Konkursantrag? Wie könnten diese ausgesehen haben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Meine Einschätzung oder letztendlich die auch aus den vorliegenden Aussagen der handelnden Personen ist, dass der Konkursantrag und letztlich der Konkurs ausschließlich dazu diente, die Treuhandkonstruktion über die Insolvenzeröffnung außer Kraft zu setzen. Die Aussagen sind ja relativ griffig da drin, vom Konkursrichter beginnend, der sagt, wenn man so viel ... – Ist verständlich, dass die BAWAG über die Insolvenz wieder die Herrschaft über das Unternehmen haben möchte, bis hin zum Thema im Konkursantrag.

Also es ist meines Erachtens ganz klar eine **rein vorsätzliche Konkurseröffnung**, wo das Thema **Schadenersatz** sicher schon ein großes Fragezeichen aufzeigt.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Das ist genau das! Herr Dr. Gehmacher hat immer darauf verwiesen, die **Zahlungsunfähigkeit** sei es gewesen, die zum Konkursantrag geführt hat.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die Zahlungsunfähigkeit wurde durch die BAWAG, durch die Wechselklage und durch die Fälligkeitstellung – no na net! – herbeigeführt. Es sind hier kundige Leute, und auch wenn ich nicht studierter Jurist bin, bin ich dieser Sachen mächtig.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Aber Sie haben auch von einem Zeitfenster gesprochen, aus Ihren Worten erkennbar war die Karibik-Reise oder der Karibik-Urlaub des Herrn Direktors Elsner im Zusammenhang mit dem Konkursantrag. – Könnte vielleicht die Abdeckung dieser Karibik-Geschäfte ein Motiv gewesen sein?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Jetzt kommen wir zum Thema **Interpretation**. Nach zwölf, 14 Jahren bekommt man ein klareres Bild und kann sich gewisse Dinge zusammenreimen. Aber wenn man gemeinsam Auf 1994 zurückschaut und überlegt: Warum tut man sich so etwas an?, was ja an sich völlig unverständlich ist, so ein Unternehmen vorsätzlich in die Insolvenz zu treiben, dann muss man sagen: Unter Umständen hätte ein Offenbarungseid der BAWAG 1994 schon nicht anders ausgesehen, als er jetzt ausgesehen hätte. Wenn ich jetzt überlege, mit welcher Kaltschnäuzigkeit und mit welchem „Mut“ man mit einem Unternehmen im Jahr 2000, das ja praktisch schon pleite war, dem Staat noch die P.S.K. als Bestbieter abgekauft hat, um damit eine Bilanz zu erstellen, dann, muss ich dazu sagen, ist das noch eine leichte Aufgabenstellung 1994 – wenn ich das einmal so durchinterpretiere.

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Können wir davon ausgehen, dass die Initiative – und das ist ja ein sehr wichtiger Faktor; auch für das Protokoll – durch das An-sich-Reißen des Falles, so wie Sie es bezeichnet haben, von Direktor Elsner ausgegangen ist? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Danke.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Diplomingenieur Pierer, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie jetzt formuliert: „vorsätzlich einen Konkurs herbeigeführt“. – Ist das richtig? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) Das war Ihr Eindruck!

Das heißt, Sie hätten sich damals zugetraut, eine **österreichische Schi-Lösung** zustande zu bringen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Absolut! Eine solche war im Vorfeld bereits in Erarbeitung. Es hätte auch – das muss man wissen – am Tage des Konkurses ein Treffen in Radstadt gegeben, wohin Herr Beppo Mauhart bereits unterwegs war; auch meine Person. Die Auswahl der Treuhänder – das wollte ich Ihnen auch noch erzählen – hat ja einen bestimmten Hintergrund gehabt. Es wurde mir damals, als ich das Mandat von Herrn Rohmoser übernommen habe, berichtet, dass Herr Elsner kein einfacher Gesprächspartner sei, und ich habe mir damals überlegt, jemanden zu suchen, der Herrn Elsner kennt. Herr Universitätsprofessor **Dieter Mandl** aus Graz, der zu diesem Zeitpunkt schon in Wien bei den Casinos im Aufsichtsrat tätig war, und so weiter, ist

ein ehemaliger Studienkollege von Herrn Elsner – er hat ja ein paar Semester auf der Universität zugebracht – und ein Du-Freund von ihm. Ich habe mir gedacht, na da wird sich ja wohl reden lassen, aber auch das hat nicht ausgereicht, denn auch er bekam die Information – er war damals ebenfalls zu diesem Treffen betreffend österreichische Schi-Lösung unterwegs –, einen Anruf im Auto: Kannst vergessen; der Konkursantrag ist schon unterwegs!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wir haben vorgestern unter anderem auch Herrn Dr. Gehmacher, Anwalt der BAWAG, der kurz vorher ausgetauscht wurde, offenbar in dem Wissen, dass er ein guter Freund des Konkursrichters ist, und, und, und, befragt. Und unser Eindruck ist, erstens: Zahlungsunfähigkeit wurde bewusst von der BAWAG herbeigeführt, bei dem Abhängigkeitsverhältnis, und zweitens: Überschuldung war **nicht gegeben**. – Sehen Sie das auch so?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, das sehe ich auch so.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Diplomingenieur, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, dass die **Treuhandlösung**, an der Sie gearbeitet haben, von Beginn an mit der BAWAG abgestimmt war? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Mit welchen Personen von der BAWAG haben Sie es da zu tun gehabt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das war Herr Partik, ein Mitglied des Vorstandes, Herr Schwarzecker, damals Abteilungsdirektor, der sich später dann im Vorstand wiedergefunden hat, und der damalige Rechtsvertreter Dr. Stephan Frotz waren dabei.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich habe das jetzt noch einmal gefragt vor dem Hintergrund, dass wir hier auch Herrn Mag. Ilgner befragt haben, den Sie ja kennen, nehme ich an. (*Dipl.-Ing. Pierer: Das war ein Mitarbeiter in der Finanzabteilung, also Leiter Finanz- und Rechnungswesen!*) Genau, und der hat uns die Situation so geschildert, als sei dieser Konkurs von der BAWAG ein bisschen vorbereitet worden.

Ich darf in diesem Zusammenhang aus dem Protokoll einen Satz aus einem Gespräch, das er mit Herrn Spandl geführt hat, zitieren. 17. Sitzung vom 5. März, Protokoll Seite 107, Gespräch zwischen Ilgner und Spandl – Spandl war Revisionsleiter der BAWAG und soll gesagt haben –:

„Käufer suchen – und Konkurs, das ist die Lösung!“

Jetzt scheint mir sozusagen das, was Sie uns hier erzählen, und das, was offensichtlich auf der anderen Seite im Unternehmen des Herrn Rohrmoser auch abgelaufen sein muss, nicht ganz zusammenzustimmen. – Haben Sie irgendwelche Kenntnisse über solche Vorgänge? (*Dipl.-Ing. Pierer: Was konkret meinen Sie? Was hat Herr Ilgner hier ausgesagt?*)

Die Situation wurde uns von Herrn Ilgner so geschildert: Auf Grund der negativen Ertragssituation des Unternehmens haben sich die BAWAG-Leute zunehmend im Unternehmen breit gemacht; von der Revision bis zu ... – Das sei so weit gegangen, dass überhaupt Kontaktpflege zur BAWAG untersagt worden ist. In einem Gespräch zwischen Herrn Ilgner und Herrn Spandl habe Herr Spandl zu Herrn Ilgner gesagt: „Käufer suchen – und Konkurs, das ist die Lösung!“

Offensichtlich dürfte es also in der BAWAG durchaus Leute gegeben haben, die an dieser Konkurslösung gearbeitet haben – und das scheint mir im Widerspruch zu dem zu stehen, was Sie uns gerade geschildert haben.

Daher meine Frage: Haben Sie diesbezüglich irgendwelche Wahrnehmungen gehabt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die erste Wahrnehmung kann ich Ihnen bestätigen. 1993 hat Herr Rohrmoser sein Einzelunternehmen, das er bis dato als Einzelunternehmen geführt hat, in eine GmbH umgewandelt, und im Zuge dieser gesellschaftsrechtlichen Vorgänge hat sich die BAWAG ins operative Zahlungsmanagement immer mehr eingemischt. Und als ich auch im Juli dort im Unternehmen tätig war, war mir bekannt, dass sämtliche Zahlungsflüsse, Zahlungen und so weiter, immer in Abstimmung mit der Bank geschehen.

Ich würde aber einmal dazu sagen, das ist dann, wenn Sie eine einzige Bank haben, und in der Situation, glaube ich, nichts Außergewöhnliches, aber dass sie im Operativen hier tiefen Einblick hatten – keine Frage.

Die zweite Wahrnehmung kann ich nicht bestätigen. Ist das ein Filialleiter oder ...? Ich hatte mit dem BAWAG-Vorstand hier in Wien zu tun zu dieser Zeit.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Spandl war der Leiter der Revisionsabteilung, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ist mir nie untergekommen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Haben Sie eine Vermutung darüber, warum die BAWAG sozusagen über Nacht ihre Meinung geändert hat, als Elsner aus dem Urlaub zurückkehrte?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Im ersten Moment überlegen Sie, was dafür ein Grund sein könnte, aber es ist ausschließlich das, den Zugriff auf das Unternehmen und die Verfügungsgewalt über die Atomic herzustellen – **ausschließlich**.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Eine nächste Frage: Sie haben gesagt, Sie haben sich auf Grund der Unterlagen, die Sie uns zur Verfügung stellen werden, ein Bild über das Unternehmen gemacht, für das Sie etwa eineinhalb Monate Zeit gebraucht haben.

Welche Unterlagen standen Ihnen da zur Verfügung? Können Sie uns das vorweg erzählen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich hatte Einblick in die Buchhaltung, in die Saldenlisten, das heißt, ich konnte mir einen Status oder eine Saldenliste zu diesem Zeitpunkt selbst mit den entsprechenden Mitarbeitern erstellen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben also auch Bilanzen gesehen. Kennen Sie in diesem Zusammenhang die Bilanz des Jahres 1994 und wissen Sie, wann diese erstellt worden ist?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich habe keine Bilanzen oder sonst etwas in Unternehmen geprüft, sondern meine Ausarbeitungen stammen ausschließlich aus der **Finanzbuchhaltung**, aus der Saldenliste und sind von uns erstellte Bilanz- und Unternehmensstati. Die Bilanz, eine auf 1993, auf 1994, ist mir in meinem Zeitfenster nicht vorgelegen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Auch später nicht, also nach dem Konkurs, nach der Konkurseröffnung des Unternehmens nicht?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: In der späteren Folge wurde es Herrn Rohrmoser extrem schwer gemacht, irgendwelche Informationen aus dem Konkursakt und aus dem Konkursverfahren zu geben. Die Information war äußerst mühsam und nur bruchstückhaft zu bekommen, und jene Informationen, die im Lauf der Zeit hier

zusammengetragen wurden, wurden praktisch ausschließlich durch die mühevollen Arbeiten des Herrn Rohrmoser zusammengetragen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Daraus darf ich wohl den Schluss ziehen, dass Sie auch dem Status der KPMG, der im Spätherbst des Jahres 1994 erstellt wurde, nicht kennen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich kenne ihn. Der ist im Nachhinein, im Laufe der Jahre ... – Ich habe natürlich alle Unterlagen im Lauf der Jahre bekommen, aber nicht in diesem mir bekannten Zeitfenster von Mitte Juli 1994 bis Anfang September 1994.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das heißt also, Sie kennen das Gutachten der KPMG schon. – Können Sie uns sagen, welche Meinung Sie zu diesem Gutachten haben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich will dazu keine von mir ... – Ich kenne es auch nicht ... – Wenn Sie es mir noch einmal vorlegen, interpretiere ich Ihnen das gerne. Es ist das viele Jahre her.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich kann das verstehen. Ich frage Sie aber deshalb, weil eben dort das Unternehmen als **stark überschuldet** auf der einen Seite und als **nachhaltig ertragslos** bezeichnet wird. Darum hätte mich Ihre Meinung zu diesem Statusbericht interessiert.

Dieser Statusbericht ist ja dann einige Jahre später durch ein anderes Gutachten von Ernst & Young ziemlich stark zerfleddert worden. Darum hätte mich Ihre Meinung dazu interessiert.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wird wahrscheinlich ein Auftragsgutachten sein. – Darf ich es einmal so bezeichnen?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sicherlich, ja. Jedes Gutachten – gehen wir einmal davon aus – ist ein Auftragsgutachten von irgendjemandem, aber Auftragsgutachten hin oder her: Es gibt natürlich auch **Bewertungsvorschriften**, nach denen man vorzugehen hat, also ganz der Beliebigkeit ist man ja da nicht anheimgestellt.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ist man nicht, aber wir sind in der glücklichen Lage, nach zwölf Jahren zurückzuschauen, wie es wirklich war. Und trotz Insolvenz hat man ja gesehen, dass das Unternehmen diesen Status und letztlich diese Vorherschau **nicht** bestätigt hat.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich habe Sie das unter anderem auch deshalb gefragt, weil der heute schon oft zitierte Herr Dr. Gehmacher diesen Statusbericht – den es damals übrigens noch gar nicht gegeben hat, das kann vielleicht ein Vorentwurf gewesen sein – sozusagen als Ausgangspunkt für seine Einschätzung genommen hat. Und darum hätte mich das doch sehr interessiert.

Eine andere Frage: Haben Sie dann im Nachhinein den Bieterprozess des Verkaufs an die Firma **Amer** verfolgt? Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich habe aus den eingeschränkten Möglichkeiten natürlich gemeinsam mit Herrn Rohrmoser dieses Verfahren beobachtet und mit Verwunderung festgestellt, dass im Anschluss an den Verkauf an die **Amer** die BAWAG selbst noch einmal mit 10 Prozent eingestiegen ist und auch erhebliche Mittel bezahlt hat, was bei Herrn Rohrmoser und letztlich auch bei uns große Verwunderung hervorgerufen hat. – Aber das hat man erst Monate danach über Recherchen herausgefunden.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Und der Kaufpreis in der Höhe von ... (*Dipl.-Ing. Pierer: 350 Millionen Schilling!*) – Nein, der Kaufpreis, den **Amer** bezahlt hat, die 900 Millionen € ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Diese Wahrnehmung – das war im Herbst 1994 – konnten wir damals noch machen. Das war für uns noch feststellbar.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wie schätzen Sie diesen Kaufpreis ein: Ist das ein realistischer Preis gewesen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich würde sagen, dass dieser Kaufpreis sicherlich **nicht zu hoch** war. Darf ich es einmal so einmal sagen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Können Sie das ein bisschen präzisieren: „sicherlich nicht zu hoch“?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich glaube, dass man, wenn man frei alle Anbieter herangeholt hätte, einen **höheren Preis** hätte erzielen können, weil Atomic war die Nummer 2, einer der besten Brands, und die Interessenten, auch große Interessenten, haben sich angestellt um dieses Unternehmen. (*Abg. Mag. Stadler: Weltweit die Nummer 2!*) – **Weltweit** die Nummer 2, ja, das muss man einmal sagen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich gehe der Reihe nach vor, wie Sie jetzt bisher ausgeführt haben. Ich wollte ursprünglich zeitlich der Reihe nach vorgehen.

Ich bleibe jetzt einmal bei diesem Treffen. Sie haben gesagt, am Tag der Konkurseröffnung war ein Treffen in Radstadt geplant mit Herrn Beppo Mauhart, um eine österreichische Schi-Lösung zu ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, diese Schi-Lösung, die ich vorhin zu erklären versucht habe, voranzutreiben, praktisch auf die Welt zu bringen. Er war unterwegs dorthin, und Professor Mandl war dorthin unterwegs, wir haben uns ja in diesem Raume aufgehalten. Das war an diesem Tage. Und beide haben dann den Anruf bekommen: Nicht mehr notwendig, kehrt um, Konkursantrag unterwegs!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Von wem haben beide diesen Anruf bekommen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Professor Mandl hat den Anruf direkt von der BAWAG, also von Elsner bekommen; von wem Mauhart umdirigiert wurde, müsste man Herrn Mauhart selbst fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat die BAWAG von diesem Treffen gewusst?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die BAWAG hat von diesem Treffen mit Sicherheit gewusst, denn sonst würde nicht dieser Anruf kommen, dass das Treffen obsolet ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das war kein Geheimtreffen, sondern das wurde vorher der BAWAG als hauptfinanzierende Bank avisiert?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es war avisiert, und wir haben auch – das muss ich dazusagen – versucht, im Bundeskanzleramt bei Vranitzky damals entsprechende Stimmung für diese Lösung zu machen, und auch der Herr Bundeskanzler hat angeboten, einen Runden Tisch für diese Schi-Lösung einzuberufen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und Elsner war gegen diese österreichische Schi-Lösung?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Offensichtlich voll gegen diese Lösung – lag nicht in seinem Interesse. Was für mich wiederum das Bild gibt: Es ging ihm **ausschließlich** um die Verfügungsgewalt über Atomic.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Damit bin ich bei der nächsten Frage: Sie haben gesagt, Sieber hätte gesagt, dass er Verständnis dafür habe, dass die Bank über einen Konkurs versucht, die Verfügungsgewalt über das Unternehmen zu erlangen. – Hat er das Ihnen gegenüber gesagt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich habe das aus einem Protokoll gelesen, wo er in einer Sache einvernommen wurde. Ich weiß jetzt nicht, in welcher Sache genau, aber ich habe hier in Kopie diese Aussage vorliegen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie Kontakt mit dem Herrn Konkursrichter Sieber gehabt? (*Dipl.-Ing. Pierer: Nie!*) – Können Sie mir erklären, wieso Herr Wittmann seine Zustimmung zum Konkurs Herrn Sieber in einem Telefax mitgeteilt hat? Hat sich Herr Wittmann Ihnen gegenüber dort einmal geäußert, oder haben Sie Wahrnehmungen darüber gehabt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Wittmann war zu diesem Zeitpunkt auch unter massivem psychischen Druck, und ich glaube auch, dass er – ich würde nicht sagen – bedroht, aber doch **unter Druck** gesetzt wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat er diesbezüglich einmal eine Äußerung getätigt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Er hat mir gegenüber – wir hatten oder haben ein sehr gutes Verhältnis – eine Aussage getätigt, die mich zu dieser Vermutung hinführt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat er gesagt, von wem er unter Druck gesetzt wurde?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Er hat es mir nicht namentlich gesagt, aber ich konnte mir daraus reimen, dass es aus der BAWAG-Ecke kommen muss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Hausdurchsuchungen bei Ihnen – Sie haben gesagt zwei haben stattgefunden! (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja, zwei haben stattgefunden!*) – haben auf welchen Anzeigen beruht?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Aus meiner Recherche Folgendes: Wir sind Herrn Rohmoser bei seinem Zwangsausgleich behilflich gewesen insofern, als wir ihm eine Finanzierung bei der Creditanstalt verschafft haben. Und im Gegenzug wurden von ihm private Liegenschaften dann aus dem Konkurs freigestellt, das heißt also Liegenschaften als Sicherheit und Kredit – insgesamt im Ausmaß von 55 Millionen Schilling. Mit diesem Geld wurde der Konkurs aufgehoben und ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Privatkonkurs?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Der Privatkonkurs des Herrn Rohmoser. Das hat dazu geführt – das ist meine Interpretation –, dass Elsner oder die handelnden Personen gemeint haben, dass Herr Rohmoser letztendlich irgendwie mit im Spiel sei und sie sich nicht erklären konnten, woher dieses Geld kommt.

Wobei es ja einfache Möglichkeiten gibt: Man kann anfragen, man kann sich Bilanzen aus den Firmenbüchern besorgen und so weiter. Meine Gesellschaft hatte ja entsprechende Kapitalausstattung bereits zu dieser Zeit. Man hat aber das dazu benutzt, um letztendlich eine Hausdurchsuchung ... – Die erste Hausdurchsuchung, die wurde, glaube ich, 1997 oder 1998 – 1998 in meiner Gesellschaft – durchgeführt, und man hat die Bücher der betreffenden Jahre mitgenommen.

Die zweite Hausdurchsuchung war meines Wissens Anfang 2000, wo an acht verschiedenen Stellen in Österreich insgesamt 28 Mitarbeiter der Wiener Wirtschaftspolizei ausgeschwärmt sind, um letztendlich festzustellen, wo die Mittel für 55 Millionen Schilling herkommen. Einfach festzustellen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das war ein nackter Erkundungsbeweis, der nebenbei auch noch erfolglos war.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Genau so ist es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Erkundungsbeweis und erfolglos! (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Ist das Ganze auf Strafanzeigen der BAWAG zurückgegangen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich meine im Nachhinein: Personen wie Horngacher, der zu dieser Zeit Chef der Wiener Wirtschaftspolizei ist, und auch, wenn ich sage, die Beamten, die dann diese Dienste durchführen, irgendwann merken sie, dass das Ganze ja peinlich ist, denn eine Unternehmung, die 200 Millionen Schilling Eigenkapital hat, dass die 55 Millionen Schilling vielleicht bewegen kann und man dann sieht in der Bilanz, dass das alles seinen normalen Weg hat, waren dann teilweise unangenehm berührt, und man hat dann durchaus eine Gesprächsbasis aufgebaut. Und die haben uns mitgeteilt, dass sie auf massiven Druck von **Wiener Seite** vorgehen müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer war die „Wiener Seite“?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: „Wiener Seite“ konnte ich nicht herausfragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Vermutung?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Meine Vermutung ist, dass man sicher seitens der BAWAG auf die Wirtschaftspolizei, die wiederum ... – oder hier die Salzburger, letztlich muss ja der Untersuchungsrichter oder -richterin den Durchsuchungsbefehl unterschreiben –, einwirkt, diese Dinge zu machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatten Sie den Eindruck, dass man versucht hat, Sie damit mundtot zu machen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Natürlich hat man sicher in dieser Phase nichts ausgelassen, Repressalien und Druck auf mich oder meinen Kollegen in dieser Zeit auszuüben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich führe zurück auf das „Zeit im Bild 2“ Interview, das Herr Flöttl am 15.9., einen Tag vor Konkurseröffnung, gegeben hat. – Erinnern Sie sich an dieses Interview? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Herr Flöttl wurde gefragt vom ORF, ob es stimmt, dass die BAWAG alle Leistungskonten – das heißt Lieferantenkonten – gesperrt hat.

Deckt sich das mit Ihrer Wahrnehmung?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich war am Tag der Konkurseröffnung nicht mehr im Unternehmen, aber offensichtlich sind ja alle Kredite fällig gestellt, die Wechselklagen eingebracht worden, und ich glaube, dass mit Sicherheit zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich auch sämtliche Zahlungen vorerst einmal eingestellt wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat es, bevor Herr Gehmacher mit der BAWAG-Vertretung beauftragt wurde, Wechselklagen gegen Rohmoser gegeben? (*Dipl.-Ing. Pierer: Nein!*) – Wir wissen mittlerweile, dass Herr Gehmacher nach seiner Beauftragung diese Wechselklagen eingebracht hat.

Haben Sie den Eindruck, dass diese Wechselklagen nur dazu dienten, den Anschein einer **Zahlungsunfähigkeit** zu erwecken?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Jawohl. Davon bin ich felsenfest überzeugt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Handelt es sich bei dem Unternehmen, das Herr Flötzl in diesem „Zeit im Bild 2“ Interview nennt – einem „international tätigen Unternehmen“, das er bereits bei der Handhabe als Käufer nennt – um die Firma **Scott** aus Amerika?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es ist eindeutig die Firma Scott zu diesem Zeitpunkt in Verhandlungen gestanden. Das ist mir auch von einem damaligen Manager der Firma Scott bestätigt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hätte Rohrmoser beim Verkauf an Scott mitgemacht?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Rohrmoser war immer für eine **österreichische Lösung**, und ich glaube nicht, dass er bei Scott zugestimmt hätte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie werden in der „Wiener Zeitung“ vom 6.2.2007 zitiert wie folgt:

„KTM-Chef Stefan Pierer bleibt dabei: ‚Atomic war sicher damals schon Bestandteil des Karibik-Netzwerkes.‘“ – Ende des Zitats.

Wie interpretieren Sie dieses Zitat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich wiederhole das noch einmal, wie ich das vorher ... – Meine Interpretation ist, dass man letztlich mit Mitteln aus der Karibik, die man über das Instrument Atomic derart rückgeführt hat, dass die Werthaltigkeit in Österreich und letztendlich die solvente Bilanz der BAWAG darstellbar ist. Das ist meine persönliche Einschätzung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das würde bedeuten, dass es sich hierbei um Forderungszedierungen handelt. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es haben sicher – das ist ja auch bereits hier herausgekommen, und es wurde auch von uns festgestellt – Forderungsverkäufe stattgefunden gegenüber Gesellschaften, die dem Dunstkreis – ich sage es einmal so – der **BAWAG** zuzuordnen sind. Das sind diese beiden Gesellschaften in Irland gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In Dublin. (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Und daraus schließen Sie, dass es da unter Umständen einen Konnex zu den Karibik-Geschäften der BAWAG geben könnte?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das ist der eine Konnex. – Der zweite – das ist aus den Wahrnehmungen aus dieser Zeit –: Diese Erzählung, die ich damals als **skurril** empfunden habe, von Dr. Sekyra, der sich mit 500 Millionen – Geld aus Übersee – beteiligt und damit die Atomic übernommen hätte wollen. Das war im April 1994.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Im April 1994 hat Herr Sekyra angeboten, sich mit 500 Millionen aus der Karibik in Atomic einzukaufen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Richtig. Ja. Das hat mir Herr Rohrmoser auch schriftlich gezeigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, dieses Angebot hat es schriftlich gegenüber Rohrmoser gegeben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die Aussage war mündlich, aber die Struktur der Beteiligung, der Übernahme schriftlich. Und es hat auch ein Konzept des Herrn Sekyra gegeben.

Ursprünglich hatte man Herrn Rohrmoser gesagt: Da kommt der Herr Sekyra, der übernimmt die Geschäftsführung! Und Sekyra hat dann gesagt: Okay, ich möchte mir

das einmal anschauen, und dann mache ich ein Konzept! – was ja nicht unlogisch ist, nur: Aus dem Konzept ist ein **Übernahmekonzept** geworden. Und da hat Herr Sekyra Herrn Rohrmoser erklärt: Da kommen 500 Millionen aus Übersee; und ich übernehme Atomic! – Das war in Abstimmung mit der BAWAG!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war meine nächste Frage. Und das alles war mit der BAWAG abgestimmt? (*Dipl.-Ing. Pierer: Jawohl!*) – Das heißt, die BAWAG wusste...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die BAWAG hat Sekyra Herrn Rohrmoser geschickt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und wusste davon, dass es sich um Karibik-Geld handelt.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich sage den Begriff „Übersee“.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. Unter „Übersee“ verstehen Sie die Karibik?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Kann dabei sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zu einem anderen Thema – vielleicht komme ich auf diese Sache noch zurück, ich muss mich zuerst noch mit ein paar Unterlagen in diesem Zusammenhang vertraut machen.

Haben Sie dieses Schreiben, das Ihnen Herr Rohrmoser mitgeteilt hat, wo auf dieses Sekyra-Angebot Bezug genommen wird, noch?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ein Wahrnehmungsprotokoll von Herrn Rohrmoser persönlich habe ich dabei, in dem chronologisch seine Erlebnisse vom Dezember 1993 bis Juni 1994 zusammengefasst waren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und wann hat Herr Rohrmoser von diesen Karibik-Geldern Ihnen gegenüber zum ersten Mal geschrieben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Darüber hat er mich bereits im Juli 1994 informiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Im Juli 1994 bereits? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Das ist deswegen bemerkenswert, weil dort die Karibik-Geschäfte noch keine so große, anrühige Bedeutung in der Öffentlichkeit hatten.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Naja, ich habe noch hier, wenn ich jetzt hernehme, auch noch ... (*Die Auskunftsperson hält eine Ausgabe der Zeitschrift „WirtschaftsWoche“ in die Höhe.*) Das ist vom Mai 1994; zu diesem Zeitpunkt brachen die Karibik-Geschäfte erstmals groß auf; da war ja alles voll damit. Damals war dann die BAWAG genötigt, diese ganzen Derivate und diese Karibik-Geschäfte glattzustellen. Die BAWAG hat sie dann innerhalb von eineinhalb, zwei Monaten glattgestellt – wer sich aber in internationalen Derivatengeschäft auskennt, weiß, dass das nicht einfach ist – und hat dann ihren Kunden geschrieben: Wir haben alles glattgestellt, wir haben alles mit Gewinn glattgestellt, und so weiter.

Ich glaube, dass bereits 1994 die Dinge, die wir jetzt in den letzten zwei Jahren aufarbeiten, zum Teil schon evident waren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber im April 1994, als Sekyra von Karibik-Geldern gesprochen hat, war das noch nicht in der Öffentlichkeit.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, das nicht. Genau im Mai 1994 ist es dann los gegangen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das hat sich in etwa gerade ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es war mitten drinnen, es war die heiße Phase. Und es war auch der Punkt, wo mir Herr Rohrmoser – eigentlich bedauernd – immer gesagt hat: Sein Ansprechpartner Flöttl senior ist ihm abhanden gekommen. Er hat ja über 25 Jahre mit ihm das Unternehmen aufgebaut. Ab dem Zeitpunkt Mai 1994 hatte er keine Möglichkeit mehr, mit Flöttl zu reden. Ab diesem Zeitpunkt ist **Elsner** für ihn der Ansprechpartner gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Vorerst zwei letzte Fragen in dieser Runde. Diese Sache mit dem Zwangsausgleich infolge seines Privatkonkurses: Haben Sie eine Wahrnehmung darüber, unter welchem Druck Rohrmoser diese Erklärung unterschrieben hat, die zur Zustimmung der BAWAG zu diesem Zwangsausgleich geführt hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, ich habe das noch in Erinnerung. Er hatte das auch schriftlich zusammengefasst. Herr Rohrmoser wurde unter massiven Druck gestellt, gleichzeitig mit dem kompletten Forderungsverzicht über Schadenersatzansprüche gegenüber der BAWAG, zu verzichten. Nur unter dieser Bedingung werde ihm dieser Zwangsausgleich genehmigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nicht nur gegenüber der BAWAG, sondern interessanterweise auch gegenüber dem Konkursrichter. – Hat sich Herr Rohrmoser dazu einmal geäußert, nämlich über die Rolle des Konkursrichters?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Über den Konkursrichter hat sich Herr Rohrmoser sehr abfällig geäußert; von den handelnden Personen ist ihm der Konkursrichter sicher am schlechtesten in Erinnerung geblieben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieses Angebot, dass Herr Dr. Maschke, der übrigens ein enger Freund des Konkursrichters ist ... – Hat Herr Rohrmoser gewusst, dass Herr Maschke sehr eng mit dem Konkursrichter befreundet ist?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das hat Herr Rohrmoser zu diesem Zeitpunkt nicht gewusst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und dass Herr Dr. Sieber der Taufpate der Kinder des Herrn Dr. Maschke ist?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, das hat Herr Rohrmoser zu diesem Zeitpunkt nicht gewusst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Maschke hat der BAWAG ein Angebot über einen Schilling erstellt. Das wissen Sie. Das haben Sie berichtet. (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Haben Sie eine Vorstellung, oder hatten Sie konkrete Wahrnehmungen darüber, warum die BAWAG dieses Angebot abgelehnt hat? Sie hätten ja damit die Verfügungsmacht über das Unternehmen auch bekommen!

Was war der Grund, warum die BAWAG diese Form der Übernahme der Verfügungsmacht abgelehnt und auf den Konkurs, der immer auch mit Vermögensvernichtung verbunden ist, bestanden hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Meine persönliche Einschätzung ist, dass sie die volle Verfügungsgewalt über das Unternehmen erlangen wollten und der Konkursantrag schon im Laufen war zu diesem Zeitpunkt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das war noch am Tag davor! Am 15.9. ist Herr Dr. Gehmacher bei Dr. Maschke aufgekreuzt und hat gesagt, dieser soll zustimmen und einem Konkurs **nicht entgegenreten**. Und daraufhin hat Dr. Maschke dann dieses Angebot an die BAWAG gerichtet – im Telefax-Weg. Das war am Tag vor dem Konkursedikt.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Also am Tage der Konkurseröffnung. – Es ist unverständlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es denkbar, dass da stille Reserven in Bezug auf den Kaufpreis und den tatsächlichen Wert des Unternehmens eine Rolle gespielt haben bei den Überlegungen, die Variante **Konkurs** zu wählen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das kann eine Möglichkeit sein. Tatsache ist, dass der erzielte Preis sicher nicht im freien Wettbewerb stattgefunden hat, sondern sofort nach Konkurseröffnung das abgezogen wurde, andere Interessenten gar nicht mehr in die Lage versetzt wurden, da mitzubieten, allenfalls den Preis zu **steigern**. – Das kann durchaus diese Vermutung bestätigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihren Erfahrungen aus der Industrie zufolge: Ist es möglich, ein so großes Unternehmen binnen so kurzer Zeit mit einem realistischen Kaufpreis bewerten zu können?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich sage jetzt: In solcher Schnelligkeit kann man ein Unternehmen in dieser Größenordnung **nicht bestbietend** verkaufen, sondern da muss man vorher schon jemanden haben und eigentlich mehr oder weniger vorher alles abgekartet haben, sonst bekommen Sie das in dieser Zeit nicht durch, denn üblicherweise übernimmt ein Käufer aufwendige Due-Diligence-Verfahren im Anschluss daran, untersucht alles. – Das ist ein Prozess, der normal **Monate** dauert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Kenntnis, wie das Unternehmen in der Einbringungsbilanz bewertet wurde, als die GmbH gegründet wurde?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich weiß jetzt die Ziffer nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie eine dem gegenübergestellte Ziffer aus den KPMG-Gutachten?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich kann jetzt zu diesen Ziffern nichts sagen, weil ich bin nicht informiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Anders gefragt: Haben Sie Wahrnehmung darüber, ob das in einem Missverhältnis stand, wie das Unternehmen ein Jahr zuvor und dann im November 1994 bewertet wurde?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Dass da ein krasses Missverhältnis im Sinne der Argumentation des Konkursverfahrens ist, ist offensichtlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das bitte ich Sie, etwas näher dem Ausschuss zu erläutern, denn wir halten das für einen der zentralen Punkte der manipulierten Darstellung.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Diese Darstellung hat sicherlich **nicht** dem wahren Kern und letztendlich der Kraft des Unternehmens zu diesem Zeitpunkt entsprochen, was das Unternehmen ja auch unter den schwierigsten Bedingungen eines Konkurses gezeigt hat: dass das wesentlich mehr wert ist und wesentlich bessere Ergebnisse bringt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, selbst unter dem anhängigen Konkursverfahren hat dieses Unternehmen noch gute Ergebnisse gebracht.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es hat in den ersten vier Monaten – das habe ich noch aus dem Masseverwalterbericht drinnen – ein sehr, sehr gutes, positives Ergebnis erwirtschaftet.

Es stand am Anfang der Saison! Also in der Ski-Industrie beginnt ab Mitte September die Auslieferung. Sie haben dann bis Weihnachten, bis Januar eigentlich mehr oder weniger den größten Teil des Umsatzes. Das heißt, der Zeitpunkt der

Konkurseröffnung, wenn Sie den planen, können Sie nicht besser planen. Sie haben alles anproduziert, Sie haben alles ausgegeben – und der Umsatz kommt erst.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Ilgner hat hier im Ausschuss ausgesagt, dass sich schon jahrelang dauernd BAWAG-Prüfer im Unternehmen aufgehalten haben. – Können Sie das aus Ihrer Zeit bei Atomic bestätigen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die Mitarbeiter haben mich darüber informiert, dass die BAWAG ständig aus- und eingeht und sich in die Sachen eigentlich sehr tief einmischt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Lässt das den Schluss zu, dass die BAWAG im Detail über die Situation des Unternehmens informiert war?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Absolut, absolut! Weil ja jede Zahlung nur mit **Zustimmung** der BAWAG erfolgt ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat die Bilanzen von Atomic in Wirklichkeit erstellt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: In meiner kurzen Zeit bei Atomic ist ein gewisser Mag. oder Dr. Edelsbacher als Abschlussprüfer genannt worden, der diese GmbH-Bilanz zu testieren gehabt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Edelsbacher hat sie testiert, aber wer hat sie **erstellt**?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Meines Erachtens ist sie sicherlich im Unternehmen oder durchaus vielleicht von der BAWAG selbst mit erstellt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie schließen es nicht aus, dass die BAWAG selber die Bilanzen erstellt hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich schließe nicht aus, dass das Ganze aus dem Unternehmen heraus geschah – und nachdem die BAWAG mit ihren Mitarbeiter drinnen ist, da letztlich selbst Hand anlegt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und der Herr Wirtschaftsprüfer nur mehr den Testierungsvermerk draufgesetzt hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Der Wirtschaftsprüfer kann nur testieren. Meistens erstellt er die Bilanz ja nicht. – Das ist die logische Konsequenz daraus.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Pierer, Sie haben gesagt, dass Sie sich im Juli 1994 mit der wirtschaftlichen Situation von Atomic beschäftigt haben, und zwar über einen Zeitraum von zirka eineinhalb Monate, also bis die BAWAG eigentlich tätig geworden ist und sozusagen klar Schiff gemacht hat.

Jetzt gibt es von Seiten des Herrn Gehmacher einige Aussagen, die noch nicht überprüft wurden, und zwar hinsichtlich eines Vorwurfes, dass Herr Rohrmoser niemals bereit gewesen sei, **Privatvermögen** in das Unternehmen einzubringen, niemals bereit gewesen sei, Geld flüssig zu machen, obwohl zum damaligen Zeitpunkt, 1994, das Unternehmen einen Verlust über 300 Millionen Schilling ausgewiesen hat und der Kreditrahmen um 200 Millionen überzogen wurde. Insgesamt war der Rahmenkredit bei 1,5 Milliarden Schilling.

Zum damaligen Zeitpunkt – das müsste ungefähr zu dem Zeitpunkt gewesen sein, als Sie sich das Unternehmen und die Kennzahlen des Unternehmens angeschaut haben – müsste Ihnen aufgefallen sein, dass es ausstehende Verbindlichkeiten in der Größenordnung von 200 Millionen Schilling gibt. – Können Sie das bestätigen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die Verbindlichkeiten in Summe oder aushaftende Kredite bei der BAWAG waren in etwa 1,4 Milliarden Schilling mit Ende Juli 1994. Und es gab einen genehmigten Kreditrahmen von 1,5 Milliarden. Das heißt also, zu diesem Zeitpunkt hat sich das Unternehmen in diesem Rahmen bewegt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Gehmacher sprach von einem **Cash-Bedarf** in der Größenordnung von 320 Millionen im September 1994. – Da müsste es auch zu Ihrer Zeit schon entsprechende Rechnungen gegeben haben.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Zu meiner Zeit entspricht das **nicht** den Tatsachen. Und wenn Sie jetzt sagen: Im September nach Konkureröffnung und Fälligstellung und Gebühren und sonst etwas, da können Sie alles darstellen. Sie sehen, was allein mit dieser Insolvenz, was es an Verfahrenskosten, nicht nur für Masseverwalter und so weiter, an Gerichtsgebühren und, und, und... – In Summe reden wir bei dieser Insolvenz ja fast von 80, 100 Millionen Schilling auch noch an Verfahrenskosten, die daher kommen, die das Unternehmen auch noch zu tragen hat oder die Herr Rohrmoser letztendlich aus seinem Vermögen zahlen musste.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben vorhin schon angemerkt, Sie schließen nicht aus, dass es dort eine **kreative Buchhaltung** gegeben hat.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich schließe, dass dieses Gutachten der KPMG, muss ich dazusagen – das ist, glaube ich KPMG-Salzburg, oder wo das ist – ein so genanntes Auftragsgutachten ist und das sicher **nicht** den Tatsachen entspricht. Ich sage – und letztendlich sprechen die Ziffern dafür, das Unternehmen hat ja weitergelebt und hat gut überlebt –, dass dieser Status damals **nicht** den Tatsachen entsprochen hat.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben sich das Unternehmen wirtschaftlich angeschaut, die Ihnen zur Verfügung gestellten Dokumente, Unternehmensunterlagen, Kennzahlen angeschaut und sich ein Bild des Unternehmen gemacht. – Über diese verfügen Sie heute noch? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Das heißt, es wäre ja denkbar, dass man das mit den erstellten Bilanzen der – jetzt sage ich – BAWAG einmal vergleicht, um die Unterschiede festzustellen. (*Dipl.-Ing. Pierer: Absolut!*) – Und diese würden wir auch von Ihnen erhalten?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Selbstverständlich. Ich stelle alle Unterlagen zur Verfügung, muss aber sagen: Aus dieser Zeit haben wir alle Unterlagen; manche Unterlagen aus der zweiten Hausdurchsuchung habe ich bis jetzt noch nicht zurückbekommen. Das muss man sich einmal vorstellen! Aber jetzt braucht man es dann auch nicht mehr.

Jedenfalls: Alle Unterlagen, die wir aus dieser Zeit haben, stellen wir gerne in Kopie zur Verfügung.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Rohrmoser hat sich auch immer beklagt, dass er nach Konkureröffnung keinen Zutritt mehr in seine Büroräumlichkeiten hatte, um an die Unterlagen heranzukommen. Er war gezwungen, sich an Ihre Aufzeichnungen zu halten. Das waren die einzigen Anhaltspunkte, die er hatte, außer dem, was er in seinem Kopf hatte.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Was meine Wahrnehmung war: Herr Rohrmoser, der dieses Unternehmen in 30 Jahren selbst aufgebaut hat, hatte natürlich höchste Reputation in dieser Region und letztlich bei seinen Mitarbeitern, und er hatte er nach wie vor zu bestimmten Schlüsselpersonen im Unternehmen einen Zugang, sodass er Informationen aus dem Unternehmen bekommen hat.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Diese so genannten Schlüsselpersonen haben das Schiff dann im September verlassen, wurde uns von ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nicht alle. Also die richtigen Schlüsselpersonen sitzen dann oft in Buchhaltungen und machen die eigentlichen Buchungszeilen. Und ich weiß, Herr Rohrmoser hat immer noch gewusst, wie viel Paar Schi am Tag gemacht wurden. Er hat immer noch gewusst, was fakturiert wurde.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie sind irgendwann einmal dann, 2. Septemberwoche, nicht mehr im Unternehmen gewesen.

Können Sie sich daran erinnern, ob jemals **Amer-Mitarbeiter** das Unternehmen aufgesucht haben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: In meinen eineinhalb Monaten im Unternehmen kann ich nicht bestätigen, dass ich Amer-Leute getroffen habe.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Amer ist wirklich erst nach dem Konkursantrag ...?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Was ich bestätigen kann, sind **Scott-Aktivitäten** und der eine oder andere **Scott-Mitarbeiter**. Das ist richtig. – Aber zu Amer-Leuten kann ich nichts sagen und kann das nicht bestätigen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben sinngemäß gemeint, man habe Atomic etwas zu günstig an Amer verkauft.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich würde sagen, das ist in eher **unüblicher Hast** geschehen – und noch dazu hat es große Interessentengruppen gegeben.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wie erklären Sie sich das als Mann aus der Wirtschaft: Da ist auf der einen Seite die BAWAG eine Bank, die zum damaligen Zeitpunkt auf Grund dieser hochspekulativen Geschäfte, die sie gemacht hat, ziemlich in Bedrängnis geraten ist. Auf der anderen Seite hat sie sich als einzig haftende oder als Bank, die Atomic im Griff hat, zu verkaufen, eigentlich nur **einem** Bieter sozusagen angebietert. Schlüssig wäre es ja gewesen, die „Braut“ zu schmücken und sie an den Bestbieter zu verkaufen – für ein Unternehmen, das selbst Eigenkapitalbedarf gehabt hat.

Wie erklären Sie sich diese Entscheidungen der BAWAG, dass sie hergeht und sagt, wir geben das Amer und verzichten – jetzt sage ich einmal – unter Umständen auf die eine oder andere von 100 Millionen, die noch in einem Bieterverfahren möglich gewesen wäre?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Schauen Sie, die BAWAG hatte alle Kosten oder 100 Prozent ihrer ausstehenden Darlehen in der Insolvenz bekommen. Und alles, was mehr bezahlt worden wäre, wäre der Masse **Atomic for Sport** und damit Herrn Rohrmoser zugute gekommen. Das war dann offensichtlich auch nicht im Interesse der BAWAG, dass – es ist ja fast eine 100-Prozent-Quote erzielt worden – entsprechende Erlöse entstehen, die Herrn Rohrmoser dann später noch zugute kommen. – Das ist meine Interpretation. Wenn ich sage, ich bekomme 200, 300 Millionen mehr, mehren diese die Masse; davon hat aber letztendlich die BAWAG nichts, weil ihre Kredite ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie bekommt nur so viel, soviel sie an Kredit hat.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Genau. Ich bin auch der Meinung – auch über diese nachträgliche Beteiligung von 10 Prozent an der neu zu gründenden **Atomic Austria** oder wie sie geheißen hat –: Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es darüber hinaus noch **Nebenabsprachen** gibt zwischen der BAWAG und Amer. Wer weiß, was da noch gelaufen ist? (*Abg. Mag. Stadler: Das meinte ich mit stillen Reserven!*)

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Welche Möglichkeiten würden Sie da in Betracht ziehen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Sie haben immer Möglichkeiten, Vereinbarungen ohne Dritte zu treffen, sich gegenseitig noch einmal nachträgliche Gutschriften, was auch immer ... – Tatsache ist, dass der erzielte Preis für die Atomic – noch dazu, wo es mehrere Interessenten gegeben hat – **höher** hätte sein können; das ist unbestritten! Was an sich komisch ist, wenn ich mehrere Interessanten habe, und jetzt verkaufe ich an einen und ich fange mich dann selbst zu beteiligen an ... – Das ist irgendwie komisch. Ein normaler Verkaufsvorgang ist das **nicht!** Das lässt alle Interpretationen zu. Das ist ein internationaler Konzern, und die BAWAG war offensichtlich auch schon seit 1994 sehr international aufgestellt. Also bitte!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Weil Sie die RAIL INVEST, diese beiden Töchter der BAWAG kurz angesprochen haben: Da ist es, glaube ich, um einen Zahlungsstrom von 84 Millionen Schilling in zwei Tranchen gegangen, die von Dublin in die Atomic geflossen sind. – Uns wurde das so erklärt, dass es sich dabei um Währungsdefizite für die Schier gehandelt hat, die in den amerikanischen Raum verkauft worden sind. Da hat man dann Kredite aufgenommen und diese Kredite zugeführt, und die sind dann über RAIL INVEST dem Unternehmen zugekommen.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Meine Wahrnehmung war, dass nach der Insolvenz die Kundenforderungen an verbundene Unternehmen in der Atomic-Gruppe, also auch von Koflach an diese Gesellschaften, zu 100 Prozent verkauft wurden, es ist sofort Geld hereingeflossen, ohne jetzt darauf einzugehen, ob diese Forderungen dann tatsächlich einbringlich sind und so weiter, was dann am Ende des Tages ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Ilgner hat uns das anders erklärt, und der ist ja für die Buchführung des Unternehmens Atomic zuständig gewesen. Er hat das plausibel erklären können, weil er auch die Genesis kennt, wie dieser Schuldenstand von 84 Millionen Schilling zustande gekommen ist.

Aber in Summe, würden Sie sagen, hat die BAWAG nur mit diesem Schritt, nämlich eine Insolvenz anzusteuern, die Mitteleinbringung zu 100 Prozent sozusagen, davon ausgehen können, dass sie zu 100 Prozent hereinkommen. – Eine andere Möglichkeit hätte es nicht gegeben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wenn ich mich mit 10 Prozent am zukünftigen Käufer beteilige, wer sagt denn dann, dass die 10 Prozent alles waren. Es kann zu anderen Nebenabsprachen kommen. Man müsste also letztendlich mit **Amer** reden, mit Seppo Ahonen, den Geschäftsführer dieser Zeit damals, und diesen befragen. Wer weiß, ob es dann nicht wieder Rückvergütung, weiß der Teufel was ... – Sie können doch da alles spielen.

Jedenfalls lässt es die Vermutung zu, dass es nicht nur ein Kaufpreis war, sondern da war noch mehr im Spiel.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber eine wirtschaftliche Zielsetzung gibt es nicht, sich hinterher mit 10 Prozent dann an einem Unternehmen zu beteiligen, wo man vorher alles darangesetzt hat, dieses Unternehmen loszuwerden.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Völlig schizophren!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Betriebswirtschaftlich also nicht erklärbar.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube, dass da jetzt ein bisschen zwei Sachen durcheinander gebracht worden sind. Ich habe das auch so in Erinnerung, dass diese RAIL INVEST, wobei ich jetzt mich irgendwie auch irren kann, ich hätte in Erinnerung, dass das Töchter der Verkehrskreditbank oder so etwas gewesen waren (*Abg. Mag. Stadler: Zunächst ja!*), zu dem Zeitpunkt und dass die Factoring-Geschäfte verkauft haben, also quasi ein Factoring-Geschäft gemacht haben und dass dann

Amer dieses quasi dann wieder ausgelöst hat irgendwann, also Amer dann diese offenen Forderungen auch bezahlt hat oder die Atomic dann in weiterer Folge, aber über Amer.

Herr Mag. Igner hat auch ein paar Sachen hier gesagt, wie zum Beispiel – ich darf zitieren aus dem Protokoll der 17. Sitzung, Seite 94 –:

„Sicher haben wir ihn beraten“, nämlich das Management den Herrn Rohrmoser, „wobei man sagen muss, dass der Herr Rohrmoser – es war vielleicht auch mit den schlechteren Ergebnissen und schlechteren Bilanzen – sukzessive dann Ende 1989/1990 auch immer mehr Misstrauen zum Management hatte und – ich muss das ganz ehrlich sagen – dann nicht mehr so richtig auf das Management gehört hat, und das war natürlich problematisch.“

Ist Ihnen so etwas bekannt, oder haben Sie jetzt nicht zugehört?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Meine Wahrnehmung ist, dass Herr Rohrmoser mit seinem damaligen Geschäftsführer, Herrn Fritz Schrempf, kein gutes Verhältnis mehr hatte. Das Management ist natürlich auch in eine schwierige Situation gekommen, nämlich sozusagen Diener zweier Herren zu sein: einerseits der Unternehmensgründer und Eigentümer Rohrmoser, auf der anderen Seite die BAWAG als einzige Bank, die bereits in den Buchhaltungsabteilungen sitzt und sonst wo und da natürlich auch entsprechend massiven Druck ausübt und die Information vom Management parallel abholt. Das Management ist da in einer gespaltenen Situation.

Dieses Gefühl hat Herr Rohrmoser natürlich mitbekommen, dass da etwas schief läuft. Und besonders von seinem, sage ich jetzt, sehr geschätzten Schrempf, der ihn mehr oder weniger in einigen Dingen offensichtlich hintergangen hat, ist er besonders enttäuscht gewesen und hatte Misstrauen. – Das war ja auch der Grund, wieso Herr Rohrmoser auf Geschäftsführersuche war.

Nicht nur dass die BAWAG gesagt hat, Sie müssen Eigenkapital zuschießen und, und, und, sondern Herr Rohrmoser hat einfach das Vertrauen in die bestehende Mannschaft nicht mehr gehabt, weil er sich nicht mehr sicher war, wer ihr Vorgesetzter ist. – Das ist meine Wahrnehmung aus dieser Zeit.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Dr. Gehmacher hat hier gemeint, es hätte Zusagen gegeben von Herrn Rohrmoser, im ersten Halbjahr, dass er aus dem Privatvermögen Geld in die Firma transferiert, dass er ein Grundstück verkauft, und es wäre so gegangen um 20 Millionen Schilling oder dergleichen, um Liquidität zuzuführen der Firma. – Ist Ihnen etwas dergleichen bekannt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Mir ist bekannt, dass Herr Rohrmoser sehr wohl im Zuge der GmbH-Gründung und Umgründung **private** Aktivitäten und Liegenschaften zur Sicherheit eingebracht hat. Also zum Beispiel eine **Liftbeteiligung** hat er eingebracht in die Atomic for Sport.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, nein, die Vereinbarung wäre gewesen, Herr Rohrmoser verkauft ein Grundstück, um Liquidität einzubringen in die Firma, ein privates Grundstück. Dass er privat mit all seinem Vermögen gehaftet hat für die Kredite, das ist ja unbestritten, dass die BAWAG ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Rohrmoser hat eigentlich seinen gesamten privaten Sicherheitsbestand auch für die Kredite des Unternehmens zur Verfügung gestellt. (*Abg. Krainer: Ja, ja!*) – Ich habe nicht erkennen können, dass sich Herr Rohrmoser an irgendetwas **nicht** gehalten hätte. Und ob Sie jetzt ein Grundstück verkaufen oder nicht oder einbringen, das ist natürlich auch eine Frage von **Angebot** und **Nachfrage**:

Gibt es einen Käufer, der Ihnen den Preis gibt, oder müssen Sie um den halben Preis verkaufen und so weiter und so fort.

Herr Rohrmoser hat persönlich – das war meine Wahrnehmung zu diesem Zeitpunkt – sämtliche privaten Sicherheiten, die er hatte, für das Unternehmen und für die Kredite der BAWAG zur Verfügung gestellt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass es große Verluste gegeben hat auf Grund von – Anführungszeichen – „Dollar-Spekulationen“?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wenn Sie ein exportorientiertes Unternehmen haben, sind Währungsschwankungen immer ein Risiko im Unternehmen. Und da Herr Rohrmoser einen entsprechenden Anteil in Dollar hatte, ist der Dollar, wenn er mehr oder weniger wertverzinst ist, in den Büchern ... – Aber das ist keine Spekulation im klassischen Sinn.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Mag. Ilgner hat hier ausgesagt:

„Ich kann mich sogar noch an ein Detail erinnern, bei dem es um eine Dollar-Finanzierung gegangen ist. Man wollte dem Aufsichtsrat mehr oder weniger verheimlichen, dass zusätzlicher Finanzierungsbedarf vorhanden ist. Herr Rohrmoser hat Dollar liegen gelassen, er hat mit Dollar – unter Anführungszeichen – ‚spekuliert‘. Als wir exportiert haben, war der Dollar auf dem Höchststand, 21, 22 Schilling. Kurssicherung wollte er keine machen“ – man kann sich gegen Kursänderungsrisiken versichern –, „und als das Geld von Amerika eingegangen ist, lag der Dollarkurs vielleicht bei 17, 18 Schilling. Er hat gehofft, der Kurs wird wieder steigen. Aus diesem Grund hat man ein Dollarkonto gemacht, hat die Dollar liegen lassen, aber der Kurs ist immer weiter nach unten gegangen. Das Gleiche hat man im folgenden Jahr wieder gemacht. Rohrmoser hat gesagt, nein, die Dollar bleiben liegen, der Kurs steigt wieder, und so ist aus den 200 Millionen Schilling – der Dollar ist gefallen auf 10 oder 9 Schilling – eben die **Hälfte** geworden.“ Ist Ihnen das bekannt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Mir ist bekannt, dass das Unternehmen im Dollarbereich zu dem Zeitpunkt auf Grund der Dollarveränderung sicher einen Abschreibbedarf gehabt hat. Aber das sind Dinge, wie im Derivat Handel üblich; da ist die Einschätzung, sichere ich den Kurs oder nicht, steigt er oder fällt er; also das ist eine normale, übliche Sache. Wenn Sie Glück gehabt haben, sagen Sie, ich habe es richtig gemacht – wenn nicht, geht es Ihnen so wie in diesem Fall. Das ist aber nichts Außergewöhnliches.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie hoch war denn der Außenstand der Atomic for Sport und der Tochterunternehmen bei der BAWAG zu dem Zeitpunkt, wo Sie Einblick hatten?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich habe es vorhin erwähnt: rund 1,4 Milliarden Schilling konsolidiert im Juli 1994.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass die BAWAG dann 1,64 Milliarden angemeldet hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Mir ist diese Forderungsanmeldung bekannt, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Finden Sie sie überzogen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wenn Sie allein die Fälligkeitstellung von Krediten und sonst etwas, alleine die Nebenkosten, die in diesem Zusammenhang bei der Insolvenz, glaube ich, sind sicher 40, 50 Millionen, wenn Sie das im Detail analysieren ... – Zu dem Zeitpunkt waren es ungefähr 1,4 Milliarden. Dann produzieren Sie noch ungefähr eineinhalb, zwei Monate, bis die Auslieferungen beginnen. Es kann schon sein, dass

das 100 bis 150 Millionen noch einmal ... – Bis die Produktion fertig ist. Dann geht es los im September.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also diese 1,6 Millionen halten Sie durchaus für denkbar?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nehme ich an. Nachdem es ja einen Masseverwalter gegeben hat, der die Rechtmäßigkeit geprüft hat, glaube ich, obliegt es nicht mir hier – noch dazu ohne die erforderlichen Unterlagen –, zu sagen, ob er richtig rechnen kann und rechtens in der Lage ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie hoch waren denn die Kreditlinien?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Zum Zeitpunkt Juli waren es meiner Erinnerung nach 1,5 Milliarden, die ich vorfinden konnte. Allfällige Nebenabreden oder sonst etwas – dazu kann ich dazu nichts sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist es denkbar, dass es dann im September bereits 1,6 Milliarden waren?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das kann durchaus der Fall sein. Aber im Zuge der Anproduktion ist es auch nicht unüblich, dass man dann im Unternehmen für die Anerweiterung sogenannte **kurzfristige Überziehungsrahmen** vereinbart. Ich kann aber nicht im Detail sagen, wie hoch diese Überziehungsrahmen dann zu diesem Zeitpunkt waren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, es ist dann durchaus denkbar, dass Dr. Gehmacher recht hat, als er gesagt hat, dass die Kreditlinie zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung um zirka 100 Millionen überschritten war?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das kommt darauf an, ob Sie das in Vergleich bringen mit einer langfristigen Kreditlinie und die kurzfristigen nicht in die Berechnung hineinziehen, denn Sie wissen selbst: Eine kurzfristige Vorlage auf drei Monate oder sonst was, kann über Nacht weg, aber zu diesem Zeitpunkt selbst durchaus genehmigt sein.

Sie haben grundsätzlich langfristige Kreditlinien üblicherweise in einem Unternehmen gesteuert, in dem Fall die 1,5 Milliarden. Es ist normal und üblich, dass in Produktionsspitzen oder in Liquiditätsspitzen Banken kurzfristige Überziehungsrahmen vereinbaren, die kurzfristig zur Verfügung stehen, die aber dann im Falle einer Insolvenz natürlich nicht vorhanden sind. Juristisch gesehen und gesehen im Falle einer Insolvenz sind die dann nicht vorhanden. Aber zum Zeitpunkt, solange das Unternehmen gewirtschaftet hat, hat es sich innerhalb der vereinbarten Kreditlimits bewegt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Woher wissen Sie das?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: In meinen eineinhalb Monaten beim Unternehmen habe ich aus den Unterlagen der Buchhaltung heraus.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sagen immer Juli.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das nächste Thema, das auch das Ganze bestätigt, ist ja: Bis zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung ist alles bezahlt worden, und die Zahlung hat mehr oder weniger die BAWAG gemacht. Da darf ich es noch einmal sagen: Das Zahlungsmanagement ist hundertprozentig – das hat ja Herr Ilgner bestätigt – von der BAWAG gemacht worden. Herr Ilgner hat nur die Reihenfolge der Zahlungen vorgenommen, was wichtig und unwichtig ist, aber letztlich die Freigabe und ob es im Rahmen ist, hat die **Bank selbst** beurteilt. Insofern verstehe ich nicht, wenn sie sagt ...

Dann hat sie sich selbst bestätigt, dass sie um 100 Millionen überzogen hat, oder? Das ist doch die logische Konsequenz ihrer Argumentation.

Im Unternehmen war keiner da, der für die Zuständigkeit der Kreditlimits verantwortlich war. Das hat **ausschließlich** die **BAWAG** gemacht. Darum wurden auch unsere Gespräche in diesem Zeitraum, eben wegen diesem sensiblen Zusammenhang, immer mit der BAWAG geführt, denn wir wollten nicht, dass das Unternehmen Schaden erleidet. Wir haben ihnen immer offen Informationen gegeben, damit sie genau wissen, was geschieht, denn wenn Sie eine einzige Bank haben, der Sie, wie in diesem Fall, auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind, Sie sind morgen insolvent, indem sie sagt: Ich stelle fällig! – Was sie ja dann gemacht hat beim Konkurs. Das ist die logische Konsequenz.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich argumentiere nicht, ich versuche nur zu schauen, wo bei den widersprüchlichen Aussagen die tatsächlichen Widersprüche sind, aber der Widerspruch wird ohnehin immer kleiner. Offensichtlich waren die Kreditlinien 1,5 Milliarden, im Juli waren 1,4 davon und im September waren es 1,6, und da waren 100 drüber. Jetzt ist natürlich die Diskussion, eigenwillig werden die nicht überzogen haben, wahrscheinlich schon mit Zustimmung der BAWAG, denn sonst hätte sie wahrscheinlich das Geld nicht überwiesen. Ich versuche nur da irgendwie ein Bild zu bekommen, und ich argumentiere hier gar nicht.

Sie haben gesagt, es wurde sehr billig verkauft und man hätte nicht mit allen Bietern gesprochen. Herr Dr. Gehmacher hat hier gemeint, es hätte eine Reihe von Angeboten gegeben, diese Angebote wären aber allesamt sehr enttäuschend gewesen. Herr Dr. Gehmacher hat unter anderem namentlich erwähnt ein Angebot von Schilift-Betreibern. Ich glaube, das ist auch das, was Sie hier kurz angesprochen haben. Da hat er gemeint, dass deren Höhe immer so um die 200, 300 Millionen Schilling war, ohne dass er die Hand ins Feuer legen wollte für die genaue Höhe, und das wäre ganz deutlich **unter** dem Angebot von **Amer** gewesen, das bei 800 Millionen Schilling gelegen wäre.

Kennen Sie andere Angebote, die höher gewesen wären?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich bin nicht der Masseverwalter gewesen und bin auch nicht der Konkursrichter. Dazu kann ich keine Stellungnahme abgeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, es hat eine Reihe von Interessenten gegeben, die wären „Schlange gestanden“.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es war Scott, es war diese Gruppe ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir müssen unterscheiden zwischen **vor** und **nach** Konkurseröffnung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie meinen also, **vor** Konkurseröffnung hat es eine Reihe von Angeboten gegeben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vor Konkurseröffnung hat es eine Reihe von **Interessenten** gegeben; das wurde gesagt. – Nach Konkurseröffnung hat Gehmacher etwas gesagt, aber nicht die Auskunftsperson.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dazu haben Sie keine Wahrnehmung?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, dazu habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zu den Angeboten **vor** Konkurseröffnung: Was können Sie uns da sagen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich habe ausführlich jene Konstruktion oder jene Möglichkeit der **österreichischen Schilösung** erklärt, das war die, die von mir initiiert wurde. Ich war in Kenntnis, dass Scott bereits verhandelt hat mit BAWAG in Sachen Atomic; das ist mir auch zur Kenntnis gekommen. Das waren meine Wahrnehmungen **vor** der Insolvenz.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, in welcher Höhe sich das bei den Verhandlungen bewegt hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das weiß ich nicht; das müssen Sie die BAWAG fragen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dr. Gehmacher hat aus der Korrespondenz gemeint, das wäre ein unverbindliches Angebot gewesen und die hätten dann im Bieterverfahren oder bei der Masse dann nichts mehr angeboten.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ihr Angebot hat so ausgesehen, dass sich Blizzard, HTM beteiligen zwischen 51 und 65 Prozent (*Dipl.-Ing. Pierer: 85!*), 85 Prozent und da pro Prozentpunkt Eigenkapital zuschießen in der Höhe von knapp unter 5 Millionen. (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) Hätten die Geld Herr Rohrmoser auch noch gegeben, oder hätte er die quasi hergeschenkt bis zu dieser Höhe?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, Herr Rohrmoser hätte dafür nichts bekommen. Herr Rohrmoser hätte zur Stärkung des Unternehmens und Zuführung von Eigenkapital 51 Prozent bis maximal 85 Prozent der Atomic-Anteile hergegeben; hätte aber nichts für diese Anteile bekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hätte er aus irgendwelchen Haftungen ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das Einzige, was da in Verbindung gestanden ist, dass er in diesem Rahmen eine entsprechende **Haftungsfreistellung** erhält. Das war das Einzige, aber: kein Geld für Herrn Rohrmoser, sondern nur eine Haftungsfreistellung. Mit Zuführung der Eigenmittel wäre auch der zukünftige Käufer oder Gesellschafter veranlasst worden, Herrn Rohrmoser entsprechend haftungsfrei zu stellen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die Haftungen zu übernehmen, Besicherungen zu übernehmen, für die bis zu dem Zeitpunkt Herr Rohrmoser haftet.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die über die 350 Millionen Schilling hinaus dann eben ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war noch nicht unterschriftsreif, dieses Konsortium, sondern das war so in einer Art Verhandlungsphase – oder war das im Prinzip schon alles unter Dach und Fach?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich würde sagen, das war noch nicht unter Dach und Fach, aber es war sehr weit gediehen. Es waren dabei die wichtigsten „Spieler“ und vor allem die Entscheidungsträger: Herr Mauhart von der Austria Tabak war eingebunden; auf Seite von Blizzard die Familien Schenner und Arnsteiner – und Rohrmoser selbstverständlich. Für Herrn Rohrmoser waren die Bedingungen schon schriftlich vorformuliert, wie er seine Anteile zur Verfügung zu stellen hätte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wer hätte das Kapital zuschießen sollen? War Blizzard überhaupt in der Lage, so viel Eigenkapital zuzuschießen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die wesentliche Spieler-Rolle hätte da sicherlich die HTM als Tochtergesellschaft der Austria Tabak übernommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gab es da irgendwelche Zusagen seitens der HTM?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es gab die Absicht, maßgeblich an dieser österreichischen Schilösung mitzutun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die BAWAG hätte selbst nichts verloren an ihren Forderungen.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es war Bedingung, dass sämtliche Kredite, die im Unternehmen und auch gegenüber der BAWAG bestehen, abgesichert sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und die Sicherheiten, die bis zu diesem Zeitpunkt Herr Rohrmoser hatte, dass er entlastet wird, dafür aber andere diese Sicherheiten übernehmen ... (*Dipl.-Ing. Pierer: Jawohl!*) Das heißt, für die BAWAG wäre das aus dieser Sicht kein Unterschied gewesen.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wäre kein Unterschied gewesen, nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Als dieses Konsortium, wo Sie dabei waren, um einen Schilling die Anteile von Rohrmoser übernommen hätte sollen, da hat der damalige Geschäftsführer dann gekündigt? – Was können Sie uns dazu sagen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Vielleicht nur eine kurze, feine Ergänzung. Ich bin damals von Herrn Rohrmoser in den Aufsichtsrat berufen worden, gemeinsam mit Herrn Prof. Mandl. Im Treuhand-Konsortium selbst war meine Person nicht vertreten. – Nur damit da eine Klarstellung gegeben ist.

Das nächste Thema: Der Geschäftsführer, Herr Schrempf, meinen Sie, hat hingelegt. Herr Schrempf – das ist jetzt ein bisschen unangenehm – hatte zu dem Zeitpunkt schon ein persönliches Problem; er war Alkoholiker und war sicher nicht mehr so belastungsfähig, der Druck hat zugenommen und er hat sozusagen w.o. gegeben. So kann man es sagen, ja. Herr Schrempf war einfach psychisch und auch körperlich nicht mehr belastbar; er ist im Anschluss daran dann auf Entziehungskuren gegangen und so. Es ist an sich eine tragische Situation.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das spricht jetzt nicht gerade für das Managements in der Atomic zum damaligen Zeitpunkt.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wir haben deshalb Herrn Wittmann ins Management geholt. Ich habe Herrn Wittmann, der Geschäftsführer von Koflach war, geholt, weil ich erkannt habe, was da läuft, dass Herr Schrempf einfach nicht mehr tragfähig ist in diesem Zustand, und ich habe empfohlen, Herrn Wittmann in die Geschäftsführung mit aufzunehmen. Herr Rohrmoser hat Herrn Wittmann dann auch im August zum Geschäftsführer bestellt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er war dann alleiniger Geschäftsführer?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Wittmann war Geschäftsführer auch für die Atomic for Sport.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er hat den Konkurs unterschrieben oder befürwortet?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, er hat den Konkurs nicht unterschrieben

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber zugestimmt der Konkurseröffnung. (*Dipl.-Ing. Pierer: Bitte?*) Er hat dann schriftlich der Konkurseröffnung zugestimmt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nachdem Herr Rohrmoser der Eröffnung praktisch zugestimmt hat, haben natürlich die Geschäftsführer genauso ihre formalen Unterschriften geleistet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war aber ein Einzelgeschäftsführer damals oder?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das war eine strittige Situation: Der eine war noch im Firmenbuch, der andere noch nicht drinnen – also eine sehr delikate gesellschaftsrechtliche Situation; da kann man jetzt diskutieren. Im operativen Geschäft, da haben Sie recht, da ist es de facto Wittmann als Einziger gewesen. Darum ist es auch wichtig, dass er diese Unterschrift mit leisten musste. Auf der anderen Seite war Herr Schrempf noch drinnen, hat sich aber geweigert, irgendwelche Schriftstücke zu unterfertigen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also im Firmenbuch war er noch drinnen.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, da war er noch drinnen. Im Außenverhältnis war er eigentlich noch der Geschäftsführer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber war schon im Innenverhältnis zurückgetreten.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Im Innenverhältnis niedergelegt, das ist richtig, aus den erwähnten Gründen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der alleinige Geschäftsführer war damals Geschäftsführer von Koflach?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Sowohl als auch, weil die Koflach natürlich die wesentlichste Beteiligung der Atomic-Gruppe war, auch von der Größenordnung her. Es war in dieser schwierigen Situation sehr wichtig, dass einer sozusagen beide Schiffe in der Hand hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Letzte Frage: Wieso hat er denn unterschrieben? Nur formell oder hat er damit inhaltlich ...? Ich glaube, das ist auch keine leichte Unterschrift, der Konkursöffnung zustimmen.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Schauen Sie, der ist genauso – ich will das Wort „bedroht“ nicht verwenden – bedrängt worden, diese Unterschrift draufzusetzen, genauso wie man Herrn Rohmoser drangsaliert hat. Selbst Herr Rohmoser, der an sich ein starker Unternehmer war, ist unter diesem massiven Druck zusammengebrochen. Und Herr Wittmann als angestellter Geschäftsführer, ich sage einmal, der sich ein Häusl gebaut hat und einen Kredit bei der BAWAG hatte: Na wie funktioniert denn das? Also, Entschuldigung!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich weiß nicht. Ich habe auch einen Kredit ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es ist Herrn Wittmann nahegelegt worden, die Unterschrift zu leisten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie glauben, dass er inhaltlich nicht einverstanden war damit?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Inhaltlich, also persönlich, ist das eine, aber dass er bedrängt wurde, die Unterschrift zu leisten, glaube ich mit Sicherheit.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hat er Ihnen das selbst gesagt – oder vermuten Sie das?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Wittmann hat mir das selbst gesagt, und er ist auch insofern bedroht worden, als man ihm sagte, wenn er das nicht tut, ist er auch für den Schaden, der dadurch entsteht, haftbar.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer hat ihn bedrängt, das zu machen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es gibt da ja handelnde Personen: Masseverwalter, ein Konkursrichter. Fragen Sie die beiden Herren einmal, ob sie mit Herrn Wittmann zu tun hatten!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Heißt das, die zwei waren das? Oder war das jemand von Seiten der BAWAG?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Was ich von Herrn Wittmann weiß, ist er vom Masseverwalter ganz klar angehalten worden, diese Unterschrift zu tätigen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War der da überhaupt schon Masseverwalter, wie er da unterschrieben hat?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: *Fiktiver Masseverwalter.* Über die Qualität der Unterschrift kann man ja streiten, ob man die überhaupt braucht. Wenn man sie als Rechtsmittelverzicht interpretiert – was ja zulässig ist –, dann war sie insofern notwendig, denn der Gemeinschuldner muss nicht unterschreiben und einer Konkursöffnung zustimmen. Daher: Das wird dennoch Thema sein, aber ich glaube

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Deswegen wollte ich nur wissen, wer das war, denn Herr Vavrovsky war zum Zeitpunkt der Unterschrift noch gar nicht Masseverwalter.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Rückwirkend mit null Uhr ist er es ja geworden. Also an dem Tag, wo es aufgehängt wird, wird er es ja. In einer anderen Gerichtsaussage hat ihn ja der Konkursrichter Sieber als solchen bezeichnet; Vavrovsky war zu dem Zeitpunkt *fiktiver Masseverwalter.* (Abg. Mag. **Stadler** – *in Richtung des Abg. Krainer* –: *So, wie du fiktiver Parteivorsitzender und Bundeskanzler bist!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wie du fiktiver Parteivorsitzender der FPÖ bist, oder was?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kollege Stadler hat gesagt, dann ist er der „fiktive Papst“.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kenne die Bubenträume des Kollegen Stadler nicht!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Herr Verfahrensanwalt weist mich darauf hin, dass es Vavrovsky innerhalb kurzer Zeit dann auch geworden ist, nämlich Masseverwalter.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Im Wirtschaftsleben ist es so üblich, bevor eine Insolvenz eröffnet wird, wird erstens dem Richter die Information gegeben, und der Richter sucht in der Regel nach der Schwierigkeit, sage ich einmal, den Masseverwalter aus. Manche machen es mit Buchstaben oder sonst etwas. Und da es ein ganz Außergewöhnlicher war, nehme ich an, ist der vorher bestimmt worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist schon klar. Und um das für das Protokoll richtig zu haben: Ihnen hat Herr Wittmann gesagt, Herr Vavrovsky hat ihn angerufen und bedrängt, das zu unterschreiben, und ihm gedroht, dass er, wenn er nicht unterschreibt, für den Schaden, der da entsteht, verantwortlich ist.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Was ich Ihnen nicht sagen kann, ist, in welcher Art die Kontaktaufnahme erfolgt ist: ob er geredet hat, ob er ihn getroffen oder angerufen hat oder sonst etwas, dass er aber von den handelnden Organen gedrängt wurde, seine formale Unterschrift zu leisten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Namentlich vom Masseverwalter Vavrovsky?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, es gibt nur einen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Oder auch vom Konkursrichter?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ob vom Konkursrichter, weiß ich nicht, aber vom Masseverwalter hat Herr Wittmann gesprochen – und da es nur einen gibt, können wir uns, nehme ich an, auf den einigen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kann mich mit Ihnen auf gar nichts „einigen“, sondern Sie müssen erzählen, was Sie wissen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wahrscheinlich hat Masseverwalter und Konkursrichter – wir werden es heute noch hören – lediglich aufgeklärt über die Rechte und Pflichten – und nicht bedroht. Das mache ich ja auch: Ich bedrohe ja auch nicht die Anhörungsperson, wenn ich sage, eine allenfalls vorsätzliche Aussage ist mit Strafe bedroht. – Das ist immer die Frage, wie es jemand subjektiv empfindet, was jemand sagt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich habe nur eine Frage: Wann ist Ihnen eigentlich bewusst geworden, dass Sie da gegen ein Netzwerk ankämpfen, gegen das Sie eigentlich keine Chance haben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Eigentlich mit dem Eintreten oder persönlichen In-die-Hand-Nehmen dieser Sache durch Elsner. – Bis zu diesem Zeitpunkt war ich der Annahme, die Gespräche mit der BAWAG sind eigentlich in einer guten Atmosphäre gelaufen. Der damalige Rechtsvertreter Dr. Frotz hat sich sehr konstruktiv eingebracht. Ich war sehr optimistisch, dass man eine Lösung findet. – Das hat sich aber über Nacht umgedreht. Als die Insolvenz herbeigeführt wurde, als man begonnen hat mit der Zustellung der Konkursöffnung und all diesen Dingen, da habe ich gewusst: Halt, da fährt jetzt ein Panzer drüber! In den Folgewochen und -monaten habe ich dann auch versucht, die Informationen an entsprechende Stellen weiterzugeben. – Es gab jedoch einfach keine Reaktion.

Eines muss ich Ihnen sagen: Wo ich wirklich Zweifel am österreichischen Rechtsstaat dann letztendlich erstmals bekommen habe, war, als ich zwei Hausdurchsuchungen mehr oder minder über mich ergehen lassen musste – und als Zeuge, wo Sie glauben, Sie sind auf einem anderen Stern. Das müssen Sie sich einmal vorstellen!

Da fragen Sie sich dann schon: Was läuft hier eigentlich ab? Erstens hat man niemandem etwas getan. Wie im Auge eines Taifuns kommt man sich da vor, ohne zu wissen, warum man da drinnen ist. Und: Ohnmacht breitet sich aus!

Aber ich muss Ihnen auch sagen: Das war Herrn Rohrmosers Lebenswerk! Er ist daran zerbrochen, aber er hat gekämpft und hat minutiös jede Information zusammengetragen und mit seiner Hausverstands-Bauern-Intelligenz die Dinge gut verknüpft und sich ein Bild gemacht, das sich heute immer klarer darstellt, denn: Dieser Konkurs wäre absolut nicht notwendig gewesen, er ist ausschließlich **vorsätzlich herbeigeführt worden!** Man hat einen österreichischen Unternehmer, der ein **Weltunternehmen** aufgebaut hat, enteignet, sage ich einmal – und seine Nachfahren und Töchter in Schulden hinterlassen! Das muss man einmal wirklich dazusagen!

Gestatten Sie mir einfach, das noch zu sagen, denn das möchte ich loswerden: In welcher Vorseilung man bei der Refco Hunderte von Millionen Euro überträgt, wobei ich da ich die österreichische Wertschöpfung nicht sehen kann, man aber in diesem Fall nicht einmal so viel Contenance hat, wenigstens im Nachhinein zu versuchen, einen kleinen Vergleich mit einer geschundenen Unternehmerfamilie zu machen, da fehlt mir, muss ich sagen, wirklich jegliches Verständnis!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Mir ist jetzt noch eine Frage eingefallen – wobei ich aus Erfahrung in der Wirtschaftskammer Österreich bestätige, wo auch Herr Rohmoser damals beim Präsidenten und bei mir war, und wir waren genauso machtlos, wie Sie es jetzt geschildert haben – zu der Hausdurchsuchung, die aus meinem Blickwinkel heraus geradezu absurd ist: Wer hat das veranlasst und was war die Begründung für diese Hausdurchsuchungen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die Vermutung auf Seiten der BAWAG war, dass Herr Rohmoser irgendwo Geld hätte, das er mir über Umwege zur Verfügung gestellt hätte, damit er aus dem Zwangsausgleich herauskommt und sich auslösen kann. – Ich meine, allein schon diese krankhafte Denkweise! – Das führte jedenfalls dazu, dass eine Hausdurchsuchung bei denjenigen stattfand, die Herrn Rohmoser letztendlich einen Kredit bei der CA ermöglicht haben, wo wir auch zusätzliche Sicherheiten gegeben haben.

Mit einer ganz normalen und einfachen Anfrage hätte man das klären können: Woher stammen die Kredite? Woher stammen die Mittel für die Erfüllung dieses Zwangsausgleichs? – Das liegt doch alles offen! Normale Bilanzen sind in der Regel in den Firmenbüchern ersichtlich, und man kann sie lesen: links und rechts. – Das muss man sich also vorstellen!

Beim zweiten Mal ist man bei Hausdurchsuchungen an acht verschiedene Stellen in Österreich ausgeschwärmt: beim Wirtschaftsprüfer, bei den Anwälten, bei Beteiligungsunternehmen von mir, bei meinem Partner in Vorarlberg, genauso zu Hause. – Das sind so die „Feinheiten“: Da ist dann niemand zu Hause; dann daher zur Lebensgefährtin, zur Ärztin bei der Gebietskrankenkasse; da kommt die Polizei, holt sie ab. – Das muss man sich einmal alles vorstellen! (*Abg. Mag. Stadler: Die Ärztin waren sie abholen?*) – Die haben sie abgeholt – sonst hätten sie das Haus aufgebrochen! – Ich meine, unglaublich! – Als Begründung?

Und: Von der zweiten Hausdurchsuchung habe ich nach wie vor meine Unterlagen noch nicht zurück.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht sagen Sie uns, welche Unterlagen das sind.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Sie wissen ja, wenn man lange genug ... – Die Sieben-Jahresfrist ist vorbei, also manche Dinge brauchen man dann sowieso nicht mehr. Die können dann gerne verloren gehen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind das Unterlagen Atomic, BAWAG oder Ähnliches betreffend?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, es sind teilweise noch Unterlagen aus dieser Zeit. Dann natürlich persönliche Unterlagen, die sind bei mir zu Hause. Gott sei Dank war eine Putzfrau da, die aufgemacht hat, denn sonst hätten sie dort auch noch aufgebrochen. – Das ist ja alles unglaublich!

Abgesehen von den Kosten – das muss man sich ja einmal vorstellen: 28 Leute schwärmen aus mit Computerspezialisten und sonst etwas! – Völliger Schwachsinn!

Da braucht man nur zu fragen oder zu schauen oder vielleicht einmal eine Bilanz zu lesen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: An sich müssten ja von der Wirtschaftspolizei alle Unterlagen dem Ausschuss zur Verfügung gestellt worden sein. Wir werden einmal nachschauen, ob diese bei uns eingelangt sind – zumindest in Kopie!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herr Dipl.-Ing. Pierer, ich muss da jetzt sozusagen noch einmal kreuz und quer über diese ganze Materie gehen.

Sie haben immer wieder Herrn Dr. Frotz von der BAWAG genannt. – Bei all den Vorverhandlungen für diese **österreichische Lösung**: War da Herr Dr. Frotz der Ansprechpartner in der BAWAG – oder hat es da auch noch andere Personen in der BAWAG gegeben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Meine Gesprächspersonen in diesem Zeitraum waren von der Anwaltseite Herr Dr. Frotz, von der BAWAG-Seite waren es Herr Partik und Herr Schwarzecker.

Diese Leute waren bei den Gesprächen immer dabei, und das waren eigentlich unsere Ansprechpartner.

Ich hatte **nie** die Möglichkeit – wobei ich sie mittlerweile nicht vermisse, aber ich hatte niemals die Möglichkeit –, mit Herrn Elsner zu sprechen, das ist mir verwehrt geblieben. (*Abg. Dr. Stummvoll: Und jetzt sind Sie froh!*) Na ja, es fehlt mir nicht richtig etwas in der „Sammlung“.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es war also Herr Dr. Frotz Ihr Ansprechpartner. – Umso verwunderlicher wird es wahrscheinlich für Sie gewesen sein, dass auf einmal derjenige, der sich im Unternehmen Atomic wirklich ausgekannt hat, auf einmal seine Funktion selbst zurückgelegt hat. – Habe ich das Ihren Ausführungen richtig entnommen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Meine Information von ihm – ich habe ihn einige Jahre danach noch einmal getroffen – war die, dass er sagte, diese Lösung mit der Insolvenz hat er nicht mitgetragen. – Er hat das Mandat, nehme ich an, selbst zurückgelegt.

Jedenfalls war es so, dass von einem Tag auf den anderen dann Dr. Gehmacher und Konsorten aufgetaucht sind.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Zurückkommend auf dieses Kontokorrent-Konto, auf diesen aushaftenden Rahmen: Sie haben gesagt, Ende Juli war der Rahmen 1,4 Milliarden; 1,5 Milliarden. – Gibt es auch dazu Unterlagen, wo wir das einsehen können?

Wir haben nämlich das Problem, dass nach der Übernahme von Amer ein komplett neues Buchhaltungssystem aufgesetzt wurde und wir leider keine Unterlagen zur gesamten Geschäftsführung bekommen können.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich kann Ihnen, was ich in meinen Unterlagen noch finde, geben. Es ist sicher die eine oder andere Salden-Liste aus dieser Zeit, dann irgendwelche Bankaufstellungen, wo man sieht, wie viel wann in etwa offen war.

Die eine Wahrnehmung habe ich Ihnen ja sowieso bestätigt, dass auch zu diesem Zeitpunkt bereits Mitarbeiter oder auch Verantwortliche von der BAWAG eigentlich das Zahlungsmanagement sehr stark beeinflusst haben.

Also jene Zahlungen, die durchgeführt wurden, sind sicher alle in Abstimmung mit der BAWAG durchgeführt worden.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ist das praktisch so erfolgt: Die Verantwortlichen in der Firma Atomic haben eine Zahlungsliste vorgegeben, und die BAWAG hat abgezeichnet, welche Überweisungen getätigt wurden und welche nicht?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, wobei eigentlich immer der Vorschlag bezahlt worden ist. – Aber ohne Zustimmung der BAWAG ist **kein Zahlungsmanagement** durchgeführt worden.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Eine Frage noch zur Klarstellung: Ist es bei einem Unternehmen, das weltweit agiert und mit Fremdwährungen arbeitet, üblich,

dass Fremdwährungskonten geführt werden und dass über diese Abrechnungen gelegt werden?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es ist natürlich Standard und normal üblich, dass man Fremdwährungskonten hat, wohin man fakturiert. Als Begleitung zu diesen Fremdwährungskonten gibt es das Fremdwährungsrisiko, das natürlich das Management abzuschätzen hat: in welchem Ausmaß man fixiert, in welchem Ausmaß man in das Risiko geht und so weiter – also das tägliche Brot.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Nach Ihren Ausführungen war es also so, dass für diesen Export nach Amerika in Dollar verrechnet wurde? (*Dipl.-Ing. Pierer: Jawohl!*) Damit gab es einen Dollar-Eingang, und das ist über ein Fremdwährungskonto abgewickelt worden? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Sie sagten, bis September wurde produziert. Ab wann zirka ist dann mit der Fakturierung an die Kunden begonnen worden?

Es ist ab Mitte September ausgeliefert worden. Ab wann ungefähr ist dann fakturiert worden?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Mit September beginnt die Auslieferungsphase in der Schi-Industrie – also mit September leicht beginnend – und geht dann hinein bis so um Weihnachten, und dann wartet man ab, wie der Durchverkauf ist und sonst etwas, und dann kommen die Nachorders. – So ist die übliche Abfolge in der Schi-Industrie.

Die richtige Auslieferung beginnt ab September, da geht es voll los. September und Oktober, das sind die ganz starken Monate.

Nach Übersee beginnt man ein bisschen früher, weil natürlich der Transport hinüber zu machen ist, aber in Zentraleuropa ist es zu dieser Zeit.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir haben zuvor schon über den Kaufpreis von 900 Millionen gesprochen. Sie haben gesagt, Sie haben Herrn Kommerzialrat Rohrmoser auch nachher immer wieder begleitet: Haben Sie irgendetwas gehört über diese Klarstellungsvereinbarung zwischen Amer und BAWAG, wonach eigentlich mitverkaufte Forderungen ohne Gegenleistung als Mitverkauf gelten sollten?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Rohrmoser hat mich laufend informiert über das, was er immer herausgefunden hat, und er hat mich damals über diese Tatsache sicher auch informiert beziehungsweise in Kenntnis gesetzt.

Seine persönliche Art war die: Seine Tochter hat ihm immer die Ausführungen protokolliert, und er hat immer schön Buch geführt, chronologisch, über das, was er so alles zusammengetragen hat.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Da Sie ihn immer wieder begleitet haben: Welche Wahrnehmungen haben Sie zu seinem Privatkonkurs, der sicherlich sehr einschneidend und sicher nicht einfach war?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Abgesehen von der sozialen Reputation in dieser Region, hatte ich die Wahrnehmung, dass er so richtig auf das Härteste von seinem Masseverwalter bedrängt wurde. Er hatte ja in diesem Fall zwei: Erstens einmal den von der Atomic for Sport, Herrn **Vavrovsky**. Und dann gab es einen gewissen **Erlenburg**, oder wie der geheißen hat, der Herrn Rohrmosers **persönlichen Konkurs** gemacht hat. – Herr Rohrmoser wurde da massivst bedrängt.

Was mir auch aufgefallen ist: dass manche Verwertungen – das möchte ich dazusagen –, vor allem seine Schilift-Anteile und manch andere Dinge, würde ich

sagen, sicher **unterpreisig** erfolgt sind. Man hat massiven Druck auf Herrn Rohrmoser ausgeübt!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Haben Sie auch irgendwelche Wahrnehmungen zu Schloss Höch, das im Privatbesitz des Herrn Rohrmoser war?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das war in seinem Privatbesitz und ist dann im Zuge seiner persönlichen Insolvenz veräußert worden.

Diese Dinge sind ihm besonders am Herzen gelegen! Da musste er hinaus. Dann sind die Möbel hinausgetragen worden.

An sich ist dieser Mann teilweise wirklich vorsätzlich malträtiert worden. Man hat versucht, psychischen Druck aufzubauen. Man hat ihm angedroht: Wenn Sie nicht spüren, lassen wir Sie verhaften oder sperren wir Sie ein! Lauter solche Dinge. Also aus dem tiefsten ... (*Abg. Dr. Stummvoll: Psychoterror!*) – Ja, das ist Psychoterror.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Hat Herr Rohrmoser mit Ihnen darüber gesprochen, dass auf Schloss Höch monatelang Personen einquartiert gewesen sind?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das kann sein; aber ich kann jetzt dazu keine spezielle Wahrnehmung sagen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben auch von diesem Treffen mit Beppo Mauhart, Professor Mandl und Ihnen am Tag der Konkurseröffnung gesprochen. – Wer wäre da noch dabei gewesen? Oder nur die drei?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja. – Ich hätte dann natürlich auch Herrn Rohrmoser mitgebracht.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wo hätte das Treffen stattgefunden? (*Dipl.-Ing. Pierer: In Radstadt!*) – Nicht beim Anwalt Dr. Maschke?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das hätten wir in irgendeinem Lokal oder so gemacht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wäre Dr. Frotz auch dabei gewesen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Frotz wäre bei diesem Termin nicht dabei gewesen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir haben heute schon einmal über den Verkaufspreis, über die 900 Millionen gesprochen. Wir wissen, wie schwierig es ist, eine Marke zu kreieren. Atomic war eine Marke, war zweitgrößter Welthersteller von Schiern.

Wie hoch schätzen Sie – aus Ihrem wirtschaftlichen Wissen heraus – den Wert dieser Marke zu dem Zeitpunkt, zu dem die Firma verkauft wurde, ein?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die Frage ist natürlich die, ob Sie das **going concern** oder in der **Insolvenz** betrachten. Aber Sie müssen einmal sicher – so als „Gefühlswert“ – für eine Sportartikel-Marke den Umsatz in etwa als Wert ansetzen. Das ist einmal eine Richtgröße. Da können Sie jetzt nach oben gehen: besondere Marken!, oder nach unten gehen. Das ist so die Richtgröße, wo man sagt: Das ist ein Markenwert eines international tätigen Unternehmens, das Sportartikel herstellt.

Wir sehen es in meinen Unternehmungen oder sonstwo, wo wir immer diese Diskussion haben: Es ist ungefähr einmal der Umsatz, den man anrechnet.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ein Jahresumsatz?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ein Jahresumsatz. Das ist sicher ein Markenansatz, da ist man nicht daneben. Ein Jahresumsatz!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Haben Sie auch irgendeine Wahrnehmung vom Naheverhältnis zwischen Gehmacher, Sieber, Vavrovsky und Honsig-Erlenburg?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Im Nachhinein. Herr Rohrmoser hat dann durch seine Recherchen herausgefunden, welche intensiven Beziehungen zwischen den handelnden Personen herrschen. – Ich habe das natürlich nicht gewusst, ich habe mich in Salzburg nicht ausgekannt; ich habe meine Informationen ausschließlich von Herrn Rohrmoser.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Eine Abschlussfrage habe ich noch: Durch die Aussagen von Auskunftspersonen, die wir hier schon befragt haben, wissen wir, dass Herr Pilotto den Konkursantrag auf dem Autodach unterschrieben hat. – Meine Frage: Welche Rolle hat Herr Pilotto im Unternehmen gespielt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Pilotto war zu dieser Zeit der Lebensgefährte der Tochter vom Herrn Rohrmoser – sie hatten auch ein gemeinsames Kind –, und er war mehr oder weniger der Produktionsverantwortliche für die gesamte Gruppe. Also er hat im Unternehmen eine führende Managementfunktion gehabt. Das war die Rolle des Herrn Pilotto.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dipl.-Ing. Pierer, ich gehe jetzt der Reihe nach vor: Hinsichtlich Ihrer Unterlagen, die Sie von der zweiten Hausdurchsuchung immer noch nicht zurückbekommen haben, empfehle ich Ihnen, eine Beschwerde an die Volksanwaltschaft zu richten. Sie ist mit dem Fall Atomic – glauben Sie mir das, das weiß ich aus meiner langjährigen Erfahrung – hinreichend befasst. Es ist das ein klassischer Fall eines **Verwaltungsmisstandes**, wenn Unterlagen nach Abschluss des Verfahrens nicht zurückgestellt werden. (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Nun aber zu dieser Hausdurchsuchung selber: Haben Sie daraufhin eine Einvernahme bei der Wirtschaftspolizei oder bei der Kriminalpolizei gehabt, oder hat es nur Hausdurchsuchungen gegeben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es hat nur Hausdurchsuchungen gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie sind dazu **nie** einvernommen worden? (*Dipl.-Ing. Pierer: Nie!*) – Hoher Ausschuss, das ist der „klassische“ Fall eines Erkundungsbeweises: Man steigt unter Verletzung der Grundrechte (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) eines Bürgers in sein Haus ein, zwei Mal, findet nichts, stellt von den Unterlagen einen Teil gar nicht mehr zurück, aber der Betroffene wird nicht einmal einvernommen! (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Dieser Fall entwickelt sich immer mehr – das habe ich von allem Anfang an gesagt; deshalb haben mir auch Herr Vavrovsky und Herr Sieber den **Gefallen** getan, mich zu klagen – zu einem **Justizskandal!** Und ich hoffe, der Ausschuss wird dieses Umstandes immer mehr gewahr!

Er ist jetzt um eine Facette reicher: zweimalige Hausdurchsuchung, Unterlagen nicht zurückgestellt, Beschuldigte oder Verdächtige nicht einmal einvernommen!

Auch Herr Horngacher hat sich bei Ihnen nie gemeldet? (*Dipl.-Ing. Pierer: Niemand!*) – Sind die anderen Verdächtigen, die Sie kennen, etwa Ihr Geschäftspartner aus Vorarlberg, einvernommen worden?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: **Keiner** wurde im Nachhinein oder irgendwie einvernommen. Keiner! Und auch meinem Partner, dem Herrn **Knünz**, fehlen noch Unterlagen aus der zweiten Hausdurchsuchung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihr Partner heißt wie?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: *Dr. Rudolf Knünz.* – Der hat auch nichts zurückbekommen und wurde auch nie einvernommen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das Parlament kann sich ein Bild von der Gestion machen!

War damals bekannt, dass Herr Horngacher ein besonders inniges und enges Verhältnis zu Herrn Elsner hatte?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn Sie so etwas erleben, dann haben Sie natürlich andere Prioritäten im Kopf. Erst jetzt, im Zuge des heurigen Jahres, und wegen der Horngacher-Situation hat es bei mir „geschnallt“, und ich habe erst jetzt die Verbindung hergestellt, dass Horngacher zu dieser Zeit der Chef der Wiener Wirtschaftspolizei war.

Und wenn ich höre, dass er für Reisegutscheine oder sonstwas sehr viel gemacht hat, muss ich sagen: Das gibt es doch nicht?! Aber es ist so: wie in einem Film!

Ich hatte damals – und das muss ich wirklich sagen – **Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit.**

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diesen Zweifel kann ich teilen. Ich habe im Zuge meiner juristischen Tätigkeit ein relatives Bild über die österreichische Rechtspflege bekommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Person des Herrn Horngacher kommt eh noch dran. – Wir kennen das aus der Causa Kabas noch zur Genüge (*Abg. Mag. Stadler: Ja, Ähnliches!*), was dieser Herr Horngacher für eine Figur ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun zu einem weiteren Thema, das Sie angeschnitten haben: Sekyra mit seinem Karibik-Geld.

Es wird in einer Sachverhaltsbekanntgabe des Landesgendarmierkommandos Salzburg eine Bank erwähnt, die **Warword Bank.** – Kennen Sie diese Bank?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, kenne ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Würde die **Warword Bank** auf diese Karibik-Geschäfte hindeuten? Sie kennen die Bank nicht?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, kenne ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann hat es auch keinen Wert, da weiter zu fragen.

Nun kommen wir auf die Rolle des Herrn Dkfm. Schrempf zu sprechen. Herr Dkfm. Schrempf, haben Sie gesagt, war zu diesem Zeitpunkt alkoholkrank. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das ist richtig! Und es war Herr Rohrmoser auch sehr besorgt darüber, und er hatte in dieser Zeit ein besonderes Misstrauen Herrn Schrempf gegenüber.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dieses Misstrauen hat sich als richtig erwiesen, wie sich dann später herausgestellt hat.

Wir halten fest: Herr Dkfm. Schrempf war nicht mehr zeichnungsbefugter Geschäftsführer der GmbH, weil er zurückgetreten ist. Das hängt nämlich mit der Frage der Änderung im Firmenbuch nicht zusammen. Der Rücktritt ist konstitutiv. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Schrempf hat im Innenverhältnis zurückgelegt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er hat seine Geschäftsführertätigkeit zurückgelegt? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Wissen Sie, dass Herr Schrempf im Auftrag des Masseverwalters Vavrovsky in die Schweiz gefahren ist und dort von einem Depositar von Namensaktien, die auf Herrn Rohrmoser gelautet haben, die Herausgabe dieser Aktien bewirkt und die Aktien herausgelockt hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Darüber hat mich Herr Rohrmoser in Kenntnis gesetzt, ich weiß darüber Bescheid, und zwar geht es da um die sogenannten Markenrechte, die in dieser Gesellschaft drinnen waren.

Sie müssen wissen, die Umstrukturierung im Atomic-Bereich in die GmbH war zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchgeführt, und die Markenrechte und das Ganze sind nach wie vor bei Alois Rohrmoser persönlich in dieser Gesellschaft gelegen.

Vavrovsky hat Schrempf geschickt, sie zu holen, um sie der Masse **Atomic for Sport** zuzuführen. In diesem Fall – das muss man dazu sagen – ist Herr Rohrmoser in der **Insolvenz geschädigt worden!**

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, hier hat man Kapital, das erkennbar **nicht** Teil der Masse war, gezielt mit Hilfe des Herrn Schrempf aus der Schweiz abgeholt, um es in die Masse zurückzuführen? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Wissen Sie, wie hoch der Aktienwert war – nicht das Nominale? Oder frage ich anders: Wie hoch war das Nominale?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich weiß nicht, wie hoch das Nominale war, ich kann dazu nichts sagen, ich müsste in den Unterlagen nachschauen. Aber es sind die **gesamten Atomic-Markenrechte** dabei gewesen.

Wir haben gerade vorhin die Marken-Diskussion hier geführt. (*Abg. Mag. Stadler: Sie haben gesagt, die Größe eines Jahresumsatzes!*) Die Höhe eines Jahresumsatzes!

Aber selbst im schlimmsten aller Fälle reden wir da über ein paar hundert Millionen Euro, und durch die Verschiebung des Privatvermögens von Herrn Rohrmoser, die Vermögensverschiebung hinein in die **Atomic for Sport** hat man ihn natürlich nachhaltig geschädigt. Man hat Herrn Rohrmoser mehr oder minder bestohlen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das sieht übrigens auch der Gutachter Dr. Heinz Krejci so. Ich weiß nicht, ob dem Ausschuss das Gutachten des Herrn Professors Krejci vom 7.11.2002 vorliegt. – Haben Sie das? (*Abg. Mikesch nickt bejahend.*)

Dieses Gutachten des Herrn Professors Krejci kommt zu diesem Ergebnis – ein Ergebnis, das jedoch die Staatsanwaltschaft offensichtlich nicht geteilt hat, die der Meinung war, man könne derartige Aktien gar nicht stehlen. – Professor Krejci weist aber nach, dass das sehr wohl der Fall war.

Auf Grund der Judikatur des OGH hat Herr Schrempf **im Auftrag** des Herrn Vavrovsky diese Aktien – Namensaktien –, die erkennbar und nachweislich **nicht** Teil der Masse waren, in der Schweiz dem Depositar herausgelockt und hat sie Herrn Vavrovsky übergeben. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kennen Sie vielleicht die anderen Gutachten des Herrn Professors Krejci, etwa jenes vom 4. Jänner 2002?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, das kenne ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Krejci schreibt in seiner Zusammenfassung Folgendes – ich lege es Ihnen nicht vor, sondern ich lese es insbesondere für den Ausschuss vor –:

„Insgesamt ist festzuhalten, dass der Konkurs über das Vermögen der Atomic for Sport GmbH eine bemerkenswerte Reihe aufklärungsbedürftiger Umstände und Ereignisse enthält, die eine möglichst umgehende Prüfung erfordern.

Diese Prüfung sollte daher nicht erst im Zuge der Schlussrechnung des Masseverwalters, sondern ohne Aufschub durchgeführt werden. Denn nur auf diese Weise kann rechtzeitig erwiesen werden, ob die bisherige Gestion das erforderliche Vertrauen ihrer Fortführung durch die bisher beteiligten Personen verdient.

Ohne eine derartige Prüfung sprechen zumindest angesichts des derzeitigen Eindrucks, den man aus den bisher vorgetragenen Sachverhaltselementen insbesondere auch im Hinblick auf das bemerkenswerte Zusammentreffen einer ganzen Reihe von Ungereimtheiten gewinnt, erhebliche Verdachtsmomente für privatrechtliche Rechtswidrigkeiten, die wohl auch für Erwägungen strafrechtlicher Art von Bedeutung sein können.“ – Zitatende.

Professor Krejci schreibt dann noch, eine **möglichst baldige Prüfung wäre geboten**.

Wissen Sie, ob eine solche Prüfung stattgefunden hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Bis dato hat meines Wissens im Konkursverfahren keine Prüfung stattgefunden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer die bekannt vorsichtige Formulierungsart des Herrn Professors Krejci kennt, weiß, dass er erhebliches Material in der Hand haben musste, um zu einer solchen Formulierung zu kommen.

Hat Ihnen Herr Rohrmoser einmal mitgeteilt, ob Herr Krejci nach Bekanntwerden dieses Gutachtens unter Druck gesetzt wurde?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann werden wir heute andere dazu befragen müssen.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: In Ergänzung zu dem muss ich auch dazu sagen – das ist meine Wahrnehmung –: Herr Rohrmoser hat alle nur möglichen Widerstände erfahren, wenn er versucht hat, Einsicht in seinen Konkursakt zu nehmen. Das ist ihm praktisch mehr oder minder verwehrt worden – was mich dazu führt, zu sagen, dass es eigentlich, wenn alles normal zu einer gesetzlichen Abwicklung gekommen ist, ein **Mindestrecht** in einem Konkursverfahren ist, dass man sich die komplette Konkursabwicklung und die Gutachten anschauen kann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zu dieser Zustimmung zum Konkurs durch den Geschäftsführer beziehungsweise durch den Prokuristen halten wir fest: Schrempf war zurückgetreten, konnte also keine Zustimmung mehr leisten. Pilotto war zu diesem Zeitpunkt gar nicht Geschäftsführer, er war nur Prokurist. (*Dipl.-Ing. Pierer: Er war nur Prokurist!*) Er hätte mit seiner Prokura bei einer Zustimmung seine Befugnisse überschritten. Das war auch dem Richter klar. Das gibt er sogar bei seiner Einvernahme vor Gericht zu. – Bleibt also nur Wittmann.

Wittmann hat zugestimmt! Sie haben gesagt, er hat ein Haus gebaut und hatte Kredite bei der BAWAG. – Ist das so?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das war so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die BAWAG war seine finanzierende Bank, sodass Herr Schrempf in Wirklichkeit auch der BAWAG ausgeliefert war? – Achselzucken können wir nicht zu Protokoll nehmen. (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Die Verwertung von Beteiligungen ist – haben Sie gesagt – **unterpreisig** erfolgt. Könnten Sie das bitte konkretisieren, um welche Verwertungen es da geht?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es sind das ganz im Konkreten die Anteile an den **Kleinarler Bergbahnen**. Dann hatte Herr Rohrmoser noch Anteile an Kleinkraftwerken im Besitz, die laut Aussage des Herrn Rohrmoser und nach Analyse mit **weniger als der Hälfte** des erzielbaren Preises abgegeben wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat es da eine Art Bieterverfahren gegeben?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Rohrmoser war im Bereich der Schilifte ein erfahrener Mann und hatte natürlich mehrere Beteiligungen, und er wusste ganz genau, welche Wertansätze da zu treffen sind, und er hat sich in der Phase gegen den Verkauf massivst gewehrt, aber hatte keine Chance und hat mir dann über das Resultat berichtet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Verkäufe hat der Masseverwalter durchgeführt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die hat sein Masseverwalter in seinem Konkursverfahren durchgeführt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie ist sein Name?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das war Herr Honsig-Erlenburg.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha! Das war Honsig-Erlenburg. Das heißt, das war im Privatkonkurs.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das war ein Privatkonkurs.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was ist die Hälfte des Wertes in Zahlen ausgedrückt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wir reden da von Größenordnungen von 10, 15 Millionen Schilling, die kommen da zusammen, denn das waren die Kleinarler Bergbahnen und so weiter und so fort. Das sind keine kleinen Unternehmungen gewesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich muss, Hoher Ausschuss, noch eine Korrektur anbringen: Bezüglich der Namensaktien, die aus der Schweiz im Auftrag des Masseverwalters abgeholt wurden, geht aus dem Gutachten von Professor Krejci hervor, dass diese Namensaktien **nicht** der Masse zugeführt wurden, sondern an den Erwerber des Unternehmens, sprich **Amer, übergeben** wurden. – Haben Sie darüber eine Wahrnehmung?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Was sie mit dem dann gemacht haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich bin nur darüber informiert worden, dass von Herrn Schrempf, als er draußen war, eigentlich die Aktien, die nach wie vor dem Vermögen des Herrn Rohrmoser zuzuordnen waren, in diese Aktiengesellschaft mitgenommen wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, wenn das stimmt, was Professor Krejci schreibt – und ich habe keinen Zweifel daran, dass er sich da eindeutig sachkundig gemacht hat; das würde seiner Reputation auch nicht anders zustehen –, würde das bedeuten, dass der Kaufpreis noch einmal herunterzusetzen ist, noch einmal zu relativieren ist. – Ist das so? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Abgeordnete Mag. Ruth Becher (SPÖ): Eine ganz kurze Nachfrage zur Hausdurchsuchung: Wissen Sie den Namen des Untersuchungsrichters, der die Hausdurchsuchung bewilligt hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es war das eine junge Untersuchungsrichterin aus Salzburg. Den Namen weiß ich jetzt nicht; aber den kann ich Ihnen natürlich sagen. (*Abg. Mag. Becher: Bitte!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: An dieser Stelle möchte ich auch gleich sagen: Die Unterlagen werden Sie uns im Anschluss dann zum Kopieren zur Verfügung stellen? Oder wollen Sie uns eine Kopie in den Ausschuss übermitteln?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich würde vorschlagen, weil es wirklich sehr viel ist, dass wir ein komplettes Extrakt machen und es Ihnen Anfang nächster Woche zukommen lassen. Ist das in Ordnung? So schnell wie möglich!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Grundsätzlich ist es so, dass die Parlamentsdirektion, wie wir wissen, ja schon so geübt ist – nahezu perfekt –, dass Sie Unterlagen, die sie zur Verfügung gestellt erhält, so kopiert, dass Sie Ihre wiederum so zurückbekommen, wie Sie sie uns gegeben haben.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das sowieso! – Ich wollte nur alles ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Entschuldigung, Herr Vorsitzender, wenn ich mich einmische! Uns interessiert vor allem natürlich die Zustimmung der BAWAG zu diesem ganzen Vorgehen, denn es ist absolut neu, dass die BAWAG von dem allen informiert war und zugestimmt hat. (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Da wir nächste Woche auch Verhandlungstage haben – ich will hier nur den Grund erklären –, müssen wir diese Dinge auch aufarbeiten.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich habe das hier. (*Die Auskunftsperson ist dabei, die Unterlagen zusammenzustellen.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Würden Sie uns das der Einfachheit halber jetzt übergeben? Heute wird es wahrscheinlich nicht mehr komplett kopiert werden, aber ich kann Ihnen versprechen, dass Sie es nach dem Kopieren am Montag genauso zurückerhalten, wie Sie uns das gegeben haben. – Wir lassen Sie noch kurz blättern!

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Sie können das Ganze einmal durchkopieren, im Speziellen jene Korrespondenz mit der BAWAG von Beginn Juli bis Anfang September. – Ich suche Ihnen das in Ruhe zusammen und lasse es Ihnen dann hier.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Machen Sie das bitte im Anschluss an die Befragung? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herr Dr. Gehmacher hat uns das letzte Mal erzählt, dass es, nachdem der Konkurs eingeleitet wurde, eine Ausschreibung gegeben hat und dass überall veröffentlicht war, dass es Angebote für Atomic geben soll. – Haben Sie dazu eine Wahrnehmung?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, eigentlich nicht! – Zu welchem Zeitpunkt?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Überhaupt zum Verkauf der Atomic! – Herr Dr. Gehmacher hat gesagt, dass öffentlich publik gemacht wurde, dass der Verkauf der Atomic ansteht und damit auch Bieter gesucht werden, dass das veröffentlicht worden sein muss in diversen Fachzeitschriften. – Ich habe keine Ahnung, wo überall.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Im Zusammenhang mit der Konkurseröffnung? (*Abg. Mikesch: Ja!*) – Das ist ein logischer Vorgang: Wenn ein Unternehmen in Konkurs geht, dann kommen die Interessenten sowieso. Das ist nichts Ungewöhnliches; das ist ein ganz normaler Vorgang.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): War es auch für Sie wahrnehmbar, dass das sehr intensiv kundgetan wurde?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Sie müssen bedenken, dass das Ganze in einer sehr spannungsgeladenen Zeit abgelaufen ist. Im Herbst 1994 waren Wahlen. Eines der renommiertesten österreichischen Schiunternehmen war zertrümmert worden, eine **österreichische Schi-Lösung** ist vereitelt worden – und all das wurde natürlich in der Öffentlichkeit breitgetreten. Ich glaube, darüber konnte man rund um die Welt lesen, und es werden dann wahrscheinlich die Interessenten aufgetaucht sein. – Diese Wahrnehmung ist gegeben.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben gesagt, dass Sie immer wieder mit dem Bundeskanzleramt Kontakt gehalten haben, weil Sie für diese österreichische Schilösung waren: Wie war dieses Verhältnis, und wie war die Gesprächsebene?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wir hatten damals mit Herrn Krammer einen Termin: Wir haben ihn darüber in Kenntnis gesetzt, was da abläuft: Man möge bei der österreichischen Schilösung mithelfen und auch auf die BAWAG positiv einwirken. Das war in der Zeit zwischen Juli und Anfang September.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ist es damals irgendwann einmal zu einem Termin gekommen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Bundeskanzler Vranitzky hat sich dann aufgeschwungen und gesagt, dass es einen Runden Tisch für die österreichische Schi-Lösung geben soll. – Das war aber schon alles.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Mehr wissen Sie nicht?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Mehr hat es nicht gegeben. Anfang September haben sich die Ereignisse überschlagen, aber zu diesem Runden Tisch ist es nie gekommen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wissen Sie, ob es zu diesem Thema je Kontakt zwischen dem Bundeskanzleramt, dem Bundeskanzler und der BAWAG gegeben hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich gehe davon aus, dass man irgendeinen Kontakt gehabt hat. Das glaube ich schon.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Zur Abklärung, weil wir zuerst vom Wert der Marke gesprochen haben: Was war ein Jahresumsatz bei Atomic?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das bewegte sich damals in der Größenordnung zwischen 1,3 oder 1,4 Milliarden Schilling.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Das war ein Jahresumsatz. Wir sind davon ausgegangen, dass der Wert des Markenrechts ungefähr ein Jahresumsatz ist.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wenn man die **Marke** allein kaufen kann, dann kann man in etwa diese Größenordnung als Richtwert ansetzen. Wenn man aber ein Unternehmen in der **Gesamtheit** kauft, dann muss man fairerweise auch berücksichtigen, welche **Schulden** das Unternehmen hat.

Wenn man die Marke allein ohne Schulden bekommt, dann kann das der Markenwert sein. Die **Marke** ist an sich das **Wertvollste**. Und jetzt komme ich auch dazu: Das

Wertvollste bei dieser ganzen Insolvenz ist dem Besitzenden eigentlich entzogen und einer anderen Masse zugeführt worden, beziehungsweise weiß ich nicht, ob es überhaupt der Masse zugeführt wurde. Das Ganze war jedenfalls sehr dubios.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Eine Frage habe ich noch: Mit welchen Mitarbeitern hatten Sie Kontakt im Unternehmen? Mit wem haben Sie außer mit Kommerzialrat Rohrmoser eng zusammengearbeitet?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Mit Herrn Wittmann als Geschäftsführer von Koflach und später auch Atomic, und mit Herrn Pilotto, außerdem mit einigen für den Vertrieb Verantwortlichen. Bis zur Niederlegung habe ich auch Kontakt zu Fritz Schrempf gehalten. Ich hatte also Kontakt mit führenden, leitenden Mitarbeitern.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Eine Frage noch zu den Mitarbeitern: Es gab ja im Unternehmen **Atomic** Mitarbeiter, die ewig lange im Unternehmen waren. Uns wurde es teilweise so dargestellt, als ob sehr viele Mitarbeiter in dieser Zeit gekündigt hätten oder ausgetreten seien. – Wie haben Sie das wahrgenommen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das habe ich nicht so wahrgenommen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich habe noch zwei kleine Nachfragen. Im Zusammenhang mit dieser Treuhandlösung haben Sie gesagt, dass Rohrmoser bereit war, 51 bis 85 Prozent abzugeben. Das ist natürlich eine sehr große Spannweite. – Wie begründen Sie diese Spannweite? Wo wäre da die tatsächliche Lösung gewesen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Mit mindestens 51 Prozent wurde das angesetzt, damit ganz klar war, dass Herr Rohrmoser das Zepter abgegeben hatte, also nicht mehr der bestimmende Faktor war. – 85 Prozent wurden deshalb festgesetzt, damit er mit den verbleibenden 15 Prozent noch als Unternehmer beteiligt blieb. Diese Bandbreite gab es deshalb, damit man die beteiligten Partner dazu holen konnte.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Mit dieser Bandbreite war Herr Rohrmoser einverstanden?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Mit dieser Bandbreite war Herr Rohrmoser einverstanden und hat das auch persönlich unterschrieben.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie waren aber in den Verhandlungen noch nicht so weit, um sagen zu können, wie viel Prozent das wirklich gewesen wären?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das wurde nicht finalisiert. Rohrmoser wäre jedoch mit dieser Bandbreite einverstanden gewesen, und es wäre diesem Treuhandkonsortium und der entstehenden Konstruktion überlassen geblieben, welche Größenordnung man letztendlich von Atomic nimmt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Eine zweite Frage habe ich noch im Zusammenhang mit dem Dollar-Guthaben und den relativ hohen Verlusten, die, wie uns Herr Mag. Ilgner erzählt hat, etwa 100 Millionen Schilling betragen.

Sie haben gesagt: Man trägt halt ein Risiko, denn fakturiert wird im Herbst – und bezahlt wird irgendwann einmal später. Die übliche Vorgangsweise wäre doch, dass man in solchen Fällen eine Kurssicherung vornimmt! Rohrmoser hat jedoch, zumindest nach den Schilderungen von Ilgner, gesagt, dass man diese Dollarbestände behalten soll, obwohl dem niemals Dollarverpflichtungen gegenüber gestanden sind. Es ist also schon ein bisschen blauäugig, mit ausländischen Märkten in dem Wissen zu agieren, dass die Wechselkurse schwanken. – Da sind doch Kurssicherungsgeschäfte das Normalste der Welt! Oder nicht?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja und nein. Da muss man aufpassen: Im Nachhinein ist immer jeder gescheit! Wenn ich Sie jetzt beispielsweise fragen, was ich tun sollte ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Angesichts *volatiler* Dollar-Märkte wüsste ich schon, was ich zu tun habe.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich bringe Ihnen ein Beispiel: Ich habe in Amerika 150 Millionen Dollar Umsatz im Jahr mit HTM. Der Dollar liegt jetzt bei 1,32 €. Soll ich jetzt sichern: ja oder nein? – Ich könnte zum Beispiel das Risiko eingehen, nicht zu sichern, weil ich davon ausgehe, dass der Dollar mittelfristig, also in den nächsten ein bis zwei Jahren, trotzdem wieder zurückkommt, denn bei 1,32 zu sichern, kostet Geld und bringt nicht viel. – Es gibt also manchmal Situationen, in denen man sich bewusst *gegen* ein Hedging entscheidet, und die Rechnung bekommt man im Nachhinein präsentiert.

Ich bin diesbezüglich bei Ihnen: Auch ich bin gegen zu viel spielen. Herr Rohrmoser als Einzelunternehmer war aber natürlich gewohnt, eigenständig zu entscheiden. Da gebe ich Ihnen Recht! Ich möchte nicht sagen, dass das alles schlecht ist. Herr Rohrmoser ist aber da vielleicht ein zu hohes Risiko eingegangen, es hat eben zu lange gedauert, bis sich der Dollar erholt hat – und den Verlust finden Sie dann in den Büchern.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Ilgner hat natürlich vorgeschlagen, da eine Kurssicherung vorzunehmen; Herr Rohrmoser hat es aber nicht akzeptiert.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Normalerweise gibt es in einem großen Unternehmen genaue Vorschriften, wie viel Risiko in Kauf genommen werden darf und wann abgesichert werden muss. In diesem Fall handelte es sich aber um ein Unternehmen, das von einem *Einzelunternehmer* aufgebaut wurde und dann riesengroß geworden ist, in dem die Entscheidungen aber immer noch vom Einzelunternehmer getroffen wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich komme zu dieser Treuhandlösung zurück.

In einer Strafanzeige des Gendarmeriekommandos Salzburg vom Jänner 1998 wird die Unternehmensgeschichte dargestellt. Auf Seite 4 heißt es im letzten Absatz – ich zitiere:

Ende August 1994 gab Kommerzialrat Rohrmoser an eine Treuhandgesellschaft um die Gruppe Pierer 85 Prozent der Geschäftsanteile ab. Als Geschäftsführer wurden Walter Wittmann und Christoph Pilotto bestellt. Zu einem Eintrag im Firmenbuch kam es auf Grund der Konkursöffnung am 16.9.1994 nicht mehr. – Zitatende.

Hier wird geschildert, dass der Gesellschaftsvertrag bereits errichtet war. – Ist das richtig?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Der Treuhandauftrag wurde Anfang September, am 2. oder am 3. September, erteilt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hatte die BAWAG dieser Treuhandrichtung bis zum Zeitpunkt Ende August/Anfang September zugestimmt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Auf Basis der laufenden Gespräche, die wir mit der BAWAG führten, sind wir davon ausgegangen, dass sich die BAWAG diesem Abkommen anschließen wird. Sie war ja eingebunden, und der Vertreter der BAWAG hatte praktisch ein *komplettes Dirimierungsrecht*. Ohne Zustimmung des BAWAG-Vertreters im Treuhandkonsortium hätten die Treuhänder nichts tun dürfen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer war der Vertreter der BAWAG?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es ist keiner bestimmt worden, und man hat diese Lösung dann ultimatativ abgelehnt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer war bei den Gesprächen dabei, als diese Treuhandlösung entwickelt wurde?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Auf Seiten der BAWAG waren es wieder Dr. Frotz als Rechtsvertreter, Partik, Schwarzecker ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es war also wieder der gleiche Kreis?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es war wie immer der gleiche Kreis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie lange hat die Vorphase bis zur Entwicklung dieser Treuhandlösung gedauert, in welche die BAWAG eingebunden war?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Diese Gespräche fanden Ende Juli bis Ende August statt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die BAWAG hat einen Monat lang gewusst, was sich da entwickelt? (*Dipl.-Ing. Pierer: Genau!*) – Sie hat aber keinerlei Anzeichen erkennen lassen, dass sie dagegen wäre?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein. Das hat uns dann ja so sehr auf dem falschen Fuß getroffen, weil wir *nicht im Entferntesten* gedacht hätten, dass man gegen eine solche vernünftige Lösung auf einmal einen **Konkursantrag** einbringt!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mauhart war auch in die Gespräche eingebunden?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Mauhart war insofern eingebunden, als der damals zuständige Geschäftsführer von Kästle namens **Metzler** in diese Verhandlung betreffend **österreichische Schi-Lösung** eingebunden war und alle immer auf dem Laufenden hielt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Fürs Protokoll: Metzler schreibt man diesfalls mit „e“. – Herr Metzler ist ein entfernter Verwandter meiner Mutter.

War Herr Professor Mandl als Berater dabei?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Professor Mandl war einer dieser Treuhänder, denn man wollte eben eine angesehene Person haben, der die Gesprächsbasis zu dieser kritischen Person herstellen könnte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War Vranitzky eng eingebunden über sein Kabinett?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Über Krammer ist die Information über den Status dieses Konzepts ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): War das jener Herr **Krammer**, der damals Kabinettschef von Bundeskanzler Vranitzky war?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Er war Vranitzkys Sekretär; einer von zweien.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat Androsch da mitgewirkt oder eine Rolle gespielt?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, hat er nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Androsch wird nämlich in einer Vollanzeige des Landesgendarmeriekommandos vom Jänner 1998 auch erwähnt. – Ich lese Ihnen das vor:

Auch zeigte die Gruppe um Dr. Hannes Androsch Interesse an der Atomic for Sport. Es gab auch direkte Kontakte zwischen der Geschäftsführung der Atomic for Sport und Dr. Androsch zwecks Vermittlung von Geschäftsverbindungen in ehemalige Ostblockländer. – Zitatende..

Können Sie mit diesem Satz etwas anfangen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, damit kann ich nichts anfangen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Ihnen ist Dr. Androsch diesbezüglich nie aufgefallen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Dr. Androsch ist mir in Sachen Atomic nie vordergründig aufgefallen.

Mir wurde nur die Geschichte im Zusammenhang mit Sekyra damals von Herrn Rohmoser sehr intensiv erzählt; das hat er auch protokolliert. – Über Androsch habe ich da aber keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Androsch hätte nämlich da auch nicht hineingepasst. Wer das Verhältnis zwischen Androsch und Vranitzky zum damaligen Zeitpunkt kannte, weiß, dass Androsch da keine wirkliche Rolle spielen konnte.

Nun möchte ich Ihnen sinngemäß die Aussage des damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden, des Präsidenten der Arbeiterkammer Mag. Tumpel, vorhalten, der hier im Ausschuss berichtet hat, dass als Begründung des Vorstandes der BAWAG an den Aufsichtsrat, warum dieser Konkurs beantragt wurde, mitgeteilt worden sei, dass die Übertragung der Geschäftsanteile an Außenstehende ohne Zustimmung und ohne Wissen der BAWAG erfolgt sei. – Was sagen Sie zu dieser Aussage des Herrn Tumpel?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich habe hier die Korrespondenz, der zu entnehmen ist, dass die BAWAG von Beginn an von dieser Konstruktion informiert war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, die Information des Vorstandes – das wäre in diesem Fall Elsner gewesen – an den BAWAG-Aufsichtsrat war unrichtig?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Er wird nicht vollinhaltlich darüber informiert haben, dass es im Vorfeld auch schon Gespräche gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Vorstellung, was das Motiv des Herrn Elsner war – außer dass er die Kontrolle über das Unternehmen wollte? Anders vorab gefragt: Wäre die finanzierende Bank weiterhin die BAWAG gewesen, auch bei dieser Treuhandlösung?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die BAWAG wäre bei dieser Treuhandlösung weiterhin an Bord gewesen. Sie wäre auch nicht kurzfristig ersetzbar gewesen. Der hinzutretende Eigenkapitalgeber hätte nicht nur Eigenkapital bringen, sondern natürlich auch die Kredite sicherstellen müssen, genauso wie es Rohmoser mit seinen Sicherheiten gemacht hatte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt also, die BAWAG wäre in ihrer Rolle nicht geschmäler worden? (*Dipl.-Ing. Pierer: Nein!*) – Was war dann das Motiv des Herrn Elsner, die offenkundig sogar im Interesse der Bank liegende Treuhandlösung abzuwürgen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich bringe jetzt eine Interpretation: Es entstand sicherlich eine gewisse Panik, als eine unkontrollierte Situation bei einem wesentlichen Unternehmenskunden dazu führte, dass man erkannte, dass man bereits 1994 bei der

Bilanzerstellung der BAWAG manche Dinge unter Umständen anders sehen hätte sollen. – Das ist meine persönliche Interpretation dazu, denn sonst gibt es keinen Sinn, so etwas zu tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum hatte Herr Elsner Grund zur Panik?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: 1994 haben sie letztlich auch mit den Aktivitäten in der Karibik begonnen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie sehen auch dort nach wie vor einen Zusammenhang mit der Karibik?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja. Ich sehe einen Zusammenhang. Ein Fall ergibt den anderen, und irgendwann reißt die Kette. Man muss ja auch bedenken, dass das Ganze im Jahr zuvor zwar nicht über eine Zufälligkeit, aber doch über einen schnell gegebenen Kredit sozusagen von Samstag auf Sonntag ins Rollen gekommen ist. Es ist immer zu befürchten, dass sich in einem System **Risiken** ergeben, und man erkannte zu diesem Zeitpunkt, dass Atomic vielleicht ein entsprechendes Risiko ist, welches das ganze Kartenhaus schon vorher zum Einsturz hätte bringen können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das könnte eine Erklärung sein.

Noch zu einem abschließenden Thema: Sie wurden von meiner Kollegin von der Volkspartei schon zu **Schloss Höch** befragt. Sie kennen sich in dieser Gegend doch gut aus. Zu Schloss Höch gehörte auch eine Jagd. – Wissen Sie davon? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*) – Wer hat diese Jagd übernommen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das weiß ich nicht mehr. Aus diesem Bereich sind Liegenschaften, die als Sicherstellung für Kredite dienen, nach wie vor bei den Erben. Die Liegenschaft ist bei der Schipiste in Zauchensee, darauf steht ein Schi-Restaurant, diese rund 120 Hektar sind nach wie vor im Nachlass Alois Rohrmoser.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wissen, dass dort antike Möbel verschwunden sind, die in einer Bewilligung der Veräußerung despektierlich „antiquarischer Edeltrödel“ genannt wurden, weil man nicht anders erklären konnte, warum man das so billig verschleudert hat.

Haben Sie eine Vorstellung oder eine Information, wohin das genau gegangen ist? All das soll nach Italien gegangen sein.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich weiß nicht, wohin es gegangen ist. Rohrmoser hat mich nur darüber in Kenntnis gesetzt, dass das abtransportiert und irgendwo hingbracht wurde. Das war seine Information. – Nähere Informationen habe ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe vorerst keine weiteren Fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe noch einige Fragen, und zwar: Haben Sie Kenntnis davon, wie hoch der Zinssatz für die Kredite, die die BAWAG der Rohrmoser-Gruppe im Jahr 1993/94 gewährt hat, gewesen ist?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die genaue Höhe der damaligen Zinssätze weiß ich nicht, ich erinnere mich nur, dass Herr Rohrmoser, da er nur eine einzige Bankverbindung hatte, sicherlich im Vergleich zu anderen Unternehmen **höhere Zinsen** bezahlt hat. Das ist meine Wahrnehmung. – Betreffend die genauen Zahlen müsste man in die Kontoauszüge schauen, was damals verrechnet wurde.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der hier aussagende Buchhaltungschef hat gesagt, dass immer um etliche Prozent **über** Marktüblichkeit bezahlt wurde, zuletzt 12 bis 14 Prozent, ohne Fälligestellung, das muss man dazu sagen. – Ich wollte nur eine

zweite Expertise hören, was damals so üblich war beziehungsweise ob es den Tatsachen entspricht, dass die Rohrmoser-Gruppe **nicht marktübliche** Zinssätze gezahlt hat.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Damals waren 5,5 Prozent bis 6 Prozent **Prime Rate**. – Es handelt sich aber sicherlich um eine Größenordnung, die schon dem Überziehungsrahmen im persönlichen Bereich nahekommt; das ist schon ein sehr hoher Zinssatz.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es freie Liegenschaften oder irgendwelche Vermögenswerte gegeben, die in den Jahren 1993/94 auf Druck der BAWAG als Sicherheit für die Rohrmoser-Gruppe verlangt wurden? Hat es also im Überblickszeitraum, in dem Sie als Berater für Herrn Rohrmoser tätig waren, noch freie Liegenschaften gegeben, die dann vor Konkursöffnung nicht mehr freie Liegenschaften waren? Oder waren bereits alle verpfändet?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Meines Wissens hat Herr Rohrmoser im Zuge der GmbH-Umstrukturierung Teile seines privaten Vermögens – Immobilienbesitz und Beteiligungen – dort eingebracht und als Einzelunternehmer natürlich für alle Dinge gehaftet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Haftung ist das eine, das andere ist die hypothekarische Besicherung. Wenn man klagt und einen Exekutionstitel bekommt, dann kann man auch ins Grundbuch gehen. Wenn es aber **keine** hypothekarische Besicherung gibt, dann kann es sein, dass andere Gläubiger schneller sind.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Herr Rohrmoser hat mir erzählt hat, dass er ab Anfang 1994 mehrere Gespräche hier in Wien geführt hat, unter anderem auch mit Elsner. Da diese Gespräche nicht fruchtbar waren, ist irgendwann im Frühjahr 1994 die BAWAG in alle Liegenschaften hineingegangen. Ich kann mich erinnern, dass mir Herr Rohrmoser erzählt hat, dass ihn das sehr geärgert hat, weil das irrsinnig viel Geld kostet, nämlich 1 oder 1,2 Prozent Eintragungsgebühr, und bei den Summen, um die es da geht, sind das gleich ordentliche Millionen. Das weiß ich noch; das hat er mir erzählt. Das bestand bereits, als ich im Juli gekommen bin.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, alle Liegenschaften wurden im Zuge der Ausgliederung in die GmbH letztlich über weitere Interventionen zur hypothekarischen Besicherung der Firmenkredite herangezogen.

Sie haben mehrfach eine Treuhandlösung angesprochen. – Meine Frage dazu: Wer war für wen der Treuhänder?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich meine, in diesem Fall ist Kommerzialrat Alois Rohrmoser als 100-Prozent-Gesellschafter der Atomic for Sport der Treugeber. Als Treuhänder waren vier Personen vorgesehen, nämlich eine Person von der BAWAG, weiters Professor Mandl, außerdem sein damaliger privater Anwalt Dr. Maschke, und als vierte Person Rechtsanwalt Dr. Chalupsky. Drei Personen waren also namentlich bekannt, und der vierte Treuhänder sollte von der BAWAG entsandt werden. – Diese Personen hätten den Treuhandauftrag gehabt. – Ich habe eine Treuhandvereinbarung im Original mit, die ich auch den Unterlagen beilege.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wofür war diese Treuhandsache: zur Übertragung der Geschäftsanteile an wen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Der Auftrag war, einen Beteiligungspartner zu bringen, der 51 bis maximal 85 Prozent der Atomic for Sport erwerben kann, wenn er pro Prozentpunkt, den er erwirbt, 4,7 Millionen Schilling an Eigenmitteln zuführt, die

bestehenden Kredite sicherstellt und dass Alois Rohmoser für den Rahmen, den er abtritt, von den Haftungen freigestellt wird. – Das ist der Treuhandauftrag.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Dr. Gehmacher hat gesagt, dass es Ihnen gelungen ist, nach Konkurseröffnung Herrn Dkfm. Schrempf wieder „an Bord“ – das ist ein Originalzitat – „zu holen“.

Was waren die Gründe, einen Herrn Dkfm. Schrempf wieder an Bord zu holen, wenn er, wie Sie sagen, körperlich und geistig nicht mehr belastbar war und Ähnliches mehr?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wie wir gerade gehört haben, zur Hereinbringung von gewissen Vermögenswerten, und letztlich hatte er, als er in die Schweiz gefahren ist, eine Anscheinsvollmacht: Bei Herrn Schrempf, der 15 Jahre oder länger als Geschäftsführer im Unternehmen war, hat der Treuhänder draußen angenommen, dass er nach wie vor der Atomic-Geschäftsführer ist. – Für diesen Einsatzzweck hat sich Herr Schrempf also sehr gut geeignet, wie man jetzt sieht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das verstehe ich jetzt nicht ganz, denn Sie haben vor nicht allzu langer Zeit gesagt, dass dieser Konkurs in der ganzen Weltpresse auch im Hinblick auf bevorstehende Wahlen abgehandelt wurde. – Warum sollte das gerade der Schweizer Bankier nicht mitbekommen haben? Der hätte doch wissen müssen, wenn die in Konkurs gegangen sind, dass Schrempf gar nicht befugt dazu ist?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wenn er richtig handeln würde, müsste er sagen: Zeige mir, dass du autorisiert bist, das zu holen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau. Das müsste bei jedem Bankvorgang geschehen. Schrempf war ja Geschäftsführer der **GmbH** – und nicht von Rohmoser privat. Es ging dabei aber, wie es jetzt dargestellt wurde, um **private Vermögenswerte** in Form von **Markenrechten**.

Daher meine Frage: Schließen Sie aus, dass der Schweizer Bankier Teil dieses Netzwerkes war? Liegt nicht die Vermutung nahe, dass, wenn sich der Sachverhalt so darstellt, wie er jetzt zusammengestoppelt wurde, auch der Schweizer Bankier Teil des Netzwerkes sein muss?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Dazu kann ich nichts sagen. – Tatsache ist, dass Herr Schrempf bereits im Vorfeld eine sehr zweischneidige und dubiose Rolle gespielt hat. Herr Rohmoser war nicht ohne Grund misstrauisch – und wenn er in weiterer Folge diese Aktion auch noch persönlich durchführte, muss man davon ausgehen, dass Herr Schrempf sicherlich **Teil** dieser damaligen **Netzwerkstruktur** war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wissen Sie noch, welche Bank das war?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, das weiß ich nicht mehr.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben wir Unterlagen, welche Bank das war mit diesen Aktienpakete?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das war, glaube ich, in der Schweiz.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Man muss sich einmal anschauen, ob das die gleichen Schweizer Banken waren, bei denen letztlich die Depots für die Bilder der BAWAG und Flöttl und für die Karibik-Geschichte waren. Vielleicht war Schrempf nur Bote! Dem muss man sicherlich auch noch nachgehen.

Zur Bilanz 31. 3. 1994 der Atomic for Sports GmbH haben Sie kein Überblickswissen mehr. – Stimmt das? (*Dipl.-Ing. Pierer: Ja!*)

Wäre durch die Treuhandlösung neues Geld in die Firmengruppe geflossen oder hätte es lediglich mehr Rechtssicherheit oder Rechtsklarheit hinsichtlich der

Eigentümerschaft gegeben? Was wäre das Ergebnis gewesen? Wäre durch diese Lösung neues Geld in die Atomic-Gruppe geflossen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es wäre neues Eigenkapital zugeflossen. Im Treuhandvertrag ist die Eigenkapital-Zuführung von 4,7 Millionen Schilling pro Prozentpunkt elementarer Bestandteil.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie viel wären das bei 85 Prozent?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Das wären ungefähr 350 Millionen Schilling.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie hatten auch errechnet, dass man 350 Millionen Schilling Eigenkapital mehr braucht, um eine gesicherte langfristige Prognose zu haben.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ein Unternehmen in dieser Größenordnung sollte zumindest 20 bis 25 Prozent Eigenkapitalquote haben, sodass es auch in die Lage ist, bei den Bankfinanzierungen unabhängiger und flexibler zu sein, und 350 Millionen Schilling waren der auf Grund der damaligen Situation ermittelte Betrag.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dieser Betrag dürfte stimmen, denn das ist exakt der Betrag, der letztlich von der AMA-Gruppe in Zusammenarbeit mit der BAWAG zugeführt wurde, nämlich Rückkauf von 10 Prozent, also 100 Millionen Schilling, durch die BAWAG, also neues Geld hinein, und 250 Millionen Schilling Darlehen. Das ist zwar kein Eigenkapital, sind aber doch flüssige Mittel. Es ist dies langfristig mit nur 4 Prozent Zinsen auf die Kreditsumme, und das an ein Unternehmen, das – man beachte! – kein österreichisches mehr ist. Vor Fälligkeit betrugen die Zinsen für Atomic 14 Prozent, ein paar Monate später für den neuen Käufer nur 4 Prozent, und zwar ohne Kapitaltilgung. So hat es uns Herr Dr. Gehmacher gesagt.

Mit einem 4-prozentigen Kreditzinssatz, ohne über einen langen Zeitraum die Tilgungsrate zahlen zu müssen, hätte Herr Rohmoser mit seiner Gruppe wahrscheinlich auch wunderbar leben können!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Pierer, Sie haben sicherlich im Zuge der **österreichischen Schi-Lösung** auch eine Unternehmensbewertung der Atomic inklusive der Markenrechte vorgenommen. – Auf welchen Betrag sind Sie da gekommen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Sie meinen jetzt eine Unternehmensbewertung? (*Abg. Bucher: Ja!*) – Wir haben die Bewertung anhand der Größenordnungen gebracht. Die Ergebnissituation, muss ich offen sagen, war 1994 bei den anderen beiden Teilnehmern ähnlich. Es war eine Verlustsituation nach einem schweren Winter. Von der Größenordnung her war **Atomic** in etwa doppelt so groß wie **Head** damals; **Blizzard** war der kleinste Spieler. Wir hatten damals eher auf dieser Größenordnung die Gewichte verteilt. Also, Sie können nicht sagen, an sich sind es ... – Im Verhältnis der Größenordnung können Sie das ungefähr ansetzen.

Von der Größenordnung her würde ich einmal sagen, dass man hier 0,8 mal den Umsatz ansetzen kann, so ungefähr 1 Milliarde – in dem Fall, aber auch wie es liegt und steht, also auch mit den letztlich im Unternehmen befindlichen Verpflichtungen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und auch einkalkuliert, dass das Unternehmen seit 1988 immer Verluste gemacht hat?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nicht immer seit 1988. Das ist nämlich genau der Punkt: Es hat Jahre gegeben, wo es sehr wohl **positiv** war. Dass das Jahr 1993 auf 1994 sicher ein Verlustjahr war, aber da hat er sich in dieser Situation nicht unterschieden zu den anderen beiden Teilnehmern. Das kann ich Ihnen sagen, die Ergebnisse kannte ich.

Herr Rohrmoser hatte den strategischen Vorteil, dass er die Fertigung bereits auf die neue Schalen-Schi-Technologie umgestellt hatte, und er wäre der Kern dieser österreichischen Schi-Lösung gewesen. Die anderen hätten also die Fertigungen zurückgefahren und man hätte Atomic in Altenmarkt als **Kern-Produktionsstandort** verwendet. (*Zwischenruf der Abg. Mikesch.*) – Für die restlichen, ja.

Das Thema ist natürlich: Damals haben massiv die Franzosen angegriffen; **Salomon** hat einen Mordsaufschwung gemacht – und die Österreicher sind sozusagen an der Wand gestanden. Letztendlich hat man ja gesehen: Es ist ja jedem gleich gegangen, auch **Head**, die ja dann über zwei Umwege an den Ausländer **Eliasch** gegangen ist, wo auch die **Austria Tabak ordentlich** einbezahlt hat, letzten Endes aber auch der Staat.

Das wäre **die Chance** gewesen, die neueste Fertigungstechnologie als Kernstandort zu nehmen, die Marken zu behalten. Jeder könnte den Vertrieb und Marketing selber machen – und so hätte man sicher gegen die großen Franzosen gegenhalten können.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Also waren die Markenrechte nicht in der Bewertung von 1 Milliarde Schilling drinnen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Die waren da mit drin, aber auch die Schulden natürlich, ist ja klar.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Okay, gut. Das hält sich ohnehin zirka die Waage.

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Also, die Unternehmung, wie sie dasteht. Wenn ich sage, geben Sie mir nur die Markenrechte, dann sage ich: Haben Sie keine Verpflichtungen zu Banken, Sie haben keine Lieferantenverpflichtungen, gar nichts! Also das ist eine andere Situation. Aber bei dieser österreichischen Schi-Lösung hatten wir Blizzard, Head, Atomic in den unterschiedlichen Größenordnungen; aus diesen wollte man einen **gemeinsamen Fertigungsstandort** machen und die einzelnen Unternehmungen hätten dann letztendlich ihre Marken beibehalten und den Vertrieb selbst weitergeführt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben anklingen lassen, dass Sie auch Herrn Rohrmoser beraten haben. Er wird Ihnen auch gesagt haben, wie hoch sein Privatvermögen in etwa ist. Haben Sie sich auch ein Bild über den Wert seines Privatvermögens gemacht, wie hoch das in etwa anzusetzen war?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Zu diesem Zeitpunkt haben wir uns auch sicher darüber unterhalten, weil das letztendlich die Reserve und das Besicherungsvermögen ist, aber das waren sicher Größenordnungen, mit Sicherheit 250, 300 Millionen Schilling, die er in Liegenschaften im privaten Bereich gehabt hat.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wissen Sie eigentlich – ich meine, wir haben jetzt geredet über die Technologieentwicklung im Unternehmen –, was da – ich weiß nicht, in welchem Zeitrahmen investiert wurde – in diese Technologie investiert wurde, welche Investitionshöhe man da für diese Umstellung im Unternehmen hatte?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ich kann jetzt keine genauen ... – Es waren aber sicherlich mehr als 100 Millionen Schilling, die in diese ... – Es war eine komplett neue Fertigungstechnologie, die des Schalen-Schis. Da hat Herr Rohrmoser wirklich voll umgestellt; das ist im Geschäftsjahr 1993 auf 1994 geschehen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Also im letzten Jahr praktisch?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Im letzten Jahr, ja.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Im letzten Jahr vor Konkurs ist dieses ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es sind zwei Dinge zusammengekommen: einerseits die technologische Umstellung, verbunden mit einem milden Winter – nicht so mild wie heuer, aber es war auch ein schlechter Winter –, und dann kommt beides zusammen, und dann wird natürlich die „Luft“ sicher dünn. Aber diese Erfahrung hatten die anderen Österreicher genauso in dieser Situation damals.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Für mich stellt sich das so dar, dass ich sage, es haben ja wahrscheinlich alle Ski-Produzenten in diesem Winter gekämpft, es war ja für niemanden einfach. War das eigentlich auch eine Grundlage bei den Besprechungen im Bundeskanzleramt, dass Sie da gesagt haben, das wäre eigentlich eine Lösung für die gesamte Ski-Industrie in Österreich und damit ja nicht nur für die Sicherung der Arbeitsplätze bei Atomic, sondern ebenfalls auch bei den anderen, wenn wir es schaffen, diese Technologie in einem Werk durchzuführen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, das war damals mein Ansatz oder mein volkswirtschaftlicher Zugang. Das wäre die **letzte Chance** gewesen, eine österreichische Ski-Lösung zu machen. Einerseits ist der Winter schlecht gewesen, die einzelnen Unternehmer waren bereit und mussten auch Gespräche führen, es war auch Herr Rohmoser da sehr offen. Das wäre also die letzte Chance gewesen. So habe ich versucht, das zu kommunizieren gegenüber dem Bundeskanzleramt, auch gegenüber den anderen öffentlichen Bereichen. – Leider ist es nicht dazu gekommen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Also wirklich ein umfangreiches Werk für die gesamte Ski-Industrie in Österreich?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Wer nicht dabei gewesen ist zu diesem Zeitpunkt, wäre **Fischer** gewesen in Ried.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Fischer hätte sich herausgenommen?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Der war an diesem Ball nicht dabei. Ein kleiner Österreicher war noch dabei, das war die Firma **Hagan**, auch aus Oberösterreich, ein kleiner Hersteller; der wäre da auch mit dabei gewesen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wissen Sie noch, wie viele Schier in dieser letzten Produktionsphase produziert wurden – in diesem Produktionsjahr, so muss man es ja sehen, von Jänner bis September?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Na ja, Atomic hat – die Unterlagen habe ich irgendwo noch bei mir – rund 800 000 Paar Ski oder 850 000 Paar Ski damals gefertigt. Dividieren wir es durch Monate, dann wissen wir ungefähr, was da herauskommt! Davon haben sie, glaube ich, 70 000, 80 000 gefertigt noch bei **Dynamic**, in einer französischen Fertigungsstätte. Also gut 800 000 Paar Ski wurden am Standort **Altenmarkt** gefertigt. Also das sind sicher im Monat – wenn ich sage, Betriebsurlaub weg und sonst was – 70 000, 80 000 Paar.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ist das auch das, was praktisch im September auf Lager gelegen ist?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ja, das ist das große Problem der Ski-Industrie: Man produziert von Jänner weg, oder Februar, wenn die Modell-Kollektion umgestellt wird, aufs Risiko für den nächsten Winter – leider ohne zu wissen, ob sozusagen der „Rohstoff“ kommt. Das ist sicher ein ganz gefährliches Thema. Je nach Einschätzung des Winters hat man vorproduziert. Sie haben dann Hunderttausende Paar Ski auf Lager, die Sie zwar teilweise schon in die einzelnen Märkte distribuieren, aber

letztendlich die Quittung haben Sie noch nicht bekommen, ob es durchverkauft ist und ob letztendlich der Winter gut wird.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir können davon ausgehen, dass im September ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Anfang September ist jener Punkt, wo am meisten anproduziert ist, wo die höchsten Warenbestände sind, wo natürlich auch die höchste Liquiditätsausnutzung im Unternehmen ist – aber der Umsatz fängt erst an.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir können davon ausgehen, dass im September rund 800 000 Paar Ski, neu produzierte Ski im Werk der Firma Atomic gelegen sind, in den Standorten?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Nein, ich sage jetzt, 800 000 werden es nicht sein, aber etliche Hunderttausend Paar Ski werden zu dem Zeitpunkt da sein.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Heute in der Früh hat es ein Interview vom Herrn Masseverwalter Vavrovsky gegeben, in dem er auch darauf hinweist, dass Herr Kommerzialrat Rohrmoser in den letzten drei Jahren – also in der Zeit, als es schon Verluste im Unternehmen gegeben hat – sehr **hohe Privatentnahmen** getätigt habe. – Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen dazu oder wissen Sie irgendetwas von Herrn Kommerzialrat Rohrmoser?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Dazu kann ich wenig dazu sagen. Wenn ich sage, wenn es davor eine Einzelfirma ist und Herr Rohrmoser mit der Einzelfirma eine Liegenschaft kauft, die ja letztendlich auch der Sicherheit des Unternehmens dient – ist das dann sozusagen Privatvermögen oder nicht; das muss man jetzt diskutieren. Die Lebensweise des Herrn Rohrmoser war eine, die man als Unternehmer nur bewundern kann, denn Herr Rohrmoser hat **das Minimalste** für **sich** beansprucht und mehr oder weniger aus seinem Unternehmen – obwohl er Tag und Nacht gearbeitet hat – nichts entnommen hat, soweit ich ihn kennengelernt habe. Herr Rohrmoser hat sicher Grundstücksgeschäfte gemacht, wo er dazu natürlich seine Einzelfirma verwendet hat, aber diese Grundstücke sind ja letztendlich auch in der Verwertung dann zur Verfügung gestanden.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Die schlussendlich ja im Grunde genommen als Firmenvermögen ...

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Ist ja dann Firmenvermögen, ja. Natürlich wird das dann gebucht auf Entnahme, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese Aktien, die aus der Schweiz beziehungsweise bei verschiedenen Depositaren geholt wurden: Ich möchte dem Ausschuss nur zur Kenntnis bringen, dass das **verschiedene Positionen** sind. Insgesamt sind es im Übergabevertrag an die Firma **Amer** elf Positionen.

Ich bringe nur zwei zur Kenntnis: etwa 30 000 Aktien à Nominale Franken 100, oder 149 351 Aktien zum Nominale von französischen Francs 250, sind 37 837 750 Francs; wurden alle zusammen mit allen Aktien, die sonst noch drinnen sind, pauschal verkauft an die Firma **Amer** um 35 818 081 Schilling. Daran sieht man, was an **stillen Reserven** allein bei diesem Aktiendeal über die Bühne gegangen ist. Das heißt, der Verdacht, dass da stille Reserven durch Nebenabreden lukriert wurden, ist **mehr als begründet**.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe eine letzte Frage, da wir auch die politische Verantwortung mit untersuchen. Ist der damalige **Wirtschaftsminister** je damit befasst worden?

Dipl.-Ing. Stefan Pierer: Es ist die Wirtschaftskammerseite sehr stark involviert gewesen in dieser Schi-Lösungs-Diskussion, muss man dazusagen. Und auf Grund der Brisanz – da ist es natürlich um das „Eingemachte“ gegangen, um die österreichischen Schi-Unternehmen – sind wir damals zum Bundeskanzler gegangen, muss ich dazusagen, und haben versucht, sozusagen den obersten in der Bundesregierung in diese Sache zu involvieren, um die Wichtigkeit herauszustreichen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn es um die BAWAG geht, verstehe ich, dass man zum roten Kanzler geht – und nicht zum schwarzen Vizekanzler. Das muss ich schon sagen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Da keine Fragewünsche mehr bestehen, dankt der Obmann bei der Auskunftsperson für ihr Kommen und bittet diese darum, die erwähnten Unterlagen zum Kopieren zur Verfügung stellen und der Parlamentsdirektion zu übergeben.

(*Die Auskunftsperson Dipl.-Ing. Pierer verlässt den Sitzungssaal.*)

15.42

Obmann Mag. Dr. Martin Graf unterbricht – zwecks Abhaltung einer Fraktionsführerbesprechung – die Sitzung.

(*Die Sitzung wird um 15.43 Uhr unterbrochen und um 16.09 Uhr wieder aufgenommen.*)

16.09

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 16.09 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, teilt mit, dass man – aus mehreren Überlegungen – übereingekommen sei, Herrn Dr. Sieber heute nicht mehr zu befragen, und ersucht die Parlamentsdirektion, Herrn Dr. Sieber telefonisch davon in Kenntnis zu setzen, dass seine Befragung zu einem anderen Termin, von dem man ihn rechtzeitig verständigen werde, stattfinden werde.

16.10

Obmann Mag. Dr. Martin Graf ersucht sodann darum, als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky** in den Saal zu bitten.

(*Die Auskunftsperson Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.*)

Der Obmann begrüßt Herrn **Dr. Vavrovsky** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an seine Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzliche falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Mein Name: Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky; Rechtsanwalt; geboren am 5.6.1946; wohnhaft in 5020 Salzburg.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf erinnert Herrn Dr. Vavrovsky an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und fragt ihn, ob einer dieser Gründe bei ihm vorliege. (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Der Obmann weist Herrn Dr. Vavrovsky auf die Möglichkeit hin, vor Eingang in die Befragung eine zusammenhängende Erklärung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen abzugeben, fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen wolle, was Dr. Vavrovsky **bejaht**.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Meine Damen und Herren Abgeordneten! Aus der Formulierung des Punktes 18 des Untersuchungsgegenstandes dieses Ausschusses – ich zitiere –: „Aufklärung der politischen und rechtlichen Verantwortung für den Konkurs des Atomic-Konzerns und der Gestion der De-facto-Alleingläubigerin BAWAG“, Ende des Zitats, sowie aus den Medienmitteilungen der letzten Zeit ergeben sich für mich als ehemaligen Masseverwalter im Konkurs über das Vermögen der Firma Atomic for Sport GmbH nach meinem Ermessen nachstehende Aussagegegenstände, auf die ich vor Eingang in die Befragung in einer zusammenhängenden Erklärung eingehen möchte:

Erstens: Wie kam es zur Konkursöffnung, und war diese begründet?

Faktum ist, dass die BAWAG kurze Zeit vor Konkursöffnung die Kredite fällig gestellt hat, kaum mehr Zahlungen zulasten der Konten der Atomic for Sport GmbH durchführte und die Atomic for Sport GmbH keine Möglichkeit hatte, durch neue Kreditlinien bei anderen Banken oder frisches Geld den laufenden Mittelbedarf abzudecken. (*Abg. Dr. Stummvoll: Zur Geschäftsordnung!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Stummvoll, ich nehme an, Sie wollen die schriftliche Verlesung beanstanden?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Wenn hier ein Schriftsatz verlesen wird, Herr Vorsitzender, wäre es eigentlich gut gewesen, wenn wir den vorher bekommen hätten. Denn: Nur einen Schriftsatz zu verlesen, ist nicht das, was wir uns als kurze Einführung in die Materie vorstellen.

Daher ist die Frage, Herr Doktor: Können Sie das ein bisschen abkürzen? Können Sie uns frei ein bisschen etwas sagen? – Oder wie lange lesen Sie uns jetzt etwas vor?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter Dr. Stummvoll! Ich wurde erstens nicht eingeladen, eine schriftliche Zusammenfassung vorzulegen, ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das hat bis jetzt noch niemand gemacht!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich ausreden? – Das hätte ich gerne getan, wenn ich dazu aufgefordert worden wäre. Es geht in diesem Punkt, und insbesondere auch durch die Behandlung in diesem Ausschuss, die ich ja medial jetzt mitverfolge, doch um viele Details, die ich klarstellen möchte. Ich werde daher schon einige Zeit dafür brauchen. Ich rechne, dass das so 20 bis 25 Minuten sein werden.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Vorsitzender, wir haben hier Auskunftspersonen geladen, die uns Auskunft geben über Fragen, die wir stellen. Ich bin sehr dafür – das erlaubt ja auch die Geschäftsordnung –, dass hier kurz ein Überblick gegeben wird, der nicht sein muss, aber der vielleicht in vielen Fällen zweckmäßig ist. Aber hier seitenlang etwas vorzulesen, das ist, glaube ich, nicht im

Sinne der Geschäftsordnung, und ich würde daher sehr darum bitten, dass wir sagen: Okay, Dr. Vavrovsky hat so wie alle anderen Auskunftspersonen die Möglichkeit, hier ungefähr 10 Minuten lang ein Statement abzugeben, und dann auf unsere Fragen zu antworten – und nicht Fragen zu beantworten, die wir vielleicht gar nicht stellen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich verweise auf die Geschäftsordnung, auf die Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse, dass wir auf Verlangen der Auskunftsperson dies **nicht** verwehren können; es wird in der Auslegung auf § 167 StPO verwiesen. Wir können nur darauf drängen, dass **zeitökonomisch** vorgegangen wird – und das tun wir hiermit.

Aber die Verlesung von Unterlagen ist **nicht zulässig**. – Es ist kein Problem, wenn zur Zitierung Passagen aus Originaltexten vorgelesen werden, aber dass hier jetzt quasi, wie Sie das auch genannt haben, ein Schriftsatz oder eine Stellungnahme verlesen wird, ist nicht zulässig.

Was zulässig ist, ist, dass Sie uns Ihre Stellungnahme schriftlich hier lassen und diese dann Bestandteil des Amtlichen Protokolls ist. Das wäre, glaube ich, ein gangbarer Kompromiss. – Herr Verfahrensanwalt, was sagen Sie?

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Ich schließe nicht aus, dass die Auskunftsperson, Herr Dr. Vavrovsky, das, was er schriftlich niedergelegt hat, selbst verfasst hat und daher sicher auch kürzer fassen kann – zusätzlich zur Möglichkeit, das schriftlich abzugeben. Ich glaube, das ist wohl kein Problem für einen Juristen, für Herrn Dr. Vavrovsky, das jetzt zu kürzen. Es kommt sicher im Zuge der Befragung vieles vor, was man dann wieder vortragen kann. – Ich glaube, Sie schaffen das ohne Weiteres.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Kein Problem.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht können wir den Kompromiss machen, dass Sie 10 bis maximal 15 Minuten dazu benötigen. – Und jetzt starten wir.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Vorsitzender, darf ich Ihnen dann dieses Papier zum Protokoll geben. *(Die Auskunftsperson übergibt dem Obmann die erwähnte Unterlage. – Der Obmann ersucht die Parlamentsdirektion, Kopien für alle Mitglieder des Ausschusses anzufertigen.)* – Ich werde mich bemühen, diese 10 bis 15 Minuten einzuhalten.

Ich komme zurück zur Frage: Wie kam es zur Konkurseröffnung? – Es gab keine neuen Kreditmöglichkeiten, die Kredite der BAWAG waren fällig gestellt, es wurden keine Zahlungen mehr durchgeführt, das Unternehmen war zahlungsunfähig. Es wurden die Gebietskrankenkassenbeiträge zum Beispiel nicht mehr bezahlt. Rechtlich reicht die Zahlungsunfähigkeit für eine Konkurseröffnung aus.

Zur Fälligkeit der Kredite kam es, weil – und das habe ich nachträglich in meiner Funktion als Masseverwalter festgestellt – die BAWAG Forderungen an den Kommerzialrat Rohmoser gestellt hat, betreffend die wirtschaftliche Gestion der Atomic for Sport GmbH, die Kommerzialrat Rohmoser nicht erfüllt hat.

Bereits mit Schreiben vom 4.5.1994, also zirka ein halbes Jahr vor Konkurseröffnung, empfahl Dr. Liebscher – er war jahrelang oder jahrzehntelang Rechtsberater des Kommerzialrates Rohmoser und der Firma Atomic – seinem Mandanten, das unverbindlich gestellte Anbot der BAWAG auf Übernahme der Geschäftsanteile um **einen** Schilling gegen vollständige Haftfreistellung des Kommerzialrates Rohmoser einschließlich seines Privatvermögens im Wert von 400 bis 500 Millionen Schilling anzunehmen. Herr Kommerzialrat Rohmoser hat dieses Anbot nicht angenommen,

obwohl Dr. Liebscher in diesem Schreiben mitteilte, dass es dann durchaus möglich wäre, dass die BAWAG die Kredite fällig stellt.

In einer Besprechung in der BAWAG am 2.9.1994, also zwei Wochen vor Konkurseröffnung, bot die BAWAG dem Herrn Kommerzialrat Rohrmoser an, seine Geschäftsanteile um einen Schilling zu übernehmen, seine Frau, seine Töchter und ihn selbst aus der persönlichen Haftung zu entlassen und sein gesamtes Vermögen freizustellen, allerdings mit der Auflage, dass das negative Eigenkapital laut damals bereits vorliegendem Entwurf der Bilanz zum 31.3.1994 nicht um weitere 60 Millionen auf 158,7 Millionen ausgedehnt wird. Der Entwurf dieser Bilanz wies nämlich bereits ein negatives Eigenkapital von 98,7 Millionen aus.

Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat auch dieses Angebot in Kenntnis der Überschuldung abgelehnt, ohne seinerseits eine Fortbestandsprognose in Auftrag zu geben, ohne seinerseits für neues Kapital zu sorgen oder seinerseits einen Ausgleichs- oder Konkurseröffnungsantrag zu stellen.

Stattdessen hat Herr Kommerzialrat Rohrmoser zunächst ohne Wissen und dann gegen den Willen der BAWAG mit Treuhandauftrag vom 7.9.1994 und Abtretungsangebot vom gleichen Tage 85 Prozent seiner 100 Prozent Anteile an der Atomic for Sport GmbH um einen Schilling an ein dem Herrn Dipl.-Ing. Pierer nahestehendes Konsortium, bestehend aus Universitätsprofessor Dr. Mandl, Dr. Bertram Maschke und Dr. Ernst Chalupsky, zur Abtretung angeboten und gleichzeitig erklärt, dass dieses Angebot dann angenommen werden kann, wenn er selbst aus den persönlichen Haftungen freigestellt wird, wenn sein Vermögen, sein Privatvermögen freigestellt wird und wenn pro Prozentanteil 4,7 Millionen Schilling als Eigenkapital zur Verfügung gestellt werden.

Kommerzialrat Rohrmoser hat auch dieses Angebot abgelehnt, und ... – Nein, Entschuldigung: Die BAWAG hat dieses Angebot abgelehnt, und die BAWAG hat sich offensichtlich durch dieses Angebot düpiert gefühlt, weil der Kommerzialrat Rohrmoser anlässlich der Einbringung seines Unternehmens in die Atomic for Sport GmbH schriftlich gegenüber der BAWAG erklärt hat, dass er die Geschäftsanteile als Sicherheit für die Kredite verpfänden wird. – So weit zur Zahlungsunfähigkeit.

Die zweite Frage, die sich in diesem Zusammenhang ergibt: War Atomic for Sport zu diesem Zeitpunkt überschuldet?

Die letzten sechs Bilanzen ab dem Geschäftsjahr 1988/1989 bis einschließlich 1993/1994 endeten je mit einem Verlust. In diesen sechs Jahren hat Atomic for Sport beziehungsweise die Einzelfirma als Vorgängerin niemals Gewinne gemacht. Die Verluste stiegen von 2,2 Millionen über 11,5 Millionen auf letztlich, zum 31.3.1994, 309 Millionen Schilling im Jahr. Der konsolidierte Verlust zum 31.3.1994 laut Entwurf der Konzernbilanz betrug 431,1 Millionen Schilling. Das negative Eigenkapital betrug – das sagte ich schon – 98,7 Millionen Schilling, obwohl im Jahre davor die bis dahin nicht bewerteten gewerblichen Schutzrechte, also Marken und Patente, nunmehr als Aktiva mit 348 Millionen Schilling eingesetzt waren.

Kommerzialrat Rohrmoser – und das werde ich, wenn ich befragt werde, gerne nachweisen – war diese Überschuldung auch bewusst. Er hat sie selbst in der Korrespondenz mit der BAWAG mehrfach angeführt.

Damit ist auch die Überschuldung gegeben. Diese Überschuldung war dem Herrn Kommerzialrat Rohrmoser bekannt. Er hätte dann jene Schritte setzen müssen, die das Gesetz in einem solchen Fall für den Geschäftsführer einer GmbH vorsieht. – Er hat das nicht getan.

Kommerzialrat Rohrmoser – das sei am Rande erwähnt – hat über die Verluste hinaus durch Privatentnahmen die Wirtschaftskraft des Unternehmens in den letzten drei Jahren vor Konkurseröffnung beträchtlich geschädigt. So betrug diese Privatentnahmen im Geschäftsjahr 1992/93 alleine 64 Millionen Schilling, in den letzten drei Jahren über 100 Millionen Schilling.

Dazu war knapp vor Konkurseröffnung auch das betriebswirtschaftlich höchst relevante, aber nicht in Zahlen fassbare Umfeld desaströs. Die einzigen beiden Geschäftsführer des Unternehmens, Kommerzialrat Rohrmoser und Ewald Schrempf, haben die Geschäftsführung zurückgelegt. Der vom Alleingesellschafter bestellte Ing. Wittmann saß in Koflach und stand in den Betriebsarten für Atomic for Sport nicht zur Verfügung. Der Leiter der Finanzabteilung hat das Unternehmen bereits im Frühsommer 1994 verlassen und wurde nicht ersetzt. Der Leiter der Marketing-Abteilung hat gekündigt und seine Kündigungszeit im Krankenstand verbracht, und der Leiter des höchst wichtigen Marktes Japan desgleichen.

Schließlich hat sich die Überschuldung des Unternehmens auch retrospektiv – das ist nicht entscheidend, das ist mir schon bewusst – durch die von mir in Auftrag gegebene Statusberechnung durch die KPMG Alpentreuhand bestätigt. Unter der Annahme der Betriebsfortführung, also going concern, betrug die Überschuldung im Zeitpunkt der Konkurseröffnung 717 Millionen Schilling, unter der Annahme von Zerschlagungswerten 947 Millionen Schilling.

Offensichtlich in Kenntnis dieser Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung hat auch für das Unternehmen niemand gegen den Konkurseröffnungsbeschluss rekuriert.

Zweiter Themenbereich: Wurden die Vermögenswerte der Gemeinschuldnerin durch die Masseverwaltung bestmöglich verwertet? Und wie kam es zur bekannt hohen Befriedigungsquote?

Es war von vornherein für mich klar und offensichtlich auch für die BAWAG nachvollziehbar, dass ein werthaltiger Verkauf des Unternehmens nur ohne Betriebsschließung und bei Fortführung des Unternehmens möglich ist. Der von mir errechnete Mittelbedarf dafür – durch den Aufbau des Kreditbedarfes, der dann zur Gänze wieder abgebaut wurde – war maximal 175 Millionen Schilling. Dieser Betrag wurde durch die BAWAG kreditiert und durch den Masseverwalter zur Gänze zurückbezahlt.

Nach dem damals in Gültigkeit bestehenden § 25 KO konnte das Unternehmen nur für die Dauer von drei Monaten sicher fortgesetzt werden, weil dann, nach diesen drei Monaten, die Dienstnehmer ein Austrittsrecht hatten und Beendigungsansprüche der Dienstnehmer – und das waren immerhin über 700 – Masseforderungen geworden wären und derartige Masseforderungen durch den Fortbetrieb niemals hätten bezahlt werden können.

Es war daher für mich klar, dass sehr schnell eine Sanierung – da sie nicht aus eigener Kraft vor sich gehen konnte – durch das durchaus anerkannte Sanierungsinstrument der eigentumswechselnden Sanierung erzielt werden sollte. Ich habe daher einen völlig offenen und geordneten Verkaufsprozess vorbereitet, einen Data Room eingerichtet, um Angebote vergleichbar zu machen, umfangreiche Kaufverträge in englischer und deutscher Sprache verfasst und jeden, der sich irgendwie gemeldet hat – dieser Konkurs hatte ja Weltbekanntheit, eine Werbung musste dafür also nicht gemacht werden –, eingeladen, eine Due Diligence vor Ort zu machen. Dieses ist auch geschehen.

Dabei hat auch Arthur Andersen Überprüfungshandlungen durchgeführt, und dabei habe ich das erste Mal festgestellt, dass **Arthur Andersen** für **Scott** im Unternehmen

prüft und dass Arthur Andersen für Scott mit BAWAG bereits vor Konkurseröffnung in Kontakt stand.

Die Firma **Amer Ltd.** hat sich erst Ende September, Anfang November über ein M & A-Unternehmen in Wien an mich gewandt, hat eine Vertraulichkeitserklärung unterschrieben und hat eine Due Diligence im Data Room durchgeführt. Auch andere Interessenten – es ist nicht notwendig, diese namentlich zu nennen – haben geprüft und haben erklärt, ein Anbot zu stellen, wobei ich verlangt habe – von allen Interessenten gleich –, dass diese Angebote bis spätestens 7. November 1994 bei mir einzulangen haben.

Am 4. November 1994 gab es ein Doppelanbot der Tiroler-Bergbahnen-Gruppe, also der Gletscherbahnen-Gruppe zusammen mit der HTM Sport- und Freizeitgeräte AG, dergestalt, dass die Gletscherbahnen vorwiegend die Liegenschaften und die HTM vorwiegend die Schiproduktion angeboten haben. Das Anbot war nur gemeinsam zu verstehen, der gemeinsame Preis war 438,5 Millionen Schilling, wobei diese Gruppe zusätzlich verlangte, dass die BAWAG für die überschuldeten ausländischen Tochtergesellschaften eine Bilanzgarantie in Höhe von 30 Prozent ihrer Bilanzsumme abgeben sollte. – Ein Satz noch dazu: Herr Kommerzialrat Rohrmoser war für die Tiroler-Gletscherbahnen-Gruppe als Konsulent an Bord.

Am 7. 11. 1994, drei Tage später, ist von Amer ein Anbot über 800 Millionen Schilling eingelangt. Alle anderen Angebote, die kamen, waren unter den genannten 438,5 Millionen Schilling von HTM und der Tiroler-Gletscherbahn-Gruppe.

Für mich war nachvollziehbar, dass Amer ein weitaus bestes Angebot gelegt hatte, weil ich im Zuge der Due-Diligence-Arbeiten festgestellt habe, dass Amer seine Tabak-Aktivitäten in Finnland verkauft hatte, sodass große Liquidität bestand, bereits ein Sommersport-Vollsortiment in der Erzeugung hatte und dazu ein Komplettanbot für Wintersport gesucht hat. Sie hatten vorher schon mit Blizzard verhandelt; diese Verhandlungen sind gescheitert, weil Blizzard kein Komplettanbieter war.

Auf Grund dieser Riesen-Differenz, die das Doppelte – und durch diese geforderte Bilanzgarantie eigentlich mehr als das Doppelte – war, wurden in der Folge die Verhandlungen nur mehr mit Amer weitergeführt. In mehrtägigen Verhandlungen ist es zwischen 9. 11. und 14. 11. gelungen, das Anbot auf 900 Millionen Schilling zu erhöhen.

Schließlich ist es in Parallelverhandlungen, an denen ich nicht beteiligt war, der BAWAG gelungen, die nicht mehr werthaltigen, aber anfechtungssicher zedierten Forderungen der Gemeinschuldnerin gegen die ausländischen Subsidiaries in Höhe von zirka 430 Millionen um 350 Millionen zu verkaufen, also auszulösen, wobei allerdings Amer verlangt hat, dass diese 350 Millionen im Unternehmen bleiben müssen.

Sie blieben so im Unternehmen, dass sich die BAWAG mit 10 Prozent an dem neuen Unternehmen Atomic Austria GmbH beteiligt hat, wobei der Kaufpreis für diese 10 Millionen in Form einer Kapitalerhöhung 45 Millionen Schilling betrug, ein Agio von 55 Millionen geleistet wurde und der Restbetrag von 250 Millionen als rückzahlbares Darlehen gewährt wurde.

Daher ist die Fiktion, die man immer wieder hört – wie kann ein Unternehmen so billig verkauft werden, wenn doch 10 Prozent 350 Millionen sind?, dann müssen ja 100 Prozent gleich 3,5 Milliarden sein! –, einfach nicht aufrechtzuerhalten. Das war allen, die diese Behauptungen in den Raum stellen, auch seit vielen Jahren bekannt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf (das Glockenzeichen gebend): Wir sind jetzt in der 18. Minute. – Bitte, zum Schlusssatz zu kommen!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Gut. – Die nicht an Amer verkauften Vermögensgegenstände wurden durch mich ebenfalls in offenen Verwertungsverfahren teils freihändig – allerdings nach entsprechenden Schätzungen, nach entsprechenden Einladungen in den Zeitungen zur Anbotlegung –, teils kridamäßig verwertet. Gruppen des Kommerzialrat Rohrmoser, Gesellschaften, die ihm nahe stehen, haben sich an diesen Verwertungsverfahren teilweise beteiligt, kamen aber nicht zum Zug, weil sie nicht Bestbieter waren. Deshalb ist es zu dieser 73,82-prozentigen Quote gekommen.

Ausschließlich die Investkredit und die BAWAG, die persönliche Haftungen des Herrn Kommerzialrat Rohrmoser haben, haben neben dieser 73,82-prozentigen Quote die Zwangsausgleichsquote von 20 Prozent aus dem Zwangsausgleich des Herrn Kommerzialrat Rohrmoser persönlich erhalten, und daher eine 93,82-prozentige Quote. – Herr Vorsitzender, danke.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir kommen nunmehr zur Fragerunde. Herr Kollege Gartlehner hat das Wort. – Bitte.

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Herr Dr. Vavrovsky! Nach den bisherigen Befragungen und Informationen gab es von Anbeginn an zwischen dem Konkursrichter, den Masseverwaltern und möglicherweise auch dem BAWAG-Rechtsanwalt sozusagen freundschaftliche Bande und eine freundschaftliche Connection, die – so wird jedenfalls unterstellt – zu einem besonders beschleunigten Verfahren geführt hat, die, ich würde einmal sagen, zu einem sehr flotten Verfahren geführt hat, welches sozusagen untypisch schnell über die Bühne gegangen sei.

Was sagen Sie zu diesen letztendlich schweren Vorwürfen? – Das würde mich interessieren.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, mir waren damals freundschaftliche Beziehungen zwischen Dr. Sieber und Dr. Gehmacher **nicht** bekannt. Ich habe die Mittelschule nicht in Salzburg, sondern in Wien absolviert. Ich habe, anders als die beiden Herren, in Salzburg studiert.

Ich kannte beide Herren, Herrn Dr. Sieber als jungen Richteramtsanwärter und dann Richter aus Salzburg. Ich war Rechtsanwaltsanwärter und dann Anwalt in Salzburg. Dr. Gehmacher war nur kurz Rechtsanwaltsanwärter und Rechtsanwalt in Salzburg und ist dann nach Wien gegangen.

Nachträglich habe ich erfahren, dass sie gemeinsam bei den Pfadfindern waren. Ich habe bei der Konkurseröffnung festgestellt, dass sie noch nicht per Du waren. Sie waren aber dann bald per Du, und sie sind im Rahmen dieses Verfahrens erkennbar befreundet.

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Das im Herbst 1994 eröffnete Konkursverfahren wurde im März 2006 letztendlich mit einer sehr hohen Konkursquote abgeschlossen, in Summe, glaube ich, 93,5 Prozent.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: 73,8 Prozent.

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Der Firmenkonkurs selbst erbrachte 73,5 Prozent; es waren dann, glaube ich, zirka 20 Prozent aus dem Zwangsausgleich der Privatperson dabei.

Ist es eigentlich üblich, dass man die Privatpersonen auch noch so – um das volkstümlich zu formulieren – „in die Mangel nimmt“?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Meine Erfahrung als Wirtschaftsanwalt ist, dass eine Bank, die eine GmbH finanziert, immer sagt: Lieber Freund, ich finanziere dieses

Unternehmen gerne, aber wenn du nicht selbst an dich glaubst, warum soll ich dann an dich glauben – wir wollen deine persönlich Haftung!

Hier war die Situation insofern noch besonders, als Kommerzialrat Rohrmoser ja erst ein halbes Jahr davor – allerdings mit Wirkung auf ein Jahr davor, weil bekanntlich Einbringungen für neun Monate rückwirkend gültig sind – sein Unternehmen, das ein Einzelunternehmen war und für das er als Einzelunternehmen natürlich für alle Kredite persönlich haftet, in die GmbH eingebracht hatte und diese Einbringung bereits in einem Zeitpunkt erfolgt war, als es dem Unternehmen **schlecht** ging, sodass Herr Kommerzialrat Rohrmoser gar keinen Verhandlungsspielraum – noch dazu mit der einzigen namhaften Bank, nämlich der BAWAG – hatte, um hier Haftfreistellungen für sich zu erreichen, zumal Herr Kommerzialrat Rohrmoser, wie ja bekannt, nicht unwesentliche Vermögenswerte, die nur aus dem Unternehmen selbst stammen können, in Privatbereiche investiert hatte, wie **Schloss Höch**, Almen, Wohnhäuser und dergleichen. Daher hat die BAWAG bei der Einbringung verlangt, dass die Haftung des Kommerzialrat Rohrmoser vollinhaltlich aufrecht bleibt, und Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat dies schriftlich gegenüber der BAWAG bestätigt.

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Können Sie uns etwas über die Umstände der Konkureröffnung sagen? – Wir haben da gehört, dass irgendwelche Unterfertigungen auf Autodächern stattgefunden hätten.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, ich wurde am Donnerstag, den 15. September, glaube ich, am Nachmittag von Dr. Sieber angerufen, nachdem das schon wochenlang in allen Medien gewesen war, dass Atomic in den Seilen hängt – ich hatte sonst mit Kommerzialrat Rohrmoser und Atomic in meinem Leben noch nichts zu tun, außer dass ich manchmal dessen Produkte gefahren bin –, und wurde gefragt, ob ich erstens die Ressourcen zur Verfügung stellen könnte, um eine Masseverwaltung zu übernehmen, wenn sie kommt, und zweitens, ob es Befangenheiten gibt. Das Erstere habe ich bejaht, das Zweitere habe ich verneint. Er hat mir mitgeteilt, dass es einen Konkureröffnungsantrag bereits gebe, dass die Konkurse aber noch nicht eröffnet seien.

Am nächsten Tag – das war ein Freitag – hat mich Herr Dr. Sieber gegen Mittag angerufen und mir mitgeteilt, dass er einen Konkurs über das Vermögen des Herrn Kommerzialrates Rohrmoser bereits eröffnet und mich zum Masseverwalter bestellt habe, dass er die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der Atomic for Sport GmbH auf Grund eines Eröffnungsantrages vorhabe, diesbezüglich noch Probleme – die ich im einzelnen nicht kannte – mit der Zustellung beziehungsweise der Zustimmung habe, dass er diese aber klären werde und zu diesem Zweck am Nachmittag des Freitags, des 16. 9., nach Wagrain beziehungsweise Altenmarkt, es war Altenmarkt, fahren werde.

Herr Dr. Sieber hat mich gefragt, ob ich mitkommen könnte, weil gewisse Sicherungsmaßnahmen allenfalls erforderlich sind. Das habe ich bejaht, ich bin mitgefahren. Es war ein Auto, das nicht Herrn Dr. Sieber gehört; das kenne ich. Ich kannte das Auto des Dr. Gehmacher nicht, ich weiß aber auch nicht, ob das irgendjemandem Drittem gehört.

Ich habe mich aus dieser Frage von Zustimmungserklärungen oder Nicht-Zustimmungserklärungen völlig ausgeklinkt, weil das nicht meine Aufgabe war. Meine Aufgabe war, mir ein Organigramm zu besorgen und einmal zu schauen, wer welche Stabsstelle wie innehat. Dabei bin ich bald draufgekommen, dass es da viele leere Flecken gibt, weil die nicht mehr da waren. Dann habe ich mich ans Telefon gesetzt und versucht, Herrn Schrempf zu erreichen und zu fragen, ob er nicht, wenn es zur

Konkurseröffnung kommt, ins Unternehmen zurückkommt; dasselbe mit Herrn Mag. Miller, dasselbe mit dem Marketingmann.

Dann bin ich durch dieses Unternehmen, das am Freitag Nachmittag nicht mehr Vollbetrieb hatte – aber das nicht wegen Konkurses oder sonst etwas, sondern weil eben Freitag Nachmittag war –, einmal durchgegangen. Als ich von diesem Rundgang wieder zurückkam, hat mir Herr Dr. Sieber gesagt, dass der Konkurs eröffnet sei. Rechtslage war damals, dass die Konkurseröffnung rückwirkend auf null Uhr desselben Tages erfolgt.

Daraufhin haben wir beide noch am selben Tag Herrn Kommerzialrat Rohrmoser aufgesucht. Ich habe ihn um seine Mitarbeit ersucht; er hat daraufhin gleich gefragt, was er dafür bekommt. Da habe ich gesagt: Das kann ich Ihnen nicht sagen, ich glaube, eher nichts, ich bitte aber im Sinne des Unternehmens dennoch darum.

Dann habe ich das Wochenende darauf im Unternehmen verbracht, mit meiner Sekretärin, mit einem Konzipienten, um am Montag, wenn es wieder losgeht, zumindest die unmittelbar notwendigen Dinge – wie Sicherung der Stromversorgung und, und, und – darstellen zu können. Das ist auch gelungen.

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Wir haben schon einiges über den Unternehmer Alois Rohrmoser gehört, und Sie werden ihn in diesem Zusammenhang auch kennen gelernt haben.

Es würde mich Folgendes interessieren: Wie schätzen Sie sein Verhalten, seinen Arbeitsstil und seine Arbeitskultur, seinen Stil und seine Kultur bei der Unternehmensführung ein?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Kommerzialrat Rohrmoser – so habe ich das nachträglich festgestellt, aber retrospektiv – hat immer nur die **Produktion** interessiert. Die hat ihn allerdings sehr interessiert: Da war er innovativ, da war er mutig, da hat er Neues zusammengebracht.

Der **Verkauf** hat Herrn Kommerzialrat Rohrmoser **nicht** interessiert, weil er der Meinung war: Gute Produkte verkaufen sich von selbst! – Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat keine einzige Fremdsprache gesprochen und hatte schon dadurch ein gewisses Problem im Export. Er hat sich eine damals nicht mehr ganz so junge, aber ursprünglich junge „Magister-Truppe“ – er hat es „seine Magister-Truppe“ genannt – angestellt, die ihm diese Verkaufsaktivitäten darstellen sollte. Zu denen hat er aber kein wirkliches Vertrauen aufgebaut, die haben auch ganz anders gearbeitet als dieses wirtschaftliche Urgestein Kommerzialrat Rohrmoser, und dadurch ist eine große Vertrauenskrise zwischen diesen beiden Personengruppen, oder dem Führer und Alleineigentümer des Unternehmens und dieser Gruppe, entstanden.

Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat daneben – und das ist sicher nicht sein Fehler allein, sondern das ist sicher auch der Fehler der BAWAG, damals vertreten durch den Fast-Freund des Herrn Kommerzialrates Rohrmoser, nämlich den Generaldirektor Flöttl senior. Für die BAWAG war die Schifabrik Rohrmoser/Atomic der größte Privatkunde, den wollte sie sich erhalten, und Kreditvergaben – dieses Gefühl hatte ich nachher – an dieses Unternehmen sind nicht nach harten wirtschaftlichen Erfordernissen, sondern auf **Zuruf** erfolgt.

Als zuletzt Koflach gekauft wurde und die BA-CA, damals noch Creditanstalt, ausgestiegen war, ein Anruf von Kommerzialrat Rohrmoser an Flöttl erfolgte: das musst du auch finanzieren!, dann Flöttl zurücksagte: wir können nicht mehr, weil das Klumpenrisiko schon zu groß ist, da muss ich auch in den Aufsichtsrat gehen, aber dann können wir für Koflach eine Situation mit einem Factoring darstellen!, war das ganz typisch.

Daher hätte auch in einer wirklich hart gesteuerten Kreditverbindung die Möglichkeit, dass sich Herr Kommerzialrat Rohrmoser in diesen Zeiten **Schlösser** und sonstige Privatdinge erwirbt, **niemals** bestehen können! Das war diese spezielle Konstellation zwischen Flöttl senior und Rohrmoser. Dazu kommt, dass ich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber er hatte auch 30 Jahre gearbeitet, oder?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Natürlich, natürlich! Aber noch einmal: Dieses Vermögen, dieses Privatvermögen wurde mit 400 bis 500 Millionen Schilling geschätzt! Also ... – Okay.

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Das kann man nicht verdienen!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Dazu ist gekommen – aber das war damals bekannt, das war natürlich auch allgemein in Salzburg bekannt –, dass Kommerzialrat Rohrmoser als besonders, ich meine jetzt „stur“ nicht negativ besetzt, sondern als „nachhaltiger“ Mensch gilt. Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat eine Vergesellschaftung seines Unternehmens vor dieser Einbringung, drei Jahre oder zwei Jahre vor dieser Einbringung, schon unterschrittsreif gehabt; dann waren eben 40 Unterschriften zu leisten, und nach 20 ist er aufgestanden und hat gesagt: Das tut er nicht mehr! – und damit war das gestorben. – Auch das war Kommerzialrat Rohrmoser!

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Der Innsbrucker Staatsanwalt Dr. Kurt Spitzer hat hier im Untersuchungsausschuss in der 17. Sitzung einige Verdachtsmomente vorgetragen. Ich möchte Sie mit einigen dieser Verdachtsmomente mehr oder weniger konfrontieren und erfahren, was Sie von diesen Vorwürfen halten. Ich beginne mit Folgendem und zitiere:

„Demnach hätten die Verantwortlichen der Zentrale der BAWAG in Wien als Hauptgläubigerin im Konkurs über das Vermögen der Firma Atomic for Sport GmbH Forderungseingänge aus Zessionen in Höhe von etwa 136 Millionen Schilling der Konkursmasse nicht zugeführt.“

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, diese Frage wurde durch die von Spitzer – wenn ich Titel weglassen darf, bitte ich um Verständnis – beauftragten Kriminalbeamten Mayer und Wiedermann erhoben in dieser für mich unsäglichen Strafanzeige vom Jänner 1998. Ich habe darauf im Detail und nachgewiesenermaßen geantwortet. Diese Frage wurde überprüft und von den Gerichten als aufgeklärt erachtet.

Ich darf nochmals feststellen, dass jeder Eingang von nicht zedierten Forderungen letztlich auf das Konkurskonto gekommen ist und jeder Eingang von zedierten Forderungen auf das alte Geschäftskonto, und das hat schließlich zu Einschränkungen der Forderungsanmeldungen der BAWAG, und zwar in acht Stufen, geführt.

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Zweiter Vorwurf: Sie hätten „die durch Betriebsfortführung erzielten Einnahmen in Höhe von zirka 171 Millionen Schilling durch Vorlage einer unrichtigen Abrechnung verschleiert“ oder manipuliert.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Im Rahmen des Rechnungslegungsverfahrens wurden alle Konten – es gab ein Betriebsfortführungskonto, das war dieses 400er-Konto, es gab ein Konkurs-Anderkonto, das war dieses Konto 701, es gab Konten für Sicherstellungen, für bestrittene Forderungen, es gab Konten für Abwicklungen von Sondermassen aus pfandrechlich behafteten Liegenschaften – mit jeder einzelnen Bewegung, mit jeder Bewegung im Haben und mit jeder Bewegung im Soll, im Detail geprüft!

Ich habe eine begleitende Kontrolle installiert am fünften Tag nach Konkurseröffnung, rückwirkend ab dem Tage nach Konkurseröffnung, die sämtliche Gebarungsschritte

kontrolliert hat. Ich habe Finanzamtsprüfungen gehabt. Ich habe im Rahmen dieser unendlich vielen Gerichtsverfahren immer wieder Prüfungen dieser Unterlagen gehabt.

Ich habe Herrn Rubatscher und seinen Angestellten bei mir in der Kanzlei gehabt, mit einem völlig offenen Zugang. Aber ist eben nach einem Tag wieder gegangen!

Ich habe Herrn Dr. Masser angeboten, jedwede Kontrolle des Rechenwerkes in meiner Kanzlei durchzuführen. Ich habe nur verlangt: Wenn es feststeht, dann soll es für uns beide feststehen! Das hat er nicht akzeptiert, oder er ist jedenfalls nicht gekommen und hat keinen geschickt.

Ich habe im Rahmen des Schluss-Rechnungsverfahrens noch einmal Kontoverdichtungen vorgelegt, indem jeder Schilling und Groschen, Cent und Euro einzeln verbucht wurde.

Zusammenfassend: Das Fortführungsverfahren hat einen Mittelbedarf von 175 Millionen Schilling gebraucht, weil es ja bei null begonnen hatte und die Auslieferungen erst später bezahlt wurden. Diese 175 Millionen wurden **zur Gänze** zurückbezahlt. Die Betriebsfortführung hatte einen ganz kleinen Gewinn, den dann die BAWAG inkassiert hat, vereinbarerweise für Zinsen für diese 175 Millionen.

Es wäre doch auch widersinnig – bitte, ich habe das Unternehmen von 16. 9. bis 16. 12 geführt! –, dass ich in diesen drei Monaten einen Überhang von 171 Millionen Schilling erwirtschaftet hätte und gleichzeitig alle zedierten Forderungen bei der BAWAG kontomindernd verbucht worden wären.

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Es werden auch Vorwürfe erhoben, dass 73,5 Millionen Schilling aus Zahlungseingängen von Tochterunternehmungen der Masse vorenthalten oder irgendwie verschleiert worden wären, dass sie nachweislich an die BAWAG geleistet worden wären, ohne sie in die Buchhaltung hineinzubringen. Sie hätten argumentiert, das wäre uneinbringlich, aber das Geld wäre dann angeblich wirklich vorhanden gewesen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß jetzt nicht, Herr Abgeordneter, was Sie meinen.

Es gibt **einen** Punkt, in dem ich mich geirrt hatte, und diesen Irrtum habe ich gegenüber dem Gläubigerausschuss, dem Konkursgericht, gegenüber allen Gerichten klargestellt: Das war die Frage, ob Forderungen aus Darlehen – nicht aus Lieferungen und Leistungen, denn die waren zediert, sondern aus Darlehen an Koflach und an Dynamic – auch zediert waren. Da wurde mir zunächst gesagt, sie seien zediert; nachträglich hat sich herausgestellt, dass sie **nicht** zediert waren. Dieses habe ich in einem Schriftstück, in einer Klarstellung, die von Atomic Austria, von mir und von der BAWAG unterfertigt wurde, schriftlich festgehalten. Das, glaube ich, sind diese 73,8 Millionen.

Sonst, bitte: Soweit Spitzer nur zitiert, was in der **Strafanzeige** stand, darf ich wirklich meinerseits auf meine Stellungnahme zu dieser Strafanzeige, auf die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft Steyr – die mir nicht bekannt ist, die ich allerdings nur aus einer parlamentarischen Anfragebeantwortung des Bundesminister Dr. Michalek kenne – und auf den Beschluss der Ratskammer des Landesgerichtes Steyr verweisen, die sich mit diesen Fragen ganz im Detail auseinander gesetzt hat. (*Abg. Ing. Gartlehner: Darüber hinaus haben ...!*)

Außerdem – aber das dürfte ja bekannt sein – sind diese Erhebungen Wiedermann, Mayer, Spitzer überhaupt völlig an mir vorbeigegangen. Dass man den, den man da anschuldigt, einmal fragt – nicht einmal auf die Idee ist man gekommen!

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Es haben darüber hinaus Kriminalbeamte verdächtige Vermögensverschiebungen zugunsten der BAWAG im Zusammenhang mit dem Unternehmensverkauf, wodurch die BAWAG ohne Vermögensaufwand eine 10-prozentige Beteiligung an der neu gegründeten Firma Atomic Austria GmbH erworben hätte, mehr oder weniger unterstellt oder zumindest den Verdacht ausgesprochen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, das habe ich bereits gesagt, ich darf es nochmals wiederholen: Da Herr Kommerzialrat Rohmoser seine Finanzierung im Wesentlichen auch dadurch dargestellt hat, dass er nicht mehr modernstes Gerät an die ausländischen Tochtergesellschaften gesandt hatte, dort unheimlich volle Lager standen und er diese Forderungen als werthaltig in seinen Büchern hatte, obwohl sie nicht werthaltig waren, gab es hohe Forderungen der Atomic for Sport gegen die selbstständigen ausländischen Tochtergesellschaften, insgesamt von zirka 430 Millionen Schilling.

Im Rahmen des Verkaufs waren diese nicht unmittelbar Gegenstand der Masse, weil das nicht notwendig war, da diese zediert waren. Damit hat der Masseverwalter nicht unmittelbar etwas zu tun. Aber der Käufer war natürlich daran interessiert, dass diese ausländischen Töchter weiter am Leben bleiben, damit sie als Vertriebsapparate zur Verfügung stehen, so wie der andere Interessent daran interessiert war, indem er von der BAWAG eine Bilanzgarantie für diese Gesellschaften verlangt hat. Daher ist es der BAWAG gelungen, zu verhandeln, dass diese zirka 430 Millionen um 350 Millionen abgekauft werden.

Diese 350 Millionen sind an die BAWAG geflossen und haben um 350 Millionen Schilling zu einer Einschränkung der Forderungsanmeldung geführt. Und diese 350 Millionen setzen sich, eben weil das Unternehmen verlangt hat, also Amer verlangt hat, das muss im Unternehmen bleiben, zusammen aus 45 Millionen Schilling Kapitalerhöhung, 55 Millionen Schilling Agio und 250 Millionen Schilling Darlehen.

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Es gibt übrigens auch Vorwürfe, dass Sie neben dem Honorar von der BAWAG auch Geschenke oder andere Zuwendungen erhalten haben sollen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Erstens, ich habe von der BAWAG kein Honorar bekommen. Zu den Geschenken: Ich habe, allerdings nicht für mich erkennbar, von Herrn Generaldirektor Elsner ... – Ich habe Weihnachtskarten bekommen, da ist zum Teil, glaube ich, mich zu erinnern – ich habe das gar nicht so wichtig genommen –, der Geschäftsleiter von Salzburg, Direktor **Gries**, draufgestanden oder auch „Der Vorstand“, nicht einmal unterschrieben.

Dann bekam ich irgendwelche Gläser, die ich nicht wollte, die ich nicht bestellt habe, die zwar schön waren, die liegen heute, soweit sie nicht kaputt sind, immer noch in meiner Kanzlei, ich habe sie nicht nach Hause genommen, weil ich andere Gläser habe und mit bestenfalls Sechser-Einheiten auch nicht wirklich ... – Ich muss es irgendwem in der BAWAG überlassen, irgendwelche Weihnachtsgeschenke zu machen, ohne dass ich damit gefordert werde, sie auszupacken, sie wieder einzupacken und zurückzuschicken.

Ich war damals Präsident der Salzburger Rechtsanwaltskammer, ich bin vielfacher Stiftungsvorstand, ich habe verhältnismäßig viel Geld treuhändig zu verwalten. Es gibt Kundenbindungs-, Kundenakquisitions-, Marketingprogramme der Banken und der Versicherungen und anderer in der verschiedensten Form. Ich rede nur von mir, ich war zu Eishockey-Spielen eingeladen, Fußballspielen eingeladen, in die Oper eingeladen, zu Konzerten eingeladen, zu Abendessen eingeladen. Ich habe Schnäpse

bekommen, ich habe Gläser auch von anderen Banken bekommen. Das ist mir alles nicht wichtig.

Wenn man der BAWAG einen Vorwurf machen soll, ... – Wenn ich heute lese, 386 Leute stehen auf dieser Liste, dann war das vielleicht eine Marketingpolitik, die ich nicht nachvollziehen kann. Für mich ist nur die entscheidende Frage: Wurde ich durch derartige Lächerlichkeiten in meinem Verhalten als Masseverwalter beeinflusst? – Und dazu sage ich Ihnen ein **klares Nein**.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Dr. Vavrovsky, wir kennen Sie als sehr erfahrenen, erfolgreichen, renommierten Rechtsanwalt aus Salzburg. Sie haben uns auch – jetzt haben wir es schriftlich vorliegen – eine sehr perfekte Darstellung aus Ihrer Sicht geliefert. Sie waren nicht dabei, vor Ihnen war eine genauso renommierte Persönlichkeit hier, der Industrielle Stefan Pierer, überaus erfolgreich, in der Praxis stehend, im Wirtschaftsleben, Chef der CROSS Industries, KTM, Pankl und so weiter. Und ich muss sagen, es hat in diesem Untersuchungsausschuss noch nie einen größeren Kontrast gegeben zwischen Ihren Aussagen und den Aussagen des Stefan Pierer.

Es wäre wahrscheinlich reizvoll – ich werde es mir noch überlegen –, Sie beide noch einmal gemeinsam anhören, denn der Kontrast ist wirklich gewaltig: Von der Grundsatzfrage her ist Atomic vorsätzlich in den Konkurs getrieben worden, so Stefan Pierer, bis zu Ihrer Äußerung, bis hin zu Beträgen, wo einmal von Ihnen gesagt wurde, das Vermögen des Rohmoser war 500 Millionen, dann haben wir wieder gehört, es war 250 Millionen. Pierer hat zum Beispiel gesagt, ein Marktwert für eine Marke wie Atomic ist ungefähr ein Jahresumsatz, das wären ungefähr 1,4 Milliarden Schilling gewesen. Sie haben, glaube ich, früher etwas von 348 Millionen gesagt. Also unabhängig von Grundsatzfragen auch in Zahlenfragen unglaubliche Diskrepanzen.

Stefan Pierer, der damals – ich weiß das noch aus meiner Zeit in der Wirtschaftskammer Österreich – versucht hat, noch einmal einen Anlauf zu unternehmen, der viele Jahre lang schon vorher ergebnislos erfolgt ist, eine österreichische Schi-Lösung auf die Beine zu stellen, hat uns hier unter Wahrheitspflicht gesagt, sein Eindruck war: Es gab überhaupt kein Interesse, sondern das Thema war, wir haben schon einen Käufer, so gleichsam wir brauchen euch nicht, wir wollen nicht einmal reden mit euch.

Dass dann noch, als Fußnote, Hausdurchsuchungen waren, er nie gehört wurde und, und, und, das ist nicht die Fragestellung an Sie. Meine Frage wäre jetzt: Mit welchen Interessenten haben Sie als Masseverwalter, wo Sie den Auftrag haben, die Masse bestmöglich zu verwerten, noch gesprochen außer dem Amer-Konzern?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich hier an den Vorsitzenden die Frage stellen, ob insoweit diese Äußerungen vertraulich sind, weil ich nicht von Dritten, Nichtbeteiligten, die nicht den Zuschlag erhalten haben, hier Namen nennen will, die ich ansonsten nennen kann.

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Die Antwort ist: Es ist derzeit nicht vertraulich, nach dem derzeitigen Stand. Es ist klar, Sie sind diesbezüglich mehrfach zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich bin grundsätzlich nicht zur Verschwiegenheit verpflichtet, weil ich als Masseverwalter eine Funktion habe, die nichts anvertraut bekommt, sondern die ...

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Aber Geschäftsgeheimnis.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, es ist auch kein Geschäftsgeheimnis. Ich bin bereit dazu, ich appelliere nur, dass es wahrscheinlich nicht sehr gut ist, wenn diese Firmen weiterhin hier ...

Wer hat sich bei mir gemeldet? – Es haben sich bei mir gemeldet Marker, Scott, Head – Head wollten zuerst allein, bekamen dann offensichtlich aber von den Austria Tabak Werken nicht die erforderlichen Mittel dafür –, die Tiroler Bergbahnen, also Gletscherbahnen Sölden, Ötztal und Pitztal und die Firma Amer.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Wie erklären Sie, dass ein damals noch nicht so erfolgreicher Industrieller, aber immerhin damals schon eine anerkannte Figur im industriellen Bereich sagt, er hätte eine österreichische Schilösung zusammenbringen wollen, hätte sich das auch zugetraut mit Partnern, und er wurde nicht einmal als Interessent akzeptiert? Wie erklären Sie sich das?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich glaube, dass der Grund woanders liegt. Pierer ist vertreten durch Dr. Chalupsky, und Dr. Chalupsky galt damals als „Banken-Killer“. Dieses 1-Schilling-Konsortium klingt ja auch sehr danach – noch dazu mit der Bemerkung: Du kannst dich dann ja auch selber daran beteiligen, dann hast du Eigenkapital und musst für die Kapitalisierung sorgen. Pierer war selbst nicht bereit, in diesem Anbot 1 S, irgendeinen Groschen in das Unternehmen zu bringen, sondern war nur bereit, vier Personen zum monatlichen Salär von 36 000 S in das Unternehmen zu schicken, um hier eine Geschäftsführung wieder darzustellen.

Also das Erste ist, dass die BAWAG auf den Namen **Chalupsky** – das weiß ich von nachher – äußerst sensibel reagiert hat. Das Zweite ist, dass offensichtlich – und das habe ich nicht so genau befolgt – Herr Dipl.-Ing. Pierer durchaus KTM wiederholen wollte. Das ist heute vielleicht eine Erfolgsstory, aber die Eigentümer – Herr Abgeordneter Dr. Stummvoll, das werden Sie wissen – blieben dabei auch beträchtlich auf der Strecke. Das war offensichtlich auch deshalb nicht gewollt. Pierer hat sich ja im Übrigen über seine Cross-Holding AG und über die Mattigtal Industrie-Ansiedlung GesmbH, Fininvest und andere nachhaltig an der Finanzierung des Zwangsausgleiches des Herrn Kommerzialrats Rohrmoser beteiligt.

Ich darf darauf hinweisen, dass im Verlassenschaftsverfahren nach Herrn Kommerzialrat Rohrmoser – da hatte ich Akteneinsicht, weil die 100-Prozent-Beteiligung an der Atomic for Sport GmbH dort auch noch als Aktiva aufscheint – die Cross-Holding AG mit einer besicherten Forderung von 1,188 Millionen € und die Mattigtal Industrie-Ansiedlung GmbH, beide mit dem Sitz in Bauernstraße 9, 4600 Wels, das ist der Sitz der Cross-Holding, mit 3 221 553 als Forderung angemeldet hat. Vielleicht können Sie doch glauben, dass da auch Interessen des Herrn Dipl.-Ing. Stefan Pierer gelegen sind, denn die Aktiva der Verlassenschaft betragen 200 000 € und die Passiva 6,4 Millionen €. Kein Mensch redet davon, dass diese Verlassenschaft **schwer überschuldet** ist.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ein anderer Fragenkomplex, bevor meine Kolleginnen und Kollegen da noch weitere Detailfragen stellen.

Wir haben früher schon davon gesprochen, welches Naheverhältnis es da zwischen einzelnen Persönlichkeiten gab, etwa zwischen Gehmacher und Sieber. Darf ich jetzt fragen: Wie war eigentlich Ihr Verhältnis zum Konkursrichter Dr. Sieber?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich war und bin mit Herrn Dr. Sieber befreundet und habe überhaupt keinen Anlass, an dieser Freundschaft irgendetwas zu rütteln. Ich bin auch nicht bereit, deshalb, weil man irgendeine Aufgabe übernimmt für irgendwelche Phasen, eine Freundschaft ruhen zu lassen. Ich halte das für eine Farce.

Aber unabhängig davon, um das geschichtlich zu erklären: Ich kannte Sieber nicht während der Mittelschule, ich kannte ihn nicht während seines Studiums. Ich habe ihn – er als Richteramtsanwärter und junger Richter, ich als Rechtsanwaltsanwärter und junger Rechtsanwalt – in Salzburg kennengelernt, und wir haben uns langsam angefreundet. Wir waren zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung Atomic for Sport befreundet. Ich glaube allerdings, dass diese Freundschaft mit der Erfüllung der Aufgaben des Konkursrichters einerseits, einschließlich der Auswahl des richtigen Masseverwalters, und der Ausführung der Arbeiten und der Aufgaben des Masseverwalters auf der anderen Seite durch mich in überhaupt keinem Zusammenhang steht. Wenn jemand meint, dass es einen solchen Zusammenhang gäbe, würde ich ihn gerne hören.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Dr. Vavrovsky, wir haben heute als erste Auskunftsperson den früheren Justizminister Böhmendorfer hier gehabt. Keiner von uns hat etwas gegen Freundschaften, die es im Justizbereich gibt, aber Herr Dr. Böhmendorfer hat darauf hingewiesen, dass die Frage der Befangenheit natürlich schon eine besondere Rolle in solchen Fällen spielt.

Sie haben jetzt Ihr Verhältnis zu Sieber erklärt. Darf ich fragen: Waren Sie anwaltlich für Herrn Dr. Sieber tätig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nach Konkurseröffnung Atomic for Sport, viele Jahre später war ich als Anwalt in zwei Causen für ihn tätig.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Vorher nicht? (*Dr. Vavrovsky: Nein!*)

Eine weitere Frage. Uns ist beim Studium der Akten aufgefallen, vom Konkursrichter Dr. Sieber haben wir sehr viele Akten bekommen, es fehlen aber praktisch weitestgehend alle Beilagen zu Ihren Berichten als Masseverwalter. Können wir die von Ihnen bekommen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Alles, was ich an das Gericht gegeben habe, habe ich selbstverständlich noch in meinen Akten. Sie quälen mich damit, weil Sie mich wieder in einen dunklen Dachboden schicken, aber das wird drinnen sein. Es ist alles da, es sind natürlich auch alle Konten da, alles, was an Beilagen vorgelegt wird.

Ich glaube schon, Herr Abgeordneter – und darauf lege ich Wert –: Meine Berichte sind nur zu lesen, wenn man auch die Beilagen, die als solche gekennzeichnet sind, liest. Wenn man aber beides nicht liest oder nur eines nicht liest oder nicht kennt, dann ist es halt unvollständig.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Dr. Vavrovsky, wir wollen Sie sicherlich nicht quälen, auf dunklen Dachböden jetzt Nachforschungen zu betreiben, uns ist nur aufgefallen, dass wir da eine Vielzahl von Unterlagen bekommen haben – aber, wie Sie richtig sagen, wenn ich die Beilagen, die erwähnt sind, nicht habe, tue ich mir schwer, zu einem Ergebnis beim Aktenstudium zu kommen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe einen Teil sicher da.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Vorsitzender, wir werden vielleicht noch einmal schauen, ob sie nicht in einem anderen Karton waren, bevor wir den Herrn Vavrovsky quälen und er auf Dachböden herumstöbern muss. Wie gesagt, bis jetzt – das sagen auch meine Experten alle – haben wir diese Beilagen nicht gefunden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir werden das alles abklären. Ich gehe aber davon aus, dass Herr Dr. Vavrovsky nicht selbst am Dachboden herumkraxeln wird, sondern ein Mitarbeiter; das wird noch gehen. Aber wenn es nicht notwendig ist, werden wir das

auch nicht verlangen. Ich gehe davon aus, dass wir vom LG Salzburg alles bekommen, was wir verlangen. Wir haben auch beschlossen, dass eine Vollständigkeitserklärung abgegeben wird. Wir warten sicher einmal den 28.3. ab, denn das ist der Ablauf der Frist für die Zurverfügungstellung der Unterlagen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich darf nur sagen, wenn ich eine Urkunde als Beilage angeführt habe, ist sie als Beilage angeschlossen gewesen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das glaube ich Ihnen sofort, nur: Wir haben sie nicht bekommen.

Herr Dr. Vavrovsky, Sie haben Ihr persönliches Verhältnis zu Herrn Dr. Sieber dargelegt. Noch eine Frage zu Ihrem geschäftlichen: Wie oft waren Sie in Konkursverfahren Masseverwalter, in denen Dr. Sieber Konkursrichter war?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich bin seit 1974 Anwalt. Ich habe vielleicht ein oder zwei Insolvenzen pro Jahr bekommen, kleine, wie das halt jeder bekommt. Ich bin derzeit Masseverwalter in drei Insolvenzverfahren, die der zweite Konkursrichter als Konkursrichter betreut, und zwei, die Herr Dr. Sieber als Konkursrichter betreut.

Ich glaube, insgesamt gesehen, mit Ausnahme von drei wirklich großen, wo ich glaube, dass Herr Dr. Sieber eine Entscheidung aus der Sache heraus getroffen hat, dass ich nicht schlechter und nicht besser behandelt werde als andere auch – auch nicht besser dadurch, dass ich kleine nicht bekäme. Die Ausnahmen waren der Ausgleich der Hallein Papier AG, das Grand Hotel de l'Europe in Bad Gastein, wo ich das Glück hatte, über 20 Jahre lang Masseverwalter zu sein, weil man Wohnungseigentum im Untergeschoß nicht verwerten kann; also es ist nicht immer nur lustig. Und das Dritte war Atomic for Sport.

Im Übrigen: Bei Atomic for Sport darf ich auch sagen, dieses Verfahren war grosso modo und bis auf die dritte Dezimalstelle als herauskommende Quote bereits, in meinen Schriftsätzen nachlesbar, im Jahre 1996 beendet. Von 1996 bis 2006 haben wir nur mehr Rechtsmittel gemacht und Rechtsmittel abgewehrt, um endlich zu einer Schlussverteilung zu kommen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Von mir noch eine letzte Frage, bevor ich an meine Kollegen weitergebe. Was mir aufgefallen ist, Sie haben Herrn Dr. Sieber haftpflichtversichert gegen Regressansprüche aus einer Amtshaftung. Andererseits hat er Ihre Vorschläge konkursgerichtlich genehmigt. Ich teile die Frage auf: Erstens, ist das üblich, und zweitens, hätten Sie da nicht eigentlich Sorge gehabt, dass das irgendwie eine ungute Optik macht? Er genehmigt Ihnen, was Sie für Vorschläge machen – und Sie sagen, okay, und für den Fall, dass irgendetwas passiert, versichere ich dich Haftpflicht gegen Ansprüche aus der Amtshaftung.

Ist das üblich? Machen Sie das immer bei Konkursfällen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, ich habe erstens heute in irgendeinem Medium eine Äußerung – ich glaube, von Ihnen, Herr Abgeordneter Kogler – gelesen, dass die Haftung nicht so besonders sei, weil ich zusätzlich versichert gewesen sei.

Ich darf einmal richtigstellen: Ich war von März bis Oktober 1995 zusätzlich versichert. Die Konkurseröffnung war im September 1994. Ich war damals mit 50 Millionen Schilling haftpflichtversichert und habe mir dies durchaus zugetraut in der Fortführungs- und in der Verkaufsphase. Kritisch wird der Verteilungskrieg; es hat ja durchaus auch Auseinandersetzungen mit der BAWAG gegeben: Höhe der Zinsen aus Absonderungsrechten, also Pfandrechten auf verkauften Liegenschaften, Höhe der Zinsenrückzahlung dieses vorfinanzierten Betrages und, und, und.

In diesem Verteilungskrieg – und der hat in dieser Zeit stattgefunden – habe ich das Gefühl gehabt, mit diesen 50 Millionen Schilling Haftpflichtversicherung **nicht ausreichend** versichert zu sein, und habe speziell als Deszendenten-Versicherung eine **zusätzliche** Versicherung von 50 Millionen Schilling für mich abgeschlossen für dieses halbe Jahr. Für diese spezielle Versicherung nur auf diese Causa habe ich ebenso wie in jener der Hallein Papier AG und in anderen Causen – es war noch eine zweite notwendig, sonst ohnehin nie notwendig – Herrn Dr. Sieber prämienfrei mitversichert.

Wenn Sie die Entscheidung der Ratskammer des Landesgerichtes Steyr kennen, dann sehen Sie daraus, dass diese prämienfreie Mitversicherung des Richters nur für den Fall gilt, dass ich einen Fehler mache und der Richter diesen Fehler genehmigt. Wenn ich einen Fehler mache und er overruled ihn, dann passiert ohnehin nichts. Wenn ich ordnungsgemäß handle und der Richter genehmigt dieses ordnungsgemäße Handeln nicht, dann kommt diese Versicherung nicht zum Tragen.

Es ist also nur in der gleichen Kette herunter, es hat nichts gekostet, und es hat vor allem, bitte, die Masse nichts gekostet. Diese Prämie hat der Dr. Vavrovsky aus seiner Kanzlei bezahlt – auch das stand heute in irgendeiner Zeitung.

Es gibt eine Anfrage des Landesgerichtes Innsbruck – viel früher – an das Bundesministerium für Justiz, ob eine solche Vorgangsweise – dadurch sind wir überhaupt erst draufgekommen – rechtens sei. Das Bundesministerium für Justiz hat einen Ukas erlassen: ja, und seither wird das bei Großinsolvenzen in Salzburg – das war aber schon 10 Jahre vor diesem Konkurs Atomic – gemacht. Und ich würde es wieder tun.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ich würde gerne noch einmal zurückkommen zu dem Thema der Konkurseröffnung. Sie haben in Ihren Einführungsworten die Gebietskrankenkasse angesprochen. Können Sie uns sagen, wie lange die Löhne nicht bezahlt gewesen sind? – Soweit wir informiert sind, ist bei Konkurseröffnung seitens der Gebietskrankenkasse nichts exekutiert gewesen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es war bei Konkurseröffnung nichts exekutiert, aber die Salzburger Gebietskrankenkasse hat immerhin eine Forderung von 560 000 €, also 7 Millionen Schilling, angemeldet, deshalb, weil der Juli nicht mehr bezahlt war, der erst Mitte August bekannterweise fällig ist, weil der August nicht mehr bezahlt war und die Zeit bis 16. September nicht mehr bezahlt war. Eine Exekution hat es tatsächlich nicht gegeben. Die Lohn- und Gehaltsforderungen waren – mit Ausnahme des Septembers – tatsächlich bezahlt, weil das hat die BAWAG per Ende August – die haben auch die Löhne zum Monatsende bezahlt – noch überwiesen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Für mich ist es deswegen verwunderlich – ich habe selbst ein Unternehmen zu Hause –, weil ich weiß, die Erste, die normalerweise anmeldet, ist die Gebietskrankenkasse. In diesem Fall, muss man sagen, haben sie das gestundet, war das kein Problem, sondern da war die Bank diejenige, die gesagt hat: Wir stellen fällig. Und das ist im Grunde genommen die Zahlungsunfähigkeit der Firma Atomic gewesen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Frau Abgeordnete, ich glaube nicht, dass in Salzburg die Salzburger Gebietskrankenkasse nach einem Monat bereits Exekution führt. Und es war, wenn Sie es von den Fälligkeiten – nicht vom Entstehen der Forderung, weil das ist ja vorher – sehen, nicht länger als einen Monat, aber es waren, wie gesagt, 550 000 €.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben heute gesprochen von einem Privatvermögen zwischen 400 und 500 Millionen Schilling des Herrn Kommerzialrates Rohrmoser.

Was waren die Erlöse aus diesem Privatvermögen? Sind die dann in dieser Höhe von 400 bis 500 Millionen gewesen? Oder wie kommen Sie auf diese Werte?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe erstens, Frau Abgeordnete, zitiert. Ich habe den Brief des Herrn Dr. Liebscher vom 4. Mai 1994 – sechs Monate vor Konkurseröffnung – zitiert. Ich darf das noch einmal tun:

Wenn die BAWAG zu dem, was sie unverbindlich anklingen hat lassen, bereit ist, nämlich gegen Übernahme Ihres Unternehmens und sämtlicher damit verbundenen Verpflichtungen Sie aus der persönlichen Haftung zu entlassen, dann haben Sie sich ein Vermögen von 400 bis 500 Millionen Schilling geschaffen. Ein Betrag, der wohl kaum in Österreich jemand zu seinen Lebzeiten erarbeiten kann. – Zitatende.

Ich habe selbst keine Feststellungen, weder Schätzungen noch sonst etwas, zum Privatvermögen des Kommerzialrats Rohrmoser angestellt, weil ich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr und nicht Masseverwalter im Konkurs des Kommerzialrats Rohrmoser war und mit der Verwertung nichts zu tun hatte.

Wenn Sie mir aber erlauben: Ein Prozentpunkt der Atomic for Sports-Quote macht 1 Million € aus. Nachdem eine 20-prozentige Quote erzielt wurde, müsste aus dem Privatvermögen des Kommerzialrats Rohrmoser grosso modo in der Verwertung ein Betrag von 20 Millionen € entstanden sein. Und wenn ich die Vermögenswerte dazunehme, die Kommerzialrat Rohrmoser im Rahmen des Zwangsausgleiches aus seinem Konkurs noch herausgekauft hat, das waren zirka – ich glaube, das war der Kaufpreis – 60 Millionen Schilling, dann bin ich bei zirka 350 Millionen Schilling, die tatsächlich geflossen sind aus dem Zwangsausgleich Kommerzialrat Rohrmoser.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben heute die Bilanz angesprochen mit 31. März 1994. Die Bilanz, die uns vorliegt in den Unterlagen, besagt, dass wir am 31. März 1994 ein positives Eigenkapital haben. Sie haben heute gesprochen von einem negativen Eigenkapital von 98,7 Millionen. Da haben wir Unterschiede. Können Sie uns das erklären?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich Ihnen vorlegen den Entwurf einer Konzernbilanz März 1994 vom 12. August 1994 – vor Konkurseröffnung! –, erstellt von Dr. Edelsbacher: unter den Passiva ein negatives Eigenkapital von 98 694 882,40 S.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Entschuldigung, jetzt muss ich noch einmal nachfragen: Welches Datum haben wir da drauf? Wann ist diese Bilanz erstellt worden? Im August?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: 12. August 1994. Ich war nicht dabei!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Das kann ja nur mehr ein Status sein. Ich rede ja davon, dass ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das kann nicht ein Status sein, bitte. Die Bilanz zum 31.3.1994, erstellt am 12. August 1994.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Können wir die Unterlagen haben, bitte? (*Dr. Vavrovsky: Gerne!*) Weil auch die haben wir nicht, sondern wir haben eine Bilanz eben mit 31.3. mit einem positiven Eigenkapital. (*Die Auskunftsperson übergibt Unterlagen. – Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Bilanz zum 31.3.1994 habe ich dann erstellt, Herr Abgeordneter Stadler, weil die war nicht fertig zum Zeitpunkt der

Konkurseröffnung. Die wurde in meinem Auftrag erstellt, unterfertigt und beim Finanzamt eingereicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich bleibe gleich dort, wo wir aufgehört haben. Sie haben gesagt, die Bilanz 1994 wurde in Ihrem Auftrag erstellt. Wer hat aber die Bilanz dann tatsächlich erstellt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Dr. Edelsbacher ... – Also eine Bilanzerstellung ist ja eine Entwicklung, ein Zeitraum. Es wurde mit den Bilanzerstellungsarbeiten des Jahresabschlusses zum 31.3.1994 naturgemäß bereits vor Konkurseröffnung begonnen – das ist ja auch gesetzlich erforderlich –, und demgemäß habe ich mit der Konkurseröffnung dieses Blatt Papier vom August 1994 vorgefunden. Darauf aufbauend – da waren Wertberichtigungen noch nicht drinnen, da war die Forderungsbewertung noch nicht durchgeführt – muss ich das durchführen, denn es muss ja irgendwie von diesen 98 Millionen auf den Statuswert, allerdings ein halbes Jahr später, per 16.10., von minus 700 Millionen kommen.

Diese Arbeiten hat in meinem Auftrag die Kanzlei Dr. Edelsbacher, die schon von Kommerzialrat Rohrmoser vorher mit der Einbringungsbilanz 1993 und dann der Erstellungsbilanz 1994 beauftragt war, fertig gestellt. – Ich wusste damals ja auch noch nicht, ob es nicht zu einem Zwangsausgleich kommen kann. Dann muss ich natürlich die Bilanz und die Ordnungsgemäßheit des Rechenwerkes nachweisen, damit Verlustvorträge gegebenenfalls lukriert werden können.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Verzeihen Sie, aber ich muss gestehen, ich kenne mich nicht aus. Sie haben vorhin gesagt, Sie haben eine Bilanz vorgefunden und haben sich bezogen auf jene Bilanz vom 12. 8. 1994, erstellt von Dr. Edelsbacher, wo ein negatives Eigenkapital von 98 Millionen Schilling ausgewiesen wurde. – Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es ist insofern nicht richtig, weil es sich um die Bilanz zum 31. ...

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Entschuldigen Sie, das haben Sie uns aber gesagt!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich ausreden? – Es handelt sich um die Bilanz zum 31. 3. 1994, erstellt oder ausgedruckt am 12. 8. 1994. Es steht drauf – das liegt vor.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entwurf, Bilanzentwurf am 12. 8. zum 31. 3. 1994. – Das ist ja logisch! Ich kenne kein Unternehmen, das zum Bilanzstichtag eine Bilanz fertig hat. Ein paar Monate braucht man schon.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wann wurde sie dann in Auftrag gegeben?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich glaube, im Oktober 1994 durch mich – die Fertigstellung der Bilanz. Es gab ja schon einen Auftrag zur Erstellung der Bilanz von Kommerzialrat Rohrmoser an Dr. Edelsbacher. Dieser Auftrag war nicht fertig und war auch nicht bezahlt, daher musste ich mit Dr. Edelsbacher verhandeln: Was kostet es an Zeitaufwand, um diese Bilanz fertig zu stellen?, und er hat sie in meinem Auftrag fertig gestellt.

Das negative Eigenkapital in der Bilanz, die dann abgegeben wurde, ist noch höher, weil ich hier – und das ist notwendig aus dem Kenntnisstand seit dem 1. 4. 1994 – zusätzliche Abschreibungen hinsichtlich des Forderungsbestandes vorgenommen habe, und diese Bilanz wurde dann eingereicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wann war die Bilanz dann fertig? – Sie haben gesagt, Sie haben sozusagen einige Rechnungsabgrenzungen vorgenommen, haben im Oktober 1994 den Auftrag an Herrn Dr. Edelsbacher gegeben. Wann war dann der tatsächliche Abschluss?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Drei, vier Wochen später.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wann genau?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß nicht, wann der Abschluss war, weil ich dann die Bilanz bekommen und diese Bilanz als Masseverwalter eingereicht habe. Mir war das dann zugegebenermaßen weniger wichtig als die Erstellung des Status, weil der Status punktgenau zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung zu erstellen war. – Den hat aber ein anderer gemacht: Den hat die KPMG gemacht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Auf Grund welcher Informationen und auf Grund welcher Grundlagen haben Sie die Berichtigungen vorgeschlagen? Und wann haben Sie Zugang zu Informationen gehabt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich hatte Zugang zu Informationen seit dem 16. 9., wobei mein erster Kontakt mit der Buchhaltung und der Finanzabteilung – der verwaisten Finanzabteilung – des Hauses am darauffolgenden Montag war, und ich stand daraufhin in ständigem Kontakt mit der Buchhaltung und der Finanzabteilung.

Zusätzlich waren für mich aus meiner Kanzlei zwei bis drei Personen ständig im Haus, und vor allem von der KPMG fünf bis sechs Personen – allerdings vorwiegend mit der Erstellung des Status beauftragt. Aber aus der Erstellung des Status ergeben sich ja jene Informationen, die ich auch für die Fertigstellung der Bilanz zum 31. 3. 1994 benötigte.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Bleiben wir noch einmal bei der Bilanz zum 31. 3., gehen wir noch nicht zum Statusbericht der KPMG: Was war aus dieser Bilanz herauszulesen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Bilanz zum 31. 3. 1994 weist eine Bilanzsumme von 1 729 436 907,67 aus. Das Stammkapital betrug 100 Millionen, der Bilanzverlust 90 869 085,22, die Verbindlichkeiten betragen 1 616 996 089,89 und die Eventual-Verbindlichkeiten unter dem Strich 49 324 014,55 – alles Österreichische Schilling.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Das alles lag irgendwann Ende Oktober/Anfang November vor. – Ist das richtig so?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Meiner Erinnerung nach ja.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Die Konkurseröffnung war aber natürlich deutlich früher. – Wie hat man sich das vorzustellen, dass hier, wie Sie gesagt haben, eine Überschuldung vorgelegen sei? Wie hat man sich das vorzustellen im Vorfeld, ohne dass man jetzt noch eine Bilanz des Jahres zum Stichtag 31. 3. hat und weiß, was in diesem Unternehmen los ist? Wie kann das vor sich gehen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, es gibt für eine Überschuldung verschiedene Mechanismen. Es ist aber vor allem nicht meine Aufgabe als bestellter Masseverwalter, diese Überschuldung zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung festzustellen – das ist nicht die Aufgabe des Masseverwalters.

Die Aufgabe des Masseverwalters ist, das Rechenwerk und das Vermögen der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung festzustellen – das ist **nicht** durch diese Bilanz erfolgt, sondern das ist durch den Status erfolgt –, und daneben das

Unternehmen bestmöglich einer Verwertung zur bestmöglichen Befriedigung der Gläubiger zuzuführen.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Dr. Vavrovsky, in Ihren einleitenden Ausführungen war einer der ersten Sätze, die Sie gesagt haben: Das Unternehmen war zahlungsunfähig. (*Dr. Vavrovsky: Ja!*) Ein bisschen später haben Sie dann argumentiert: Überschuldung war gegeben. – Sie haben uns hier über Dinge erzählt, die Sie eigentlich zu diesem Zeitpunkt gar nichts angingen. Sie haben diese Informationen dann woher – ex post offensichtlich nur – erfahren?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, die Frage der Zahlungsunfähigkeit war mir zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung bekannt. Die **Zahlungsunfähigkeit** – ich will Sie nicht belehren, verzeihen Sie, aber das ist jetzt eben juristisch – ist die Unfähigkeit, laufende offene Verbindlichkeiten innerhalb angemessener Frist zur Gänze zu befriedigen. – Anders als die **Zahlungsstockung**, die kein Konkurseröffnungsgrund ist, die also eine Möglichkeit bietet, diese Verbindlichkeiten in absehbarer Zeit abzudecken.

Das ist eine **Zeitpunkt**-Betrachtung, nicht eine **Zeitschienen**-Betrachtung, und diese Zeitpunkt-Betrachtung der Zahlungsunfähigkeit war am 16. 9. deshalb gegeben, weil die einzige Bank, die Kreditlinien hatte, diese Kreditlinien fällig gestellt hat und das Unternehmen weder aus eigener Kraft noch durch Dritte anderweitig entsprechende Mittel zugeführt bekommen hat. – Damit ist klassisch die Zahlungsunfähigkeit gegeben, und das reicht als Konkurseröffnungsgrund.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wir haben aber gerade vor Ihnen als Auskunftsperson den Herrn Dipl.-Ing. Pierer hier gehabt; der hat uns das glatte Gegenteil von dem erzählt. Ich meine, belehren können Sie mich schon, aber ich lasse mich auch von Herrn Dipl.-Ing. Pierer belehren. Nur stellt sich jetzt für mich die Frage ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Rossmann, ich möchte nicht unterbrechen, aber ich glaube **nicht**, dass das das Gegenteil war. Herr Dipl.-Ing. Pierer hat hier gesagt, dass durch die Fälligestellung durch die Bank Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt wurde – und das Gleiche hat jetzt der Masseverwalter bestätigt: dass erst durch die **Fälligestellung** Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich zitieren aus einem Schreiben der Cross Holding AG an die BAWAG, vom 22. August 1994, drei Wochen vor Konkurseröffnung, unterfertigt von Herrn Dipl.-Ing. Pierer für die Cross Holding AG:

Da nach dem derzeitigen Informationsstand an das Eigenkapital als Bezugsgröße nicht mehr angeknüpft werden kann, haben wir vorgeschlagen, die Prämie – da ging es um die Prämie für diese Leute, die dort arbeiten sollten – daran zu orientieren, ob und inwieweit durch unsere Tätigkeiten die Kreditforderungen Ihres Hauses gegen Atomic einbringlich gemacht oder werthaltig gemacht werden können. – Zitatende.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Zum Statusbericht: Der Statusbericht der KPMG lag wann vor?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Der Statusbericht der KPMG lag zirka eine Woche vor dem Abgabetermin, also dem von mir erbetenen Abgabetermin 7. 11. 1994, vor, also etwa Ende Oktober/Anfang November, weil ich noch weiß, dass ich diesen Status, der ja eine wesentliche Grundlage für ein Anbot jedweden Anbotstellers war, sofort an alle Interessenten, die sich bei mir gemeldet haben, weitergesandt habe.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aus dem Schriftsatz geht aber hervor, dass dieses Gutachten erst am 24. 11. vorgelegen ist.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Aus welchem Schriftsatz?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aus Ihrem eigenen Schriftsatz.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der, der heute verteilt wurde? Diese Stellungnahme meinen Sie, Herr Kollege, oder welche meinen Sie?

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Zweiter Bericht des Masseverwalters, Vorlage des Voranmeldungsverzeichnisses.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es kann sein, dass dieses vollständige Werk, das ja auch einen Status zu Zerschlagungswerten enthielt, erst dann fertig war. Ich weiß, dass mir die Bewertung unter der Annahme der Betriebsfortführung bereits vor dem Abgabetermin vorlag. Ob das schön gebundene „Büchel“ schon da vorlag oder erst danach, kann ich jetzt nicht mehr sagen. Mag sein.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wann wurde dieses in Auftrag gegeben?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: In der ersten Woche nach Konkurseröffnung, also sicher am Montag oder Dienstag nach Konkurseröffnung.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Kennen Sie das Gutachten von Ernst & Young, das eine Prüfung dieses Gutachtens der KPMG, dieses Statusberichts, zum Gegenstand hatte?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich kenne ein anderes Gutachten von Ernst & Young, das sich damit beschäftigt hat, dass die Überleitung von der Bilanzierung auf die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung glaublich im Jahre 1996 oder 1997 nicht in Ordnung sei. Dieses Gutachten wurde von Kommerzialrat Rohrmoser, vertreten durch Masser, in Auftrag gegeben, um damit bei der Rechnungslegungs-Tagsatzung mein Zahlenwerk hinterfragen oder in Frage stellen zu können.

Ich kenne kein Gutachten von Ernst & Young, das die Statuswerte per 16. September 1994 anzweifelt. – Im übrigen wurde zu dem Gutachten Ernst & Young sowohl durch die KPMG als auch durch mich im Rahmen des Rechnungslegungsverfahrens so umfassend Stellung genommen, dass ich zumindest subjektiv glaube, dass das, was **Brogányi** in seinem Gutachten gesagt hat über die Überführung, also alles **post festum**, einfach nicht weiter aufrechtzuerhalten ist – wenn man es nicht unbedingt aufrechterhalten **will**.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aus welchem Jahr war dieses Gutachten, von dem Sie sprechen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das muss 1996 oder 1997 gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann sprechen wir von einem anderen Gutachten. Das Gutachten, von dem ich spreche, ist aus dem Jahr 2001. Und dort werden die Werte zum Statusbericht sehr wohl in Frage gestellt, und es wird empfohlen, dringend in die Bücher Einschau zu halten – eine der Kernempfehlungen zu diesem Gutachten der KPMG. Das kennen Sie nicht?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Zum Status nicht. Ich kenne ein Gutachten – ob das 2001 war? –, wo er sich beschäftigt hat mit der Überführung von der doppelten Buchhaltung für die GmbH, die ich natürlich geführt habe, solange ich das Unternehmen weitergeführt habe, in die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung anlässlich der reinen Konkursabwicklung nach Betriebsschließung.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Die Grundlage für den Verkauf der Firma lag jetzt sozusagen an dem Entwurf zum Statusbericht durch die KPMG? –

Wenn also das Gutachten in der Tat erst am 24. 11. übermittelt wurde, dann muss das wohl so gewesen sein.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, die Grundlagen für den Verkauf waren vielfache. Ich habe sofort nach Konkurseröffnung zum Beispiel die Liegenschaften schätzen lassen. Ich würde mich nie trauen – außer Krida-mäßig –, eine Liegenschaft zu verkaufen, wenn ich nicht ein Gutachten in der Hand habe. Es hat also über alle relevanten Liegenschaften ein Gutachten gegeben. Es hat einen Data-Raum gegeben, wo die Bilanzen der letzten Jahre, die Bestellsituation, die technische Beschreibung, die Mängel der Kläranlage – und wir haben ja jede Menge Mängel gehabt –, die schwierige Situation der noch nicht eingebrachten Marken und Patente zu diesem Zeitpunkt, und, und, und, also vielerlei Informationen Grundlage für die Due-Diligence-Prüfungen waren, die die einzelnen Interessenten selbst vor Ort durchgeführt haben.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aha. Also nicht nur der Bericht oder der Entwurf der KPMG?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das waren Meter von Papier!

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Aber eine Feststellung des Unternehmenswertes in dem Sinn haben Sie nicht machen lassen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Feststellung des Unernehmenswertes zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung lag erstmals mit dem ersten Entwurf des Status vor. Vorher nicht.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich frage das deshalb, weil Sie gesagt, haben, Sie haben *jede Menge* von Gutachten machen lassen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich sagte, jede Menge von Schätzungsgutachten für Liegenschaften, weil es jede Menge Liegenschaften gegeben hat. (*Abg. Dr. Bauer: Zur Verwertung!*) Ja. Und auch als Anhaltspunkt – ich weiß ja nicht, was eine Liegenschaft wert ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Masseverwalter, nur damit dieses Thema abgehandelt wird, ein paar Fragen. Zum 31.3.2003 wurden alle Marken- und Patentrechte mit dem Wert von 348 Millionen in die Bilanz gestellt, in die Eröffnungsbilanz der GmbH? (*Dr. Vavrovsky: Erstmals!*) – Das sind halt stille Reserven. Wir wissen, dass das natürlich eine Bewertungsfrage ist, wie hoch Marken und ähnliche Rechte angesetzt werden. Es gibt Meinungen: bis hin zu einem Jahresumsatz, aber den hat man bei weitem nicht hereingenommen.

Zum 31.3.2004 ist im Entwurf, den Sie jetzt selbst vorgelegt haben, das mit 329 Millionen, also rund 18 Millionen geringer, vorgeschlagen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das ist die Abschreibung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie selber haben ja dann die Bilanz, weil Sie ja durch Konkurseröffnung Geschäftsführer geworden sind, de jure und auch de facto, dann die zur Fertigstellung in Auftrag gegeben.

Parallel dazu stehen bei der Bestandsaufnahme der KPMG, die ja immerhin eine kurze Zeit, nachdem der Verkauf schon unterschrieben war, vorgelegen hat, sage ich dazu, stehen drinnen: 243 740 000 S, also um 100 Millionen weniger, mit der Begründung, dass natürlich gemäß § 100 Konkursordnung der Zerschlagungswert und ein Vermögensverzeichnis im Sinne der Konkursordnung zu erstellen ist. Das sind einmal 100 Millionen. – Ist das richtig in etwa?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Wenn ich Sie auf Seite 17 des Status, an dessen Bewertung ich überhaupt nicht mitgewirkt habe, denn da muss ich mich verlassen können ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Mit Verlaub, Herr Masseverwalter: Ich habe so viele KPMG-Gutachten in der letzten Zeit, insbesondere im Zusammenhang mit der BAWAG, gelesen, dass die überhaupt kein Vertrauen mehr haben, alles, was im Zusammenhang mit der KPMG ist ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich darf nur feststellen: Das hat mit der BAWAG überhaupt nichts zu tun!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der Atomic-Konkurs hat mit der BAWAG nichts zu tun?! – Das ist eine kühne Behauptung von Ihnen jetzt, das sage ich auch dazu. (*Dr. Vavrovsky: Darf ich nur feststellen ...!*) – Nein, meine Fragen sind relativ einfach: Ist es richtig, dass in diesem Bericht der KPMG, Vermögensverzeichnis zum Konkurseröffnungstichtag, die immateriellen Vermögensrechte mit 243,740 Millionen Schilling bewertet wurden: ja oder nein?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: 243,740 Millionen – und als Begründung ist angegeben: Der im Status ausgewiesene Betrag der Markenrechte entspricht dem Einbringungswert zum 30. März 1993, vermindert um die lineare Abschreibung. Die Nutzungsdauer der Markenrechte wurde mit fünf Jahren angenommen, da auf Grund der Modetrends und vor allem auf Grund der technologischen Weiterentwicklung von einer längeren Nutzungsdauer nicht ausgegangen wird.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das sind ja alles Annahmen! Darf ich ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Natürlich sind Markenrechte abzuschreiben ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Masseverwalter, das sind Annahmen, die von der KPMG zugrunde gelegt wurden (*Dr. Vavrovsky: Richtig!*), die von der Realität überholt sind, weil Atomic existiert immer noch als relativ wertvolle Marke und ist länger als fünf Jahre im Geschäft. – Aber sei's, wie's sei, man hätte das ja auch anders werten können. Aber man ist kaufmännisch sehr vorsichtig vorgegangen, sage ich einmal. (*Dr. Vavrovsky: Darf ich Ihnen ...!*) – Ich habe noch andere Fragen in diesem Zusammenhang.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich noch dazu eine Frage, eine Feststellung ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, *ich* stelle Fragen! (*Dr. Vavrovsky: Darf ich nichts sagen?*) – Sie haben meine Frage beantwortet.

Meine Frage ist nun: Ist es richtig, wie hoch die Markenrechte waren? Sie haben gesagt: ja. Zu vielen anderen Fragen ... – Wir sind ja noch nicht fertig. Das ist ja nur deswegen, Herr Masseverwalter, weil wir ja diesen Lagebericht nicht gekannt haben. Und jetzt frage ich, damit das auch einmal im Protokoll steht, wie die Zahlen sind und wie die Grundsätze waren.

Die Bewertungsgrundsätze – das wäre meine nächste Frage gewesen – haben Sie ja schon dargestellt.

Meine nächste Frage: Ist hinsichtlich der bebauten und unbebauten Grundstücke und Liegenschaften ein Zerschlagungsabschlag von 20 Prozent in Anrechnung gebracht worden? Ist das richtig: vom seinerzeitigen Gutachten ein Zerschlagungsabschlag 20 Prozent aller Liegenschaften?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das ist richtig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ist auch hinsichtlich der Maschinen und maschinellen Anlagen in diesem Bewertungsgutachten der KPMG ein 20-prozentiger Abschlag über die planmäßigen Abschreibungen in Ansatz gekommen? (*Dr. Vavrovsky: Jawohl!!*)

Ist es richtig, dass die Beteiligung der Vertriebstöchter Atomic Schi, Koflach und wie sie alle heißen, nur mit dem Erinnerungsschilling in dieser Feststellung – Vermögensverzeichnis zum Konkurseröffnungstichtag – drinnen gestanden ist?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nur für Atomic Schi Canada Inc., Atomic France S.A., Atomic Ski USA Inc., Koflach GmbH & Co KG und Koflach GmbH und Dynamic S.A. – nicht aber für Atomic Realty Corp. und nicht für Atomic AG Alois Rohmoser Littau und die VARPAT Patentverwertungs AG, Littau, die jeweils mit dem Substanzwert angenommen wurden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut. Das ist einmal Anlagevermögen. Das sind deutliche Abschläge grosso modo, im Durchschnitt weit über 20 Prozent, bei den Marken- und Patentrechten 100 Millionen. Das ist also knapp ein Drittel. Aber lassen wir das.

Beim Umlaufvermögen ist ja auch einiges geschehen. So sind zum Beispiel die Rohstoffe, wie Schi, Stöcke und so weiter, unfertige Erzeugnisse, und da frage ich Sie, ob das richtig ist, dass man die nur mit 60 bis 70 Prozent ihres Inventurwertes angesetzt hat, also 30 bis 40 Prozent Abschlag. (*Dr. Vavrovsky: Richtig!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zum Zeitpunkt 16. 9. – das heißt, alles, was bis dahin Fertigerzeugnis war und zum Abverkauf der neuen Schi-Saison war, wurde mit minus 30 bis minus 40 Prozent bewertet. – Ist das richtig? (*Dr. Vavrovsky: Nein!*) – Was denn?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das sind die Rohstoffe. Die Rohstoffe für Schi, Stöcke und Bindungen. – Seite 19.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Rohstoffe ist auch gut, weil Rohstoffe kann man ja noch verarbeiten. Aber gut.

Jetzt sind wir bei den Fertigwarenlagern. – Ist es richtig, dass dort 50 bis 60 Prozent aufgrund der **Vertriebskosten** abgewertet wurden?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich darf das vorlesen:

Das Fertigwarenlager der laufenden Saison wurde wegen des zum Teil bedeutenden Anteils an Ausschuss- und Minderqualitätsware, der fortgeschrittenen Verkaufssaison sowie der im Zuge einer Zerschlagung noch anfallenden Vertriebskosten mit 50 bis 60 Prozent des Inventurwertes bewertet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, die KPMG hat festgestellt, dass zum 15. oder 16. 9., Konkurseröffnungstichtag, für die laufende Saison, die ja gerade gestartet hat, wegen Ausschussware und Ähnlichem – der neue Schalen-Schi, neues Patent – das Warenlager halbiert wurde vom Wert der Inventur.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Erstens: Es war nicht alles Schalen-Schi, denn der Schalen-Schi ist das Spitzenprodukt des Unternehmens gewesen. Da wurden Kinder-Schi erzeugt, da wurden Langlauf-Schi erzeugt, da wurden Billig-Schi erzeugt ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir reden nicht von der Vorsaisonware, sondern das ist die Saisonware, die von Jänner bis September erzeugt wurde und zum Abverkauf bereitgestanden hat zum Zeitpunkt der Konkurseröffnung. Das ist mit 50 bis 60 Prozent ... (*Dr. Vavrovsky: Steht da, ja!*)

Ist es richtig, dass die Vorsaisonware zu 100 Prozent wertberichtigt worden ist bei dem Gutachten?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das ist richtig, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nullwert, okay. Forderungen, die älter als 120 Tage waren: Ist es richtig, dass man die mit *null* in die Bestandsaufnahme hineingenommen hat, also zu 100 Prozent wertberichtigt hat?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Wenn es eine Überfälligkeit von mehr als 120 Tagen gegeben hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In der Schi-Branche – und es gibt sehr viel an Forderungen auch an Töchter, die dort im Verkauf sind – sind Forderungen von „120 Tage überfällig“ eine Ausnahme?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Überfälligkeit ist gerechnet nach Eintritt der vereinbarten Fälligkeit. Die vereinbarte Fälligkeit war zum Teil sogar bis zu fünf, sechs Monaten ausgedehnt, und diese ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube, das haben wir jetzt alle begriffen: 120 Tage über die Überfälligkeit. Wir werden uns später noch darüber unterhalten, ob diese Annahme auch eingetreten ist, dass alle hundert Prozent nichts gebracht haben.

Das war es einmal fürs Erste. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, Statusfeststellung, das haben wir jetzt einmal durchgearbeitet. – Ich sage, es ist so, wie es in einem Zerschlagungsgutachten oder in einem Vermögensverzeichnis gemäß Konkursordnung auch gemacht wird – es ist nichts Unübliches, keine Frage. Wenn man es darauf anlegt, dass so etwas gemacht wird, dann muss man halt Konkurs eröffnen. Hätte man – das ist meine Behauptung – keinen Konkurs an diesem Tag eröffnet und hätte man eine Stichtagsbewertung gemacht, wäre wahrscheinlich ein bisschen mehr herausgekommen, sage ich jetzt einmal.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich beschränke mich vorläufig auf eine einzige bisherige Wortmeldung, bevor ich in die Sache selbst einsteige.

Sie haben in Beantwortung einer Frage eines Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion gesagt: Auch *das* war Kommerzialrat Rohmoser. Er hat sich zwei Jahre vor dem Konkurs so und so verhalten und nach 20 Unterschriften den Saal verlassen. – Zuvor haben Sie gesagt, Sie haben Kommerzialrat Rohmoser vorher überhaupt nicht gekannt, nur seine Produkte.

Haben Sie das aus eigener Wahrnehmung mitbekommen? (*Dr. Vavrovsky: Nein!*) – Wer hat Ihnen das erzählt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, ich habe mich ab dem 16. September wochenlang, wenn Sie wollen, monatelang im Unternehmen befunden. Ich bin sicher, dass mir das Herr Dkfm. Schrempf erzählt hat, ich bin sicher, dass mir das – das weiß ich noch, daran kann ich mich erinnern – Herr Dr. Liebscher erzählt hat, als ich mit ihm eine Auseinandersetzung hatte über seine Forderungsanmeldung, die mir überhöht erschien und die er dann nachträglich einschränkte. Wir hatten Verhandlungen, und da hat er mir das erzählt. Es waren aber sicher auch andere Personen, weil das im Haus einfach bekannt war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben das nur von jemandem gehört, der alkoholkrank war, nämlich von Herrn Schrempf, und von einem Anwalt, der mit Kommerzialrat Rohmoser in Konflikt war. – Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ob er in Konflikt war, weiß ich nicht. Herr Schrempf hatte ein Alkoholproblem – das wusste ich damals –, aber er war mir so

wichtig und hat seine Arbeit so ordentlich gemacht, dass ich seine Äußerungen zum damaligen Zeitpunkt durchaus ernst genommen habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf die Rolle und auf die Tätigkeit des Herrn Schrempf kommen wir später noch zu sprechen.

Ich würde noch gerne die Frage der Versicherung des Konkursrichters durch den Masseverwalter klären. Wir haben dazu auch Herrn Dr. Gehmacher befragt, und der hat gesagt, so etwas kenne er überhaupt nicht, es sei ihm jedenfalls als erfahrenem Insolvenzspezialisten im Bereich des Sprengels des Oberlandesgerichtes Wien so etwas noch nicht untergekommen. – Sie sagen, es sei nicht unüblich. Woher diese Diskrepanz? Er sagt das als jemand, der häufig ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Diskrepanz liegt in den Obergerichtssprengeln. Ich weiß, dass das gehandhabt wurde – dort wurde angefragt, ich sagte es schon – im Bereich des Gerichtssprengels des Oberlandesgerichtes Innsbruck, und ich weiß, dass das gehandhabt wurde – und natürlich nicht nur von mir – im Bereich des Gerichtssprengels des Oberlandesgerichtes Linz. Ich kenne die Wiener Usancen diesbezüglich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann haben Sie nachgefragt, ob so etwas üblich ist: Bevor Sie Herrn Sieber versichert haben oder danach?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Längst davor, weil ich ja davor in anderen Insolvenzverfahren eine derartige Versicherung schon durchgeführt habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Sie haben Herrn Sieber schon häufiger versichert.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herrn Sieber – ich sagte es bereits – insgesamt, glaube ich, drei Mal, einschließlich Atomic.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, als er Sie mit der Durchführung dieser Masseverwaltung beauftragt hat, hat er schon gewusst, dass Sie ihn voraussichtlich versichern werden?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, weil ich selbst keine Deszendentenversicherung für die Zeit vom 16. September bis März 1995 abgeschlossen habe; da hat mir meine eigene Haftpflichtversicherung ausgereicht. Ich habe diese Versicherung für das halbe Jahr, 15. März bis, ich glaube, 30. September, erst 1995 abgeschlossen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie noch, wie hoch die Prämie war?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe keine Ahnung mehr, aber das ist sicher in meinem Rechenwerk drin.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In nennenswerter Größenordnung? Millionenbeträge?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: *Nein!* – Das war ja nur beschränkt auf eine Causa. Also wenn das 70 000, 80 000 Schilling gekostet hat, dann war es das.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dr. Sieber und Sie sind auch durch private Rechtsvertretungen, die Sie für Dr. Sieber schon durchgeführt haben, miteinander verbunden. – Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das habe ich schon beantwortet, ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie viele Causae waren das in etwa?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich sagte zwei; eine Erbschaftscausa – und? Fragen Sie Herrn Dr. Sieber, der wird das direkter wissen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das werden wir tun; wir werden die Gelegenheit noch nutzen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht nur eine Wissensfrage: Wie viel an Warenvorrat ist zum Stichtag 16.09.2004 gelegen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Zu welchen Werten meinen Sie? Zu Verkaufswerten – oder? (*Obmann Dr. Graf: Zum KPMG!*)

Ich habe es natürlich nicht abgezählt, denn inventiert habe ich auch nicht selbst. Man müsste jetzt diese Werte nehmen und dann auf ... Aber das ist sicher in den Unterlagen, die zu diesem Status geführt haben, ganz detailliert aufgeführt. Ich habe das nicht.

Das sind erstens Zerschlagungswerte. (*Obmann Dr. Graf: Ja, ich möchte nur wissen: Mit wie viel steht es da jetzt drinnen? Sagen Sie es bitte für das Protokoll!*)

Die fertigen Erzeugnisse – da sehen Sie den Unterschied – sind unter der Annahme der Betriebsfortführung mit 156 357 000 plus Betriebsstätte Deutschland: 27 842 000 plus Betriebsstätte Schweiz: 12 269 000; das sind insgesamt 196 468 000. Im Status zu Zerschlagungswerten – klar, weil ich dann verschleudern muss – sind diese fertigen Erzeugnisse in Österreich 90 134 000, in der Bundesrepublik 16 835 000, in der Schweiz 6 720 000, gesamt daher 113 589 000. Also die Differenzierung zwischen Zerschlagungswerten und Fortführungswerten macht in etwa 80 Millionen aus.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also allein die Marken und die Zerschlagungswerte allein sind knapp 200 Millionen, die man schon allein aus diesen beiden Titeln weniger hat im Zerschlagungswert.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das glaube ich deshalb nicht, Herr Vorsitzender ... (*Obmann Dr. Graf: Knapp 100 Millionen bei den Markenrechten!*) – Nein! Die Marken sind in beiden Fällen gleich, Seite 1 und Seite 15 des Status, in beiden Fällen mit 243 740 000 gleich bewertet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Schon, aber in der Bilanz zum 31.03.2003 waren sie noch mit 348 Millionen bewertet und in der Bilanz, die Sie unterschrieben haben zum 31.03.2004, die allerdings erst nachträglich da war, waren es dann ... Nein, das ist die Bilanz. In der Bilanz waren es dann 348 und dann waren es 200 – jetzt bringt er mich selbst schon durcheinander. (*Abg. Ing. Gartlehner: Besser vorbereiten, Herr Vorsitzender!*) Von 348 Millionen zu 329 Millionen und dann zum Statusbericht 243 Millionen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Bitte, in der Bilanz, habe ich ja schon gesagt, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In *Ihrer* Bilanz, die **Sie** unterschrieben haben, da haben Sie es dann angeglichen. (*Dr. Vavrovsky: Es sind 324 ...!*) Im Bilanzentwurf, der vor Ihrer Zeit erzeugt worden ist, waren es noch um 90 Millionen mehr.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Als 324 Millionen? Nein, **nie!** (*Obmann Dr. Graf: 329 Millionen – Moment!*) Und in der Bilanz stehen sie mit 324 975 000 ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, aber im Zerschlagungswert-Bericht waren es eben nur mehr, und das sage, 243 Millionen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Weil sie über eine kürzere Zeit durch KPMG bewertet wurden, als sie hier bewertet waren.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Dr. Vavrovsky, dieses KPMG-Gutachten, von dem Sie auch maßgebliche Informationen zur Unternehmensbewertung erhalten haben, wurde von wem in Auftrag gegeben?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Von mir.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Dr. Wagner hat es erstellt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja, plus seine Gruppe.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wie sind Sie auf die KPMG gekommen? Ist das eine Empfehlung von der BAWAG gewesen, oder haben Sie das sozusagen aus freien Stücken heraus entschieden, Herrn Dr. Wagner zu nehmen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Im Jahre 1993 war ich Ausgleichsverwalter der Hallein Papier AG, und in der Hallein Papier AG hatte ich eine begleitende Kontrolle während des Ausgleichsverfahrens – das ist etwas ganz anderes als im Konkurs – darzustellen, und die KPMG war Buchprüfer – nicht Steuerberater! –, Buchprüfer der Hallein Papier AG. Ich hatte daher für die begleitende Kontrolle die KPMG, die eine hohe Kenntnis des Unternehmens hatte, gebeten, diese begleitende Kontrolle in meinem Auftrag durchzuführen, und hatte hier das erste Mal in meinem Leben Herrn Dr. Wagner kennengelernt. Er hat das sehr gut gemacht. Wir haben in Salzburg für eine Ad-hoc-Geschichte, wo fünf, sechs Leute auf einmal hinkommen, einfach die Ressourcen nicht, auch die KPMG Salzburg nicht, auch die Europatreuhand Salzburg nicht, und daher habe ich mich an den mir aus dieser Situation bekannten Dr. Wagner gewendet.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben zum damaligen Zeitpunkt, 1993, auch nicht gewusst, dass Herr Dr. Wagner in einem auch geschäftlichen Verhältnis zur BAWAG steht?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe es auch 1994 nicht gewusst; er hat es mir auch nicht gesagt. Jetzt habe ich das mit Herrn Dr. Reiter gewusst.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist ein reiner Zufall, dass Herr Dr. Wagner auch die BAWAG prüft oder Wirtschaftsprüfer ist?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Irgendwann später habe ich im Fernsehen gesehen, wie Herr Generaldirektor Elsner auf seinem Schreibtisch etwas Ähnliches gehabt hat, aber ich weiß nicht einmal, ob das sein eigenes ... – Ich wusste es nicht, nein.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Also reiner Zufall, dass Dr. Wagner die BAWAG prüft und Sie ein Gutachten dort in Auftrag geben? (*Dr. Vavrovsky: Ja!*)

Mich würde interessieren: Herr Dipl.-Ing. Pierer gilt allgemein als Experte, was Unternehmenssanierungen betrifft oder auch zum damaligen Zeitpunkt das Projekt der österreichischen Schi-Lösung. Würden Sie dem grundsätzlich beipflichten, dass Herr Pierer sich ausgekannt hat, was die Bewertung eines Unternehmens anlangt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich würde zunächst einmal sagen, dass Herr Dipl.-Ing. Pierer sicher ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ich wollte das noch zu Ende führen, dann sind wir vielleicht ein bisschen schneller oder effizienter unterwegs. – Auch unter Bedachtnahme darauf, nicht nur die nackten wirtschaftlichen Zahlen und Kennziffern für die Unternehmensbewertung heranzuziehen, sondern auch die Marktchancen, auch den Innovationsgrad, auch die Markenrechte, die Patentrechte, die innovative Beschaffenheit der Produkte et cetera: Ist es nicht ein Unterschied, ob ich so einen

Mann als Berater und für eine Unternehmensbewertung heranziehe oder eine KPMG, die ihre Unternehmensbewertung von den reinen nackten Zahlen ableitet?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Meine Antwort ist klar: Das Letztere ist mir eindeutig lieber. Für die Philosophien sind die Käufer verantwortlich, für den Status ist der Masseverwalter verantwortlich, und das hat ein reiner Ist-Zustand und ein Zahlenwerk zu sein; so steht es auch in der Konkursordnung. Und ich bezweifle etwas, ob Herr Dipl.-Ing. Pierer zum damaligen Zeitpunkt – ich erinnere mich nur, wie er KTM erworben hat – wirklich ohne Eigeninteressen agiert hätte. Die KPMG hat mit Ausnahme der Auftrags Erfüllung mit Sicherheit ohne Eigeninteressen agiert.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das sei jedem überlassen, darüber zu befinden und zu richten.

Es gibt auch so etwas wie immaterielle Werte in einem Unternehmen. Und ich glaube, dass Sie auch akzeptieren oder zur Kenntnis nehmen werden, dass sehr viel Phantasie in dieser österreichischen Schi-Lösung dringesteckt wäre, hinsichtlich der Zusammenschlüsse mehrerer Unternehmen, was sich natürlich auch auf den wirtschaftlichen Erfolg jedes einzelnen Unternehmens ausgewirkt hätte.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, da gebe ich Ihnen völlig Recht. Ich war selbst vor dem Verkauf, also zwischen 16. September und 7. November, zwei Mal in Wien zu einer Runde über die österreichische Schi-Lösung. Ich war dort ein bisschen der Outcast, denn derjenige, der in Konkurs ist, hat natürlich überhaupt nichts zu reden, er kann bestenfalls dabei sein. Ich habe allerdings erkannt, dass zum damaligen Zeitpunkt sowohl Blizzard als auch HTM – HTM hat dann kurze Zeit später einen negativen Kaufpreis erzielt, man musste **Eliasch** noch etwas zahlen, damit er das übernimmt; **Blizzard** konnte durch die Bank im Rahmen des Konkurses überhaupt ein halbes Jahr später nicht mehr verkauft werden und blieb jahrelang im Besitz der Bank mit einem ganz kurzen Zwischenspiel von **Scott**.

Meine Erfahrung damals war: Von der großen Schi-Lösung wurde schon wahnsinnig viel gesprochen, allerdings auch schon vorher, Herr Dr. Straberger hat ja schon jahrelang an dieser Schi-Lösung gearbeitet – die dort handelnden Personen waren nicht in der Lage, über ihren Schatten zu springen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie hatten den Auftrag vom Konkursrichter, das Unternehmen bestmöglich zu verwerten. (*Dr. Vavrovsky: Das ist mein gesetzlicher Auftrag!*) Und Sie haben auch diese Lösung, also die österreichische Schi-Lösung, in Erwägung gezogen und nicht für achtenswert erhalten, weil das unter Umständen einen geringeren Betrag ausgemacht hätte oder nicht realistisch war.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, weil das zeitlich gar nicht drinnen war. Das hat nicht Hand und Fuß gehabt.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sind Sie jemals mit Herrn Dr. Michael Sekyra in Kontakt getreten? (*Dr. Vavrovsky: Nein!*) – Sekyra war zu Ihrem Zeitpunkt nicht mehr relevant für die Sanierung des Unternehmens?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe das dann in der Korrespondenz gelesen – wobei es ganz witzig ist, dass es jetzt immer heißt, die BAWAG hätte dem Herrn Kommerzialrat Herrn Dr. Sekyra quasi aufs Auge gedrückt; in der Korrespondenz klingt es durchaus auch anders –, was wirklich war, weiß ich nicht. Ich weiß, dass das dann nicht zustande gekommen ist, wobei ich das nachträglich – alles nur nachträglich! –, überhaupt nur so verstanden habe, dass Sekyra als Sanierer hineinkommen sollte, aber nicht, indem er frisches Geld bringt, sondern indem er Management macht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Dieses ganze Zusammenspiel, einerseits Konkursrichter, Masseverwalter und Anwalt der BAWAG, auf der anderen Seite das redliche Bemühen anderer, das Unternehmen zu gesunden, und dass es da zwei völlig verschiedene Ansichten über den Unternehmenserfolg oder -misserfolg gibt ... Jetzt frage ich Sie: Wenn sich Herr Gehmacher – der am Mittwoch hier im Ausschuss war – innerhalb eines Wochenendes ein Bild des Unternehmens gemacht hat, am Freitag den Auftrag bekommen hat und am Montag zu der Entscheidung gekommen ist, das Unternehmen sei zahlungsunfähig und man müsste Kassa machen, und ein Herr Pierer eineinhalb Monate gebraucht hat für die Feststellung, dass das Unternehmen in keinster Weise zahlungsunfähig ist, dass das Unternehmen über enorme Potentiale verfügt, dann ist das schon einigermaßen verwunderlich, wie das so Hand in Hand innerhalb eines Tages geht, dass Konkursrichter, Masseverwalter und Anwalt der BAWAG sofort wissen, was zu tun ist, mit dem gleichen Auto nach Altenmarkt fahren, um dort entsprechende Handlungen zu setzen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, ich habe überhaupt nicht gewusst, was zu tun ist und wo es hingeht. **Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Ich sage Ihnen nur, wie uns das von den einzelnen Auskunftspersonen mitgeteilt wurde und wie wir alle hier herinnen uns, nachdem wir aufmerksam zuhören, unseren Reim darauf machen. So etwas passiert ja nicht zufällig, so etwas plant man. So etwas kann man in solch kurzer Zeit aus meiner Sicht nur **bewusst** und **mit Vorsatz** machen, aber so etwas passiert **nicht zufällig** in dieser Kürze.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, immer nur **relata refero**, weil ich selbst nicht dabei war. Ich weiß nachträglich, dass die BAWAG der Meinung war, dass Herr Kommerzialrat Rohrmoser dieses sein und allein ihm gehöriges Unternehmen nicht mehr in eine gute Zukunft führen könne, und dass sie daher versucht hat, zusammen mit Herrn Kommerzialrat Rohrmoser und gegen die Freigabe seines Privatvermögens, diese Zukunft nach ihren Vorstellungen, die sie wahrscheinlich auch nicht genau hatte, zu gestalten. Dazwischen ist dieses 1-Schilling-Konsortium gekommen, das bei der BAWAG – so wurde es mir gesagt – wirklich das Feuer ausgelöscht hat und man gesagt hat: Das lassen wir uns nicht gefallen! Also das war vielleicht auch ein strategischer Fehler oder eine Fehlüberlegung des Herrn Kommerzialrat Rohrmoser und des Herrn Dipl.-Ing. Pierer.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und diese Verzichtserklärung war aus Ihrer Sicht absolut notwendig und zum damaligen Zeitpunkt ein geeignetes Instrument, Herrn Rohrmoser in die Knie zu zwingen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, ich bin nicht der Meinung, dass man dieses Unternehmen zu 100 Prozent hätte übertragen müssen, um es zu sanieren. Überhaupt nicht! Aber dann hätte man jemanden haben müssen, der das selbst aufgebaut hat, als sein Eigentum zu Recht ansieht, aber bereit ist, im Hinblick auf die gegebene wirtschaftliche Situation davon für einen neuen Kapitalgeber und einen neuen Manager etwas abzugeben. Und so wie sich Herr Kommerzialrat Rohrmoser, wieder nur **relata refero** aus den Zeitungen, vor Konkurseröffnung gezeigt hat, war er dieser Mensch nicht.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber glauben Sie nicht auch, dass er vor vollendete Tatsachen gestellt wurde? Man hat ihn ja nicht in der Weise eingebunden, dass man gesagt hat: Wir wollen mit dir eine längerfristige Lösung finden!, weil eben keine Erben oder keine bestellte Geschäftsführung da ist, die sich des Vertrauens sowohl von Rohrmoser als auch des größten Kreditgebers sicher sein konnte?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das stimmt bitte nicht ganz, weil ich aus der Korrespondenz nachträglich – das hat mich dann interessiert; das müsste mich

überhaupt nicht interessieren, aber nachdem man mich ja jahrelang „angeflogen“ hat, dass ich einer der bösen in diesem Komplott gewesen sei, hat es mich interessiert, zuletzt gestern – festgestellt habe: Die BAWAG hat verlangt, dass dieses Einzelunternehmen in eine Gesellschaftsform übertragen wird, damit man Beteiligungen überhaupt aufnehmen kann. In eine Einzelfirma können Sie nicht einen anderen aufnehmen – erstens. Das hat Kommerzialrat Rohrmoser sehr zögerlich, aber schließlich getan. (**Abg. Bucher: Er hat es gemacht!**) – Er hat es getan.

Zweitens hat die BAWAG verlangt, dass sich Herr Kommerzialrat Rohrmoser von einem Teil seines Privatvermögens durch Verkauf löst und den Verkaufserlös kreditmindernd in das Unternehmen einbringt. – Das hat Herr Kommerzialrat Rohrmoser **nicht** getan.

Drittens hat die Bank verlangt, dass eine weitere Geschäftsführung neben Herrn Schrempf, wir haben schon gehört, dass der vielleicht nicht mehr ganz auf der Höhe war, und Herrn Kommerzialrat Rohrmoser, dem die Bank das nicht mehr zugetraut hat, in das Unternehmen kommt. – Dagegen hat sich Herr Kommerzialrat Rohrmoser gewehrt. Das ist sein gutes Recht, das hat er getan, nur: das sind dann eben die Folgen gewesen.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie sprechen jetzt auch schon mehrmals von den Vorhaltungen, die gemacht worden sind, wahrscheinlich auch auf Grund von unterschiedlichen Wahrnehmungen. Sie sind, das habe ich vorhin aufgenommen, nie einvernommen worden von Wiedermann, Mayer oder Herrn Spitzer? (**Dr. Vavrovsky: Nein!**) Haben Sie **niemals** Gespräche geführt mit einem dieser drei Herren?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein! Diese Anzeige vom 28.1.1998 hat mich wie eine Keule getroffen. Das werden Sie auch verstehen, wenn Sie nur die letzten Zeilen davon lesen: dass da Verdunkelungsgefahr, Verabredungsgefahr gegeben ist und dass der eingesperrt gehört; das heißt ja nichts anderes. Da werden x-mal alle möglichen Leute vernommen. Ich glaube auch – und das habe ich in meiner Stellungnahme dazu geschrieben und dazu stehe ich –, dass das **nicht** eine objektive Ermittlung war, sondern hier hat Herr Dr. Masser seinen Freund aus „Lucona“-Zeiten, Mayer, gefunden. Sonst hat das schon einmal dort nichts zu tun im Landesgendarmeriekommando Salzburg – das war vor der Exekutiv-Reform –; ich bin in Salzburg ansässig.

Das hat dort überhaupt nichts zu tun – aber dort saß Herr Mayer! Herr Dr. Masser hat ja auch dem Vertreter der Finanzprokurator, Herrn Hofrat Hirt, noch gesagt: Da habe ich einen guten Mann, der soll erheben. In Wahrheit haben Herr Mayer und Herr Wiedermann für sich erhoben, und Herr Staatsanwalt Spitzer hat sich darum nicht gekümmert. – Das war ja auch – wurde mir gesagt; ich war nur einmal als Zuhörer dabei – Gegenstand dieses Amtshaftungsverfahrens. Nicht, dass er falsche Weisungen gegeben hätte, sondern, dass er die hat einfach machen lassen!

Ich bin wirklich der Meinung und sage das in diesem Kreis auch gerne: Dieses Papier vom 28.01.1998 ist ein wirklicher Ermittlungsskandal!

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Stehen Sie in sonstigen geschäftlichen Verbindungen zur BAWAG, außer dem Geschäftsfall?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe seit 1998 ein geringes Wohnsparerwertpapierdepot von, glaube ich, 30 000 €. Ich habe keine sonstige Geschäftsverbindung zur BAWAG. – Irgendwelche Treuhandkonten schon, wenn die Klienten das fordern; das schon auch.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Herr Dr. Vavrovsky, Sie haben sehr lange und auch sehr schlüssig ausgeführt, dass ein Masseverwalter tätig wird ab dem

Datum, wo er bestellt ist, und das ist der 16. September. Das ist auch legistisch eindeutig so der Fall. Nun gibt es aber diese Entwürfe der Bilanzen vom 31.03.1994, veröffentlicht offensichtlich am 12. August oder in diesem Bereich, die eine bestimmte Bedeutung bekommen, weil sie im Nachhinein bestätigt wurden, übernommen wurden. Ich weiß auch, dass ein Masseverwalter vor allem interessiert ist an einer Statusbilanz, denn das ist ja ab Auftrag seine Hauptarbeit und das ist auch in Ordnung so.

Was ich nicht ganz so verstehe, ist erstens einmal die zweifache Geschwindigkeit – einmal war alles an einem Ort an einem Tag, das ist sozusagen der Auftrag gewesen – und zweitens, warum diese Eile gegeben war, was die Offerte betrifft. Sie waren mit dem 4.11. begrenzt – und warum diese Eile vom 16. September bis zum 4.11., einige Wochen, bei so einem großen Unternehmen? Ich möchte das nur einmal zu meinem Verständnis geklärt haben. Gab es da vielleicht die Befürchtung, dass sich die Situation hinsichtlich Interessenten verschlechtert, oder hätte man vielleicht durch einen längeren Zeitraum bei der Hereinnahme von Offerten auch etwas interessantere Interessenten bekommen können?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, die Frage hat sich technisch für den Masseverwalter anders gestellt.

In einer Betriebsfortführung eines derart großen Unternehmens, wo keine Mittel mehr vorhanden sind, wo man völlig bei null anfängt, muss ich als Masseverwalter dafür Sorge tragen, dass alle Masseforderungen zu 100 Prozent bezahlt werden können. Wenn ich das nicht tue, kann das sehr schnell haftungsbegründend sein, das ist dann der Konkurs im Konkurs.

Der § 25 der Konkursordnung in der damaligen Fassung sah vor, dass nach drei Monaten nach Konkurseröffnung jeder Dienstnehmer, unabhängig davon, ob er bezahlt ist oder nicht, also nicht nach den üblichen Austrittsgründen des Angestelltengesetzes oder des Kollektivvertrages, sondern nur aus dem Titel der Konkurseröffnung, seinen Austritt erklären kann.

Überdies sah der § 25 zusammen mit dem § 46 KO und dem Insolvenzschutzgesetz vor, dass die Beendigungsansprüche dann, wenn ein Dienstverhältnis über drei Monate nach Konkurseröffnung hinaus fortgesetzt wird durch den Masseverwalter, nicht Konkursforderungen sind, sondern Masseforderungen sind, das heißt, durch den Masseverwalter aus dem laufenden Betrieb, der gerade mit null abgewickelt werden konnte, zu 100 Prozent zu bezahlen ist.

Beide Maßnahmen – die erste deshalb, weil wenn ein Key-Personal, also in der Produktion, im Vertrieb wegfällt, weil er etwas Besseres findet, dann stürzen auf einmal 700 Leute auf mich ein, weil der wesentliche Mann fehlt. Also beide Maßnahmen waren für mich der ganz klare zwingende Anlass, dass eine Betriebsfortführung nur über diese maximal drei Monate geführt werden kann. Wenn ich keine 700 Arbeitnehmer habe und diese Arbeitnehmer jederzeit ersetzen kann, dann ist das kein Problem. Hier war die Arbeitskraft, der geschulte Arbeiter, der geschulte Angestellte das wesentliche Asset des Unternehmens.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Darf ich noch eine Frage zur Größenordnung des Kaufes dann sagen? Es ist richtig, soweit ich das aus Ihren Ausführungen entnommen habe, dass praktisch alle Interessenten unter den 438 Millionen gelegen sind.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Mit Ausnahme Amer.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ja, ja, das sowieso. Die Amer ist dann mit 800 gekommen, alle anderen Interessenten sind unter 438 gelegen. Jetzt eine Verständnisfrage: Mit welchen Unterlagen waren die einen ausgestattet, und mit

welchen Unterlagen die Amer? Denn es ist ja doch, wenn man zwischen 400 und 800 die Offerte erstellt, ist die Frage: Sind die von den gleichen Bilanzen ausgegangen, von den gleichen Bewertungen ausgegangen, oder wie hat das funktioniert?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Alle Unterlagen des Data-Rooms – das ist also ein Raum gewesen, wo Stellagen sind und ein Ordner nach dem anderen – standen allen, wenn sie eine Vertraulichkeitserklärung unterschrieben hatten, in gleicher Weise zur Verfügung. Auch der Start, nämlich der Beginn der Versendung der Verkaufsunterlagen – jemand meldet sich und der bekommt sofort von mir die Vertraulichkeitserklärung, die kommt unterschrieben zurück, dann bekommt er die ersten ... –, das war jeweils so viel Papier, das habe ich zwanzigmal versandt in der Weltgeschichte, das waren immer die völlig gleichen Unterlagen. So ein Verkaufsverfahren kann man nur so gestalten, dass jeder das Gleiche hat und – außer dass man das nicht gegenseitig sagt – eine offene Informationspolitik hat.

Der Grund ist ein anderer: Den ersten habe ich schon genannt – warum hat **Amer** so **viel** geboten? Den zweiten: Warum hat **HTM** so **wenig** geboten? – Mir wurde gesagt, die Austria-Tabak-Werke seien beim Finanzministerium vorstellig geworden, um einen höheren Preis bieten zu können. Das habe man ihnen nicht gestattet, das war damals ein staatliches Unternehmen. Und außerdem hat – und das ergibt sich ja, und das wollte ich schon vorher sagen – diese HTM-Gruppe die Marken und Patente überhaupt nicht mit null bewertet und hat das auch begründet, weil sie in ihrer Einbringlichkeit fraglich seien. Der Hintergrund war der, dass Herr Kommerzialrat Rohrmoser gesagt hat, ich habe sie noch nicht eingebracht, und die Begründung von Übertragungen von Markenrechten geht nach titulus und modus – so wie von Liegenschaftsbesitz auch –, und der Modus ist die Eintragung in das Markenregister. Und das war eben noch nicht erfolgt.

Ich habe das mit sehr viel Vehemenz dann getan, es ist mir gelungen, diese Marken für das Unternehmen zu erhalten und nicht filetieren zu lassen, weil dann wären sie sicher noch viel weniger wert gewesen. Aber wenn ich das mit null bewerte, dann bin ich bei 450 Millionen schon wieder 200 Millionen höher. Außerdem, in einem Konkurs wird schon gepokert, entweder ihr kriegt etwas billiger oder nicht. Und das war der Vorteil von Amer – oder für uns, für die Gläubiger der Vorteil –, dass Amer das wollte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Die Verhandlungen von 800 auf über 900 haben Sie geführt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die sind in einem Verhandlungsteam geführt worden. In diesem Verhandlungsteam war auch Dr. Honsig-Erlenburg als Masseverwalter im Konkurs des Herrn Kommerzialrat Rohrmoser persönlich, weil einzelne Vermögenswerte ja beim Herrn Kommerzialrat lagen, und daher auch dann diese 900 Millionen Schilling entsprechend aufgeteilt werden mussten. Zu diesem Verhandlungsteam hat auch Herr Dr. Gehmacher gehört. Einmal ist neben dem Dr. Gehmacher Herr Dr. Schwarzecker als damaliger Abteilungsleiter daneben gesessen. Formell hat auch Herr Dr. Sieber zu diesem Verhandlungsteam gehört, damit er unmittelbar informiert werden kann. Das war im Gläubigerausschuss so abgesprochen. Tatsächlich war er nur beim Abschluss dieser Verhandlungen in der allerletzten Runde teilweise, nämlich am Schluss dann anwesend.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Noch einmal eine allgemeine Frage: Ich habe früher auf den doch beachtlichen Kontrast zwischen Ihren Aussagen und denen des Stefan Pierer hingewiesen. Stefan Pierer ist ja nur einer von vielen, die hier einfach ein ungutes Gefühl artikuliert haben, sage ich einmal sehr, sehr vorsichtig, und Sie haben ja selber gesagt, Sie haben sich deshalb auch gut vorbereitet, weil Sie schon wissen, dass Sie zum Club der Bösen gehören – oder so irgendwie haben Sie

das formuliert. Wir haben hier heute in der Früh als Ersten auch den früheren Justizminister Böhmendorfer gehabt; also auch nicht irgendwer. Dr. Böhmendorfer war immerhin einige Jahre Justizminister!

Auf die Frage, ob er Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Atomic-Konkurs-Verfahrens gehabt habe, meinte Böhmendorfer: Unbestreitbar, sonst hätte ich nicht diese Unterstützung für Rohrmoser zum Ausdruck gebracht. Hauptgrund für seinen Zweifel sei die hohe Quote von zusammengerechnet, beides zusammen fast 100 Prozent. Der Konkurs sei unnötig eröffnet, und österreichische Arbeitsplätze gefährdet worden.

Meine Frage: Was ist Ihrer Meinung nach die Motivation, dass so viele, auch angesehene Persönlichkeiten den Eindruck haben, da ist es nicht mit rechten Dingen zugegangen? Ist das Böswilligkeit? Ist das Neid? Was kann das sein, dass so viele Menschen sagen – wie gesagt, nicht irgendwer, der ehemalige Justizminister, erfolgreiche Industrielle –: Ja, da muss ein Netzwerk tätig gewesen sein, weil sonst gibt es das nicht, dass das passiert. Mich würde nur interessieren – Sie sind ja sozusagen, Sie haben es ja selber gesagt, auch einer, der da sozusagen als Bestandteil dieses Netzwerkes bezeichnet wird –: Was ist Ihrer Meinung nach der Grund, hat Dr. Masser so ein tolles Marketing gehabt? Was ist Ihrer Meinung nach der Grund? Ich meine, so eine Stimmung entsteht ja nicht von heute auf morgen.

Sagen Sie es ganz offen: Was ist der Grund?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Dr. Stummvoll! Ich darf das ganz offen sagen. Für mich hat diese Geschichte auch eine **parteilpolitische Dimension**, daher trifft es mich auch. Herr Kommerzialrat Rohrmoser war Vizebürgermeister von Wagrain, von der ÖVP.

Herr Kommerzialrat Rohrmoser ist damals zum Herrn Landeshauptmann Katschthaler gegangen und hat gesagt – auch nachträglich –: Bitte, hilf mir! Herr Landeshauptmann Katschthaler hat gesagt: Ich kann dir nicht helfen! – Dann hat man zwar eine Sitzung in der Landesregierung einberufen, wo Dr. Sieber und der Vavrovsky antreten durften, da hat man sorgenvoll den Kopf schief gelegt – aber das war es dann. Es kann ja auch nicht anders sein! Und man hat gebeten, dass man am Laufenden gehalten wird.

Daraufhin hat sich Herr Kommerzialrat Rohrmoser, enttäuscht von der ÖVP, an die FPÖ, an Mitglieder der FPÖ gewandt. Es hat damals nur die FPÖ gegeben. – Herr Wiedermann war Landtagsabgeordneter der FPÖ; Herr Dr. Masser ist in diesem rechtskatholischen – für mich sehr rechtskatholischen Lager – der ÖVP anzusiedeln.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt noch Katholiken bei der ÖVP. (*Abg. Mikesch: Ja eh!*)

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja, aber das ist zum Teil extrem, aber ist gleich. Ich komme selbst aus einer durchaus katholischen Familie, zwei meiner Brüder sind Geistliche.

Und diese Situation hat sich dann aufgestaut. Herr Dr. Masser hat wirklich geglaubt, Herr Dr. Masser hat ja auch gesagt: Das ist das zweitgrößte Wirtschaftsverbrechen nach dem AKH in dieser Republik. – Und das hat er verinnerlicht, und Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat es noch mehr verinnerlicht. Und Herr Wiedermann und Herr Maier, der anknüpfen wollte an „Lucona“, haben es noch einmal verinnerlicht.

Und dann gab es die Trittbrettfahrer dazu. Der Herr Landesrat der FPÖ (*Obmann Dr. Graf: Schnell!*) – Dr. Schnell – danke herzlich! – findet auf einmal den Weg von der Landesregierung freiwillig und ohne jeden Grund ins Landesgendarmarie-Kommando Salzburg, wo sein Freund Wiedermann sitzt, und sagt: Ich habe auch noch etwas zu sagen, weil der Vavrovsky hat gesagt da bei der Landesregierung, der Grund für die

Konkurseröffnung ist der Konkurseröffnungsantrag der BAWAG! – No na! Das habe ich auch gesagt, das stimmt ja auch.

Dann gab es die Trittbrettfahrer. Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat das wirklich verinnerlicht. Ich sage Ihnen noch eines: **de mortuis nil nisi bene!** Aber so wie ich den Herrn Kommerzialrat Rohrmoser erlebt habe, und diese Fama, die man jetzt von der Ehrlichkeit dieses Herrn aufbaut, die stimmt einfach nicht zusammen. Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat Dinge, die er einfach anders weiß, einfach so gesagt wie er es gerade haben wollte. Sonst wäre es doch völlig unmöglich gewesen, dass Herr Maier und Herr Wiedermann Monate lang erheben, irgendetwas tun – und wenn man sich dann wehrt, sind sie auf einmal wahnsinnig beleidigt.

Dieses Spiel ist seither durchgegangen. Es hat sich das auch – das sage ich in Anwesenheit des Herrn Abgeordneten Mag. Stadler – dann bei der Volksanwaltschaft wiederholt. Wenn bei der Volksanwaltschaft drei Jahre oder fünf Jahre – oder noch mehr – nach Konkurseröffnung Herr Masser antritt und sagt, mein Ziel ist nicht die Verwaltung zu kontrollieren, sondern jetzt das Strafverfahren weiterführen zu wollen, als wenn das die Aufgabe der Volksanwaltschaft wäre, und wenn daraus dann zunächst ein Prüfungsauftrag kommt – nur einseitig! –, wenn dieser Prüfungsauftrag dann zu einem Erledigungsentwurf eines Beamten, der mir dann sagt, das liegt sei Monaten auf dem Tisch des Herrn Volksanwaltes, wird aber nicht unterschrieben, nämlich dass dieses Prüfungsverfahren einzustellen ist, und zwei Jahre später kommt der Herr Mag. Stadler dann in die Volksanwaltssendung und beschimpft mich dort so, dass ich mir das einfach nicht mehr gefallen lassen kann und das gerichtsanhängig machen muss, dann ist das für mich in der gleichen Sparte.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben jetzt gesagt, Sie waren bei der Landesregierung vorgeladen, Herr Dr. Sieber und Ihre Person. In welchem Jahr war das?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: 1994 im Herbst, unmittelbar nach Konkurseröffnung.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben unter anderem heute auch erzählt, Sie waren eben an diesem Tag der Konkurseröffnung gemeinsam mit Dr. Gehmacher und Dr. Sieber im Werk in Altenmark. Haben Sie bei der Hinfahrt besprochen, wie Sie da vorgehen werden an diesem Tag? Wie dieses abzulaufen hat?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Natürlich haben wir gesprochen, aber auf der anderen Seite: Ich pflege mich auf große Aufgaben intensiv vorzubereiten. Ich bin in dem Auto gesessen und habe gedacht und habe geschrieben, what to do first, second, third. Eine What-to-do-List, das war für mich das Entscheidende. Wenn ich wieder heimgefahren wäre und es war nichts, dann ist nichts, ganz einfach!

Also, ich habe mich sicher an irgendwelchen Gesprächen beteiligt, da gab es aber nie davon irgend ein Wort, jetzt haben wir das dem gezeigt oder so. Es war die Rede von diesem Ein-Schilling-Konsortium, das habe ich damals das erste Mal gehört vom Dr. Gehmacher, aber mein Kopf war voll von den kommenden Schritten, die ich im Unternehmen zu setzen hatte.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben ausgeführt, dass Sie unterwegs gewesen sind in der Produktionsstätte. Sie haben den Dr. Gehmacher und den Dr. Sieber dann mehr oder weniger aus den Augen verloren, und diese Unterschrift am Autodach haben Sie nicht verfolgt.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß gar nicht, ob es am Autodach war, auch das ist eine offene Frage. Ich war nicht dabei.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir können nur das ausführen, was uns Befragungspersonen erzählt haben. Das ist unter Wissensstand, und auf dem müssen wir uns eigentlich auch wieder aufhängen. Jetzt waren Sie dann unterwegs, und Sie haben unter anderem auch ausgeführt, dass Sie mit dem Herrn Kommerzialrat Rohrmoser an diesem Tag ein Gespräch geführt haben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja, das war nicht im Unternehmen. Der Herr Kommerzialrat Rohrmoser war nicht im Unternehmen, sondern er war an diesem Tag benachbart zum Schloss Höch, das ja nicht bewohnbar war. Da gibt es ein Wirtschaftsgebäude, und in diesem Wirtschaftsgebäude hat er im ersten Stock ein sehr groß ausgebautes Zimmer oder einen Saal. Und ich glaube, Dr. Sieber hat ihn angerufen und gesagt, wir wollen noch miteinander reden. Ich hatte mir vorgenommen – und das habe ich auch getan –, ihn um seine Mithilfe zu bitten.

Jetzt erzähle ich Ihnen eine kleine Episode, die auch ein bisschen bezeichnend war. Ich hatte schon eine Sekretärin mit, weil ich wusste ...

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie waren dann zu viert im Auto – nicht zu dritt, sondern zu viert.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja, weil ich nichts mehr allein getan habe! Das ist auch mein Vorteil, dass ich alles dokumentieren kann. Langsam werden die Zettel ein bisschen kleiner, aber das macht nichts.

Da saß Herr Kommerzialrat Rohrmoser an einem großen Refektoriumstisch, und hinten im Schatten, rund um einen Ofen saß offensichtlich die Familie, die ich nicht kannte – nicht die Frau, aber die Kinder. Ich hatte den Fehler gemacht, dass ich diese Sekretärin neben mich am Refektoriumstisch setzte. Vielleicht war das auch ein Grund, dass das nicht sehr gut funktioniert hat, denn für den Herrn Kommerzialrat Rohrmoser sitzt keine Sekretärin an seinem Tisch, noch dazu die vom Masseverwalter.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wer war dann jetzt aller mit bei dem Gespräch: Dr. Gehmacher, Dr. Sieber, Sie?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, Dr. Gehmacher, glaube ich, war bei dem Gespräch mit dem Herrn Kommerzialrat nicht dabei. Herr Dr. Sieber, ich und meine Sekretärin.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herrn Dr. Gehmacher haben Sie einstweilen im Betrieb gelassen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das nehme ich an; das weiß ich aber nicht mehr. Im Betrieb war auch dieser Mag. Spandl, ein Controller der BAWAG, den habe ich dort vorgefunden, der dann auch irgendwelche Auskünfte mir gegeben hat.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Was ist dann bei diesem Gespräch herausgekommen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat erstens gesagt: So, jetzt ist Konkurs! – Als ich ihn um Mithilfe gebeten habe, hat er nicht reagiert. Ich habe so ein bisschen ein Blinzeln in den Augen gesehen, was bringt das. Das habe ich aber schon erzählt. – Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat dann noch gesagt: Ich sage Ihnen, die Markenrechte sind in einer Woche kaputt! Ich glaube, Dr. Sieber hat ihm auch ein bisschen Technik ... – Auch ich, ich musste ja Rechtsbelehrung machen. Ich war damals auch Masseverwalter in seinem Konkurs, ich habe ihm also mitgeteilt, was er darf und was er nicht darf, und wie er es darf.

Wobei ich bei dieser Gelegenheit auch eines sagen will, weil es immer wieder in den Medien vorkommt: Das „Hausverbot“ an den Herrn Kommerzialrat Rohrmoser war

wesentlich später, und es war kein **Hausverbot**, sondern das **dringende Ersuchen**, das Haus nur in meiner Anwesenheit zu betreten, weil Herr Kommerzialrat Rohrmoser immer, wenn er im Haus war, ganz massiv gegen die Tätigkeit des Masseverwalters agiert hat, insbesondere bei der Präsentation der neuen Muster. Ich stehe dazu, das war auch richtig, aber er hatte nie ein „Hausverbot“. Ich habe nie sein Arbeitszimmer – außer wenn er selbst da war – betreten. Das würde mir nicht im Traum einfallen. Ich habe dann nur gesagt: Wenn Sie Obstruktion betreiben, dann, bitte, sind Sie im Haus in meiner Begleitung, weil ich will wissen, was da passiert! (*Obmann-Stellvertreter Dr. Stummvoll übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wann ist das gewesen vom Zeitrahmen her, wenn Sie sagen, das war nicht gleich?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Drei, vier Wochen später, nach Konkurseröffnung.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Also, er hat drei, vier Wochen freien Zutritt zu den Büroräumlichkeiten gehabt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja. Natürlich hat er davon sehr beschränkt Gebrauch gemacht, aber immer wieder.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): War es nachher auch noch möglich, mit Ihnen in das Unternehmen zu kommen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die eigentliche Präsentation der neuen Produkte: Da hat er mich vorher angerufen und hat gesagt, das will er sehen. Ich habe gesagt: Herr Kommerzialrat, selbstverständlich!, und am nächsten Tag ... – Dann ist er noch herumgegangen, und ich bin neben ihm gegangen. Alles wunderbar!

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Herr Dr. Vavrovsky, wie lange waren Sie auch der Masseverwalter des Privatkonkurses?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das lässt sich aus den Akten feststellen. Ich glaube, drei bis vier Wochen, wobei ich in dieser Zeit verhältnismäßig wenig für den Privatkonkurs getan habe, weil mir das Unternehmen viel wichtiger war, und in meinem Auftrag hat sich Herr Dr. Honsig – wieder nur in meinem Auftrag und nicht irgendwie veranlasst durch Herrn Dr. Sieber – mit Herrn Kommerzialrat Rohrmoser und seinem Liegenschaftsvermögen beschäftigt. Die zwei haben sich auch gut gesprochen, und daher ist Herr Dr. Honsig dann auch zum Masseverwalter bestellt worden.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben vorhin auf die Frage des Abgeordneten Bauer gesagt, Sie haben zirka 20 Mal diese Unterlagen versandt, wo es darum gegangen ist, die Werte des Unternehmens festzustellen, um Angebote abzugeben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nicht Werte, sondern die **Unterlagen** eines Unternehmens: Welche Produkte haben wir? Wie viele Arbeitnehmer haben wir? Das sind die Bilanzen 1993 – die Einbringungsbilanz lag natürlich da und war ein wesentlicher Bestandteil –, die Gutachten, soweit sie schon da waren, für die Immobilienbewertung, die Produktbeschreibungen, eine Liste über die Markenrechte, eine Liste über die Patentrechte mit dem Hinweis: Da haben wir ein Problem!, und, und, und.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ich hätte gerne gewusst, wer diese 20 ungefähr gewesen sind, an wen Sie die Unterlagen verschickt haben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Da müsste ich in meinen Akten ... – Die habe ich nicht mit, ich habe mit die HTM ...

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ist überhaupt kein Problem, Herr Dr. Vavrovsky. Wenn Sie uns das schriftlich nachreichen, ist das für uns auch in Ordnung.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky (*in seinen Unterlagen blätternd*): Übernahmeinteressenten, Amer und so weiter, und dann sind da 20 Visitenkarten. Wenn Sie das möchten – gerne.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben unter anderem auch ausgeführt, Sie waren zweimal in Wien für eine österreichische Schi-Lösung. Diese zwei Mal: Welcher Personenkreis war da beisammen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich kann mich erinnern an den Herrn Franz Schenner, Geschäftsführer von Blizzard, dann, glaube ich, war der Geschäftsführer von Fischer dabei, dann, glaube ich, war damals noch Nußbaumer von Kästle; die waren da. Herrn Kneissl habe ich nicht mehr gesehen, weil das, glaube ich, war nicht mehr. – Das war es im Wesentlichen auch schon.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Eine kurze Zusatzfrage: Wer war von der BAWAG dabei? (*Dr. Vavrovsky: Niemand!*) – Das ist aber verwunderlich!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, das ist überhaupt nicht verwunderlich. Als Masseverwalter ergreift man ... – Es war ja doch nicht klar. Da ist **Arthur Andersen** im Haus – wie viele andere auch –, und es hat sich ja dann auch gezeigt, dass **Scott** eine „Blase“ war; so wäre es auch für die BAWAG gewesen. Die Bank sagt: Wir müssen das Unternehmen fortführen!, das sage ich auch, die finanzieren das, und dann versucht man alles.

Ich war, bis das erste Anbot am 4. November kam, ja völlig im Unklaren, ob ich überhaupt ein Anbot bekomme, ob ich nicht nach Ablauf der drei Monate die Bude zusperren muss. Das war alles nicht klar, und daher nimmt man jeden Strohalm, um hier ein Stück weiter zu kommen. Und einer dieser Strohhalme waren diese Besuche im Zusammenhang ... – Das war nicht ernsthaft, diese Schi-Lösung.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es ist für uns nur deswegen verwunderlich, weil wir die Information bekommen haben, dass an dieser österreichischen Schi-Lösung seit eineinhalb Monaten gearbeitet wurde, in diesem Zug die BAWAG ganz intensiv mit eingebunden war in diesen Besprechungen, auch ein Schriftverkehr darüber besteht, dass die BAWAG mit eingebunden war – und jetzt Ihre Antwort: Sie waren wegen einer österreichischen Schi-Lösung zweimal in Wien, und da war von der BAWAG niemand dabei. Und Sie haben jetzt auch den Herrn Dipl.-Ing. Pierer nicht in den Mund genommen. Daher nehme ich an, dass der auch nicht am Tisch gesessen ist?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich kannte damals Herrn Dipl.-Ing. Pierer nicht; heute kenne ich ihn von Funk und Fernsehen. Ich kann es nicht ausschließen, aber ich glaube, dass dort Schi-Produzenten zusammengesessen sind – und Pierer war kein Schi-Produzent.

Obmannstellvertreter Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll: Die grüne Fraktion, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sagen Sie uns jetzt noch einmal, wer in der ganzen Angelegenheit der Parteifarbe Blau zuzuordnen ist? Habe ich Sie richtig verstanden, dass Herr Rohrmoser auf Grund seines Nicht-Durchdringens beim damaligen Landeshauptmann Katschthaler die Parteifarbe gewechselt hätte? Oder was wollten Sie uns hier erklären?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ob er selber die Parteifarbe gewechselt hat, weiß ich nicht. Ich habe mit ihm über seine Weltanschauungen oder sonstige Farbenlehren

nie gesprochen. Was ich weiß, ist, dass Herr Kommerzialrat Rohrmoser bei der **FPÖ** Hilfe für die Realisierung oder Durchsetzung seiner Vorstellungen gesucht hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zum Kern der Sache. Herr Dr. Vavrovsky, wir bewegen uns jetzt in den Tagesablauf dieses Konkurseröffnungstages hinein. Wie wurden Sie verständigt, dass eine Autofahrt bevorsteht? (*Dr. Vavrovsky: Sicher telefonisch!*) – Wer hat angerufen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War es Dr. Sieber oder eine Sekretärin von Dr. Sieber?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das weiß ich nicht. Ich kann es nicht ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dafür helfe ich Ihnen ja. – Gut. Sie sind angerufen worden. Was ist die Botschaft gewesen bei diesem Telefonat?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es steht die Konkurseröffnung bevor. Es ist der Konkurs über das Privatvermögen des Herrn Kommerzialrates Rohrmoser bereits eröffnet. Wir – oder ich, weiß ich nicht; Dr. Gehmacher und Dr. Sieber, oder nur Dr. Sieber, aber jedenfalls war Dr. Gehmacher dann dabei – fahren nach Altenmarkt. Kommst du mit?, oder: Es wäre gut, wenn du mitkommst! – Weiß ich auch nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Waren Sie damals schon Du-Freunde oder nicht?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Mit dem Dr. Sieber? Selbstverständlich!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay, nur damit ich das weiß. – Sie geben zu Protokoll, als Sie angerufen wurden, sind Sie mit der Botschaft konfrontiert worden: Der Konkurs ist eröffnet!, und auf geht's!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Der Konkurs über das Privatvermögen des Herrn Kommerzialrates Rohrmoser ist eröffnet. Hinsichtlich der Atomic for Sport GmbH gibt es einen Konkurseröffnungsantrag und irgendwelche Zustellungsüberlegungen, die mich nicht interessiert haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist sowieso wichtig, dass wir das auseinanderklauben – letztlich in Ihrem Interesse –: Der Konkurs über das Privatvermögen ist schon eröffnet – Klammer – (gewesen) – Perfekt – (*Dr. Vavrovsky: Ja!*), und zum allfälligen Konkurs „Atomic for Sport“ sei ein Konkursantrag eingebracht.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Eingebracht und der Konkurseröffnungsbeschluss vorbereitet (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*), aber noch nicht als Edikt – damals gab es noch nicht die Ediktsdatei, also als Edikt – aufgehängt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die Mitteilung in diesem Telefonat an Sie hat sich schon darauf bezogen – ich war zu unaufmerksam: Sie haben das ja am Anfang schon erwähnt, glaube ich –, dass Sie davon ausgehen **mussten**, dass Sie als Masseverwalter in Frage kommen oder schon vorgesehen sind?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das wurde mir schon am Donnerstag ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, das war dieser Donnerstag, genau. – Wer hat Sie denn an diesem Donnerstag angerufen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Sicher Herr Dr. Sieber persönlich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie oft sind Sie im Vorfeld als Masseverwalter in Konkursverfahren bestellt worden, vor dem September 1994? (*Dr. Vavrovsky: Ja, selbstverständlich!*) – Immer wieder?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja, immer wieder.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und wie oft davon von Herrn Dr. Sieber?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das habe ich schon beantwortet: Ich weiß es nicht mehr, zirka zweimal im Jahr, durchschnittlich, dann einmal zwei Jahre nicht. Es ist ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe mich jetzt auf das Vorfeld bezogen: Also, da gilt die Aussage genauso?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Im Vorfeld zu Atomic war gar nichts.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist es dann üblich geworden, dass man telefonisch als möglicher Masseverwalter avisiert wird?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das ist nicht nur üblich geworden, sondern das war bei Herrn Dr. Sieber – das ist aber auch beim zweiten Konkursrichter in Salzburg so – immer üblich und ist die Regel, weil erst dadurch ausgeschlossen werden kann, dass es Befangenheiten gibt, dass es Kollisionen gibt, dass die Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, dass der Vorgesehene sagt: Du, ich habe jetzt eine so große oder andere Sachen zu tun, bitte lass mich in Ruhe!

Also, das wird auch in kleineren Konkursen durch die Konkursrichter immer im Vorfeld abgeklärt. Also, der Konkursrichter hat Vorstellungen – ich weiß nicht, das müssen Sie ihn fragen, in welcher Reihenfolge oder wie immer –, und dann telefoniert er ab, bis er den hat, der kann, der will oder den der Konkursrichter will – wie immer.

Wobei ich sagen muss: Da ist Herr Dr. Sieber ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Masseverwalter, wenn Sie von **Üblichkeiten** sprechen: Es ist auch üblich, dass man den Konkursantrag dem Gemeinschuldner zustellt mit der Bitte, innerhalb einer kurzen Frist Stellung zu nehmen, und dann seine Schlüsse zieht. – Ist das nicht auch üblich?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Den Konkurseröffnungsantrag? (*Obmann Dr. Graf: Ja!*) – Ja, das ist durchaus üblich.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist genau in diesem Fall nicht passiert. **Deswegen** diese Fragen!

Das muss man wissen, wenn man von Üblichkeiten spricht: dass das eher unüblich war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt treffen Sie beim vereinbarten Ort ein, wo ein Auto bereitsteht. – Sind Sie bei diesem Telefonat informiert worden, dass Dr. Gehmacher ebenfalls mit von der Partie ist?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß es nicht mehr. – Es kann sein; kann nicht sein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Irgendwann werden Sie es ja bemerkt haben, dass er da ist.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Als ich eingestiegen bin, habe ich es bemerkt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, eh, und dass es sein Auto war. – Ist das auch üblich?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es hat schon öfter gegeben, bei mir zum Beispiel, als der Ausgleich Hallein-Papier AG eröffnet wurde, da bin ich auch mit **Dr. Jaksch**, damals Vertreter der Ausgleichsschuldnerin, und **Dr. Sieber** nach Hallein ins Werk gefahren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nach Eröffnung oder vor Eröffnung?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Eröffnung ist immer – damals – rückwirkend geschehen, aber sicher war da das Ausgleichsverfahren auch ediktmäßig bereits eröffnet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist der kleine Unterschied, nicht? – Wenn Sie das erzählen, bitte auch korrekt zu bleiben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich glaube schon, dass ich mich bemühe, korrekt zu bleiben, Herr Vorsitzender.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, schon, aber gerade in Hallein ist es so gewesen: Da war schon eröffnet – und dann sind Sie hingefahren!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es war auch hier der Privatkonkurs Rohmoser bereits eröffnet, Herr Vorsitzender!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, aber Sie sind nicht zu Rohmoser gefahren, sondern zu **Atomic for Sport**. (*Dr. Vavrovsky: Beides!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau! Darum geht es uns jetzt ja!

Sie haben dort die Frage gestellt: Was ist eigentlich der Status? – Das Telefonat mag ja so gewesen sein, dass noch nicht alles klar war. Also: Was ist eigentlich der Status, wessenthalben wir jetzt in einer Dreier-Konstellation nach Altenmarkt aufbrechen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, in der damaligen Zeit waren die Presse und der Rundfunk jeden Tag früh, mittags und abends voll mit der Causa **Atomic**. Es stand in den Zeitungen: Wird Konkurs eröffnet? Ist nicht mehr möglich? Gehälter können nicht mehr bezahlt werden? Geschäftsführer ist ausgeschieden, hat zurückgelegt! – Alle möglichen Geschichten sind erzählt worden!

Also, ich bin – und ich lese nun einmal Zeitungen und informiere mich über das Tagesgeschehen – da ja nicht völlig ahnungslos gewesen, sondern hatte diese Ahnung schon am Donnerstag, als mich Dr. Sieber angerufen und gefragt hat: Kannst du, geht das?, und hatte das auch am Freitag.

Natürlich wusste ich, dass es um eine Insolvenzeröffnung geht!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber den Medien könnte ja zu entnehmen gewesen sein, dass der Konkurs im formalen Sinn ja bei Gott noch nicht eröffnet war! Und ich habe ja nach dem ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, das ist den Medien nicht zu entnehmen gewesen, sondern das hat mir Herr Dr. Sieber gesagt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, eben: dass er noch nicht eröffnet war! – Aber jetzt ist ja die Frage, was dort besprochen wurde, warum Sie einmal hier zu dritt starten? – Können Sie das dem Ausschuss erklären?

Dass es dringlich war, ist mir schon plausibel, und dass da auch gute Motive dahinter stehen können, ist unbestritten. Die Frage ist nur, was Ihr gemeinsamer Verständigungsaustausch und -stand war, weil das ja ein völlig unüblicher Vorgang ist; darüber müssen wir uns ja nicht länger unterhalten.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Noch einmal: Ich bin nicht von mir aus hingefahren, denn ich wäre von mir aus erst tätig geworden, wenn ich ein Bestellsdekret in der Hand gehabt hätte, und das Bestellsdekret geht erst mit der Eröffnung, auch wenn es rückwirkend ist.

Wenn ich die Aufforderung bekomme oder die Frage bekomme – ich weiß es gar nicht mehr –, und ich weiß, dass es hier – und das weiß jeder Insolvenz-Profi – auf die ersten 36, 48, 100 Stunden ankommt, ob hier etwas gelingt oder nicht, und wir haben den Freitag Mittag, dann nehme ich lieber das in Anspruch, um, wenn es so weit ist, am Wochenende bereits die ersten Schritte setzen zu können.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Okay. – Jetzt sitzen Sie also im Auto und gehen geistig Ihre „To-do-Liste“ durch, wie Sie das beschrieben haben: first, second und so weiter. Das heißt, Sie mussten ja schon davon ausgehen, dass es ein Konkurs-Edikt geben wird. – Haben Sie das Herrn Dr. Sieber gefragt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Er hat ja gesagt: Der Konkurseröffnungsbeschluss ist fertig, er ist noch nicht ediktiert!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Weil was dazu gefehlt hat?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß es nicht! Ich nehme an, eine ... – Er braucht keine Zustimmung, aber er wollte ... – Herr Dr. Sieber ist ja auch einer, der sich nicht unbedingt nur den Ärger einhandelt, wie er ihn sich hier durchaus eingehandelt hat, und hat natürlich auch ein Interesse daran, zu sagen: Wenn ein Dritt-Antrag, also ein Gläubigerantrag kommt, dass der Schuldner sagt: Na ja, ich sehe das ein, dass das keinen Sinn mehr hat, ich nehme das zur Kenntnis!

Jedenfalls muss es der Gemeinschuldnerin zugestellt werden, und diese Zustellung war ja ein bisschen schwierig, weil Kommerzialrat Rohrmoser die Geschäftsführung zurückgelegt hatte, aber noch nicht im Firmenbuch zurückgelegt. Der Herr Schrempf hatte die Geschäftsführung zurückgelegt, aber noch nicht im Firmenbuch zurückgelegt. Wittmann wurde durch Kommerzialrat Rohrmoser bestellt, aber noch nicht im Firmenbuch eingetragen.

Pilotto sollte Einzelprokurist werden, war schon Gesamtprokurist, ja schon vorher. Aber ich habe mich damit nicht beschäftigt, das war nicht meine Aufgabe.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt nehmen Sie das „Taxi-Service“ des BAWAG-Anwaltes in Anspruch. – Was haben Sie sich da gedacht?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, gar nichts! Es ist mir völlig gleich, wie ich die 50 Kilometer oder 40 Kilometer zwischen Salzburg und Altenmarkt zurücklege. Ich kann selbst Auto fahren, ich habe ein Auto; das ist mir überhaupt kein Thema.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Heute, in Zeiten des Klimaschutzes, wäre das alles sehr loblich, aber ich mein etwas anderes: Hatte Ihnen Herr Dr. Sieber oder die ominöse Stelle des Telefonats schon mitgeteilt, dass Herr Dr. Gehmacher da mitfährt? Irgendwann einmal müssen Sie das doch registriert und sich irgendetwas dabei gedacht haben!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß es nicht mehr, ob ich Herrn Dr. Gehmacher erst, als er die Wagentür aufgemacht hat, gesehen habe. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist ja nicht mehr die Frage, die Frage ist, dass der Umstand erkennbar war, dass der Hauptgläubiger – jetzt hätte ich fast gesagt: sozusagen mit im Boot ist – nicht nur im Taxi ist, sondern dass er sogar selber Taxi fährt. Jetzt kürzen wir das ab.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß gar nicht, ob Gehmacher selber gefahren ist oder ob er da irgendeinen Fahrer hatte. Nicht einmal das weiß ich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich sage eh: **Service**. – Jetzt kommen Sie in Altenmarkt an. Was ist als erstes geschehen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe einmal geschaut, wen ich treffe, der mir überhaupt irgendwas erzählen kann. Und ich habe irgendjemanden getroffen und habe ihn einmal um ein Organigramm gebeten. Das habe ich dann nach ein paar Minuten auch bekommen, und dann habe ich versucht, mit den Leuten zu telefonieren. Ich habe den Herrn Schrempf angerufen, weil der zu Hause war, das wurde mir gesagt, und ich habe den Herrn Miller angerufen. Die Finanzabteilung war dort. Die Buchhaltung war in Wagrain. Also nach Wagrain bin ich nicht gefahren, ich war nur in Altenmarkt. Und irgendwann bin ich halt, weil da ein bisschen was los war, nachdem das Büro ziemlich verwaist war, in der Produktion gelandet. Dann bin ich halt da durchgegangen und habe mir angeschaut, was da Sache ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wann und wo und in welchem Zustand haben Sie auf Ihrer Expedition Herrn Pilotto dort vorgefunden?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich kannte Herrn Pilotto damals nicht. Ich wusste nicht ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja eh nicht, aber irgendwann! Es ist bekannt, dass der dort irgendwann aufgetaucht ist.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß nicht, ob ich den dort gesehen habe, denn ich war nicht an einer Autowand oder an einem Autodach, das alles war mir völlig nebensächlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zunächst zur „FPÖ Verschwörung“.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich sagte **nicht** „Verschwörung“.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dr. Vranitzky wurde auch befasst, wissen wir heute.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, der ist auch ein Blauer, ich weiß. – Ist es richtig, dass Sie beim **CV Rheno-Juvavia** sind?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Masser junior ist ebenfalls CVer, ein Kartellbruder von Ihnen. – Ist das eine „blaue Verschwörung“?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß nicht, ob Herr Mag. Masser ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Austria Wien! Ich sage es Ihnen gleich.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich ausreden? – Ich habe einmal nachgeschaut, da gibt es ja Verzeichnisse, das wissen Sie, so ähnlich wie bei Ihnen auch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe gleich nachgeschaut. Was da alles an „blauer Verschwörung“ im CV Verzeichnis drinnen ist, das ist beeindruckend, ich bin ganz weg.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich antworten? (*Abg. Mag. Stadler: Bitte!*) – Ich glaube nicht, dass Mag. Masser CVer ist; ich **weiß**, dass Dr. Werner Masser CVer ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er ist Austria Wien! Ich kann es Ihnen vorhalten, wenn Sie wollen. Also beide: der Vater ein CVer, der junge ein CVer, also Teil der „FPÖ-Verschwörung“. Der langjährige ÖVP-Vizebürgermeister Rohmoser Teil der „FPÖ-Verschwörung“.

Der Herr Pierer, ist der Freiheitlicher? (*Dr. Vavrovsky: Weiß ich nicht!*) – Ich auch nicht.

Der Herr Dr. Rubatscher, ist der Freiheitlicher? (*Dr. Vavrovsky: Weiß ich nicht!*) – Ich auch nicht.

Der Dr. Fuchshuber, war der Freiheitlicher? (*Dr. Vavrovsky: Ja, das weiß ich!*) – Der war wirklich Freiheitlicher? (*Dr. Vavrovsky: Ja!*) – Sehen Sie, ich habe es nicht gewusst. Er ist leider schon gestorben, den können wir nicht mehr fragen.

Der Dr. Sieber, Staatsanwalt aus Innsbruck, ist der Freiheitlicher?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Der Dr. Sieber ist kein Staatsanwalt aus Innsbruck.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Pardon, Herr Dr. Spitzer. (*Dr. Vavrovsky: Weiß ich nicht!*) – Ich weiß es auch nicht.

Der Herr Chefinspektor Mayer, war der Freiheitlicher? (*Dr. Vavrovsky: Das weiß ich auch nicht!*) – Sehen Sie, so ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich glaube, er war sogar ÖVP-ler.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): ÖVPLer? – Sehen Sie, so schillernd ist die „FPÖ-Verschörung“ zustande gekommen.

Ich sage Ihnen nur: Bei dem Prüfverfahren, das ich in der Staatsanwaltschaft durchgeführt habe, stehe ich zu jedem Satz dieses Prüfverfahrens.

Wissen Sie was der Hauptgegenstand dieses Prüfverfahrens war?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das haben Sie mir verschiedentlich erklärt. Zuletzt war es die Tätigkeit von Staatsanwaltschaften.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben schon wieder sofort ins Blaue getroffen! Genau das war der Gegenstand des Prüfverfahrens – und etwas anderes hat die Volksanwaltschaft gar nicht geprüft. Und ich bin stolz darauf, kurz vor dem Ableben des Kommerzialrates Rohmoser es noch fertig gebracht zu haben, dass man das langjährige, über zehn Jahre dauernde Strafverfahren, er hätte 100 000 Paar Schier gestohlen, doch noch eingestellt hat, bevor er gestorben ist – übrigens zerbrochen an diesen ganzen Vorgängen.

Nun frage ich Sie etwas anderes, Herr Dr. Vavrovsky. Ich lese Ihnen vor aus einem Gutachten des Professor Krejci. Kennen Sie dieses Gutachten vom 4. Jänner 2002.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Wissen Sie, dass Herr Professor Krejci dieses Gutachten zurückgezogen hat?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darauf kommen wir gleich zu sprechen. Ich lese Ihnen den Inhalt vor. Kennen Sie die wesentlichen Aussagen? (*Dr. Vavrovsky: Im Wesentlichen ja!*) Ich lese sie dem Ausschuss trotzdem noch einmal vor – ich zitiere –:

„Insgesamt ist festzuhalten, dass der Konkurs über das Vermögen der Atomic for Sport GmbH eine bemerkenswerte Reihe aufklärungsbedürftiger Umstände und Ereignisse enthält, die eine möglichst umgehende Prüfung erfordern.

Diese Prüfung sollte daher nicht erst im Zuge der Schlussabrechnung des Masseverwalters, sondern ohne Aufschub durchgeführt werden. Denn nur auf diese Weise kann rechtzeitig erwiesen werden, ob die bisherige Gestion das erforderliche Vertrauen ihrer Fortführung durch die bisher beteiligten Personen verdient.

Ohne eine derartige Prüfung sprechen zumindest angesichts des derzeitigen Eindrucks, den man aus den bisher vorgetragenen Sachverhaltselementen insbesondere auch im Hinblick auf das bemerkenswerte Zusammentreffen einer ganzen Reihe von Ungereimtheiten gewinnt, erhebliche Verdachtsmomente für privatrechtliche Rechtswidrigkeiten, die wohl auch für die Erwägungen strafrechtlicher Art von Bedeutung sein können.“ – Ende des Zitats.

Das ist angesichts der bekannt vorsichtigen Formulierungskunst des Professors Krejci doch erheblich!

Stimmt es, dass Sie Herrn Professor Krejci mit Klage bedroht haben?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein. Ich habe mit Herrn Professor Krejci überhaupt keinen Kontakt gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie Kenntnis davon, dass Herr Dr. Sieber Herrn Professor Krejci mit Klage bedroht hat, wenn er das aufrechterhält?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das würde er mir, nehme ich an, erzählt haben – und er hat es mir *nicht* erzählt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir werden unter Umständen vielleicht noch Herrn Professor Krejci hier laden, um ihn zu seinem Gutachten Stellung nehmen zu lassen. Dann können wir das auch klären.

Das heißt, Sie halten fest, Sie haben Herrn Dr. Krejci *nicht* ersucht, dieses Gutachten zurückzunehmen, und ihn insbesondere nicht mit Klage bedroht. – Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe Herrn Dr. Krejci *nicht* ersucht, dieses Gutachten zurückzunehmen. Ich halte dieses Gutachten für ein völlig falsches Gutachten auf Grund von falsch vorgetragenen Sachverhalten – er schreibt das ja auch wortwörtlich – und habe das in einer Auseinandersetzung außerhalb der Person des Professors Krejci .. – Das Gutachten vom Herrn Professor Krejci wurde vom Herrn Dr. Masser in irgendeinem dieser 52 Verfahren vorgelegt, und ich habe dazu Stellung genommen und habe gesagt, dass das hinten und vorne nicht stimmt. Und ich weiß nicht, wie diese meine Stellungnahme – dazu wird es auch eine Stellungnahme, nehme ich an, von der BAWAG gegeben haben, das weiß ich aber nicht – Herrn Dr. Krejci zur Kenntnis gelangt ist, worauf er dieses Gutachten zurückgezogen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kenne die Zurückziehung nicht, ich kenne insbesondere die Motive nicht, aber ich habe bisher die Gutachten des Professors Dr. Krejci immer sehr ernst genommen. Ich nehme nicht an, dass er wiederum nur in die „blaue Verschwörung“ hineingutachtet. Herr Dr. Krejci – das kann ich übrigens gleich sagen – ist kein Blauer!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich kann Ihnen die Begründung des Herrn Dr. Krejci für die Zurückziehung – die ist dann nicht an mich gegangen, aber mir letztlich zugekommen – durchaus geben, ich müsste sie nur suchen, wo er sehr wohl davon spricht, dass der Gutachtensauftrag etwas ganz anderes war, das nur für den internen Gebrauch bestimmt war, und und und.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist ja etwas anderes, das muss ja noch nicht heißen, dass es falsch sei.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Er hat es zurückgezogen! Also, wenn einer das zurückzieht, dann glaubt er es wohl nicht mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein, das ist jetzt ein Schluss, den **Sie** ziehen. Stellen wir fest: Herr Professor Krejci ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es kann ja sein, dass er Angst hatte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das war der Punkt! Herr Professor Krejci hat nur gesagt, dass mit ihm nicht abgesprochen sei, dass dieses Gutachten veröffentlicht werde. Er hat aber nicht gesagt, dass seine Gutachtenserwägungen falsch seien.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja, aber Sie sagten doch soeben, Sie kennen seine Zurückziehung gar nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich kenne nur die Argumentation, die zu seiner angeblichen Zurückziehung geführt hätte. Es wird übrigens dort auch gesagt, dass er mit einer Klage bedroht worden sei. Und Sie sagen, er sei nicht mit Klage bedroht worden.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich sagte, er sei *von mir* nicht mit Klage bedroht werden! (*Abg. Mag. Stadler: Ach so!*) – Das haben Sie *mich* auch gefragt!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist Herr Professor Krejci von jemand anderem wegen seines Gutachtens mit einer Klage bedroht worden?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir werden das noch herausfinden. – Professor Krejci spricht jedenfalls davon, dass er aus diesem Grund mit der Veröffentlichung nicht einverstanden war. Er hat keinen Satz zurückgenommen, er war nur mit der **Veröffentlichung** nicht einverstanden.

Nun gehen wir zurück zu diesen kuriosen Vorgängen – ich würde nicht sagen: krausen Vorgängen – am 16.9.1994 in Altenmarkt.

Es wird in einem Aktenvermerk der Mitarbeiter des Dr. Sieber festgehalten, dass um 12.45 Uhr mit Telefax Herr Wittmann angeblich seine Zustimmung zur Konkurseröffnung erteilt habe. – Ist Ihnen das mitgeteilt worden?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das kann sein, das halte ich sogar für wahrscheinlich, weiß ich aber nicht sicher.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine Auskunftsperson hat hier im Ausschuss unter Wahrheitspflicht gesagt, dass ihm Herr Wittmann mitgeteilt habe, dass er von Ihnen unter Druck gesetzt worden sei, diese Zustimmung zu geben. – Ist das richtig? (*Dr. Vavrovsky: Von mir?*) – Ja.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich hatte mit Herrn Wittmann am 16.9.1994 mit Sicherheit überhaupt keinen Kontakt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und davor?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Überhaupt nicht, ich kannte ihn nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir wollen es nur überprüfen. Es ist hier ausgesagt worden, Sie seien das gewesen, der Masseverwalter sei es gewesen. – Wir werden dann herausfinden, wer es war.

Sie haben mit Herrn Wittmann keinen Kontakt gehabt: weder am 16.9. noch davor?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Mit Herrn Wittmann hatte ich keinen Kontakt am 16.9; sicher am Montag danach, weil ich da wusste, dass er der neue Geschäftsführer ist. Aber sicher **nicht** am 16.9.!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und davor auch nicht.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Davor mit ganzer Sicherheit nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir halten es nur fest, weil, wie gesagt, ihn irgendjemand unter Druck gesetzt zu haben scheint. Es wurde gesagt, der Masseverwalter. Jetzt haben wir geklärt, dass Sie das nicht waren. – Es hätte mich auch gewundert, dass Sie über die BAWAG-Kredite des Herrn Wittmann Bescheid gewusst hätten.

Es hatte der ehemalige Justizminister und langjährige Rechtsanwalt Böhmendorfer gesagt, dass er bei folgender Konstellation mit Sicherheit einen Befangenheitsantrag eingebracht hätte:

Sieber und Masseverwalter Vavrovsky – langjährige Freunde, Rechtsvertretungen.

Sieber und Masseverwalter Honsig-Erlenburg wohnen im gleichen Haus; geht in dessen Kanzlei aus und ein.

Sieber und Gehmacher – Freunde aus der Pfadfindergruppe.

Sieber und Maschke – Taufpate der Kinder des Maschke.

Sieber und BAWAG – nimmt an Verhandlungen teil, reist auf Kosten der BAWAG mit einem Flugzeug nach Wien und verhandelt auch noch einen Zinsvorteil für die Masse, wie uns der Herr Dr. Gehmacher hier eindrucksvoll geschildert hat. Sieber ruft sogar zur Wahrung des Rufes der BAWAG beim Herrn Rubatscher an und empört sich, wie er über die BAWAG schlecht reden kann.

Bei dieser ganzen Konstellation würden Sie als Anwalt gegen so einen Richter nicht einen Befangenheitsantrag einbringen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, Rechtsvertretungen – darf ich erinnern – erst lange nach Konkurseröffnung, nicht im Jahre 1994. Die anderen Dinge ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe Sie nur gefragt, ob Sie gegen so einen Richter nicht einen Befangenheitsantrag einbringen würden.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das hängt davon ab, welchen Auftrag ich habe und welche Chancen der Durchsetzung ich dann sehe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nehmen wir an, Sie haben den Auftrag, Ihre Klienten optimal zu vertreten. – Würden Sie dann einen Befangenheitsantrag gegen so einen Richter einbringen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich kann mich mit Ihnen schlecht darüber unterhalten, was unter **optimaler Vertretung** zu verstehen ist. Das müssen Sie **mir** überlassen. Manchmal ist optimale Vertretung, das zu tun, was der Klient will. Manchmal ist optimale Vertretung, den Klienten zu **überzeugen**, dass das, was er will, gerade **nicht gut** ist, und er etwas anderes wollen sollte. – Entscheiden tut aber immer der Klient!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Glauben Sie, dass es für Herrn Rohmoser gut war, dass diese Konstellation auf der anderen Seite zwischen Masseverwalter, Konkursrichter und BAWAG-Vertreter vorhanden war?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Mag. Stadler, ich dachte, ich werde hier nur über **Feststellungen** befragt. Wenn ich aber darüber befragt werde, was ich mir **denke**, und wenn ich das sagen soll, dann sage ich Ihnen, dass bei der Härte, die durch den Herrn Kommerzialrat Rohmoser und vor allem durch seine Vertreter gegen Herrn Dr. Sieber erbracht wurde, mir die Objektivität der Konkursabwicklung durch Herrn Dr. Sieber **musterhaft** erscheint, wie im Übrigen viele Instanzen in ihren Entscheidungen auch bestätigt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es üblich, dass der Vertreter des fast Alleingläubigers BAWAG – ich zitiere jetzt Sie hier, das ist Ihre eigene Wortwahl gewesen –, der Herr Dr. Gehmacher, den Herrn Gemeinschuldner zu einer Erklärung zwingt, die nicht nur den Konkursrichter von jeder Schadenersatzforderung freistellt, sondern Sie als Masseverwalter? – Ist Ihnen so etwas schon einmal untergekommen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: So etwas ist mir noch nicht untergekommen. Mir ist allerdings auch noch nicht untergekommen, dass jemand einfach wirklich alle Entscheidungen, die ein Konkurskommissär oder Konkursrichter trifft, durch Rechtsmittel und nicht nur durch Rechtsmittel, sondern **Strafanzeigen** und Ähnliches bekämpft.

Darf ich kurz zu der Frage, zur de facto Alleingläubigerin Stellung nehmen? – Auch wenn ich es gesagt habe, es haben 990 Gläubiger, davon 712 Dienstnehmer Forderungen von insgesamt 2 094 000 000 angemeldet. Die BAWAG hat am 10.11.1994 einschließlich aller Hypotheken, Zessionen, Mithaftungen, gesicherter Forderungen und Eventualforderungen 1 528 429 000 S angemeldet. Das sind 73 Prozent der Gesamtforderungsanmeldungen. Auf die 989 Nicht-BAWAG-Gläubiger entfielen angemeldete Forderungen von 371 550 000 S. – Die Wertung dieser Zahlen obliegt Ihnen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie viele von diesen Nicht-BAWAG-Gläubigern waren nicht Arbeitnehmer?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das sagte ich schon. Von diesen 989 Nicht-BAWAG-Gläubigern waren 712 Dienstnehmer.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie viel bleibt dann in Summe an Forderungen der anderen Gläubiger übrig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das ist eine leichte Rechnung, die ich gerne für Sie anstelle. – 277! (*Obmann Dr. Graf: 278!*) – Nein, 990 weniger ... (*Obmann Dr. Martin Graf: ... weniger 712 ist 278 und nicht 277!*) – 989 minus 712 ist 277.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In Ihrer eigenen Unterlage stehen 990.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Na ja, minus eins, BAWAG. (*Obmann Dr. Graf: Aha! Gut.*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Diese 277 Gläubiger haben in Summe wie viel an Konkursforderung angemeldet, damit wir eine Relation haben?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich Ihnen das kurz zusammenfassend mitteilen? – Ich habe es jetzt nicht nach den Forderungsanmeldungen, sondern nach den anerkannten Forderungen herausgesucht, weil ich ausgedrückt habe die Verteilungs ... (*Abg. Mag. Stadler: Noch lieber!*)

Die Schlussverteilung treffen Banken 76 703 614 € – Das waren natürlich Euro. – Davon war die BAWAG 69 572 059,04.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie viel war der Insolvenzfonds?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Moment, bitte! (*Die Auskunftsperson blättert in Unterlagen.*)

Die Berater – also Liebscher, Edelsbacher, Balmer, Etienne, Stöckl – waren 527 427 €. Die Gebietskrankenkasse war 570 000 €. Koflach Sport war 2 375 000 €. (*Abg. Mag. Stadler: Ein Tochterunternehmen!*) Und die Dienstnehmer waren – an den Fonds abgetreten; nicht zur Gänze, weil manche es überschritten haben – 7 256 470 €.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sodass im Endeffekt über 90 Prozent der Forderungen von der BAWAG kamen. Ist das richtig? (*Dr. Vavrovsky: Nein!*) – Die BAWAG hat einige Forderungen aufgekauft.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja. Aber das hat ja damit nichts zu tun.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Massekosten (*Dr. Vavrovsky: Nein, das sind nicht Massekosten!*) sprich die Berater oder die Masseverwalter und Ähnliches (*Dr. Vavrovsky: Nein, nein, nein!*), die sind nicht dabei. (*Dr. Vavrovsky: Die sind nicht dabei!*), sondern die Gutachtenskosten und das alles.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein! Das sind die **Beratungskosten**, die als Konkursforderungen für Leistungen bis zur Konkurseröffnung anmeldet wurden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auf welchen Betrag beliefen sich denn die Massekosten, also die Gerichtskosten und die Kosten für den Masseverwalter?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die gerichtliche Pauschalgebühr betrug 258 626 €. Die Entlohnungsansprüche des Masseverwalters betragen 1,694 790,64 €.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das betrug die Firmeninsolvenz. Und im Zwangsausgleich?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das weiß ich nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es sind aber sicherlich auch Masseverwalterkosten angelaufen. Das war ja gar nicht so wenig! Ich kann mich erinnern, dass Sie ganz am Anfang Ihrer Anhörung Dkfm. Pierer Eigeninteressen vorgeworfen haben, weil er für die Geschäftsführung 36 000 S im Monat haben wollte. Das haben Sie relativ empört gesagt. Ich meine, dass er aber gegen den Masseverwalter als Geschäftsführer echt eine Okkasion beziehungsweise Mezzie war!

Für wie lange war der Bezug des Masseverwalters?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Für zwölf Jahre. Die Verwertung war abgeschlossen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sind da auch die Honorare, die Sie für Unternehmensverkäufe, Kaufverträge und so weiter verrechnet haben, mit inkludiert? (*Dr. Vavrovsky: Ja!*) – Das ist alles in allem?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Außer den Kosten, die Herr Kommerzialrat Rohmoser noch für verlorene Prozesse bezahlt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist eine angenehme Begleiterscheinung. Aber im Großen und Ganzen war das Ihr Honoraranspruch.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich darf feststellen, dass dieses Honorar erstens ein gesetzliches Honorar ist, es wurde also vom Gesetzgebers festgesetzt. Zweitens wurde es durch das Gericht bestimmt. Drittens ist es, obwohl nur eine Instanz zulässig ist, durch zwei Instanzen gegangen, weil Herr Kommerzialrat Rohmoser beide Instanzen in Anspruch genommen hat. Dieses Honorar wurde nach meiner Erinnerung im Frühjahr 2005 bestimmt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nun kommen wir zum so genannten Ein-Schilling-Konsortium. Dieses Ein-Schilling-Konsortium ist zu unterscheiden von der Treuhandlösung, die Herr Pierer auf die Beine gestellt hat. – Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein. Das ist das Gleiche

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, dieses Ein-Schilling-Konsortium ist Pierer?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Dieses Ein-Schilling-Konsortium sind Treuhänder oder Herrn Pierer nahe stehende Personen. Ich habe das heute schon gesagt: Es sind Herr Dr. Dieter Mandl, Herr Dr. Bertram Maschke und Herr Dr. Ernst Chalupsky.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, das einzige Angebot, das uns vorliegt, ist jenes, das am Tag vor der Konkurseröffnung an die BAWAG gerichtet wurde und mit dem ihr angeboten wurde, das Unternehmen um einen Schilling zu kaufen. Ist Ihnen dieses Angebot bekannt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Dieses Angebot ist bekannt. Ich darf nochmals darauf verweisen, dass Herr Dr. Liebscher schon rund ein halbes Jahr vor Konkurseröffnung, die am 16. September erfolgte, in einem Schreiben vom Mai 1994 erwähnte, dass die BAWAG unverbindlich erklärt hat, dass sie bereit oder daran interessiert ist, die Geschäftsanteile des Herrn Kommerzialrat Rohrmoser um einen Schilling zu übernehmen und Herrn Kommerzialrat Rohrmoser im Gegenzug dazu von allen Haftungen freizustellen und ihm sein Privatvermögen haftfrei zu stellen.

Dazu gibt es dann noch dieses Ein-Schilling-Anbot unmittelbar vor Konkurseröffnung und einen Aktenvermerk vom 2. September.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wollte nur, dass das auseinandergehalten wird! Wir reden also nicht von diesem Angebot, das an die Kanzlei Preslmayr und Gehmacher gerichtet wurde, sondern auch das rund um Pierer wird von Ihnen Ein-Schilling-Konsortium genannt.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das sind ganz verschiedene Dinge.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wollte nur, dass der Ausschuss das sauber auseinander halten kann.

Herr Pierer hat heute sogar einen Schriftverkehr hier gelassen, der belegt, dass die BAWAG schon monatelang vorher in diese Verhandlungen mit eingebunden war und dass es am Tag der Konkurseröffnung ein bereits anberaumtes Treffen gab. All das war mit dem Bundeskanzler zur Erzielung einer österreichischen Schilösung akkordiert. Herr Beppo Mauhart und Herr Professor Mandl waren jeweils mit ihrem Auto zu diesem Treffen unterwegs, und beide wurden auf der Fahrt von Elsner angerufen, der ihnen mitteilte, dass sie die Geschichte vergessen können, weil der Konkursantrag eingebracht sei. – Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das höre ich heute das erste Mal von Ihnen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gibt einen umfangreichen Schriftverkehr, den Sie aus der Firma kennen müssen, woraus ersichtlich ist, dass die BAWAG schon monatelang von dieser Treuhandlösung wusste. Ist Ihnen der Schriftverkehr bekannt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich wehre mich gegen Ihren Vorhalt, dass ich als Masseverwalter jedes Schriftstück eines Unternehmens, das Milliarden umsetzt und das Milliarden Bilanzsummen sowie 700 Dienstnehmer hat, in allen Punkten kenne.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das habe ich nicht behauptet. Darum frage ich Sie danach!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Sie haben diesen Vorhalt gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe nicht gesagt, **dass** Sie es kennen, ich fragte Sie, **ob** Sie es kennen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, ich kenne es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie kennen es nicht. Sie kennen nur die Schriftstücke, die Sie uns heute vorgelegt haben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, ich kenne darüber hinaus noch viele Schriftstücke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Deswegen habe ich auch die Frage an Sie gerichtet, ob Sie diesen Schriftverkehr kennen. Er liegt dem Ausschuss mittlerweile vor, und daraus geht hervor, dass die Fama, dass hinter dem Rücken der BAWAG eine Treuhandlösung konstruiert wurde, unhaltbar ist. Vor dem Hintergrund des uns vorliegenden Schriftverkehr ist das unhaltbar.

Haben Sie gewusst, dass die BAWAG bereits seit Jahren, zumindest aber zwei Jahre vor Konkurseröffnung, dauernd mit Prüfern im Unternehmen war?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß, dass teilweise Prüfer dort waren. Ich habe ja selbst einen vorgefunden – das habe ich Ihnen schon gesagt –, den ich im Übrigen gleich hinaus expediert habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, dass keine einzige Überweisung mehr stattgefunden hat, ohne dass die BAWAG zustimmte?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Knapp vor Konkurseröffnung war das so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war nicht nur knapp davor so, sondern bereits *seit Monaten*, mindestens seit der GmbH-Errichtung: Alle nennenswerten Überweisungen bekamen die Zustimmung der BAWAG

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Fragezeit ist in dieser Runde leider schon vorbei. Ich komme auf diese Frage in der nächsten Runde zurück.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Dr. Vavrovsky, Sie haben vorhin gesagt, dass Dr. Edelsbacher als Steuerberater von Ihnen beauftragt wurde.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Kanzlei Edelsbacher war die Steuerberatungskanzlei von Kommerzialrat Rohmoser.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist mir schon klar. Aber er wurde von Ihnen beauftragt, eine Bilanz zu erstellen, die auch maßgeblichen Einfluss auf Ihre Einschätzung hinsichtlich der Unternehmenskennzahlen hatte.

Sagt Ihnen der Name Mag. Walter Ilgner etwas?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe Mag. Walter Ilgner nie gesehen, ich habe ihn nur einmal angerufen und gesagt, dass ich mit ihm reden möchte. Er hat das aber mit der Begründung abgelehnt, dass er nicht mehr im Unternehmen ist. Ich wusste aber ziemlich schnell, dass Herr Mag. Ilgner Leiter des Finanzwesens war und – wenn ich mich recht erinnere – im Frühjahr 1994 auf eigenen Wunsch aus dem Unternehmen ausgeschieden ist und seine Position nicht nachbesetzt wurde.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Mag. Ilgner war schon bei uns und hat gesagt, dass die BAWAG die Bilanzen bestimmt, die Bewertungen vorgenommen und sich das gesamte Finanzwesen des Unternehmens nach ihren Vorstellungen entwickelt habe. Die BAWAG habe auch Steuerberater Edelsbacher für die Bilanzerstellung bestimmt.

Ilgner sagt wortwörtlich: „Es sind abenteuerliche Maßnahmen gewesen, die mit einer ordnungsgemäßen Buchführung in keinsten Weise zusammenhängen. Es ist absolut absurd: Diese Bilanz ist dann auch noch von Herrn Edelsbacher mit einem Testat unterschrieben worden. Das war für mich der reine Wahnsinn. Ich habe mir gedacht:

Das kann ja nicht sein, dass die BAWAG die Bilanzen diktiert und der Steuerberater das hinnimmt und unterschreibt.“

Weiters sagt er, dass die einzelnen Töchterunternehmen bewertet wurden, beispielsweise die Dynamic-Tochter mit 30 – 40 Millionen Verlust. Man habe dann gesagt: Das schieben wir in das Privatvermögen des Herrn Rohmoser. Das passt uns da nicht hinein! Igner spricht von abenteuerlichen Sachen und von Bilanzerstellungen, die er in dieser Art und Weise noch nicht gekannt hat.

Ist das derselbe Dr. Edelsbacher, mit dem Sie kooperiert haben, um sich ein Unternehmensbild zu machen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Abgeordneter, ich höre all das heute zum ersten Mal! Mir wurde das im Unternehmen nicht so transportiert. Das würde ja auch den gesetzlichen Voraussetzungen nicht entsprechen, denn eine Bilanz macht nicht die kreditierende Bank, sondern die **Geschäftsführung**.

Ich habe Herrn Dr. Edelsbacher nicht mit der Erstellung des Status beauftragt, sondern ich habe ihn den Entwurf einer Bilanz zum 31. 3. 1994 fertig stellen lassen. Und wenn die BAWAG mit Herrn Dr. Edelsbacher in der Zeit davor schon so umgegangen war, wovon mir nichts bekannt war, dann hätte er ja wirklich die Möglichkeit gehabt, mir das nach meiner Bestellung zum Masseverwalter zu sagen, denn er haftet ja auch dafür, wenn die Bilanz oder die Entwürfe in diesen oder jenen Punkten nicht stimmen. Er hat aber nichts gesagt, sondern er hat diesen Entwurf fortgeschrieben, bis er halt zu der Bilanz geführt hat, die dann durch mich unterschrieben wurde.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Im Grunde genommen ist das eine Bilanz, die nach den Vorstellungen des Schuldners erstellt wurde. Ich wollte von Ihnen ja nur wissen, ob Sie von diesen Einflüssen gewusst haben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein. Ich habe davon nichts gewusst.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Haben Sie gewusst, dass die BAWAG die Bilanz diktiert hat, die letztlich vom Steuerberater Edelsbacher unterschrieben wurde? Hat die KPMG diese Bilanz für ihre Unternehmensbewertung herangezogen? (*Dr. Vavrovsky: Nein!*) – Hat sie eine eigene erstellt? (*Dr. Vavrovsky: Ja!*)

Verstehen Sie die Situation, vor der wir stehen: Erst schreibt die BAWAG dem Steuerberater vor, was er in die Bilanz hineinzuschreiben und wie er die Bewertungen vorzunehmen hat. Dann bestellen Sie die KPMG, die wiederum in einem leichten Abhängigkeitsverhältnis zur BAWAG hinsichtlich dessen steht, was in diesem Gutachten zu stehen hat. Wie sollen wir uns da ein objektives Bild davon machen, dass alles rechtens war, was da gelaufen ist?!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich darf Ihnen sagen: Was vorher war, weiß ich nicht. Ich bin aber ganz sicher, dass der Status von der KPMG nach bestem Wissen und Gewissen richtig erstellt wurde und ein Bild des Unternehmens im Zeitpunkt der Konkurseröffnung wiedergibt. Im Übrigen ist ein Status klarerweise wahnsinnig wichtig für den Verkauf des Unternehmens, er ist aber nicht das allein Entscheidende; dann finden auch die Zukunftsaussichten und die Soft Facts ihren Niederschlag.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Haben Sie die Edelsbacher-Bilanz mit der KPMG-Bewertung verglichen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Damit wäre ich überfordert gewesen. Dazwischen lagen erstens wieder sechs Monate, nämlich der Zeitraum von 31. 3. bis zum 16. 9., und zweitens muss ich mich auf eine solche Bewertung verlassen können. Außerdem hatte ich viel zu viel zu tun. Ich habe das Ganze auf Plausibilität geprüft, und diese

Plausibilitätsprüfung hat mir keinen Anlass gegeben, daran zu zweifeln, und das ist meine Aufgabe als Masseverwalter.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber die Konzernbilanz mit dem Abgang lag ja am 12. August 1994 vor. (Dr. Vavrovsky: Ja!)

Ein anderes Thema, die Geschichte mit diesen 84 Millionen, die über die Firma Koflach durch die Euro Rail Invest, also eine der zwei Dublin-Töchter, gelaufen ist. – Sind Sie darüber in Kenntnis gesetzt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Erstens war Koflach nicht im Konkurs. Ich war Masseverwalter der **Atomic for Sport GmbH**. Koflach wurde durch Wittmann völlig **going concern** weitergeführt. Mit der Finanzierung von Koflach hatte ich nichts zu tun. Ich habe von der BAWAG gehört, dass Koflach auch überschuldet sind, und der Beteiligungsansatz wurde auf einen Schilling heruntergeschrieben, aber man wollte nicht, dass Koflach auch in Konkurs geht. Es wurde kein Konkursöffnungsantrag gestellt, weder vom Unternehmen noch von den Gläubigern. Ich hatte damit überhaupt nichts zu tun.

Ich bin das erste Mal auf die Firma Euro Rail gestoßen – wobei das für mich eine Firma in Dublin war, und es gibt auf der ganzen Welt Firmen –, als ich die Forderungsprüfung der BAWAG vor der Prüfungstagsatzung im November 1994 durchgeführt habe, weil die Euro Rail eine Forderung von 14 Millionen Schilling an die BAWAG verkauft hat und die BAWAG diese 14 Millionen Schilling noch vor Konkursöffnung an Euro Rail bezahlt hat und daher in der Forderungsanmeldung der BAWAG auch diese 14 Millionen Schilling aufschienen. Ich habe mich dann erkundigt, wie sich das verhält, und da wurde mir mitgeteilt, dass das ein Factoring sei. Ich habe mich dann weiter erkundigt, und schließlich wurde mir eine Rahmenvereinbarung vom Dezember 1993 vorgelegt, abgeschlossen zwischen Koflach und Atomic einerseits und Euro Rail andererseits, dreimal unterfertigt durch Kommerzialrat Rohmoser und Euro Rail, für mich unleserlich. Nach dieser Vereinbarung konnten sowohl Koflach als auch Atomic an Euro Rail im Wege eines Factorings Forderungen nach Maßgabe der Wahl von Euro Rail verkaufen. Die BAWAG sollte die Gestion haben und ein Prozent für Gestionsgebühr bekommen und nach 90 Tagen nach Fälligkeit, wenn es nicht bezahlt ist, wieder rückbelastet werden, wobei ein Zinssatz von 8,75 Prozent vereinbart war.

Das ist das Einzige, was in meinen Unterlagen und nach meinem Wissen zwischen Atomic Schifabrik und Euro Rail stattfand und mit der Rückbuchung beendet war. Diese Rückbuchung erfolgte am 17. 10. 1994, und daher war das für mich erledigt. Das beschäftigte mich erst wieder, als im Frühjahr 2006 das mit der Karibik ausgebrochen ist und Herr Dr. Masser mehr oder weniger unkommentiert die Strafanzeige aus dem Jänner 1998 der Staatsanwaltschaft Wien geschickt und gesagt hat: Ich habe schon immer gesagt, dass das etwas mit der Karibik zu tun hat. – Damals habe ich erstmals erfahren, dass diese Euro Rail offensichtlich zur Durchschleusung für spätere Karibikkredite diene.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und es sind auch später niemals Geldflüsse ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das stand schon in der Strafanzeige 1998!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich darf Ihnen aus der Strafanzeige 1998, Seite 34 unten zitieren:

Möglicherweise bestehen zwischen den Vorgängen um den Konkurs über die Atomic for Sport und der BAWAG-Affäre bestimmte Zusammenhänge. Darauf hindeuten könnten, wie in der fünften Niederschrift Kommerzialrat Rohmosers beschrieben, Überweisungen der Firma Koflach an die Euro Rail Invest Ltd. in Höhe von 32 Millionen und an die Rail Trans Invest Ltd. in Höhe von 50,9 Millionen Schilling.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da besteht ein Zusammenhang zu den Karibik-Geschäften.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das hat aber nichts mit Atomic zu tun, sondern er spricht ausdrücklich von **Koflach!**

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, dass Sie gar nicht gewusst haben, dass die mit den Karibik-Geschäft zutun hat. Das hätten Sie erst 2006 erfahren. – ‘Das stimmt ja nicht!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja, das ist so.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie hätten 2006 erst von den Zusammenhängen zwischen Rail Invest und den Spekulationsgeschäften erfahren? Wie erklären Sie sich die Beträge von in Summe 84 Millionen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß es nicht, das ist Koflach!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hat mich Koflach nichts zu tun!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß, dass die 14 Millionen aus diesem Vertrag mit **Atomic for Sport** sind. Ich weiß aber nichts über die 84 Millionen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Jede Auskunftsperson gibt nach bestem Wissen und Gewissen die Auskunft, von der Sie glaubt, dass sie richtig ist. Daher gehe ich davon aus. Darüber brauchen wir nicht zu streiten, sondern das wird man dann zu würdigen haben.

Ich mache darauf aufmerksam, dass wir grundsätzlich gesagt haben, dass wir heute um 20 Uhr Schluss machen wollen. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass wir bis dahin fertig werden. Ich schlage vor, jetzt noch fortzusetzen. Um 21 Uhr werde ich die Sitzung aber jedenfalls unterbrechen – egal wie weit wir sind mit der Anhörung des Herrn Dr. Vavrovsky. Notfalls können wir diese an einem anderen Tag fortführen. Ich mache noch darauf aufmerksam, dass wütende Proteste während der Einvernahme bei mir abzugeben sind.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ich muss jetzt noch einmal zu der Bilanzerstellung zurückkommen. Kollege Bucher hat das angesprochen. Für uns ist das wirklich ein Punkt, der einfach nicht klar zu erkennen ist. Mit 31.3.1994 wurde eine Bilanz erstellt, und mit 31.4.1994 ist das Privatunternehmen Rohmoser in eine GesmbH übergegangen. (*Dr. Vavrovsky: 1993!*) – Wann 1993?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Mit 31.3.1993, nicht 31.3.1994.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Jedenfalls muss es im Zusammenhang mit der Bilanz 31.3.1994 einige Entwürfe geben. Es liegt uns unter anderem ein Entwurf mit einem positiven Eigenkapital vor. Sie haben gesagt, dass Sie diese Bilanz per 31.3.1994 mehr oder weniger nicht beeinflusst haben, sondern dass diese von Dr. Edelsbacher erstellt wurde. Wir haben darüber allerdings die Information, dass diese von der BAWAG in Auftrag gegeben wurde. Sie haben in Ihrem Einleitungsstatement – vielleicht habe ich das falsch verstanden – erklärt, dass es bei dieser Bilanz sehr wohl noch Berichtigungen gegeben hat, dass noch Abschreibungen des Forderungsbestandes durchgeführt worden sind, und zwar auf Grund der Erkenntnisse, die Sie zwischen März und September gewonnen haben, als Sie ins Unternehmen gekommen sind. Habe ich das falsch verstanden, oder war das so?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Erstens hat es noch Bewertungen gegeben, aber auf diese habe nicht ich Einfluss genommen, sondern das war noch nicht fertig. Zweitens war dieser Entwurf eine Konzernbilanz, und ich war nicht Masseverwalter des Konzerns. In der Konzernbilanz waren alle Tochtergesellschaften einschließlich

Koflach und diese Auslandstöchter konsolidiert. Für mich war – und dafür bin ich als Masseverwalter verantwortlich – die Bilanz der Atomic for Sports GmbH wesentlich, die nicht die Konzernbilanz, sondern eine Einzelbilanz dieses Unternehmens ist, und diese Arbeiten hat Edelsbacher in meinem Auftrag fertig gestellt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Eine Frage, damit wir jetzt wirklich Klarheit haben und alle vom Gleichen reden: Edelsbacher war doch der **Prüfer**, nicht der Bilanzersteller?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Er war der Bilanzersteller. Das Unternehmen war nicht geprüft.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wer hat es dann geprüft?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das Unternehmen war nicht geprüft, weil es noch nicht prüfpflichtig war, weil erst die Einbringungsbilanz, die im Übrigen auch Edelsbacher zum 31.3.1993 erstellt hat, der Einbringung diente. Auch diese war nicht geprüft, sondern nur erstellt. Ich habe dann meinerseits die Bilanzen für die Zeit während des tatsächlichen Betriebes bis zum Verkauf der wesentlichen Vermögenswerte durch die KPMG erstellen lassen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hatte die Konzernbilanz ein positives Eigenkapital?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, ein negatives Eigenkapital

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und die Atomic for Sports?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Atomic for Sports hatte unter der Voraussetzung dieser immateriellen Vermögenswerte von 324 Millionen ein noch positives Eigenkapital von 9 130 940,78, denen allerdings Eventualverbindlichkeiten von 49 324 014,55 gegenüber standen, wobei die Eventualforderungen wesentlich geringer waren, sie betragen nämlich 23 049 654. Wenn man das saldiert, ist man bei einem negativen Eigenkapital. Die GmbH-Bilanz, die ich unterschrieben habe, hat aber ein Eigenkapital von rund 9,13 Millionen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Eigenkapital war also positiv. – Ich erinnere mich jetzt an eine große Geschichte betreffend die BAWAG im vorigen Jahr. Da waren die Eventualverbindlichkeiten auch nicht in der ebenfalls von der KPMG geprüften Bilanz enthalten.

Jetzt haben wir das auseinandergeklaut: Es gab eine Konzernbilanz, und es gab eine Bilanz für Atomic for Sports. Sie waren nur für diesen Konkurs zuständig, und diese hatte ein positives Eigenkapital.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Zum 31.3.1994.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und das haben Sie auch so als Masseverwalter und damit Geschäftsführer unterschrieben?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: So ist es.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Dann stellt sich das für mich so dar, dass ich sage, am 31.3.1994 hatten wir in der Firma ein positives Eigenkapital und ein halbes Jahr später – es sind nur sechs Monate bis zum September – hatten wir eine Überschuldung und einen Konkursantrag. – Ja. Gut.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Aber die Überschuldung betrug 700 Millionen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Für mich ist da jetzt immer wieder dieses Thema. Wir haben genau in diesem Zeitraum, wo wir dieses Minuskapital bekommen haben, ist natürlich die gesamte Schi-Produktion hineingefallen.

(Dr. **Vavorovsky: Richtig!**) – Es ist ja die gesamte Produktionseinheit eines Jahres fast zur Gänze im September auf Lager gelegen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein. Frau Abgeordnete! Die Betriebsabläufe kenne ich verhältnismäßig genau. Eine Schi-Fabrik funktioniert nicht so, dass zwischen April und Mitte September produziert wird und danach wird nur mehr verkauft, sondern es wird schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen natürlich über das **gesamte** Jahr produziert, und insbesondere die Nachbestellungen im Frühjahr, da werden dann manchmal zusätzliche Kräfte genommen. Aber Sie können nicht sagen, die Produktion eines Jahres ist da. Im September 1994, Oktober 1994 hatte ich – damals war ja Herr Kommerzialrat Rohmoser im Haus – letztlich die Entscheidung über die Typen und Produkte für das folgende, nämlich nachfolgende, übernächste Jahr 1995 zu treffen, weil mit in etwa Oktober die Altproduktion beendet ist und die Neuproduktion beginnt.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Schon klar, ja. Das ist uns schon gewiss, aber trotzdem ist es so, dass im September das Hauptaugenmerk darauf liegt, dass ich sage, ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Lager waren am vollsten.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie sind im September am vollsten. – Meine Frage: Können Sie uns Auskunft geben, wie viele Paar Schier zu diesem Zeitpunkt des Konkurses bei Ihnen auf Lager gelegen sind?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Wenn ich nachschaue, mit Sicherheit, vielleicht auch in meinen Berichten, wobei ich nicht nach Paar Schiern, sondern nach Erzeugungs- oder Verkaufswerten ich das sagen kann, aber das kann man sicher nach ... – Das ist die richtige Zahl, das andere ist ja nur eine Frage des Lagerbedarfs. Das kann man also sicher feststellen, ich weiß es jetzt nicht.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Womit wurde das im KPMG-Statusbericht bewertet, dieses Lager im September?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Dieses Lager im September – und daraus können Sie vielleicht ein bisschen etwas ablesen – wurde unter der Annahme der Betriebsfortführung für Österreich mit 156 Millionen, für die Bundesrepublik mit 27 Millionen, für die Schweiz mit 12 Millionen, zusammen mit 196 Millionen bewertet. Ausgehend von dieser Bewertung – das darf ich auch noch erklären, weil das immer ... – war im Kaufvertrag vereinbart, weil das war also die Ausgangsbasis, und natürlich ist zwischen September oder auch November und der Übergabe, aber die Inventur hat ja per September stattgefunden, mehr verkauft worden aus dem Lager, als in das Lager durch Produktion hineingekommen ist. Daher wurde der Kaufpreis nachträglich um zirka 56 Millionen einfach auf Grund der Veränderung des Warenlagers vermindert, weil ich kann ja das nicht doppelt verkaufen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es ist jetzt so, wir haben einen Lagerwert von 196 Millionen Schilling gehabt. (Dr. **Vavrovsky: Ja!**) Was haben wir dann an Erträgen erzielt, an Rechnungen gestellt zwischen September und Dezember, in welcher Höhe? Zwischen September bis Dezember, September, Oktober, November, Dezember. Sie waren ja bis Dezember im Unternehmen, nicht? (Dr. **Vavorovsky: Bis 17. Dezember!**) – Ja, was hat es da an Umsätzen gegeben?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Umsätze wurden getätigt 267 206 000 S in dieser Zeit. Also das ist jetzt etwas unscharf, weil dieser Bericht stammt vom 13.1.1995, ja, aber für mich war es am 17.12. Schluss, und dann wird noch irgendwas eingegangen sein aus Auslieferungen von vorher, aber das war das Ergebnis.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Also wir haben jetzt eine Bewertung von 196 Millionen und wir haben verkauft um 267 Millionen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: So können Sie es wieder nicht sehen, weil in der Zeit, in diesen drei Monaten, ja auch produziert wurde.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir haben jetzt aber gesagt, das Hauptaugenmerk liegt im September und die Lager waren am vollsten. Also ist anzunehmen, dass der Großteil aus diesem Lagerbestand einmal verkauft wurde. Dann ist es ja so, ich meine, ich habe mich auch ein bisschen erkundigt, dann kommen eben diese Nachlieferungen ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die kommen erst nach dem neuen Jahr. Im September bis November wird voll produziert, je nachdem. Die Hauptgeschichten sind auszuliefern Ende September, weil die Sportgeschäfte müssen ja ihre Ware haben, ja, aber für die Nachbestellungen wird hier durchaus weiterproduziert.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Aber das sind nur mehr kleine Einheiten im Vergleich zu dem, was bis zum September passiert ist.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Kleine Einheiten, Frau Abgeordnete, sind das nicht. Wenn ich ...

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Dann erzählen Sie uns, wie viel ist dann noch produziert worden in dieser Zeit. (*Dr. Vavrovsky: Wie?*) – Können Sie uns das erklären, wie viel dann noch produziert wurde in dieser Zeit? Sie müssen ja dann wieder eine Lagerbewertung haben, ich meine, Sie müssen ja wissen, wie sich das Lager verändert.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es war um 56 Millionen geringer; das habe ich Ihnen gesagt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Also selbst wenn linear produziert wird, sind zwei Zwölftel der Jahresproduktion noch erzeugt worden in der Zeit, wo Sie Masseverwalter waren. Personal werden Sie ja keines zusätzlich aufgenommen haben, zusätzliche Rohstoffe werden Sie auch nicht gekauft haben, also zwei Zwölftel in etwa.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Zusätzliche Rohstoffe habe ich sehr wohl gekauft.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, das, was man braucht, aber zwei Zwölftel der Jahresproduktion in etwa ist gemacht worden. (*Dr. Vavrovsky: Drei Zwölftel!*) – Drei, wenn Sie drei Monate waren, gut. Kann man ja durchaus einmal so festhalten auch.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Produziert wurde unter Atomic for Sports. Wer hat dann die Rechnungen gelegt: das Nachfolgeunternehmen oder Atomic for Sports?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es gab eine ganz klare Abgrenzung: Was bis zum Übergabstag 17.12. in das Lager hineinkommt, gehört im Erlös der Masse, Betriebsfortführung oder, wenn es ältere Forderungen sind, zediert waren, der BAWAG. Was nach dem 17.12. ins Lager kam, gehört Atomic Austria. Es ist unmöglich, im Rahmen eines Prozesses, obwohl so ein Schi nicht sehr lange braucht, bis er produziert ist, zu sagen, am 17.12. ist der Schi zu einem Drittel produziert, der Schi zu einem Viertel und der zu sieben Achtel.

Daher wurde vereinbart, mit dem Gläubigerausschuss besprochen, mit dem Konkursrichter besprochen, dass der Abrechnungszeitraum die Anlieferung an das geschlossene Lager ist. Ich habe selbst – das hat es vorher nicht gegeben – dieses Fertigteillager unter Verschluss gehalten, damit hier – nicht selber den Schlüssel gehabt, aber ein Mitarbeiter – ganz klar die Abgrenzung möglich ist.

(Zwischenbemerkung des Obmannes Dr. Graf.) – Das weiß ich nicht, sicherlich in der Zeit. Das wird ihm, glaube ich, auch nicht vorgeworfen. In meiner Zeit, ich habe auch nie eine Strafanzeige erstattet, hatte auch keinen Grund dazu, aber in meiner Zeit ist aus der Schifabrik Atomic sicher kein Paar Schi ohne entsprechende Verrechnung hinausgegangen.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Der Verkauf an die Amer-Gruppe erfolgte aber bereits im November. Und auch der Geldfluss erfolgte im November.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Treuhändig erfolgte er. *(Abg. Mikesch: Treuhändig, ja!)* Da musste ja aufgeteilt werden. Das war ja nicht so einfach. Dann musste die kartellrechtliche Genehmigung eingeholt werden. Also zwischen dem Vertragsabschluss und dem Closing, das was der 17. Dezember, war diese Zeit erforderlich, um die Einzelverträge, das war ja ein Gesamtvertrag, dann hat es aber verschiedenste Vertragspartner gegeben, auch auf Seiten der Amer – ein Teil hat Amer erworben, ein Teil hat Atomic Austria erworben –, also diese Verträge zum Abschluss zu bringen, diese Verträge durch Gläubiger-Ausschuss, Gericht genehmigen zu lassen und dann ins Kartellverfahren zu gehen. Dieses Kartellverfahren wurde abgewickelt, die Genehmigung wurde erteilt. Die Voraussetzungen wurden geschaffen für das Closing. Das war dann am 17. Dezember.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben praktisch auch in dieser Zeit, wo der Kauf schon durchgeführt wurde, das Unternehmen geführt, nicht die Amer-Gruppe?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, ich habe das geführt. In dieser Zeit war ein Finanzmann, Herr **Teuvo Rossi** von Amer, wenn Sie so wollen, mein „Aufpasser“, und diesen „Aufpasser“ habe ich gerne zur Kenntnis genommen, denn der kam vom Käufer.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wann war eigentlich die erste Prüfungstagsatzung?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nach zwölf Jahren soll man das wissen?

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Das ist ein umfangreicher Akt, und für uns sind einfach gewisse Dinge wichtig. Es ist mir schon bewusst, es geht kreuz und quer, aber es ist so.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Prüfungstagsatzung war irgendwann im November. *(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)*

Es war eine nachträgliche Prüfungstagsatzung am 19.1.1995. Die erste Prüfungstagsatzung muss im November 1994 gewesen sein.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Wir hätten nur gerne gewusst, wann sie gewesen ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: In Wirklichkeit: **vor** oder **nach** dem Kaufvertragsabschluss, das ist die Frage. – Wissen Sie es noch aus der Erinnerung?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, das weiß ich nicht mehr auswendig. Das ist für mich auch ohne Relevanz. Aber ich werde nachschauen.

(Die Auskunftsperson blättert in Unterlagen.)

Anmeldungsverzeichnis per 24.11. war das Erste, das ich vorgelegt habe, und da muss dann ... – Das kann ich Ihnen natürlich jederzeit sagen, das steht sicher irgendwo in den Akten.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Ich habe es eben nicht herausgefunden, aber es ist natürlich für uns auch schwierig, dieses alles zu prüfen. Können wir jetzt davon ausgehen, dass die erste Prüfungstagsatzung nach Unterschrift des Kaufvertrages war?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das glaube ich, ja.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Sie haben als Masseverwalter ein Unternehmen verkauft. Für uns ist es so, dass ich sage, dieser Statusbericht der KPMG ist auch erst nach Abschluss des Kaufvertrages vorgelegen. (*Dr. Vavrovsky: Nein!*) – Laut Unterlagen, die wir vorhanden haben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja, aber nicht der Entwurf. Die Ausfertigung, aber nicht der Entwurf zu Fortbetriebsgründen. Das weiß ich genau.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist wie der Aushang des Konkurses. Das ist alles nachgereicht. Zuerst hat man es getan, nachher hat man es legitimiert.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Es hat ja den Gläubiger-Ausschuss gegeben. Und der Gläubiger-Ausschuss muss ja zustimmen zum Verkauf. Der Gläubiger-Ausschuss hat dann auch nur mit einem Entwurf zugestimmt und hat gesagt, das reicht mir? Es hat keinen Statusbericht gegeben, und der Gläubiger-Ausschuss hat trotzdem zugestimmt dem Verkauf?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es hat die Ziffern für den Status zu Fortbetriebszwecken gegeben, und auf dieser Basis, es hat die Bewertungen gegeben. Das ist ja viel wesentlicher, das sind ja Buchwerte in dem Status, auch hinsichtlich der Liegenschaften. Es hat die Bewertungen der Liegenschaften gegeben durch Immobilien-Bewerter, und es hat das Angebot von Amer gegeben. Und dieses Angebot von Amer zusammen mit den noch nicht verwerteten Vermögenswerten, es war ja viel noch nicht verwertet, da gab es ein Betriebshaus, einen Schlift, und, und, und. (*Zwischenbemerkung des Obmannes Dr. Graf.*) – Nein, die Kraftwerke gehörten nicht zur Atomic for Sports, sondern zum Privatkonkurs des Herrn Kommerzialrates Rohmoser.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Für uns ist das einfach nicht wirklich nachvollziehbar. Wir reden ja da nicht von Werten, wo ich sage, um ein paar tausend Schilling, sondern wir reden ja da von Millionen, Hunderten-Millionen-Werten. Und dann muss ich sagen, na gut, das haben wir da noch nicht gehabt, das haben wir da nachgereicht und dann war das da, und der Gläubiger-Ausschuss hat auch noch zugestimmt. Ich meine, irgendwo sind ja Sie derjenige, der auch wirklich für diese Masse verantwortlich ist und für die Gläubiger das beste Angebot herauszuholen hat. Jetzt müssen Sie sich vorstellen, wir haben in unseren Unterlagen keine Unterlagen, was haben andere Anbieter wirklich an Angeboten hinterlegt. Wir haben immer nur die Amer-Geschichte. Wir haben einen Statusbericht laut unseren Unterlagen, der später fertig geworden ist, und trotzdem wurde vorher verkauft.

Es tut uns leid, wir haben nichts in den Unterlagen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es tut mir auch leid, aber das ist bitte nicht meine Sache.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Nein, aber Sie müssen uns verstehen, dass wir das ganz einfach bei Ihnen hinterfragen, warum das so gelaufen ist.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Noch einmal: Die Prüfungstagsatzung ist eine formelle Tagsatzung. Die Prüfung durch den Masseverwalter erfolgt ja viel früher, nämlich dann, wenn die Forderungsanmeldungen da sind. Ich kann ja nicht warten, bis alle da sind, und einen Tag vor der Prüfungstagsatzung zu prüfen beginnen. Das ist ja

laufend erfolgt. Und ich glaube, ich kann Ihnen sagen, weil die waren eine der Letzten, das sieht man im Anmeldeverzeichnis, wann die BAWAG gekommen ist, das war ja die größte Forderungsanmeldung, und wann ich diese geprüft habe.

Das ist zum Beispiel die Prüfung der Forderungsanmeldung der BAWAG (*die Auskunftsperson zeigt eine Unterlage*), und die Forderungsanmeldung der BAWAG stammt vom 10.11.1994, war im Zeitpunkt des Verkaufes von mir geprüft.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Das ist auch für uns nicht einsehbar gewesen bis heute. Wir wissen das eben alles nicht. Sie sind mit dem Ganzen sehr sorgfältig umgegangen, wie Sie uns erzählen. Sie haben dann einen Schilift, der zum Beispiel auf 60 Millionen geschätzt wurde, kurz vorher ist noch ein Angebot vorgelegen mit 40 Millionen, den haben Sie dann um 20 Millionen verkauft.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Erstens war es kein Schilift, sondern es war die Beteiligung an den Kleinarler Bergbahnen GmbH.

Abgeordnete Adolfine Herta Mikesch (ÖVP): Gut, die Bergbahnen sind auch Schilifte.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein ein Asset, sondern eine Beteiligung, und zwar eine Drittel- oder Viertelbeteiligung.

Zweitens: Im Gesellschaftsvertrag dieser Kleinarler Bergbahnen ist festgehalten, dass im Falle des Konkurses eines Gesellschafters dieser zu den Nominalwerten abzuschichten ist. Ich habe mich monatelang bemüht, bei den Mitgesellachtern, die das übernommen haben, das waren die Herren Hamner und irgendwas, also auch so Ortsgrößen im Pongau, zu einem echten Verkauf nach den Werten bemüht.

Das ist nicht gelungen, weil die gesagt haben, sie sind nur bereit, den Vertrag anzuwenden – und da waren sie im Recht – und auch zu Buchwerten abzulösen ist. Zu diesen Buchwerten wurde dann abgelöst, das sind diese 20 Millionen Schilling. Das wäre angestanden, wenn Herr Kommerzialrat Rohmoser nur zusammengebracht hätte, dass er zwei Mitgesellachter – aber die wollten das natürlich billig haben – bewegt, einen echten Preis zu bezahlen, oder wenn er das übernommen hätte oder was immer, eine von ihm genannte Person mit Zustimmung der anderen, dann hätte ich das liebend gern gemacht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, ohne Konkursantrag hätte man 40 Millionen erzielt. (*Abg. Mikesch: Nein, es hat ein Angebot gegeben um 40 Millionen!*) Ich sage ja: Ohne Konkursöffnung wäre das 40 Millionen wert gewesen. Der Konkursantrag ist ja daher nicht optimal, verneinen viele – und da hat man ja den schlagenden Beweis. Und wenn eine Bank die ganze Zeit im Hause sitzt und ohnehin die Buchhaltung und alles macht und alle Verträge kennt, muss sie das doch wissen. Da muss man halt schauen, dass das vorher verkauft wird und Ähnliches mehr.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Dr. Vavrovsky, jetzt noch einmal zu den Vorgängen am Tag der Konkursöffnung. Sie treffen ein mit dem Auto, und auf der Stelle trennen sich Ihre Wege. Wie muss ich mir das jetzt vorstellen? Sie haben ja einen Betriebsrundgang absolviert in der Folge, weil Sie wissen ja genau, worauf die Frage dann hinausläuft.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, Herr Abgeordneter, ich habe zuerst gesagt, ich habe versucht, einmal mit irgendeiner Ansprechperson Kontakt aufzunehmen. Ich kannte in diesem Unternehmen keinen. Da bin ich sicher nicht in die Produktion gegangen, sondern bin mit Sicherheit in die Verwaltung gegangen. Ob Herr Dr. Sieber

mit mir in die Verwaltung gegangen ist oder nicht, ich weiß es nicht. Es ist mir auch völlig nebensächlich erschienen – und erscheint es mir heute noch.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist schon richtig, dass das an sich nicht von Bedeutung wäre. Die Fragen ergeben sich ja weiter. – Haben Sie bei der Anreise noch Wahrnehmungen darüber, dass Dr. Sieber von einem Organ der Unternehmung eine Zustimmung zu dieser Konkursöffnung erreichen wollte?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich glaube, er hat mir schon gesagt, er will versuchen, mit dem Herrn Pilotto zu reden, aber was und wie und warum und wer der Herr Pilotto ist, hatte ich keine Ahnung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Mag sein. Jetzt haben Sie – um das vielleicht dann doch Zwischengeschichten zu überspringen – keine Wahrnehmung darüber, wie der Herr Pilotto und der Herr Dr. Sieber dann zusammengetroffen sind und ob dann Sieber vom Prokuristen Pilotto diese Zustimmung zur Konkursöffnung gefordert hat.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß so viel aus den Schriftstücken danach. Wenn Sie den Rechnungslegungs....

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, nein, wir sind jetzt nur dabei, ob Sie dort Wahrnehmungen gehabt haben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Da tue ich mir halt schwer.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dann können Sie sich nicht erinnern. Das darf ja sein.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, ich tue mir schwer, was habe ich von damals und was habe ich von nachfolgend. Nachfolgend – ich glaube, es war nachfolgend –, nämlich im Rechnungslegungsbeschluss, hat Dr. Sieber des Langen und des Breiten Abhandlungen gemacht. Bitte, fragen Sie ihn diesbezüglich selbst.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das müssen wir ohnehin machen. Haben Sie dann wenigstens im Nachhinein festgestellt, dass Herr Pilotto gar keine ausreichende Prokura für diesen Schritt hatte? Das ist jetzt wirklich *ex post!*

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: In diesem Bericht stand dann drinnen: wäre ohnehin nicht notwendig gewesen. Nachträglich habe ich festgestellt, dass Herr Pilotto – und das war mir wichtig, und da hatte ich mit ihm sehr viel zu tun – Chef der Produktion war. Die Prokura war mir in dem Zeitpunkt nicht mehr wichtig, weil die Prokura verliert ihr Recht anlässlich der Konkursöffnung. Wichtig war mir, dass Herr Pilotto für die Produktion zuständig war und am Anfang – dann irgendwann nicht mehr – durchaus auch sehr kooperativ im Rahmen dieser Produktion, im Rahmen der Konkursabwicklung mitgearbeitet hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Können Sie uns ein Motiv nennen von Dr. Sieber, warum er auf diese Zustimmung zur Konkursöffnung gedrängt hat?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein. Wahrscheinlich wollte er Einvernehmen herstellen zwischen einer Großgläubigerin und der Geschäftsführung der künftigen Gemeinschuldnerin.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Und aus Ihrer Fachkenntnis heraus, was ist da der, weil Sie sagen, das hätte ohnehin keine Rolle gespielt, wo da der rechtliche Unterschied in diesem Vorgang liegen mag, ob jetzt nun eine Erklärung seitens eines befugten Organs vorliegt oder nun eben nicht zur Konkursöffnung, eine zustimmende?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Wenn ich Konkursrichter wäre, würde ich mich sehr bemühen, allfällige Rechtsmittel gegen eine Konkursöffnung hintanzuhalten.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Genau, das war das Motiv. Das war die Frage. Gut. Sonst hätte nämlich der Eigentümer ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, der Eigentümer nicht, der Geschäftsführer, aber ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): ... ja, der Geschäftsführer, jedenfalls in Vertretung des Eigentums, auch Rechtsmittel ergreifen können.

Sie haben am Anfang schon beantwortet eine Fragestellung hinsichtlich Ihres Auftretens in einer Landesregierungssitzung, was mich zunächst ohnehin schon einmal seltsam anmutet. Wie sind Sie und Dr. Sieber offensichtlich zu einer – ob es eine Sitzung war, weiß ich nicht, aber geht aus einer Niederschrift des Herrn Dr. Schnell hervor, dass er von einer Regierungssitzung doch spricht. Erinnern Sie sich noch? Sie haben das schon erwähnt. (*Dr. Vavrovsky: Ja!*) Wie sind Sie dorthin eingeladen worden?, frage ich einmal so.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich bin sicher, dass der Herr Landeshauptmann nicht persönlich bei mir angerufen hat, sondern dass ich vom Präsidium angerufen wurde und mir oder meiner Sekretärin oder irgendwem, wahrscheinlich nicht mir selbst, gesagt wurde, ich soll um die und die Zeit im Chiemseehof sein, weil die Landesregierung will direkt informiert werden. – Gehe ich halt hin, ist klar, wenn der „Fürst ruft“.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es gibt da eine Niederschrift bei der Kriminalabteilung Landesgendarmeriekommando für Salzburg – die hat heute schon eine Rolle gespielt. Ich möchte Ihnen da die Aussage des Dr. Schnell vorhalten, weil das nicht ganz das Gleiche ist, als Sie geantwortet haben vorhin. Er führt also aus, dass dort Fragen gestellt wurden, insbesondere an Dr. Sieber, aber auch an Sie. Ich zitiere:

Es waren dies die Fragen:

„a) Stimmt es, dass der Konkurs, wie in einem Schreiben des Alpenländischen Kreditorenverbandes angeführt, **nicht** aus rein wirtschaftlichen Gründen geführt wurde?

b) Stimmt es, dass die Auftragslage der Firma Atomic zum Zeitpunkt des Konkurses wesentlich besser (etwa 30 Prozent) war als die Jahre davor?“ – Zitatende.

Dann schreibt er weiter: Beide Fragen wurden mit Ja beantwortet, nach Wissen des Dr. Schnell wiederum von Dr. Sieber. – Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Was da durch welches Regierungsmitglied konkret gefragt wurde, weiß ich nicht. Für mich war klar, dass das leere Kilometer sind. Da will die Landesregierung informiert werden, um eine Presseaussendung machen zu können. Es war auch bald danach mehr die Überlegung, wie verkünden wir es der Presse, als tun wir etwas, weil auch die Landesregierung gar nichts tun **kann**.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist ja alles nicht die Frage. Ich habe Sie gefragt, ob Sie sich an diese beiden Fragen erinnern und Dr. Sieber sie mit Ja beantwortet hätte – nicht einmal Sie.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern, weil Dr. Sieber sicher nicht gewusst hat, weil da, glaube ich, war noch nicht mein erster Bericht, dass 30 Prozent mehr Auftragslage ist, wobei ich sage, wenn weniger Auftragslage gewesen wäre, hätten wir weniger auf Halde produziert, also wäre es

ohnehin besser gewesen – aber ist gleichgültig. Ich kann mich erinnern, dass ich gefragt wurde, warum der Konkurs eröffnet wurde. Ich habe ziemlich klar, sachlich gesagt: Weil die BAWAG einen Konkursöffnungsantrag gestellt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das haben Sie heute auch hier schon ausgesagt. Ich habe Ihnen aber zwei Antworten auf Fragen von Regierungsmitgliedern vorgehalten, die mit einem Ja – eben laut dieser Niederschrift hier –, mit einem Ja seitens des Dr. Sieber beantwortet wurden.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß nicht, ob es stimmt, und ich weiß nicht, ob es nicht stimmt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie können keine nähere Auskunft dazu geben, daher müssen wir das wieder weglegen. Das ist ja ganz in Ordnung. – Sie kennen das Procedere ohnehin besser als ich.

Jetzt sind da noch eine Reihe weiterer Dinge in den Akten und im Ausschuss aufgetaucht, die von Interesse bleiben, unter anderem eine so genannte Verzichtserklärung. Sie werden wissen, wovon ich spreche (*Dr. Vavrovsky: Ja!*); ich muss mich da zunächst wieder einmal orientieren.

Das ist eine Erklärung, die Kommerzialrat Rohrmoser zu unterschreiben hatte, die zunächst – und so ist auch der kurze Text abgefasst – eigentlich an die Bank für Arbeit und Wirtschaft gerichtet ist, aber dann Sie und den Kollegen Masseverwalter Honsig-Erlenburg mit hineinnimmt. So wird hier dann ausgeführt – wenn ich nur die wichtigsten Passagen vorlesen darf; Rohrmoser sollte das unterschreiben, und er hat das dann auch getan –:

In der Präambel der genannten Vereinbarung – um die es da dann noch geht – habe ich alle Vorwürfe gegen sie – gemeint ist die Bank – oder ihre Organe sowie weiters gegen die obgenannten Masseverwalter – da sind Sie ja zunächst schon namentlich erwähnt – zurückgenommen und als nicht zu Recht bestehend festgestellt.

Ich verzichte demgemäß auf jegliche Ansprüche, aus welchem Rechtstitel auch immer, gegen sie und/oder ihre Organe sowie weiters gegen die obgenannten Masseverwalter und gegen die Mitglieder des Gläubigerausschusses – und so weiter und so fort; letztendlich sogar noch gegen den Konkursrichter, dass wir das nicht vergessen!

Wie erklären Sie sich diesen Vorgang?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich muss zunächst ganz klar feststellen, dass niemand einen Gläubiger zur Zustimmung zu einem Zwangsausgleichsantrag zwingen kann und dass die BAWAG im Konkurs des Herrn Kommerzialrat Rohrmoser alle qualifizierten Mehrheiten hatte, um einen solchen Zwangsausgleich auch zu verhindern. Die BAWAG hat trotz dieser Schwierigkeiten gesagt: Ich kann mir das vorstellen, wenn du dich wohl verhältst.

Jetzt müssen Sie im Hintergrund Folgendes wissen. Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat Herrn Ahonen in der Zeit zwischen der Abgabe des Angebotes und der Unterschrift des Vertrages einen Brief geschrieben: Die Marken gehören mir, du kannst machen, was du willst, ich werde dafür sorgen, dass du keine Marken hast; nimm von diesem Kaufvertrag Abstand!

Herr Kommerzialrat Rohrmoser hat alles Erkennbare getan, um eine zielführende Abwicklung dieses Konkurses zu verhindern, ohne eine Alternative aufzuzeigen. Und da hat die BAWAG gesagt: Wenn wir zustimmen sollen, dann wollen wir, dass du dich wohl verhältst und dass alles das, was schon angelaufen war – ich habe Kontakt mit Japan und Korea gehabt, weil dort diese Markenrechte sicherzustellen waren –, zu einem positiven Ergebnis führt.

Ich war nicht der, der sich irgendwie darum bemüht hat, dass der Masseverwalter aus einer Haftung herauskommt, weil ich meine Aufgaben nach § 80 Konkursordnung verhältnismäßig genau kenne. Ich war allerdings der, der sagt: Wenn die weitere Abwicklung – und da war noch eine lange Abwicklungsstrecke zurückzulegen – **ohne** diese Querschüsse geht, dann ist es mir lieber als **mit!**

Das heißt, ich habe mich – ich war sogar bei dieser Formulierung dabei, beim ersten Entwurf, nicht da in Innsbruck – dagegen auch nicht gewehrt. Es war mir aber nicht irgendwie haftungsbefreiend wesentlich, sondern ich habe gesagt: Was wir wollen, ist, dass wir jetzt, wenn dieser Zwangsausgleich kommt, in Ruhe arbeiten können. – Es ist ohnehin genau das Gegenteil gekommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe nur noch eine Frage zu den Honorarangelegenheiten: Haben Sie für Abverkäufe von Liegenschaften neben der Masse von den Käufern – neben den bestimmten Kosten – auch Honorare erhalten? (*Dr. Vavorovsky: Nein!*) – Das heißt, das war alles, da gibt es keine Zusätze? – Nur, damit wir das geklärt haben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Kaufvertragserrichtung eines Masseverwalters – so habe ich das auch verstanden – erfolgt im Rahmen seiner Tätigkeit. Ich habe keine Honorare von Dritten erhalten, natürlich weder von Amer noch von irgendwelchen Erwerbern irgendwelcher Liegenschaften oder sonstiger Beteiligungen, und auch nicht verlangt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wie ist es üblicherweise, wenn man Liegenschaften nicht aus dem Konkurs verkauft? Wer zahlt dann die ...?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Da gibt es die Sondermassekosten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Nein, nicht Sondermassekosten, sondern generell: Wie ist das, wenn Sie heute eine Liegenschaft verkaufen? Zahlen Sie dann in der Regel das Kaufvertragshonorar?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es waren die Käufer fast alle oder alle anwaltlich vertreten. Es war **Amer** durch die Kanzlei **Dorda/Brugger/Jordis** vertreten ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber normalerweise fällt für einen Verkäufer kaum ein Honorar für die Vertragserrichtung an. So ist es in Österreich eher üblich, nicht? – Außer, man hat eigene Kosten.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Die Sondermassekosten fallen an. Die Sondermassekosten fallen für den Verkäufer an, zu Lasten der Bank. Das war auch hier so.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zu Lasten der Bank, ja.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Als Pfandgläubiger.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und da haben Sie Honorare bekommen? (*Dr. Vavorovsky: Nein!*) – Nur, damit das auch ein für alle Mal klar ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben in Beantwortung einer Frage des Kollegen Kogler gesagt, dass Herr Sieber am 16. 9. in Altenmarkt Abrechnungen getätigt hat. – Was waren das für Abrechnungen? (*Dr. Vavorovsky: Abrechnungen?*) – Habe ich das akustisch falsch verstanden? – Er hat Sie gefragt, wie Sie sich dort verhalten haben, wie Sie alle auseinander gestoben sind und in die ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, ich habe nichts von „gestoben“ gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nichts? (*Abg. Mag. Kogler: Aber den Eindruck vermittelt!*) – Den Eindruck hat er gehabt!

Welche Abrechnungen hat Herr Dr. Sieber dort gemacht? (*Dr. Vavrovsky: Keine Abrechnung!*) – Es kann sein, dass ich das akustisch missverstanden habe. Das ist durchaus möglich. Dann werden wir es im Protokoll nachlesen.

Nun noch zu einer anderen Sache, die Dr. Krejci entwickelt hat – bevor ich aber darauf zu sprechen komme:

Hat jemand in Ihrem Auftrag Herrn Krejci wegen seiner Gutachtertätigkeit kontaktiert?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich glaube nicht, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie *glauben* nicht?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein: sicher nein! Aber ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Im Auftrag des Herrn Gehmacher? Wissen Sie nichts davon?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich war nie Auftraggeber des Herrn Dr. Gehmacher! Gehmacher war doch immer ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja, es kann ja sein! Sie wissen ja sehr umfassend Bescheid! (*Dr. Vavrovsky: Nein!* – *Abg. Mag. Kogler: Es geht um Wahrnehmungen!* – *Dr. Vavrovsky: Aber ...!*) – Haben Sie eine Wahrnehmung gehabt, ob es im Auftrag von Dr. Sieber ein derartiges Herantreten an Dr. Krejci gab? (*Dr. Vavrovsky: Nein!*) – Auch nicht.

Nun hat Herr Dr. Krejci eine rechtliche Stellungnahme vom 7. 11. 2002 verfasst. Ist Ihnen diese bekannt? – Sonst muss ich Sie Ihnen vorhalten. Es geht um die Frage der Diebstahlsfähigkeit von im Ausland befindlichen Namensaktien. – Kennen Sie diese Sache? (*Dr. Vavrovsky: Ja, natürlich!*)

Da wird – ich zitiere das als unverdächtige Quelle, es gibt auch noch andere Quellen, die man dazu zitieren könnte – der Sachverhalt geschildert, dass Herr Schrempf, den wir heute schon genannt haben, in Ihrem Auftrag in die Schweiz gefahren ist und dort bei einem Depositar Namensaktien herausgelockt hat. – Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es gibt dazu – neben dem zurückgezogenen Gutachten des Herrn Professors Dr. Krejci – das *nicht* zurückgezogene Gutachten des Herrn Kollegen Dr. Riel. Es gibt dazu auch eine Entscheidung der Ratskammer, nein, sogar – um es richtig zu sagen – des **Oberlandesgerichtes Graz**, dass in der damaligen Rechtslage – wir hatten noch keine europäische Insolvenzverordnung – der Masseverwalter in Österreich für Österreich nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet war, die weltweiten beweglichen Vermögensgegenstände – und Namensaktien sind so etwas – an sich zu ziehen.

Das war einer jener Teile der Gesamtabwicklung, damit dieser Kaufvertrag – denn ich habe sie ja nicht bei mir behalten, sondern ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Doktor, Sie beantworten jetzt Fragen (*Dr. Vavrovsky: Darf ich weiter ausreden?*), die ich gar *nicht gestellt* habe, sehr wortreich. Sie sind von grundlegendem Interesse, aber das ist *nicht* die Frage, die ich gestellt habe. Wenn Sie gestatten, darf ich weiterhin Fragen stellen.

Sie wussten, dass zu diesem Zeitpunkt Herr Dkfm. Schrempf nicht mehr zeichnungsberechtigter Geschäftsführer war?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Er war erstens im Firmenbuch nicht gelöscht. Zweitens hat er es in meinem Auftrag als **Angestellter** und nicht als Geschäftsführer getan.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir der Reihe nach vor. Herr Schrempf hat seine Geschäftsführertätigkeit zurückgelegt gehabt, und das ist **konstitutiv**. – Ich möchte die Konferenz mit dem Herrn Verfahrensanwalt nicht ... (Dr. Vavrovsky: Ja, ich habe nur ...! – Verfahrensanwalt Dr. Brustbauer: Er darf mich ja fragen ...!)

Herr Schrempf hat zu diesem Zeitpunkt seine Geschäftsführertätigkeit längst zurückgelegt gehabt. Diese Zurücklegung wirkt sofort und ist konstitutiv, sie ist von der Frage der Löschung im Firmenbuch zunächst unabhängig. Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Sie sagen es.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wollte nur wissen, ob Sie sich dessen bewusst waren.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja. Ich habe gesagt (Abg. Mag. Stadler: Ja?), Herr Schrempf war als Angestellter des Unternehmens tätig. Er war Angestellter im Unternehmen und war ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Dr. Vavrovsky, der Reihe nach! Herr Schrempf war also zu diesem Zeitpunkt als **Angestellter** der Firma Atomic for Sports in Ihrem Auftrag, im Auftrag des Masseverwalters, in der Schweiz. In der Schweiz hat Herr Schrempf aber den Eindruck erweckt, dass er als **Geschäftsführer** da sei. – Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein. Wie kommen ... Weder Sie noch ich waren dort.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wieso haben Sie ausgerechnet Dkfm. Schrempf dafür ausgesucht?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Weil Herr Dkfm. Schrempf in einer anderen Sache in der Schweiz zu tun hatte und ich gesagt habe: Bei der Gelegenheit holen Sie bitte die Aktien ab!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wussten, dass diese Aktien nicht zur Masse gehören. – Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein, das wusste ich nicht, denn: Sie **gehören** zur Masse und **gehörten** zur Masse.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Gutachter kommt da zu einem anderen Ergebnis: dass sie **nicht** zur Masse gehört haben, dass Sie sie so der Masse erst zugeführt haben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Welcher Gutachter? (Abg. Mag. Stadler: Professor Krejci!) – Das ist falsch! (Abg. Mag. Stadler: Nämlich!) – Im damaligen Zeitpunkt – Sie müssen die damalige Rechtslage bedenken – war der Masseverwalter in Österreich nach **österreichischem** Recht berechtigt, im Ausland gelegenes bewegliches Vermögen zugunsten der Masse einzuziehen.

Wenn sich die Schweizer dagegen gewehrt hätten, ist das nach Schweizer Recht anders zu beurteilen. Das steht aber nicht zur Diskussion.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist genau der springende Punkt: dass Herr Dkfm. Schrempf dort aufgetaucht ist und der Depositar der irrigen Meinung war, Dkfm. Schrempf dürfe diese Aktien abholen, weil er früher Geschäftsführer der Firma war.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das sagt er. – Darüber ist längst rechtskräftig abgesprochen. Herr Abgeordneter, Sie wissen das.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Mag sein. Das ist aber nicht die Sache des Untersuchungsausschusses.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Für mich war ich berechtigt, Schrempf diese Weisung zu geben – und Schrempf berechtigt, diese Weisung auszuüben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dass Schrempf berechtigt ist, einer Weisung von Ihnen nachzukommen, ist etwas völlig anderes. Das liegt in seiner Privatautonomie! Er ist ja nicht in einer weisungsgebundenen Hierarchie, wie es in der Verwaltung der Fall ist. Jetzt brauchen Sie nur noch so zu tun, als ob Sie mit Imperium ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Aber es gibt auch Weisungsrechte des Dienstherrn gegenüber dem Dienstnehmer!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie tun ja gerade so, als ob Sie mit Imperium gehandelt hätten!

Herr Schrempf ist also in Ihrem Auftrag dorthin gefahren und hat dort den Eindruck erweckt, er sei Geschäftsführer.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein! Ich weiß es nicht. Ich war nicht dort. Es wird von Ihnen behauptet.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hätte sie ein anderer auch bekommen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich nehme das an, wenn er im Auftrag des Masseverwalters kommt!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist meiner Ansicht nach **nicht** anzunehmen.

Die Sache werden wir aber, weil ich dazu noch ein Schriftstück bekomme, bei Ihrer nächsten Einvernahme erörtern. Wir rechnen nämlich damit, dass Sie noch einmal hier erscheinen werden. In der Zwischenzeit werde ich noch ein weiteres Schriftstück dazu bekommen, dann werde ich Sie mit diesem Sachverhalt noch einmal konfrontieren.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Dann werde ich diese Schriftstücke auch meinerseits bringen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte, ja, das ist sehr gut! Dann haben wir alle Schriftstücke zur Hand.

Nun noch einmal zu Ihrer Aussage vom Fast-Alleingläubiger BAWAG. Diese Aussage haben Sie unter Wahrheitspflicht vor einem Gericht getätigt, und sie entspricht auch dem, was Sie dargestellt haben: Anhand der Summen kann man wirklich davon ausgehen, dass es sich um den Fast-Alleingläubiger BAWAG gehandelt hat.

Herr Sieber wird damit zitiert, dass er gesagt hätte: Es sei aus seiner Sicht verständlich, dass die Bank über den Konkurs versucht hat, die volle Herrschaft über das Unternehmen zu erlangen. – War das auch Ihr Eindruck?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Über den Konkurs kann die BAWAG nach der Gesetzeslage nur als Großgläubigerin (*Abg. Mag. Stadler: Die sie ja zweifellos war!*) agieren, aber niemals die volle Herrschaft über das Unternehmen erlangen. Die BAWAG kann nur versuchen, mitzutun, dass sie eine möglichst hohe Quote bekommt, wie die anderen Gläubiger auch.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wären nur 95 Prozent eine **noch** höhere Quote gewesen! Denn wenn man zu den rund 94 Prozent die 5 Prozent

Verfahrenskosten dazurechnet, landet man bei 99 Prozent. Da ist dann der Spielraum nicht mehr so groß.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich Sie daran erinnern, dass die Verfahrenskosten 2 Prozent und nicht 5 Prozent waren?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben mittlerweile errechnet ... – Aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren. Es waren also 2 Prozent Verfahrenskosten?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Noch einmal: 2,3 Millionen. Und ich sagte Ihnen schon ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aus *beiden* Konkursen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich bin nicht „beide Konkurse“!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir ziehen das in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja, schon, aber die Frage ist ja immer: 2 Prozent *wovon?* Von den unbesicherten Forderungen, Konkursforderungen, die nicht durch andere ..., macht es ein bisschen mehr als 2 Prozent aus. Genau das ist ja das Thema. Aber man kann darüber streiten.

Ich glaube, zwischen 90 und 100 Prozent ist eine ganz gute Quote! Da kann man es drehen und wenden, wie man will. (*Dr. Vavrovsky: So ist es!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die BAWAG hat von vornherein durch Herrn Flöttl in aller Öffentlichkeit verkündet, dass sie um nichts zittern müsse, weil sie ausreichend Sicherheiten habe. Ist das auch Ihre Erkenntnis?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein. Wenn das Angebot geringer gewesen wäre – wenn zum Beispiel das Angebot HTM/Bergbahnen angenommen worden wäre und dieser Vertrag zustande gekommen wäre –, hätte die BAWAG ganz, ganz maßgebliche Abstriche zu erleiden gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Herr Flöttl hat am Vorabend der Konkursöffnung im Fernsehen etwas Unrichtiges gesagt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich glaube, am Vorabend einer Konkursöffnung weiß man überhaupt nicht, wie ein Konkurs ausgeht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Flöttl wusste das sehr genau, weil sie das Unternehmen genau kannten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich an dieser Stelle dem Kollegen Stadler assistieren: In der darauf folgenden, und zwar noch vor dem Verkauf abgehaltenen Aufsichtsratsitzung in der BAWAG hat der Vorstand gegenüber den Aufsichtsräten berichtet, dass kein Wertberichtigungsbedarf hinsichtlich Atomic besteht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist ein weiterer Beleg, aber auf den Aufsichtsrat komme ich noch extra zu sprechen.

Das heißt also, Herr Flöttl hat da etwas Unrichtiges im Fernsehen verzapft, Ihrer Darstellung nach! – Ich glaube *nicht*, dass das unrichtig war.

Er hat auch davon gesprochen, dass er bereits einen Käufer zur Hand habe. War das die Firma Scott aus Amerika?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das war die Firma **Scott**. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*) Die das Unternehmen bekanntlich *nicht* erworben hat!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist danach sehr rasch auf sehr eigentümliche Art ein Preis ermittelt worden, den dann **Amer** bezahlt hat.

Ich kenne keinen Fall, in dem für ein so großes Unternehmen so rasch der Kaufpreis ermittelt werden konnte, obwohl man nicht einmal einen Status hatte, keine Bilanz hatte, wohl aber einen **Hauptgläubiger** hatte, der das Unternehmen seit zwei Jahren durchleuchtet und beleuchtet hatte! Das heißt also, was Herr Flöttl hier sagte, ist exakt und richtig: Die BAWAG wusste zu jeder Sekunde, was sie tut!

Herr Gehmacher hat hier im Ausschuss vor zwei Tagen ausgesagt, dass **er** der BAWAG empfohlen habe, Konkursantrag einzubringen, und erst daraufhin eine Wechselforderung fällig gestellt wurde. Ist das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das weiß ich nicht, weil das **nicht** in meiner Anwesenheit passierte. Ich weiß lediglich objektiv, dass in der Woche vor Konkurseröffnung ein Wechselzahlungsauftrag beantragt und erlassen wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es! Das heißt, erst **nach** der Empfehlung des Dr. Gehmacher, dies über den Konkurs zu machen, ist der Wechselzahlungsauftrag ergangen. – Gab es vorher einen derartigen Wechselzahlungsauftrag?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Da, glaube ich, haben Sie Recht, dass der Wechselzahlungsauftrag ein Schritt zur – dann wahrscheinlich in der BAWAG schon beschlossenen – Konkurseröffnung sein konnte. Aber ich war nicht dabei, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es gab nach Ihren Erkenntnissen vor diesem Wechselzahlungsauftrag, der in der Woche davor von der BAWAG erlassen wurde, **keinen** derartigen Wechselzahlungsauftrag?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Keinen Titel, nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir halten fest, dass die BAWAG also mit der Zielrichtung, einen Konkurs herbeizuführen, diesen Wechselzahlungsauftrag erlassen hat. – st das richtig?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Sie halten es fest, und ich schließe es nicht aus.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Damit ist klar, auf welcher Basis dieser Konkursantrag zustande kam.

Wissen Sie, ob Herr Rohmoser ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich eines schon sagen? – Nämlich einfach als rechtlich relevant: Für einen Konkurseröffnungsantrag als Gläubiger **brauche** ich **keinen Titel!** Das werden Sie ja auch wissen. (*Abg. Mag. Stadler: Nein, aber ...!*)

Das hat man eben zusätzlich gemacht – und hat dafür meiner Meinung nach auch noch verhältnismäßig viel Geld für die Pauschalgebühr aufgewandt. (*Abg. Mag. Stadler: Ja, das ...!*) Das soll so sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Man muss aber bescheinigen, dass ... (*Abg. Mag. Stadler: Eine Zahlungsunfähigkeit da ist!*) Beim Antrag muss man eine Bescheinigung schon beilegen, deswegen hat auch Herr Elsner überall angerufen und dann selbst bestätigt, dass die anderen Banken nach wie vor das Obligo offen haben. Das waren die Bescheinigungen, die kennen Sie ja. Das ist Teil des Konkursaktes, nämlich der erste Schritt. (*Dr. Vavrovsky: Nein! Dass Herr Elsner ...!*)

Ich könnte Sie jetzt fragen: Welche Bescheinigungsmittel wurden dem Konkursantrag beigelegt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ein Konkursöffnungsantrag, eine Aufstellung der Verbindlichkeiten, denn ich glaube, mich zu erinnern, dass der Wechselzahlungsauftrag nur über 200 Millionen Schilling gelaufen ist. Der war ja nicht über alles. Den hat man eben so gewählt, dass er nicht mehr darüber kann.

Welche Bescheinigungen er sonst noch vorgelegt hat, weiß ich nicht, weil ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es ist ganz wenig.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Herr Vorsitzender, zwischen dem Konkursöffnungsakt und dem Antrag ... – Der Antrag geht an den Masseverwalter in Kopie. Was sich im Rahmen der Konkursöffnung ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich kann es Ihnen ja sagen. Es waren zusätzlich noch drei Urkunden, alle vom 12. September: eine von der RAIL TRANS INVEST, die eine offene Forderung bescheinigt (*Dr. Vavrovsky: Das war damals die Mehrheit, ja!*), eine von der EURO RAIL INVEST vom 12. September 1994 sowie ein Schreiben von Elsner vom 12. 9. 1994, worin er selbst sagt – ein Bankgeheimnis gibt es ja offensichtlich nur hier im Ausschuss und nirgendwo anders –:

Wie besprochen, bestätige ich Ihnen ausdrücklich nachstehend, Herr Kommerzialrat Alois Rohrmoser hat in der Verhandlung in unserem Haus in den letzten Wochen und Monaten im Beisein seines Anwaltes Dr. Maschke – und so weiter und so fort – mitgeteilt, dass nach wie vor die Forderungen der Salzburger Sparkasse von 30 Millionen Schilling aufrecht sind und daher als offenes Obligo zu werten sind.

Das heißt, weil es kein anderes Bescheinigungsmittel gegeben hat, macht man mehr oder weniger einen Aktenvermerk von Generaldirektor Elsner zum Bescheinigungsmittel.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das habe ich bisher nicht bekommen. Das sehe ich jetzt das erste Mal. Aber ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das sind die, plus der Wechselzahlungsauftrag und die eigene Obligoaufstellung. Jeder, der mit Konkursen zu tun hat, weiß, dass das nicht aufregend viele Bescheinigungsmittel sind. Aber wenn eine renommierte Bank etwas sagt, funktioniert das auch so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wurde Herr Kommerzialrat Rohrmoser vom Richter daraufhin aufgefordert, ein Vermögensverzeichnis vorzulegen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß es nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wissen Sie nicht, das müssen wir also Herrn Sieber selbst fragen. Es hätte ja sein können, dass Sie eine Wahrnehmung darüber hatten. (*Dr. Vavrovsky: Nein!*) – Ist Herr Kommerzialrat Rohrmoser überhaupt aufgefordert worden, zum Konkursantrag Stellung zu nehmen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte Ihnen vor, dass Herr Tumpel hier im Ausschuss ausgesagt hat, dass der Vorstand der BAWAG im Aufsichtsrat berichtet hat, dass der eigentliche Grund für die Antragstellung des Konkurses folgender war: Es wurde hier nicht eine Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit behauptet, sondern der Grund sei gewesen, dass man versucht hätte, hinter dem Rücken der BAWAG eine Treuhandlösung zu installieren.

Entspricht das auch Ihren Wahrnehmungen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich war in der Aufsichtsratssitzung nicht dabei, habe daher keine Wahrnehmungen. Dass ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie vergleichbare Wahrnehmungen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich ausreden? – Dass das Ein-Schilling-Konsortium und dieses Abtretungsangebot offensichtlich bei BAWAG – oder Elsner für BAWAG, oder wie immer – keine vertrauensbildende Maßnahme war, sondern eher das Gegenteil, das habe ich nachträglich, nach Konkurseröffnung, festgestellt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Pierer hat uns dargelegt – und das scheint sich aus dem Schriftverkehr auch zu bestätigen –, dass hier Schwarzecker und, eine Ebene darunter, mehrere Vertreter der BAWAG genau in dieses Ein-Schilling-Konsortium eingebunden waren, Garantien hatten, sogar eine sehr privilegierte Stellung gehabt hätten und dass erst mit der Rückkehr des Herrn Elsner aus dem Urlaub das Ganze abrupt abgebrochen wurde.

Haben Sie darüber einen Schriftverkehr entdeckt?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Nein. Ich weiß nur, dass in dem Treuhandauftrag drinsteht, der Treugeber hat die BAWAG eingeladen, ihrerseits einen weiteren Treuhänder bis 15. 9. 1994, 12 Uhr, zu nominieren, der sich den Bestimmungen dieses Treuhandauftrages zu unterwerfen hat. Die Treuhänder stimmen einer solchen Erweiterung des Treuhandkonsortiums bereits jetzt zu – 7.9.1994.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das war nach dem Abbruch. Es gab vorher schon ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Elsner war früher schon zurück und hat früher schon dafür gesorgt, dass Herr Frotz als Rechtsanwalt abgelöst wurde, da er bei einem Konkurs nicht mitmachen wollte, und dafür Gehmacher installiert wurde.

Haben Sie eine Wahrnehmung darüber gehabt, wer der BAWAG den Herrn Gehmacher empfohlen hat?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Weiß ich überhaupt nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Stimmt es, dass die BAWAG ursprünglich den Bruder des Herrn Gehmacher, der in Salzburg tätig ist, mit in diese Vorbereitung einbeziehen wollte?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Weiß ich erstens nicht. Kann ich mir aber auch von den Typen her überhaupt nicht vorstellen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Gehmacher soll dann seinen Bruder in Wien empfohlen haben.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, wie hoch die Mieten für Besprechungen bei Herrn Gehmacher waren, die die Masse für einen Raum zu bezahlen hatte?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Es war nicht das, was dann ... – Das heißt es ja auch immer wieder, und da muss ich jetzt ein bisschen schauen. *(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)*

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich rede jetzt vom **Bruder** Gehmacher. *(Dr. Vavrovsky: Ja, ja, ich weiß schon! Ich glaube, Sie meinen die 80 000 ...!)* Damit also alle „Pfadfinder“ dabei waren.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich weiß nicht, was Sie mit dieser Bemerkung jetzt meinten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es hat sich da ja alles in einem sehr engen, persönlich sehr gut bekannten Personenkreis abgespielt.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich war nie in meinem Leben Pfadfinder.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Mit politischen Erklärungen haben **Sie** begonnen. Das muss man auch sagen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich darf eines sagen. Ich habe das in meiner Stellungnahme auch deutlich gemacht und werde es auch finden. In diesen, glaube ich, 80 000 S – das wurde ja auch mir vorgeworfen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es wurde ein Betrag von über 100 000 S als Raummiete genannt.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das kann ich Ihnen auch sagen, wie viel es wirklich war (*in Unterlagen blätternd*):

Anwaltskosten Kanzlei Gehmacher & Hüttinger, laut Honorarnote vom 17. 10. 1994, 100 700.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also dann stimmt es ja doch! Welche Leistungen hat diese Kanzlei erbracht?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ja, das schaue ich gerade nach. (*Die Auskunftsperson blättert neuerlich in schriftlichen Unterlagen.*)

Erstens war es eine Honorarpauschale von 80 000 S netto, damit wir uns ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Für welche Leistung? Was war da ...?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Bereitstellung – wenn Sie das, was Sie kennen, aber nicht gelesen haben, meine Stellungnahme zu der Strafanzeige, Seite 47 ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie jetzt hier. Ganz einfach!

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich darf es ja sagen: Bereitstellung der Kanzleiräume in Salzburg, Alter Markt 7, für zwei Tage, samt allen technischen und telekommunikativen Einrichtungen. Bereitstellung von zwei Schreibkräften. Mitwirkung bei der Verfassung diverser Schriftstücke und Eingaben. Selbstständige Verfassung eines Antrages auf Anordnung von einstweiligen Vorkehrungen gemäß § 73 KO. Ausfertigung von Grundbuchs- und Firmenbuchauszügen. Intervention bei Landesgericht Salzburg mit Rücksprache bei Konkursrichter Dr. Sieber. Einholung von Grundbuchserhebungen bei den Bezirksgerichten Radstadt und St. Johann durch Substituten. Verfassung einer Urkundenvorlage. Intervention beim Landesgericht Salzburg zur Besorgung des Konkursediktes. Zahlreiche Telefonate, Besprechungen und Korrespondenz.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben das jetzt beim Protokoll und können das dann auch entsprechend werten. Und das hat Schilling ...

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: 80 000 Schilling netto. (*Abg. Mag. Stadler: Ja!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Stadler und alle Kollegen! Wir haben einen Schluss um 20 Uhr ins Auge gefasst. Jetzt ist es 21 Uhr. Ich habe vor einer Stunde oder eineinhalb Stunden gesagt, dass ich um 21 Uhr spätestens schließe.

Ich mache jetzt einen Vorschlag – denn wilder Protest ist trotz meiner Aufforderung in den letzten eineinhalb Stunden, seit ich das gesagt habe, nicht bei mir eingelangt – und richte die Frage an Herrn Vavrovsky: Der 21. 3. 2007 wäre unser nächster Sitzungstag, Beginn 9 Uhr. – Ginge das bei Ihnen?

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Ich habe meinen Terminkalender elektronisch und kann in diese Elektronik jetzt nicht mehr hinein, weil meine Kanzlei geschlossen ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das war ein Versuch, Einvernehmen herzustellen.

Aber dann mache ich es einfach so, und wenn Sie zu diesem Zeitpunkt nicht können, müssten Sie sich entschuldigen. – Das heißt, diese heutige Sitzung werde ich jetzt unterbrechen, und sie wird am 21. 3. 2007 um 9 Uhr fortgesetzt. Auch Ihre Einvernahme wird unterbrochen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Darf ich nur um eines bitten: 9 Uhr bedeutet, dass ich am Vorabend anreisen müsste, weil es kein Verkehrsmittel gibt, das mir die Möglichkeit gibt, hier um 9 Uhr anwesend zu sein. (*Abg. Dr. Bauer: Machen wir weiter!*) Ich kann um halb elf ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich gehe davon aus, dass es noch mindestens eine Runde gibt, aber eher zwei. Ich selbst habe noch einige Fragen, Stadler hat auch Fragen, die grüne Fraktion hat noch Fragen, die ÖVP hat noch Fragen. Im Minimum wird also, wenn wir in dem Tempo weitermachen, noch 40, 50 Minuten gefragt und ungefähr 100, 120 Minuten geantwortet werden.

Wir haben es ja in der Fraktionsführerbesprechung auch so besprochen. An irgendetwas müssen wir uns schon halten. Jetzt haben wir es ohnehin um eine Stunde verlängert. Aber es sieht nicht danach aus, dass es in der nächsten halben Stunde zu Ende sein könnte. Daher hat das keinen Sinn.

Außerdem finde ich es auch nicht fair, dass einige Fraktionsführer überhaupt schon seit den Nachmittagsstunden weg sind, und die anderen sollen das hier allein fertig machen. Ich glaube, auch Kollege Krainer möchte hören, was Herr Vavrovsky sagt, und ich glaube, auch Kollege Bucher und andere. (*Abg. Ing. Gartlehner: Kein Problem!*)

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Ich habe ein Ersuchen an Herrn Dr. Vavrovsky.

Sie haben hier immer die Bilanz zum 31. 3. 1994 gehabt. Um am kommenden Mittwoch solide fragen zu können, würde ich darum bitten, dem Hohen Ausschuss diese Bilanz – und zwar sowohl den Entwurf dieser Bilanz als auch die endgültige Bilanz – so rechtzeitig vorzulegen, dass wir noch vor der Sitzung Einschau halten können. (*Dr. Vavrovsky: Der Entwurf ist schon bei Ihnen!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich mache einen Vorschlag. Wenn Sie uns die Bilanz hier lassen – den Entwurf haben wir –, verspreche ich Ihnen, dass Sie sie am Mittwoch oder spätestens zu Ihrer Einvernahme wieder zurückbekommen. Dann kann es die Parlamentsdirektion veranlassen, das bis dahin zu kopieren und den Fraktionen auszuhändigen.

Dr. Karl Heinz Ludwig Vavrovsky: Das ist die Bilanz mit der GuV. Und das ist der Bilanzentwurf 29. 7. 1994, nur für die GmbH. (*Die Auskunftsperson überreicht dem Obmann einige Schriftstücke.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir werden das dann m Original wieder an Herrn Dr. Vavrovsky zurückstellen. Ich bitte, das rechtzeitig vor dem Mittwoch an die Fraktionen zu verteilen.

Damit unterbreche ich Ihre Einvernahme und die Sitzung. Fortsetzung: 21. März 2007, 9 Uhr, gleicher Ort.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

Unterbrechung der 19. Sitzung/ Tag 1: 21.04 Uhr